

Max Jürgen Koch

**DIE BERGARBEITERBEWEGUNG
IM RUHRGEBIET
ZUR ZEIT WILHELMS II.**

(1889 — 1914)

Herausgegeben

*von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn*

**Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
53 Bonn-End Coudenberg 1**



K 7⁵

DROSTE - VERLAG · DÜSSELDORF

**Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus
und der politischen Parteien**
53 Bonn-Bad Godesberg 1
Königsplatz 5 - Tel. (02229) 5 56 21

Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Heft 5

KGParl
— Bibliothek —
<i>KV Bd. 5</i>

*Beiträge
Lamm 10*

Buchausstattung: JOHANNES MÜHLE

Copyright 1954 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn
Druck: Droste Verlag und Druckerei KG., Düsseldorf

Einleitung

Die Geschichte der Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet und besonders der große Mai-Ausstand im Jahre 1889 sind wiederholt dargestellt worden.

Vor allen anderen müssen die beiden Veröffentlichungen von Gewerkschaftlern genannt werden, nämlich „Die Bergarbeiter“ von Otto Hue und „Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisation im deutschen Bergbau“ von Heinrich Imbusch.

Hue, der seit 1895 als Redakteur der Bergarbeiterzeitung führend in der Bergarbeiterbewegung tätig war, veranschaulicht im ersten Band seiner Darstellung den Werdegang des Ruhrbergbaus und seiner Bergleute seit dem Mittelalter und schildert im zweiten die Bergarbeiterverhältnisse seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts. Im Vorwort zum zweiten Bande bekennt er offen, daß man ihm ein persönliches Urteil als aktiv Mithandelnder zugute halten müsse. Er vertritt den Standpunkt des Alten Verbandes, das heißt den des sozialdemokratisch beeinflussten Gewerkschaftsverbandes der Bergleute. Es kam ihm in seiner Arbeit darauf an, auch außerhalb seines Kreises Verständnis „für die sehr verbesserungsbedürftige Lage“ der Bergarbeiter zu wecken. Den Bergleuten aber wollte er zeigen, daß der soziale Wiederaufstieg ihres einst hochgeachteten Standes nur durch eine tätige Vereinigung möglich sei. Die Darstellung ist parteiisch, vor allem in ihren Ausführungen über den Christlichen Gewerkverein, mit dem der Alte Verband fast immer im Streite lag. Ihr großer Wert liegt in der reichen Materialfülle, da Hue damals noch die ganze Presse und der interne Gewerkschaftsschriftverkehr zur Verfügung standen, die heute nicht mehr erreichbar sind.

Imbusch, dessen Werk einige Jahre vor Hues „Bergarbeitern“ erschien, gibt einleitend einen umfassenden Überblick über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Bergleute in ihrer historischen Entwicklung, um dann die Geschichte der gewerkschaftlichen Organisation bis nach dem Streik 1905 zu beschreiben. Als Redakteur des Verbandsorgans des Christlichen Gewerkvereins lag ihm daran, die Berechtigung dieser christlichen Gründung, die von der Gegenseite immer bestritten worden war, zu „beweisen“. Es ist somit verständlich, daß auch Imbusch vielfach einseitig urteilt. Ebenso wie Hue geht es ihm weniger um die sachliche Darstellung, er will vielmehr überzeugen, daß der Weg, den sein Gewerkschaftsverband eingeschlagen hatte, der allein richtige sei.

Beide Werke (Hue und Imbusch) müssen jedoch als die grundlegenden Arbeiten angesehen werden, auf die sich jeder stützen muß, der die Bergarbeiterbewegung behandeln will.

Über „Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrgebiet“ erschien 1903 eine bedeutende Arbeit von Dr. Lorenz Pieper, einem Schüler Lujó Brentanos. Sie verleugnet keineswegs ihre Herkunft aus dem Geiste bürgerlicher Sozialpolitiker. Mit Gründlichkeit untersucht Pieper die damaligen Zustände unter der Arbeiterschaft des Ruhrreviers, bleibt aber in einer Registrierung der materiellen Gegebenheiten stecken. Der Wert seiner Arbeit besteht in den statistischen Angaben und den Schilderungen, die er auf Grund persönlicher Kenntnissnahme über die Lebensgewohnheiten der Bergleute gibt.

Der Bergarbeiterstreik 1889 ist in zwei wissenschaftlichen Arbeiten behandelt worden. In Schmollers Jahrbuch veröffentlichte Prof. Karl Oldenberg 1890 „Studien über die rheinisch-westfälische Bergarbeiterbewegung“. Auch er gibt eine eingehende Schilderung der Arbeiter- und Betriebsverhältnisse im Ruhrbergbau, um dann auf Grund eines umfangreichen zeitgenössischen Materials den Streik darzustellen. Oldenberg erkannte bereits, daß „die Persönlichkeit des rheinisch-westfälischen Bergmannes“ in der „Vergangenheit wurzelt“. Obgleich seine Ergebnisse in vielem nicht übertroffen worden sind, vermochte er die Zusammenhänge zwischen der Streikführung und den politischen Parteien nicht richtig zu erkennen.

In dieser Hinsicht kam W. Hahn in seiner Dissertation über den Bergarbeiterstreik 1889 zu neuen Ergebnissen. Er benutzte als erster die Akten der Regierung Arnsberg und widmete der Haltung Kaiser Wilhelms II. und Bismarcks sowie der politischen Parteien zum Streik seine besondere Aufmerksamkeit. M. E. kann, abgesehen von kleinen Richtigstellungen, hierzu wenig Neues gesagt werden. Hahn maß aber wiederum der sozialen Vergangenheit des Bergmannsstandes nicht die nötige, ihr zukommende Bedeutung zu. Daher erkannte auch er die Hauptursache des Streikausbruches nur darin, daß die Arbeiter höhere Löhne erzwingen wollten.

Alle genannten Arbeiten befaßten sich mit der Verarmung des einstmals privilegierten und in gewissem Wohlstand lebenden Bergarbeiterstandes, ohne genügend zu berücksichtigen, daß diese eine Folge der Änderung der Bevölkerungsstruktur des Reviers war.

Die vorliegende Untersuchung will darum versuchen, in diese Zusammenhänge einige Klarheit zu bringen. Dabei konnten wertvolle Hinweise aus Wilh. Brepohls „Aufbau des Ruhrvolkes“ gewonnen werden. Die Zuwanderung wird deshalb zusammen mit der Entwicklung der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse betrachtet.

Auf Grund der Akten in den Staatsarchiven in Düsseldorf und Münster war es möglich, die Geschichte der Bergarbeitergewerkschaften neu zu beleuchten. Besonderer Wert wurde auf die Frage gelegt, wie und inwieweit es den Gewerkschaften und ihren Führern gelang, die Arbeitermassen zu organisieren und zu leiten. Die Verbindung der einzelnen Gewerkschaftsverbände zu bestimmten politischen Parteien und zur Kirche mußte besonders untersucht werden, da

von dieser in hohem Maße die Organisationsbereitschaft der Bergleute abhing. Die Darstellungen von gewerkschaftlicher Seite haben sich mit dieser Frage nur in der Absicht beschäftigt, sich gegenseitig parteipolitischer Beeinflussung zu verdächtigen.

Bei den Arbeitskämpfen wurde neben dem Verhalten der beiden Kontrahenten (Arbeitgeber und -nehmer) auch das der Regierung und der Behörden im Revier untersucht.

Während der Niederschrift der vorliegenden Arbeit erschien von Walther Neumann: Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet. Neumann schildert „Voraussetzungen, Entwicklung und Wirksamkeit“ aller Gewerkschaftsverbände innerhalb des Reviers. Dadurch verliert seine Darstellung manchmal an Klarheit. Er verzichtet darauf, den wirtschaftlich-sozialen Hintergrund zu behandeln, sondern verläßt sich auf seine Hauptquelle Hue, der berichtete, daß die Zustände Anlaß zu Klagen gegeben hätten. Im wesentlichen berührt Neumann nicht die Fragestellungen der vorliegenden Arbeit. Wo sachliche Differenzen im einzelnen bestehen, wurden sie in Fußnoten zum Text erwähnt.

Für die Unterstützung, die dem Verfasser durch die Staatsarchive in Düsseldorf und Münster sowie durch die Bergbau-Bücherei in Essen zuteil wurde, ist diesen zu danken.

Besonderer Dank gebührt Herrn Dr. W. Brepohl von der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster in Dortmund für seine wesentlichen Hinweise sowie Herrn Prof. Dr. W. Conze, Münster, für seine beratende und begutachtende Hilfe bei der Abfassung des Manuskriptes.

Kapitel 1:

Die Entwicklung des Ruhrbergbaus und die Situation der Arbeiter bis 1889

1. Das „Ruhrgebiet“ und seine Bevölkerung

Die Entwicklung der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, deren Grundlage die Kohle ist, begann an der Ruhr, an deren Ufern (und südlich davon) seit Jahrhunderten Kohle gewonnen wurde. Nach diesem Flusse hat das Gebiet seinen Namen empfangen, obgleich sich der Schwerpunkt seiner Industrie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts nach Norden verlagerte.

Dieses Vordringen der Industrie vollzog sich in mehreren Etappen. Dadurch wurde das Ruhrgebiet — auch einfach das „Revier“ genannt — in mehrere Zonen gegliedert, die durch den Bergbau nicht nur landschaftlich, sondern auch in bezug auf ihre Bevölkerung ganz eigenartig geprägt sind¹⁾.

Im ältesten Kohlengebiet an der Ruhr wurde die Kohle noch bis fast auf die Gegenwart zum großen Teil im Tage- oder Stollenbau gewonnen. Die Bergleute waren bäuerlichen Ursprungs und betrieben neben ihrer Bergarbeit ihre kleine Landwirtschaft. Die seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts durch die Landesherren herbeigerufenen bergmännischen Fachkräfte (aus Sachsen, Thüringen, Mansfeld und Nassau) wie auch die ersten Zuwanderer aus dem Bergischen Lande verschmolzen bald mit den Einheimischen. Das Ruhrtal hat bis heute seinen ländlichen Charakter bewahrt.

Als es dem Bergbau seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts gelang, dank der technischen Neuerungen in größeren Tiefen Kohle abzubauen, erschloß er sich nördlich der Ruhr ein Gebiet, das durch die Städte Duisburg, Essen, Bochum und Dortmund bezeichnet wird: den Hellweg.

1830 beschäftigte der Ruhrbergbau insgesamt 3500 Bergleute. Bis 1850 stieg die Belegschaftszahl auf 12 700 an. Dazu reichten die Arbeitskräfte, die zwischen Ruhr und Emscher noch verfügbar waren, nicht aus. Sie kamen jetzt zusätzlich aus den ländlichen Bezirken der weiteren Umgebung, besonders aus Westfalen. Es waren durchweg ländliche Handwerker, Kötter, Heuerlinge, Tagelöhner und nichterbende Bauernsöhne, die in der Industrie eine Lebensgrundlage suchten. Der Weg in die neue Heimat war nicht weit. Die Verbindungen blieben eng. Sie wurden im Revier, das ihnen bessere Arbeitsbedingungen als die Heimat bot, seßhaft.

¹⁾ Brepohl: S. 34 ff.

Um die Jahrhundertmitte überschritt der Bergbau auch den Hellweg und kam damit in ein von jeher sehr dünn besiedeltes Gebiet: die Emscherzone. Außer Gelsenkirchen, das durch die Jahrhunderte ein Kirchdorf geblieben war, gab es keine geschlossene Siedlung, sondern nur Bauernschaften. In dieses Gebiet einstmals rein westfälischer Bevölkerung drang der stärkste Strom der Zuwanderung, so daß der westfälische Charakter fast ganz verloren ging. Die Arbeitskräfte konnten nicht mehr allein aus den ländlichen Nachbargebieten ergänzt werden, sondern mußten in zunehmendem Maße aus entfernteren Provinzen herankommen. Zunächst zogen Hessen und Holländer ins Revier¹⁾. Als in den Jahrzehnten nach dem Kriege 1870/71 in der Emscherzone die Großbetriebe gegründet wurden, die heute gerade diesen Teil des Ruhrgebietes als eine einzige große Industrielandschaft kennzeichnen, begann die Zuwanderung aus den Ostprovinzen. Neben den Schachtanlagen erwuchsen die neuen Städte: Oberhausen, Wanne, Castrop-Rauxel, Herne. Das Stadtbild in seiner Weitläufigkeit, mit Gärten durchsetzt und ohne ein Zentrum, ist charakteristisch für sie.

Wieder sprechen die Belegschaftszahlen eine deutliche Sprache. Während von 1860 bis 1870 die Zahl der Bergleute von 30 000 auf 50 000 anstieg, nahm sie seither jährlich um mehrere Tausend zu²⁾. Schon 1884 waren im Ruhrbergbau mehr als 100 000 Arbeiter beschäftigt. Die Einwanderung ließ bis zum Weltkrieg nicht nach. Zunächst ergoß sich der Zustrom größtenteils in die Emscherzone, doch von dort zogen die Zuwanderer weiter in die südlichen Reviere, so daß auch deren Bewohner mit Fremdstämmigen durchsetzt wurden.

Die vierte Zone des Reviers beginnt erst da, wo sich das Land aus der Emschermulde erhebt: auf dem vestischen Landrücken. Der „vestische Typ“ der Bergbauindustrie unterscheidet sich scharf von den anderen Zonen, da hier das Bauerntum bestimmend blieb. Bergarbeiter und Einheimische blieben getrennt. Die Bergleute wurden in Kolonien angesiedelt, in denen sie nach eigenem Stil leben konnten. (Es waren zum großen Teil Ausländer, vor allem Slowenen und Tschechen aus der Doppelmonarchie.) Vor der Jahrhundertwende entstanden die ersten Industriesiedlungen im Vest Recklinghausen: Osterfeld, Bottrop, Gladbeck, Buer und Herten.

Nördlich vom Vest, an der Lippe, wurden die ersten Schächte nach der Jahrhundertwende abgeteuft. Da mit dem Abbau der Kohle vor 1914 erst in kleinem Umfange begonnen wurde, hat dieses Gebiet in dem hier zu betrachtenden Zeitraum noch keine bedeutende Rolle gespielt³⁾.

Das Ruhrgebiet erstreckt sich also vom Ruhrtal bis in das Vest Recklinghausen und wird im Westen durch den Rhein, im Osten durch eine Linie nahe Unna und Hamm begrenzt.

¹⁾ Vgl. Kurt Degen: Die Herkunft der Arbeiter in der Industrie Rheinland-Westfalens bis zur Gründerzeit. — Diss. Bonn 1916.

²⁾ Vgl. Tabelle 1 im Anhang.

³⁾ Dasselbe gilt für das linksrheinische Kohlengebiet des Kreises Moers.

2. Die wirtschaftliche Entwicklung des Bergbaus von der Gesetzgebung 1851/65 bis zum Streik 1889

Die preußische Berggesetzgebung, die mit dem „Berggesetz für Preußen“ vom 24. Juni 1865 abschloß, befreite den Ruhrbergbau von den Fesseln des Direktionsprinzips, die seine freie Entfaltung, für die das 19. Jahrhundert die wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen geschaffen hatte, hinderten. Durch die Bergbaufreiheit wurde der Ausbau der Bergwerke ermöglicht, die Initiative der Unternehmer konnte sich frei entwickeln.

Da diese Fragen hier nur insoweit behandelt werden können, als sie zum Verständnis des Folgenden unerläßlich sind, soll die wirtschaftliche Entwicklung nur kurz erläutert werden¹⁾. In den fünfziger Jahren begann die erste große Steigerung der Produktion. Auch der Absatz wuchs im gleichen Maße. 1858 erfolgte der erste Rückschlag in der bis dahin aufsteigenden Konjunktur.

Schon früher hatten einige Zechenbesitzer angeregt, einen Interessenverband der Bergwerksunternehmer ins Leben zu rufen. Die fallende Konjunktur im Bergbau Ende der fünfziger Jahre bewirkte dann, daß sich im Herbst 1858 Vertreter von 52 Gesellschaften in Essen zum „Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund“ (kurz „Bergbaulicher Verein“ genannt) zusammenschlossen²⁾.

Von 1860 an trat das Freizügigkeitsgesetz in Kraft: die Arbeiterzahl nahm erheblich zu. Nach dem Kriege 1870/71 brachten die französischen Milliarden auch dem Bergbau neue Kräfte. — Wenn die Produktion 1874 nicht wesentlich sank, sondern in der Folgezeit sogar weiter anstieg, so zeigt doch ihr geringer Wert die Krise, unter der auch der Bergbau zu leiden hatte. Von diesem allgemeinen Zusammenbruch des wirtschaftlichen Gefüges hat er sich eigentlich erst nach 1887 erholen können, wenn auch nach 1880 der Wert der Produktion langsam wieder anstieg, um noch einmal von einem Rückgang in der Mitte der achtziger Jahre unterbrochen zu werden. Die Tabelle beweist, daß die große Steigerung des Gewinns erst 1890 eintrat, allerdings 1892 schon wieder durch eine vierjährige Stagnation aufgehalten wurde³⁾.

Im Ruhrgebiet stieg die Steinkohlenproduktion 1858—74—87 im Verhältnis 1:4:7½. Im gleichen Verhältnis stieg die Anzahl der über und unter Tage verwandten Dampfmaschinen, deren PS-Zahl 1858: 25 000, 1874: 100 000 und 1887: 190 000 betrug. Dagegen nahm die Arbeiterzahl in den gleichen Zeiträumen nur im Verhältnis 1:2½:3 zu. Die Verschiebung des Verhältnisses vollzog sich vor allem in den Jahren 1874—80. Daraus folgt, daß bei steigender Produktion die Anzahl der benötigten Arbeiter nachließ. Entsprechend

¹⁾ Vgl. die Ziffern zur Steigerung der Produktion und des Wertes der Produktion in Tabelle 1 im Anhang.

²⁾ Jüngst: Festschrift, S. 1 ff.

³⁾ Berichte der Handelskammer Essen.

steigerte sich die Jahresleistung eines durchschnittlichen Arbeiters von 116 auf 285 Tonnen¹⁾).

Es darf aus alledem entnommen werden, daß der große Preissturz nach 1874 (von ca. 10—12 Mark auf 4—6 Mark) nicht in voller Stärke den Unternehmern zur Last fiel, sondern zum Teil durch die Leistungssteigerung infolge der Technisierung der Betriebe wettgemacht wurde.

Das Jahrbuch für den Bergbaulichen Verein schrieb 1882, daß im letzten Vierteljahrhundert „abgesehen von einigen kurzen Perioden, im großen und ganzen mit einer Unterbilanz gearbeitet worden“ sei, besonders seit 1874. Diesen Worten wird im allgemeinen zuzustimmen sein, doch ist aus keiner Quelle ersichtlich, wieviel vom jährlichen Absatzgewinn zu Neuinvestierungen verwandt wurde. Die Dividenden- und Kuxenüberschüsse würden, wenn sie vorlägen, kein klares Bild von der wirklichen Rentabilität des Bergbaus geben, denn gerade in der Zeit des Aufbaus müssen die Abschreibungen für Neuanlagen hoch gewesen sein. Der Bergbauliche Verein bemerkte selbst einmal, daß es für Außenstehende kaum möglich sei, aus Veröffentlichungen über die Haushalte von Bergwerken ihre wahren Verhältnisse zu ersehen²⁾).

Im Herbst 1887 trat im Anschluß an die gesteigerte Tätigkeit der Eisenindustrie (seit Ende 1886 hatte sich der Weltmarkt wieder belebt) eine anhaltende Besserung des Kohlenmarktes ein. Die Kohlenpreise stiegen langsam, aber beständig. Der Ruhrbergbau erholte sich mehr und mehr von der vierzehnjährigen Krise³⁾).

Durch den Streik im Mai 1889 blieben die Kohlenlieferungen plötzlich aus. Das veranlaßte die Händler, nach der Wiederaufnahme der Arbeit weit über ihren augenblicklichen Bedarf einzukaufen, wodurch die Kohlenpreise sprunghaft in die Höhe gingen. Es war von vornherein klar, daß diese Wertsteigerung nicht anhalten würde. Schon im Winter 1891/92 waren Anzeichen des beginnenden Rückgangs zu bemerken: der Koksabsatz ließ infolge der mißlichen Lage der Hochofenindustrie nach, aber auch der Kohlenabsatz stockte, da der Winter sehr milde war.

Die durchschnittlichen Kohlenpreise in den Jahren 1887 bis 1892 betrugen⁴⁾:

1887/88:	5,70 Mark je Tonne
1888/89:	5,80 Mark je Tonne
1889/90:	7,00 Mark je Tonne
1890/91:	12,00 Mark je Tonne
1891/92:	10,50 Mark je Tonne

¹⁾ Oldenberg: S. 621 ff.

²⁾ Oldenberg: S. 608 ff.

³⁾ Bericht der Handelskammer Essen.

⁴⁾ Meis: Festschrift, S. 362.

Im Jahre 1886 wurden von den Zechen je Tonne Kohlenförderung noch durchschnittlich 0,45 Mark Zubeße gezahlt, 1890 betrug die Dividende bzw. Ausbeute je Tonne 2,11 Mark¹⁾.

Wichtig für den Zusammenhang ist, daß man den Arbeitern in ihrer Presse die Situation möglichst günstig schilderte. Das blieb nicht ohne Einfluß auf ihr Handeln. Wenn sie zum Beispiel lasen, daß an der Börse (Essen) eine Kuxe vor 1888 kaum für 50 bis 60 Mark gehandelt wurde, dagegen bereits im Frühjahr 1889 einen Wert von 1300 bis 1400 Mark erreichte, so schlossen sie daraus voreilig, daß sich die Bergwerke in sehr günstigen finanziellen Verhältnissen befinden müßten. Nationalökonomische Kenntnisse oder auch nur so viel Einblick in die Dinge, um zu wissen, daß die Börse bei ihren Spekulationen in die Zukunft sah, besaß keiner von ihnen. Es leuchtete ihnen auch nicht ein, daß der Bergbau nach den Jahren des Verlustes genötigt war, einen Teil des Gewinns zu investieren²⁾.

3. Die Lage der Bergleute

a) Vor der Bergbaufreiheit.

Um den grundlegenden Wandel zu verstehen, der sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Industrialisierung des Bergbaus in den Lebensbedingungen der Bergleute anbahnte, ist ein Rückblick in die Zeit vor der liberalen Gesetzgebung erforderlich. Damals wurde Kohle nur im Ruhrtal und seiner Umgebung gewonnen. Die Nordwanderung des Bergbaus fing um 1840 gerade erst an.

Die meisten Bergleute (1850: 12 700) bewirtschafteten neben ihrer Bergarbeit mit ihren Familienangehörigen einen Kotten³⁾. Sie waren daher krisenfest und lebten in gewissem Wohlstand.

Als seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die Landesherren die Intensivierung des Bergbaus betrieben, wurden die Bergleute de facto vom Staat angestellte Arbeiter⁴⁾. Das Arbeitsverhältnis wurde durch die „Revidierte Clevisch-Märkische Bergordnung“ von 1766 festgelegt. Die staatliche Bergbehörde legte den Bergmann an oder ab und bestimmte die Arbeitsbedingungen, wie Gedinge,

¹⁾ Dividende bzw. Ausbeute je Tonne Kohlenförderung im Ruhrrevier (im Durchschnitt): Meis, S. 362, nach den Berichten der Gesellschaften.

Jahr	1886	1890	1895	1900	1905	1910	1913
Mark	0,45	2,11	0,68	1,34	1,18	1,02	1,27

²⁾ Oldenberg: S. 620 ff.

³⁾ Ein „Kotten“ ist ein kleiner landwirtschaftlicher Betrieb von 2 bis 5 Ar mit meistens nur einer Kuh und Kleinvieh.

1893 gab es noch 16 200 Hausbesitzer im Revier. Da die meisten Grund- und Hausbesitzer in dem ältesten Bergbaugebiet an der Ruhr lebten, darf man daraus schließen, daß um 1850 noch der weitaus größte Teil der Bergleute einen Kotten besaß.

⁴⁾ Vgl. Reuss, Huyssen und Hue.

Arbeitsort und -zeit, die Verlegung auf eine andere Zeche u. a. m. Das Verhältnis zwischen den Zechenbesitzern und den Bergleuten war patriarchalisch. Differenzen waren so gut wie ausgeschlossen, da der Unternehmer auf die Arbeitsbedingungen gar keinen Einfluß hatte.

Die Sonderstellung des Bergmannsstandes kam auch im „General-Privilegium für die Bergleute im Herzogtum Cleve, Fürstentum Meurs und der Grafschaft Mark“ Friedrichs des Großen vom 16. Mai 1767 zum Ausdruck, das alle vor dem Bergamt vereidigten Bergleute von der Enrollierung und Anwerbung sowie allen persönlichen Lasten befreite. Diese Rechte wurden nach der französischen Besetzung zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht wieder erneuert.

Bedeutsamer waren die Rechte der Bergleute in den Knappschaftskassen¹⁾. Die „Revidierte Clevisch-Märkische Bergordnung“ von 1766 enthielt darüber folgende Bestimmungen: die „treuen und gehorsamen Bergleute“ sollen in das Knappschaftsregister aufgenommen werden. Jedem kranken oder zu Schaden kommenden Bergmann soll die Zeche, wenn sie in Ausbeute steht, acht Wochen den vorherigen Lohn zahlen, wenn sie in Zubeute steht, vier Wochen, die Kur aber soll die Knappschaftskasse zahlen. Ebenso werden die „Gnadenlöhne“ der Witwen und Waisen der in der Arbeit zu Tode gekommenen Bergleute vorgeschrieben, die Begräbniskosten trägt die Kasse. Sie erhebt dafür von jeder Zeche je Bergmann einen Betrag, dem Arbeiter wurde von jedem gelohnten Taler ein Stüber einbehalten.

Die Knappschaft diente aber nicht nur materiellen Interessen, ihre Mitglieder bildeten auch eine enge Gemeinschaft. Man war immer bemüht, den Zustrom zu beschränken und die neuen Mitglieder auszuwählen.

In der Erinnerung und Überlieferung blieb dieser Zustand im Bergmannsleben der glücklichste.

b) Nach der preußischen Berggesetzgebung 1851/65.

Die Gesetzgebung brachte nach 1851 für die Bergleute einen völligen Umschwung ihrer rechtlichen und als Folge davon ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse.

Durch das „Allgemeine Berggesetz für Preußen“ vom 24. Juni 1865²⁾ wurde im Bergbau der freie Arbeitsvertrag eingeführt: das heißt, die Arbeitsbedingungen sollten zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem Unternehmer vereinbart werden. Die staatliche Bergbehörde behielt sich nur die Oberaufsicht vor. Über das Verhältnis von Arbeiter und Unternehmer enthielt das Gesetz lediglich einige allgemeine Bestimmungen, unter denen nur eine besondere Beachtung verdient, weil sie später viele Konflikte heraufbeschwor. In §§ 82 und 83 des Berggesetzes hieß es, daß Arbeiter entlassen werden konnten, ohne daß die gesetzliche vierzehntägige Kündigungsfrist eingehalten zu werden brauchte:

¹⁾ Reuss: S. 87 ff.

²⁾ Das Berggesetz faßte mehrere Gesetze, die seit 1851 erlassen worden waren, abschließend zusammen.

1. bei Diebstahl, Veruntreuung, liederlichem Lebenswandel, grobem Ungehorsam und beharrlicher Widerspenstigkeit, 2. wenn eine Sicherheitsvorschrift bei der Bergarbeit übertreten wurde, 3. wenn sie sich Tötlichkeiten oder Schmähungen gegen den Bergwerksbesitzer, dessen Stellvertreter oder die ihnen vorgesetzten Beamten zuschulden kommen ließen, 4. bei Arbeitsunfähigkeit oder ekelhafter Krankheit. Die Arbeiter dagegen konnten die Arbeit sofort verlassen: 1. bei Arbeitsunfähigkeit, 2. wenn der Bergwerksbesitzer oder dessen Stellvertreter sich tötlich an ihnen vergriff, 3. wenn ihnen Lohn oder sonstige Gegenleistung ohne genügende Veranlassung vorenthalten wurden.

Die dadurch gesetzlich festgelegte Ungleichheit der Arbeitsvertragspartner wurde ein Beschwerdepunkt, der in den späteren Arbeitskämpfen immer wieder auftauchte (schlechte Behandlung durch die Grubenbeamten)¹⁾.

Die „Freizügigkeit“ der Bergleute wurde durch die neue Knappschaftsgesetzgebung (1854) noch ignoriert. Der Arbeitsplatzwechsel war praktisch unmöglich; wenn ein Bergmann seine Arbeit verließ, um auf einer anderen Zeche angelegt zu werden, verlor er seine Ansprüche an den Knappschaftsverein, dem er jahrelang seine Beiträge gezahlt hatte. Im Revier bestanden mehrere Knappschaftsvereine, die die Rechte nicht überschrieben. Wechselte zum Beispiel ein Bergarbeiter einer Essener auf eine Bochumer Zeche, so mußte er alle Ansprüche aufgeben und dort in einem anderen Knappschaftsverein als neues Mitglied wieder beginnen. Das hielt natürlich die meisten davon ab, sich auch bei schlechter Bezahlung um einen günstigeren Arbeitsplatz zu bemühen²⁾.

Wichtiger als diese gesetzlichen Bestimmungen waren die Veränderungen, die infolge der zunehmenden Intensivierung des Bergbaubetriebes die Lebensgewohnheiten der Bergleute von Grund auf umgestalteten. Der Bergmann mit seinem betonten Standesbewußtsein wurde zum Lohnarbeiter.

Die Unternehmer bemühten sich, ihre Zechen möglichst rentabel zu gestalten und die Produktion zu erhöhen. Das hieß für die Bergleute, daß sie einmal zu Überschichten angehalten wurden, ein andermal aber wegen Absatzmangels (wie nach 1858 und 1874) Feierschichten einlegen mußten oder gar entlassen wurden.

Die Existenzunsicherheit des Lohnarbeiters mit allen ihren Folgen ergriff daher auch das Bergmannsdasein³⁾. Das wirkte sich im Laufe der Zeit immer verhängnisvoller aus, da der erhöhte Arbeiterbedarf immer mehr Zuwanderer ins Revier zog, die wie die eingesessenen Bergleute durch ihre Kotten keinen wirtschaftlichen Rückhalt besaßen. Während man annehmen kann, daß um 1850 fast alle Bergleute noch ein eigenes Haus besaßen (zu dem in der Regel Land ge-

¹⁾ Der Teil des Berggesetzes, der die Arbeiter betraf, gewann erst später an Interesse, als es der Regierung notwendig erschien, zum Schutze der Arbeiter weitere Bestimmungen aufzunehmen.

²⁾ Hue: 2. Bd., S. 84 ff.

³⁾ Einzelheiten können hier nicht wiedergegeben werden, vgl. aber Hue: 2. Bd., S. 143 ff.

hörte)¹⁾, war der Anteil der Hausbesitzer bis 1873 auf 26 % der Gesamtbelegschaft abgesunken und betrug 1893 nur noch 10,24 %²⁾.

Diese Entwicklung setzte besonders nach dem Kriege 1870/71 ein, als die Einwanderung aus den Ostprovinzen begann.

Die Unterbringung der zuwandernden Arbeiter, die teilweise mit ihren Familien kamen, wurde immer schwieriger.

Vielerorts lebten die Arbeiterfamilien in völlig unzureichenden Wohnungen.

Die Zechen versuchten, dem Problem durch den Bau von Arbeiterwohnungen Herr zu werden. Sie bauten damals jährlich durchschnittlich 234 Wohnungen, schon vielfach in sogenannten „Kolonien“³⁾. 1874 hatten 1616 zu den Steinkohlenzechen gehörende Arbeiterhäuser 6045 Belegschaftsmitgliedern Wohnung gegeben (das sind 7,08 % der damaligen Gesamtbelegschaft). 1883 waren 3009 solcher Häuser von 12,67 % der Belegschaft bewohnt. Diese Zahl ging dann wieder zurück; denn 1893 lebten nur noch 6,71 % in Zechenwohnungen⁴⁾, ein Beweis dafür, daß der Zechenwohnungsbau mit der Zunahme der Gesamtbelegschaft nicht Schritt halten konnte.

Erst für 1893 liegen uns amtliche statistische Erhebungen im Bergbau vor⁵⁾.

Danach wohnten von den 158 368 Belegschaftsmitgliedern:

- 8,78 % in eigenen Häusern,
- 1,61 % in Dienstwohnungen (Beamte),
- 46,83 % in Mietwohnungen,
- 0,62 % in Schlafhäusern,
- 21,94 % hatten Wohnung und Kost bei den Eltern,
- 20,22 % hatten desgleichen bei Fremden (sogenannte Kostgänger).

Das Kostgängerwesen war eine Folge der Übervölkerung. Obgleich die Wohnungen ohnehin überbelegt waren, nahmen die Arbeiterfamilien noch Kost-

¹⁾ Das wird auch von Hue, der noch alte Bergleute aus dieser Zeit kannte, bestätigt. Hue: a.a.O., S. 133.

²⁾ Taeglichsbeck: S. 1 ff.

³⁾ Vgl. Pieper: S. 200 ff. über die Wohnungsverhältnisse.

⁴⁾ 1893 wohnten in den Kolonien (in % der betr. Revierbelegschaft):

Gelsenkirchen	13,35	Dortmund Süd	8,44
Essen Ost	11,71	Wattenscheid	4,49
Dortmund Ost	9,77	Oberhausen	2,97
Essen West	9,38	Herne	2,87
Bochum Nord	8,10	Werden	2,12
Recklinghausen	8,09	Witten	2,00
Dortmund West	7,02	Hattingen	1,86
Bochum Süd	6,59	Essen Süd	1,67

In den südlichen Revieren, in denen die Bergleute alteingesessen waren, brauchten die Zechen kaum zusätzlichen Wohnraum zu bauen, in den nördlichen Revieren und im Bereich der Großstädte wurden die Kolonien zu einer Notwendigkeit.

⁵⁾ Taeglichsbeck: S. 1 ff.

gänger auf, um nebenbei etwas zu verdienen¹⁾. Die Zechen unterstützten sie darin durch Mietvergünstigungen.

Zu dieser ungünstigen Wohnungslage kam hinzu, daß sich der Ruhrbergbau von der wirtschaftlichen Erschütterung des Jahres 1874 erst seit 1887 wieder richtig erholte. Jedenfalls waren die Löhne in diesen Jahren anhaltend niedrig²⁾. Die Durchschnittslöhne der Hauer auf einer Zeche des Essener Reviers betrugen in der Reihenfolge der Jahre 1870 bis 1876: 2,80 M, 3,00 M, 3,30 M, 3,90 M, 3,50 M, 3,15 M, 2,95 M³⁾. Erst seit 1878 liegt eine Lohnstatistik vor⁴⁾. Danach erreichten die Löhne bis 1887 kaum einmal den Stand von 1876.

Die bekanntgewordenen Angaben über Lebensunterhaltskosten aus dieser Zeit liegen alle weit über den gezahlten Löhnen. Der Bürgermeister von Gelsenkirchen berechnete⁵⁾, daß eine Arbeiterfamilie mit 3 Kindern vor 1889 mindestens 1067 Mark im Jahr brauchte.

Hue führt für die unzureichenden Löhne Angaben von Unternehmern über die Lage ihrer Arbeiter anlässlich der Eisenenquete 1878 an⁶⁾. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß die Unternehmer den Zweck verfolgten, industrielle Schutzzölle zu erhalten. Hue glaubt deshalb auch, daß die Angaben übertrieben wurden. Eine vierköpfige Arbeiterfamilie brauchte danach monatlich 67 Mark, eine sieben-

¹⁾ Die sittlichen und moralischen Auswirkungen des Kostgängerwesens schildert Pieper nach eigenen Erfahrungen.

²⁾ Das große Angebot von Arbeitskräften aus dem Osten trug dazu bei.

³⁾ Bericht der Handelskammer Essen für 1877.

⁴⁾ Übersicht über die beim Steinkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirks Dortmund gezahlten Durchschnittslöhne. (Reuss: S. 83.)

Jahr	Klasse 1	Klasse 2	Klasse 3	Klasse 4
(in Mark)				
1878	2,66	2,13	2,24	1,05
1879	2,55	2,05	2,20	1,01
1880	2,70	2,09	2,20	1,02
1881	2,79	2,10	2,24	1,02
1882	3,01	2,20	2,30	1,04
1884	3,08	2,24	2,36	1,06
1885	3,04	2,22	2,39	1,06
1886	2,92	2,17	2,35	1,00
1887	2,92	2,14	2,37	0,99
1888	2,96	2,34	2,36	1,01
1889	3,42	2,60	2,57	1,12
1890	3,98	2,93	2,82	1,23
1891	4,08	2,95	2,85	1,23

Die Tabelle umfaßt 4 Lohnklassen: 1. die Hauer (eigentliche Arbeiter vor Kohle) und die mit ihnen im Gedinge arbeitenden Lehrhauer; 2. die anderen Arbeiter unter Tage (Schlepper, Bremser usw.); 3. die Arbeiter über Tage und 4. die jugendlichen Arbeiter. Klasse 2 und 3 waren damals etwa gleich stark (je 20% der Belegschaft). Klasse 1 umfaßte bis 1890 etwa 60% (später weniger) und Klasse 4 etwa 5% der Belegschaft.

⁵⁾ Oldenberg: S. 627.

⁶⁾ Hue: 2. Bd., S. 241.

köpfige 97 Mark für den Einkauf des notwendigsten Lebensmittelbedarfs. Krupp (Essen) berichtete, daß bei ihm 1877/78 der Durchschnittslohn 1060 Mark betragen hätte. Wenn keine Preissenkung einträte, müßten die Löhne erhöht werden. Der Bochumer Verein meldete, er hätte 1877/78 912 Mark Durchschnittslohn gezahlt, womit man schon das Minimum unterschritten hätte.

Ein Vergleich dieser Zahlen mit den damaligen Bergarbeiterlöhnen ist deshalb von geringem Wert, weil die als Minimallöhne angegebenen Zahlen noch über den Bergarbeiterlöhnen von 1889/91, das heißt der ersten Hochkonjunktur nach 1873, liegen. 1875 bis 1878 verdienten die Bergarbeiter zwischen 600 und 700 Mark im Jahr¹⁾. Die Hauerschichtlöhne betrugen 2,66 Mark. Bei den eingelegten Feierschichten infolge schlechter Konjunktur werden die Bergleute kaum auf 300 Schichten im Jahr gekommen sein. Das würde aber erst einen Jahreslohn von 800 Mark ausmachen. Das entsprach einer Lohnsenkung gegenüber der Hochkonjunktur um 25 bis 30%.

Aus den spärlichen Angaben wird so viel deutlich, daß die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter sehr ungünstig war und ihr Verdienst nur zum Notwendigsten reichte. Besonders schwer wogen diese niedrigen Löhne, wenn man bedenkt, daß die zugewanderten Arbeiter sich im Revier erst eine Existenz gründen mußten. Die Angaben über die Wohnungslage ergaben, daß der Anteil der Arbeiter mit eigenem Haus von 1873 bis 1893 von 26 auf 10,2% gesunken war: das heißt, der überwiegende Teil der Bergleute lebte allein von seinem Lohn, ohne eine wirtschaftliche Grundlage durch Landbestellung zu haben.

Es war demnach weniger die alteingesessene Bergmannsbevölkerung, die verarmte; die neuhinzukommenden Arbeiter aber waren auf Grund der herrschenden wirtschaftlich-sozialen Lage nicht imstande, sich eine befriedigende Lebensgrundlage zu schaffen²⁾.

Die allgemeinen Lebensbedingungen besserten sich erst seit 1887³⁾, als die Löhne infolge der beginnenden Konjunktur langsam wieder anstiegen⁴⁾. Ein Vergleich mit den Löhnen in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie sowie im Baugewerbe⁵⁾ zeigt, daß sie etwas über dem Durchschnittsverdienst eines Bergarbeiters lagen. (Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß es sich dort überwiegend um Facharbeiter handelte.)

Ebenso wie die wirtschaftlich-soziale Lage der Bergarbeiter durch die Bevölkerungszunahme des Ruhrgebiets mitbestimmt wurde, so muß auch die Zunahme der Unfälle und Krankheiten auf sie zurückgeführt werden. Der Arbeitermangel

¹⁾ Berichte der Handelskammer zu Essen für 1875 ff.

²⁾ Die Ursache der von Hue, Imbusch u. a. berichteten Verarmung des Bergarbeiterstandes ist also in erster Linie auf die Zunahme der besitzlosen, landlosen Fremdarbeiter zurückzuführen, der sich die Löhne noch nicht anpaßten.

³⁾ Vgl. dazu die Tabelle und graphische Darstellung über das Verhältnis von Lohn und Lebensmittelaufwand bei Jüngst: Festschrift, S. 160 und 616.

⁴⁾ Vgl. die Lohnstatistik im Anhang.

⁵⁾ Vgl. Tabelle 4 und 5 im Anhang.

zwang dazu, auch diejenigen Arbeiter einzustellen, die nur eine sehr kurze oder gar keine bergmännische Ausbildung bekommen hatten. Die Zuwanderer wurden mehr und mehr sofort in die Gruben geschickt. Die Betriebssicherheit mußte darunter leiden. Schon im Jahre 1872 schrieb der „Glückauf“ (Nr. 39), daß die Unfallzahlen jährlich zunahmen. In den Jahren 1872 bis 1888 betrug die Durchschnittsziffer der jährlichen Erkrankungen 46 bis 51% der Belegschaft. In Preußen war das Durchschnittsalter der eintretenden Invalidität (im Steinkohlenbergbau):

	1861	1863	1868	1876	1887	1890	
Ganzinvalide:	55,0	52,3	48,8	48,4	49,0	49,6	Jahre,
Halbinvalide:	47,8	48,3	—	—	46,6	—	Jahre.

Von den preußischen Knappschaftsmitgliedern wurden invalide (auf 1000)¹⁾:

	1861	1863	1877	1888	
	6,47	7,32	12,15	12,77	Personen.

Die meisten Unfälle traten durch Zusammenbruch, Einsturz, Stein- und Kohlenfall ein, dann (mit den Jahren zunehmend) durch Fahrzeuge, Beförderung von Lasten, Auf- und Abladen usw.; viel geringer waren die Unfälle durch die „Natur“, das heißt Schlagwetter oder Kohlenstaubexplosionen²⁾.

Die hohe Unfallziffer im preußischen Bergbau wird auch ersichtlich aus einem Vergleich mit den Unfallziffern in anderen Ländern. Es verunglückten tödlich auf 1000 Mann der Belegschaft in³⁾:

Preußen	Belgien	England
1841 bis 1852: 1,650	1831 bis 1840: 3,107	
1861 bis 1866: 2,656	1861 bis 1870: 2,605	1824 bis 1864: 3,570
1867 bis 1880: 2,465		
1881 bis 1890: 2,934	1886 bis 1895: 1,708	1883 bis 1892: 1,810

Es ist von bergbaulicher Seite darauf hingewiesen worden, daß der preußische im Gegensatz zum englischen und auch belgischen Bergbau noch sehr jung war. Wie die Statistik zeigt, wies auch der ausländische Bergbau in jüngeren Jahren eine höhere Unfallquote auf. Trotzdem sind die Zahlen hoch. Auch später wurden die Unfälle nicht seltener, wenn sie auch weniger oft tödlich ausgingen.

4. Die ostdeutsche Einwanderung

Die wichtigste Folgeerscheinung der Industrialisierung des Ruhrgebiets war die ständig zunehmende Bevölkerung⁴⁾.

¹⁾ Hue: Mehr Bergarbeiterschutz, S. 20 ff.

²⁾ Darüber vgl. die Geschäftsberichte der Sektion 2 der Knappschaftsberufsgenossenschaft zu Bochum für das Jahr 1901 (Tafel 20) und 1910 bis 1914.

³⁾ Hue: a.a.O., S. 16.

⁴⁾ „Bevölkerung“ i. S. G. Ipsens und G. Mackenroths: d. h. als ein progressiver Vorgang verstanden.

Als die Arbeitskräfte für den Bergbau nicht mehr aus dem Revier und seinen Nachbarprovinzen (Westfalen, Rheinland und Hessen) ausreichend ergänzt werden konnten, setzte nach dem Kriege 1870/71 die Einwanderung aus den ostdeutschen Provinzen ein.

Die erste Nachricht über die Heranziehung einer großen Zahl von Bergarbeitern stammt aus dem Jahre 1869¹⁾. Damals schickten westfälische Unternehmer Agenten ins Waldenburger Revier, um während des dortigen Bergarbeiterausstandes Arbeiter für den Westen zu werben. Etwa 1000 Bergleute folgten dem Ruf und zogen mit ihren Familien ins Revier. Hierbei hatte es sich also noch um gelernte Bergarbeiter gehandelt.

In ständig zunehmendem Maße begann dann der Zustrom aus den ländlichen Ostgebieten, besonders aus den gemischtsprachigen Teilen Ost- und Westpreußens, Posens und Schlesiens. Über die Zuwanderung erhält man einen annähernden Aufschluß durch die Angaben über die Zahl der in den Provinzen Westpreußen, Posen und Schlesien Geborenen, wohnhaft in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg und Münster²⁾.

Reg.-Bez.	1871	1880	1885	1890	1900	1905
Düsseldorf . .	5 205	10 573	14 584	22 451	60 765	87 941
Arnsberg . . .	4 597	16 246	24 332	38 627	99 997	126 382
Münster . . .	940	2 048	3 858	8 764	27 691	39 645
Ruhrgebiet . .	10 742	28 857	42 774	69 842	188 453	253 968

Seit 1893 fanden Erhebungen unter den Bergarbeitern im Oberbergamtsbezirk Dortmund statt. Von 1893 bis 1905 vermehrte sich die Zahl der Ostzuwanderer unter der Belegschaft um 140,9%. Am stärksten war die Zunahme in den Jahren 1898 bis 1901. Sie ist um so bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß sie seit 1898 mehr als die Hälfte des Gesamtzuwachses der Belegschaft ausmachte.

Die Zahl der Arbeiter aus den östlichen Provinzen im Oberbergamtsbezirk Dortmund betrug³⁾:

Jahr	Gesamtbelegschaft	unter diesen befanden sich Bergarbeiter aus den östlichen Provinzen	das sind in % der Gesamtbelegschaft
1893	158 306	39 388	24,88
1897	184 589	—	—
1900	204 298	69 698	34,11
1902	248 233	77 675	31,29
1904	272 323	87 967	32,30
1905	281 599	94 873	33,69

¹⁾ Bredt: S. 11. Vgl. Brepohl: Der Aufbau des Ruhrvolks.

²⁾ Bredt: S. 12 n. d. preuß. Statistik.

³⁾ Schulze: S. 21.

Über die Herkunft der Zuwanderer aus bestimmten Landesteilen gibt die folgende Tabelle Aufschluß¹⁾. Es kamen (insgesamt und in Prozent der Gesamtzuwanderung) aus:

Jahr	Posen		Oberschlesien		Ostpreußen		Westpreußen	
	insgesamt	in %	insgesamt	in %	insgesamt	in %	insgesamt	in %
1893	9 839	25,0	9 453 ²⁾	24,0	20 096 ³⁾	51,0	—	—
1898	18 004	35,6	5 087	10,1	20 839	41,2	6 642	13,1
1901	28 690	35,9	6 445	8,1	33 895	42,5	10 791	13,5
1902	28 996	37,3	5 741	7,4	35 149	45,3	7 789	10,0
1905	35 988	37,9	6 918	7,3	41 137	43,4	10 830	11,4

Ostpreußen hat also prozentual und absolut seit 1893 den größten Anteil an der Zuwanderung gestellt⁴⁾. Bemerkenswert ist der verhältnismäßig kleine Anteil Oberschlesiens, das heißt des einzigen Ostgebietes, das qualifizierte Bergarbeiter hätte stellen können.

Die Zuwanderer verteilten sich nicht gleichmäßig über das ganze Revier, es bildeten sich vielmehr an bestimmten Orten Schwerpunkte heraus. Das war einmal bedingt durch den Bergbau, der langsam nordwärts zog und daher in den nördlichen Bergrevieren der neuen Arbeitskräfte besonders bedurfte; zum andern aber waren die Zuwanderer bestrebt, sich möglichst landsmannschaftlich zusammenzuschließen und deshalb auch räumlich nahe beieinanderzuwohnen⁵⁾.

Ebenso wie sich die Ostdeutschen in bestimmten Revieren konzentrierten, waren sie auf einigen Zechen in der Mehrzahl angelegt. Im Ruhrgebiet nannte man diese Schachtanlagen die „Polenzechen“⁶⁾. Im Jahre 1905 hatten folgende Zechen einen besonders starken Anteil „ostdeutscher“ Bergleute⁷⁾:

Constantin der Große (Kokerei) im Revier Bochum mit	88,16%
Graf Bismarck II im Revier Recklinghausen mit	75,48%
Deutscher Kaiser (Kokerei) im Revier Oberhausen mit	74,04%
Dahlbusch (Kokerei) im Revier Essen mit	70,69%
Prosper II im Revier Essen mit	65,70%

1) Schulze: a.a.O., S. 30.
2) Aus ganz Schlesien.
3) Ost- und Westpreußen.
4) „Ostpreußen“ heißt fast ausschließlich Masuren.
5) Vgl. 2. Tab. auf S. 22. Ausführlich berichtet darüber E. Franke: Die Ostpreußen an der Ruhr, 1936.
6) Das rührte von der Gepflogenheit her, alle aus den gemischtsprachigen Gebieten des preußischen Ostens zugewanderten Bergleute ohne Rücksicht der Nationalität oder Sprache als „Polen“ zu bezeichnen. Daher rührt auch ein Teil der Fehltritte über den Anteil der Polen an der Bevölkerung des Ruhrgebiets. Auch Neumann (S. 105 ff.) verwendet den Begriff „Pole“, ohne ihn zu bestimmen. Er zählt vereinfachend alle polnisch sprechenden Zuwanderer zu den Polen.
7) Schulze: S. 29.

Pluto II im Revier Gelsenkirchen mit	65,35 %
Consolidation (Kokerei) im Revier Gelsenkirchen mit	64,92 %
Pluto I im Revier Gelsenkirchen mit	64,72 %
Graf Bismarck III/IV im Revier Recklinghausen mit	64,34 %
Ewald III/IV im Revier Recklinghausen mit	61,84 %

Als Beleg für den von den Zuwanderern erstrebten nahen Kontakt diene darüber hinaus eine Aufstellung, die den Anteil der Einwanderer aus den Ostprovinzen an den Belegschaften der einzelnen Bergreviere des Oberbergamtsbezirks Dortmund in Prozent der Gesamtbelegschaft angibt¹⁾:

Bergrevier	1893	1905	1910	1913
Hamm	0,36	10,68	23,35	21,13
Dortmund I	8,99	12,84	14,59	15,61
Dortmund II	18,87	27,95	30,38	30,32
Dortmund III.	21,26	35,63	37,90	34,89
Recklinghausen Ost	36,95	41,94	44,66	40,83
Recklinghausen West	44,9	43,76	43,27	41,09
Witten	14,42	19,84	20,91	20,40
Hattingen	8,95	13,23	14,53	15,06
Bochum Süd	23,05	31,17	31,15	26,58
Bochum Nord	21,76	34,27	37,77	30,87
Herne	37,27	39,38	52,65	48,80
Gelsenkirchen	45,69	50,18	54,56	50,01
Wattenscheid	36,15	43,71	44,75	40,98
Essen Ost	31,18	40,64	43,27	39,88
Essen West	31,80	43,52	42,80	41,13
Essen Süd	13,76	20,71	22,51	22,84
Werden	8,84	7,97	6,92	15,83
Oberhausen	11,18	28,01	33,28	32,10
Duisburg	—	—	32,47	30,69
Erzbergwerke	1,58	7,38	2,27	21,93
Durchschnitt	24,91	33,69	36,04	33,96

In diesem Zusammenhang taucht die Frage der „Polen im Ruhrgebiet“ auf. Es sind darüber mehrere Veröffentlichungen erschienen²⁾. Eine klare Definition dessen, was man unter „Pole“ versteht, wird nirgends gegeben. Nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen der Statistiken erscheint es unmöglich, unter der Zahl der aus dem Osten ins Revier Eingewanderten die „Polen“ zu erfassen.

¹⁾ Franke: S. 10.

²⁾ Die Polen im rheinisch-westfälischen Steinkohlengebiet. Herausgegeben vom Alldutschen Verband, 1901. Vgl. auch Bredt, Schulze und Franke (siehe Literaturverzeichnis).

Die Muttersprache als Anhaltspunkt zu verwenden, ist deshalb nicht möglich, weil auch die Masuren polnisch als Muttersprache angaben¹⁾, sich aber nicht als Polen fühlten. Andererseits gaben die amtlichen Statistiken das Geburts- oder Herkunftsland (oder -provinz) an. Auch daraus kann die Zahl der Polen nicht abgeleitet werden. Allein bei den eingewanderten Posenern darf man annehmen, daß sie überwiegend polnischer Nationalität waren; während es sich bei den Westpreußen mit einem besonders hohen Anteil an Kassuben und noch mehr bei den Oberschlesiern nur um wenige echte Polen handelte. Diejenigen, die in der Statistik als Ostpreußen erscheinen, waren durchweg Masuren.

Es soll daher hier auf Zahlen über den Anteil der Polen an der „ostdeutschen Einwanderung“ verzichtet werden. Im Rahmen dieser Arbeit können als nationale Polen nur diejenigen angesehen werden, die sich an nationalpolnischen Bestrebungen innerhalb des Ruhrreviers beteiligten²⁾.

In Zusammenhang mit der Ost-West-Wanderung muß noch die Frage der Binnenwanderung innerhalb des Reviers berührt werden.

Wie schon erwähnt, ergoß sich der Hauptstrom der Zuwanderer in die nördlichen Teile des Reviers, vornehmlich in die Emscherzone. Von dort zogen sie dann vereinzelt in die südlicheren (später auch nördlicheren) Reviere weiter. Dadurch entstand eine fortwährende Wanderbewegung, die noch verstärkt wurde durch die Rückkehr in den Osten. Es war nämlich keinesfalls so, daß die in den Westen gekommenen Arbeiter alle dort blieben und seßhaft wurden. Ein großer Teil von ihnen zog nach Monaten oder Jahren in die Heimat zurück³⁾. Sie stammten zumeist von kleinen Bauernhöfen, deren Bodenertrag für die große Familie nicht ausreichte. Deshalb zogen sie vorübergehend in die Fremde, um mit dem dort verdienten Geld Land hinzuzukaufen. Der industrielle Westen bot dazu schnellste und größte Verdienstmöglichkeit⁴⁾.

Im Gegensatz zu diesen Zuwanderern wurden die besitzlosen Landarbeiter schneller seßhaft, da sie in jedem Fall im Revier ein besseres Auskommen als im Osten fanden⁵⁾.

Ganz eindeutig wird die Wanderung innerhalb des Reviers festgehalten durch die Statistik über den Belegschaftswechsel⁶⁾. Auf 100 Mann der Gesamtbelegschaft entfielen:

¹⁾ Die Statistik unterschied bis 1900 noch die Sprachen Polnisch, Masurisch und Kassubisch, doch für 1905 wird nur noch das Polnische angegeben.

²⁾ Darüber siehe Kapitel 3, 4.

³⁾ Sie legten deshalb auch weniger Wert auf einen festen Arbeitsplatz, sondern wanderten jeweils zu der Zeche, die ihnen den höchsten Verdienst bot.

⁴⁾ Die Zahl der Rückwanderer ist leider nicht statistisch zu erfassen.

⁵⁾ Schulze: S. 44 ff.

⁶⁾ Glückauf, Jg. 1906, Nr. 51, S. 1691 und Verwaltungsberichte des Allg. Knappschaftsvereins zu Bochum für die Jahre 1900 bis 1914.

im Jahre	Zugänge	Abgänge	Wechsel
1896	49	40	89
1897	59	45	104
1898	59	49	108
1899	63	51	114
1900	68	52	120
1901	54	47	101
1902	48	44	92
1903	58	48	106
1904	54	48	102
1905	38	34	72
1906	57	49	106
1907	71	56	127
1908	63	58	121
1909	52	51	103
1910	50	58	108
1911	62	59	121
1912	69	61	130
1913	78	69	147
1914	69	102	171

Es waren nicht nur Zugewanderte, die von einer Zeche zur anderen wechselten. Auch im Revier beheimatete Bergarbeiter suchten einen günstigeren Arbeitsplatz, falls sie nicht durch Haus- oder Grundbesitz an einen Ort gebunden waren.

Man darf also mit aller notwendigen Vorsicht sagen, daß die ostdeutschen Zuwanderer, wenn überhaupt, so nur sehr langsam sesshaft wurden und andererseits, daß die eingesessenen Bergarbeiter (besonders durch die Nordwanderung des Bergbaus) zum Teil entwurzelt wurden.

5. Die ersten Streiks und Organisationsversuche

a) Vor dem Sozialistengesetz

Nachdem in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts die alte Geschlossenheit der Bergknappen zerstört worden war, vereinigten sie sich in den folgenden Jahrzehnten in Knappenvereinen, die auf konfessionell-kirchlichem Boden standen, die Geselligkeit pflegten, gegenseitiger Unterstützung (Sterbekassen usw.) dienten und sich zu religiös-sittlichen Zielen bekannten. Die Vereine wurden meistens von Geistlichen gegründet und geleitet, die mit Zustimmung der katholischen Kirche handelten. Evangelische Vereine gleichen Charakters entstanden erst, als sich durch den Kulturkampf die konfessionellen Gegensätze verschärft hatten.

Unabhängig davon gründeten Bergarbeiter im Dortmunder Revier interkonfessionelle oder „freie“ Knappenvereine, zuerst 1867 den Verein „Glückauf“ in Dortmund. Sie trugen früh einen sozialdemokratischen Anstrich¹⁾.

Die Knappenvereine hatten alle lokalen Charakter. Infolgedessen erlangte keiner von ihnen größere Bedeutung.

Die katholisch-soziale Bewegung am Niederrhein (Aachen), von der der Mainzer Bischof v. Ketteler Anregungen empfing, begann seit dem Ende der sechziger Jahre (Gründung der „Christlichsozialen Blätter“) über den engeren Aachener Bezirk hinauszuwirken²⁾.

Mit Hilfe der katholischen Geistlichen fand sie Eingang im Revier. Am Ende des 7. Jahrzehnts erstreckte sich über das ganze Ruhrgebiet ein Netz von christlichsozialen Vereinen. Ihre gemeinsamen Ziele vertraten die „Christlichsozialen Blätter“, die sich energisch für die Arbeiterinteressen einsetzten, dabei aber die Sozialdemokratie ablehnten. Sie erkannten früh, daß den Arbeitern nur die Selbsthilfe in Form von Assoziationen blieb, wenn sie ihre soziale Lage heben wollten.

Besonders offenkundig wurde das allen Beteiligten nach dem erfolglosen Streik (1872) im Essener Revier. Viele Bergarbeiter erstrebten daher eine starke gewerkschaftliche Organisation. Im Oktober desselben Jahres wurde in Essen ein „Verband Rheinisch-Westfälischer Grubenarbeiter“ gegründet, in dessen vorläufigen Vorstand zwei Christlichsoziale, zwei Lassalleaner und ein Evangelisch-Sozialer gewählt wurden. Der Verband wollte religiöse und politische Fragen ausschließen und nur den materiellen Interessen seiner Mitglieder dienen. Doch zu wirklichem Leben des Verbandes kam es nicht. Als die Statuten abgelehnt wurden, fiel er auseinander³⁾.

Nachdem dieser erste Versuch, einen Bergarbeiterverband zu gründen, gescheitert war, regten sich um Dortmund, wo die Arbeiter zum großen Teil evangelisch waren und den Christlichsozialen ablehnend gegenüberstanden, in den interkonfessionellen Knappenvereinen Kräfte, die eine Vereinigung der Bergarbeiter herbeizuführen suchten. Ludwig Schröder, als „Kaiser-Delegierter“ 1889 bekanntgeworden, trat in den Jahren 1874 bis 1876 mehrmals mit Organisationsplänen hervor, die aber jedesmal von der Behörde mit der Begründung abgelehnt wurden, daß sie sozialdemokratische Tendenzen verfolgten. Auch von den „Christlichsozialen Blättern“ wurden diese Bemühungen als sozialdemokratische Unternehmen verworfen⁴⁾. Bei allen Versuchen einer bergmännischen Interessenvertretung erwies sich der Gegensatz zwischen der christlichen und der sozialdemokratischen Richtung als Hemmnis.

¹⁾ Vgl. hierüber besonders Hue und Imbusch (siehe Literaturverzeichnis).

²⁾ Kaster: Die Christlichsozialen Ideen und die Gewerkschaften; Vigener: Ketteler, S. 417 ff.

³⁾ Geuke: S. 35 ff.

⁴⁾ Oldenberg: S. 918.

Die Christlichsozialen und besonders ihre geistlichen Führer versuchten mit allen Mitteln, die Bergarbeiter von der Sozialdemokratie fernzuhalten. Hierin gingen die „Christlichsozialen Blätter“ mit einigen katholischen Zeitungen des Reviers zusammen. Um der Sozialdemokratie ein Gegengewicht zu bieten, wandten sie sich nicht minder scharf als deren Organe gegen die Unternehmer, besonders seit der Pfarrer Laaf in Essen die Führung der Christlichsozialen übernommen hatte.

Deshalb ging auch aus allen Kundgebungen der Zechenbesitzer hervor, daß sie die Christlichsozialen für ebenso gefährlich hielten wie die Sozialdemokraten.

In den sozialdemokratischen Kreisen der Bergarbeiter mußte man erkennen, daß man nach Zahl und Mitteln noch viel zu schwach war, um unter den zumeist kirchlich gebundenen Knappen größere selbständige Erfolge zu erzielen. Man war daher zu gemeinsamem Vorgehen bereit, als sich 1877 auch auf christlich-sozialer Seite Männer fanden, die das Zusammengehen befürworteten. Diese beiderseitige Bereitwilligkeit hatte ein parteipolitisches Vorspiel¹⁾.

Zur Reichstagswahl 1877 in Essen beschlossen die Christlichsozialen, gegen den Willen der Zentrumspartei einen eigenen Kandidaten aufzustellen, um, wie sie sagten, die Arbeiterinteressen auch im Parlament wirksam vertreten zu sehen. Die Zentrumsführung hielt aber an ihrem alten Kandidaten fest²⁾. In der Stichwahl siegte der Christlichsoziale mit Hilfe der sozialdemokratischen Stimmen über den Zentrumskandidaten. Die Sozialdemokratie hatte zur Stimmabgabe für den Christlichsozialen aufgefordert. Dadurch wurden beide Richtungen einander vorübergehend nähergebracht.

Auf einer großen Bergarbeiterversammlung in Essen im November 1877 beschloß man nach langen Debatten, einen „neutralen“, das heißt Religion und Politik ausschließenden Bergarbeiterverband zu gründen. Führend waren dabei beteiligt einige Sozialdemokraten (Hasselmann, Schröder u. a.) und der katholische Bergmann Rosenkranz. Die Führer der Christlichsozialen, vor allem Laaf und Stötzel, der neue Reichstagsabgeordnete für Essen, verhielten sich von vornherein ablehnend. Sie befürworteten eine Vereinigung auf christlicher Grundlage. Sofort setzte in der Presse des Zentrums die Agitation gegen den Verband ein, indem er als sozialdemokratisch hingestellt wurde. Als Hasselmann, Schröder und Rosenkranz für den Verband werbend durchs Revier zogen, folgten ihnen Laaf und andere katholische Redner und machten ihre Erfolge zum großen Teil wieder zunichte.

Auf der Gründungsversammlung des Verbandes im Februar 1878 in Essen sprachen Hasselmann und Laaf. Sie waren von dem Veranstalter, dem Bergmann

¹⁾ STAD, RD 30428.

²⁾ Der Kandidat der Christlichsozialen war Stötzel. Er war lange Jahre selbst Arbeiter gewesen und seit kurzem Redakteur des „Rheinisch-Westfälischen Volksfreundes“, eines vom Pfarrer Laaf geleiteten Blattes in Essen. Sein Gegenkandidat war der Obertribunalsrat von Forcade de Biaix, der seit 1874 das Reichstagsmandat innegehabt hatte.

Rosenkranz, als Berater eingeladen worden. Hasselmann trat für die Neutralität ein. Der Verband solle ausschließlich die materiellen Ziele der Mitglieder verfolgen. Laaf aber lehnte die Statuten ab. Er bezeichnete das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten als gefährlich; denn deren letztes Ziel bleibe, den Verband langsam aber sicher ganz in ihre Hände zu bringen. Aus diesem Grunde müsse er wieder für einen Gewerkverein auf christlicher Grundlage eintreten. Rosenkranz als Vorsitzender sprach sich dann entschieden gegen eine Zersplitterung der Bergleute aus. Die Gründung sei eine reine Arbeiterangelegenheit und habe mit der Sozialdemokratie nichts zu tun. — Nachdem man lange um den Namen des Verbandes gestritten hatte, wurde er als „Rheinisch-Westfälischer Bergarbeiterverband“ konstituiert¹⁾.

Laaf erklärte kurz darauf, er werde nun selbständige christliche Gewerkvereine gründen. Er konnte aber seine Ziele nicht verwirklichen, weil die Zechen den Vereinigungsbestrebungen der Bergarbeiter mit der Drohung begegneten, sie würden jeden entlassen, der dem Verbands oder einer ähnlichen Organisation beitrete.

Neben dieser lähmenden Bestimmung war es die katholische Presse, die den „Rosenkranz-Verband“ nicht vorankommen ließ. Sie warnte die Arbeiter eindringlich vor der „Vereinigung der Sozialdemokratie“. Der Erfolg blieb nicht aus. Der Verband hatte nie mehr als 3000 Mitglieder. Seit Mai 1878 war im westlichen Teil des Ruhrgebiets nichts mehr von ihm zu hören. Die meisten Mitglieder waren hier Christlichsoziale gewesen, die, durch die Gegenagitation veranlaßt, wieder zurücktraten. Der Verband verlor sein Ansehen völlig, als der Vorsteher des Hauptvereins mit dem Vermögen nach England durchging²⁾.

Als das Sozialistengesetz in Kraft trat, gab es nicht mehr viel aufzulösen.

Schon damals war es so wie dann später immer wieder: aus ideologischen und politischen Gründen — teilweise von außen hereingetragen — war eine Spaltung unter den Bergarbeitern entstanden. Sie konnte nicht einmal zur Vertretung der gemeinsamen Interessen gegenüber den Arbeitgebern überbrückt werden, da das gegenseitige Mißtrauen zu groß war.

Der Einfluß der katholischen Geistlichkeit auf die Bergarbeiter war noch zu stark, als daß es der Sozialdemokratie gelingen konnte, festen Fuß unter den Bergleuten zu fassen.

b) Der Streik im Essener Revier 1872

In die Zeit der ersten organisatorischen Regungen unter den Bergarbeitern fällt der einzige Streik vor 1889, der einen gewissen Umfang und Bedeutung erlangt hat, denn er zeigte schon Symptome, die in den späteren großen Streiks immer wiederkehrten. Es sind dies die Bildung eines Zentralstreikkomitees,

¹⁾ Vgl. „Vierzig Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband“, S. 47 ff.

²⁾ STAD, RD Nr. 30429.

die Aufstellung bestimmter gemeinsamer Forderungen sowie auch die Ursache des Streikabbruchs.

Im Essener Streik 1872 prallten zum ersten Male die Anschauungen der Unternehmer und Arbeiter aufeinander. Die Unternehmer dachten ganz im Sinne der freien Wirtschaft: es kam ihnen vor allem darauf an, die Produktion zu steigern und ihre Zechen rentabel zu gestalten. Demgegenüber stand die Auffassung der Arbeiter, die sich noch nicht an die „neue Zeit“ gewöhnen konnten. Sie fühlten weniger die materiellen Benachteiligungen (die bei den alten Ruhrknappen ja nicht so groß waren) als die Beseitigung ihrer alten „Standesrechte“¹⁾.

Die neuzugezogenen Arbeiter hatten natürlich unter den allgemeinen „Mißständen“, die oben geschildert wurden, schwerer zu leiden.

Hinzu kam, daß Essen seit langem das Hauptagitationsfeld des Reviers war: anfangs für die Lassalleaner, die aber bald zurücktraten. Statt ihrer gewannen die Christlichsozialen großen Einfluß unter den Arbeitern, besonders, seit der Pfarrer Laaf in Essen wirkte. Unter seiner Leitung wurde die Christlichsoziale Bewegung und ihre Presse immer regsamer. Von dieser gestützt, glaubten sich die Arbeiter im Recht, als sie im Sommer 1872 zur Selbsthilfe griffen²⁾.

Im Mai fanden viele Belegschaftsversammlungen statt, auf denen die Verhältnisse besprochen wurden³⁾. Kleine lokale Übelstände hatten die Erregung noch gesteigert. Am 1. Juni versammelten sich in Essen 5000 bis 6000 Bergleute, die ein „Komitee der vereinigten Bergleute Essens und Umgebung“ wählten. An die Verwaltungen von rund 20 Zechen sandte man folgende Forderungen:

1. Gedingeerhöhung um 25 %, Normalschichtlohn bei Arbeiten, für die sich kein festes Gedinge verabreden läßt,
2. 8-Stunden-Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt,
3. Wegfall des Beiladens (Auffüllen der Wagen) und
4. Lieferung der Brandkohle zu niedrigeren Preisen.

Als bis zum 15. Juni keine Antwort von den Zechen eingetroffen war, brach am 16. im Essener Revier der Streik aus. Die Zahl der Ausständigen lag zwischen

¹⁾ Seit 1857 waren die Knappschaftsansprüche vermindert worden, die den Arbeitern erst ein Jahr später mitgeteilt wurden. Die damaligen Unruhen unter den Bergleuten sind weniger auf den Verlust materieller Rechte als auf das verletzte Rechtsgefühl der Knappen zurückzuführen. So gab den eigentlichen Anlaß zu den Beschwerden, daß die Bergleute in dem Gesetz als „Arbeiter“ bezeichnet wurden. Im gleichen Sinne ist die Eingabe von Essener Bergleuten an den König von Preußen, ihren „Obersten Bergherren“, zu verstehen. In dieser Bittschrift vom Jahre 1867 beklagten sich die Bergleute über die übermäßig erhöhte Arbeitszeit, die erzwungenen Überschichten und die ungenügende Entlohnung. Man wandte sich also vertrauensvoll an den König, da man von ihm erhoffte, daß er das Unrecht beseitigen würde. Die Antwort war für die Bergleute allerdings mehr als enttäuschend: die Beschwerden wurden geprüft und als unbegründet erachtet. Die Haltung der Behörden, die den Bergarbeitern ungerecht erscheinen mußte, blieb nicht ohne Einfluß auf ihre Entscheidung im Jahre 1872, als sie sich zur Selbsthilfe entschlossen.

²⁾ Geueke: S. 20 ff.

³⁾ Neumann: S. 38, sieht den Grund für den Streik „vorwiegend in der Frage der Lohnhöhe“. M. E. aber war es eine Entladung angesammelter Unzufriedenheit mit den mannigfaltigen Veränderungen seit der Berggesetzgebung, die den Streik auslöste.

15000 und 18000. Schon nach 10 Tagen nahmen die Bergleute in Oberhausen, Mülheim und Meiderich die Arbeit wieder auf, wodurch sich die Lage der Streikenden verschlechterte. In Essen beschloß man dessenungeachtet, den Streik fortzusetzen.

Am 18. Juli streikten noch 14885 Bergleute. Die Arbeiter zeigten größte Ruhe und Disziplin, die auch in der Presse gelobt wurden.

Am 9. Juli nahm der Bergbauliche Verein in einer Resolution zum Streik Stellung. Sie besagte dem Sinne nach dasselbe, was später bei ähnlichen Anlässen verlautbart wurde. Man bedauerte den Kontraktbruch der Arbeiter, weil er der Industrie und den Arbeitern selbst schade. Verhandlungen mit dem Streikkomitee wurden abgelehnt. Die 8-Stunden-Schicht vor Ort müsse bestehenbleiben. Sie sei nicht gesundheitsschädigend und auch in anderen Revieren üblich. Die Löhne ständen „in innigem Zusammenhang“ mit der Lage der Kohlenindustrie und seien seit langer Zeit im Steigen. Deshalb könne der Bergbauliche Verein die Haltung der betroffenen Zechen nur unterstützen.

Dr. Hammacher als Vorsitzender des Vereins zollte in einer Rede vor der Generalversammlung der unnachgiebigen Haltung der Werksbesitzer „höchsten Dank“ und betonte, daß die „Unzufriedenheit mit den bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen“ die Ursache des Streiks gewesen sei. Die rapide Bevölkerungszunahme habe in Essen und Umgebung „soziale Übelstände schwerer Art“ hervorgerufen. Das sei aber auch in anderen Revieren der Fall und nicht die einseitige Schuld der betroffenen Zechen. So sei die letzte Ursache des Streiks in der Wühlarbeit der „sozialdemokratischen und eines Teiles der klerikalen Partei“ zu suchen. Geistliche vor allem hätten in Essen Einfluß auf die Arbeiter gewonnen und deren Lage agitatorisch auszunutzen verstanden. Dr. Hammacher meinte, gegen diese „maulwurfsartigen Mittel eines Teiles der klerikalen Partei“ hülfe nur ein langer Kulturkampf¹⁾.

Mit diesen Worten gab Dr. Hammacher den Standpunkt des überwiegenden Teiles der rheinisch-westfälischen Zechenbesitzer wieder. Die Ultramontanen sahen sie als ebenso gefährlich an wie die Sozialdemokraten, die ja im Revier noch nicht ihren späteren Einfluß besaßen.

Man gab gewisse Unzuträglichkeiten zu, war aber trotzdem überzeugt, daß die Bergleute nur durch Einflüsse von außen dazu bewogen wurden, die Arbeit niederzulegen. Der Gedanke, daß sich die Arbeiter selbst durch einen Ausstand zu helfen suchten, schien ganz abwegig.

Trotz gegenteiliger Versammlungsbeschlüsse bröckelte der Streik seit Mitte Juli ab und brach dann ganz zusammen. Erst am 28. Juli verkündete das Komitee das Streikende. Damals waren noch etwa 1500 Arbeiter ausständig. Es fehlte den Bergarbeitern an Mitteln, um ihre Forderungen länger zu vertreten. Sie waren gezwungen, die Arbeit wiederaufzunehmen, wenn sie nicht verhungern

¹⁾ Glückauf: Jg. 1872, Nr. 29.

wollten. Sie standen der Geschlossenheit der Arbeitgeber gegenüber, denen es durch ihre gegenseitige Hilfe gelang, den Kohlenmangel jedenfalls in den Industrien, die von der Kohle abhingen, zu verhindern. — Durch den Förderungsausfall waren die Kohlenpreise noch mehr gestiegen, weshalb weniger die Kohlenverkäufer als die -käufer den Schaden zu tragen hatten¹⁾.

Unmittelbare Erfolge hatte der Streik überhaupt nicht gebracht. Jedenfalls erkannte ein Teil der Bergleute, daß es ihnen ohne eine starke gewerkschaftliche Organisation nie gelingen würde, ihre Forderungen wirksam zu vertreten. Aus dieser Erkenntnis erwuchsen die Bestrebungen, einen allgemeinen Bergarbeiterverband zu gründen.

c) Unter dem Sozialistengesetz

Durch das Gesetz vom 21. Oktober 1878 war die gewerkschaftliche Organisation zwar erschwert worden; es gelang jedoch nie, sie ganz zu unterdrücken. Das lag wesentlich daran, daß dem Wunsche der Werksbesitzer, auch die Christlichsozialen den Gesetzesbestimmungen zu unterwerfen, nicht entsprochen wurde.

Der Kampf der Behörden gegen die Arbeiterverbindungen hatte nicht erst mit dem Sozialistengesetz begonnen. Schon früher hatten sie versucht, die Entfaltung der Arbeitervereine auf Grund des Vereins- und Pressegesetzes zu unterbinden. Sozialdemokraten wie Christlichsoziale waren gleichermaßen betroffen. So empfahl der Regierungspräsident von Düsseldorf²⁾, „mit aller Schärfe bis zur äußersten Grenze des Zulässigen“ gegen die Christlichsozialen vorzugehen. Versammlungen wurden verboten oder aufgelöst und die Wirte veranlaßt, ihre Lokale zu politischen Versammlungen nicht herzugeben³⁾. Mit den Zechenverwaltungen arbeitete man eng zusammen, indem man ihnen nahelegte, sozialdemokratische und andere „aufsässige“ Elemente aus den Belegschaften zu entfernen.

Nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes war in der Öffentlichkeit von einer Tätigkeit der Sozialdemokraten in gewerkschaftlichem Sinne nichts mehr zu spüren. Sie beschränkten sich zwangsläufig auf die geheime Agitation.

Seit dem sozialdemokratischen Parteitag 1883 in Kopenhagen war eine größere Aktivität in den neu entstehenden gewerkschaftlichen Verbänden zu bemerken. Unter den Bergarbeitern gab es vor 1889 jedoch keine von Sozialdemokraten beeinflusste gewerkschaftliche Neugründung⁴⁾.

¹⁾ Oldenberg im Jahrbuch für Gesetzgebung usw. (Schmoller), Jg. 13 (1889), S. 1206 ff.

²⁾ Bericht des Regierungspräsidenten Düsseldorf an den Minister des Innern vom 12. September 1878, STAD, RD 30429.

³⁾ Es sind dieselben Mittel, mit denen später vor allem gegen den Alten Verband vorgegangen wurde.

⁴⁾ Berichte des Regierungspräsidenten Düsseldorf über die Lage der Sozialdemokratie 1878 ff. STAD, RD 30431.

Obgleich sie in ihrer Tätigkeit beengt wurden, lebten die Christlichsozialen und die Knappenvereine weiter. Doch nur wenige Bergleute nahmen daran Anteil. Es war nicht einmal der zehnte Teil der Bergarbeiter, der den Vereinen angehörte.

Sie traten erst wieder hervor, als 1878 bis 1880 die Nachträge zu den Knappschaftssatzungen bekanntgegeben wurden, die sich als weitere Benachteiligung für die Arbeiter erwiesen. Mehrere Vereinsvorstände berieten über Reformen der Knappschaftssatzungen. Zentrumsführer wie Stötzel und Lensing (Redakteur der Dortmunder Zeitung „Tremonia“) bemühten sich, Unterschriften für Petitionen zu sammeln¹⁾.

Es wurde schon darüber verhandelt, im Hinblick auf die Verschlechterung der Knappschaftsrechte einen Rechtsschutzverein der Bergleute zu gründen²⁾.

Damals trat ein Mann in den Vordergrund der Bergarbeiterbewegung, der schnell zum angesehensten Führer der Bergleute wurde.

Im Jahre 1884 wurde Johannes Fußangel Redakteur der „Westfälischen Volkszeitung“. (Fußangel war vorher als Journalist in Bayern tätig gewesen und dort als „radikaler Katholik und Preußenfeind“ hervorgetreten³⁾.) Seither nahm die Agitation um die Knappschaftsfragen zu. Fußangel brachte in langen Presseartikeln die Mißstände in den Knappschaftsvereinen an die Öffentlichkeit. Er fand fähige Mitarbeiter, die praktische Erfahrung aus den Knappschaftsvereinen mitbrachten. Sie veranstalteten große Versammlungen, auf denen Reformen gefordert und Petitionen an die Regierung und die Parlamente gesandt wurden. — Im März 1886 gründete Fußangel den „Rechtsschutzverein für die bergmännische Bevölkerung im Oberbergamtsbezirk Dortmund“. Sein Ziel war, wie in den Versammlungen zum Ausdruck gekommen war, die wohl-erworbenen Rechte der Bergarbeiter gegenüber den Knappschaftskassen und Zechenverwaltungen zu schützen. Als erster Vorsitzender leitete Fußangel den Verein, der anfangs in zahlreichen Fällen für seine Mitglieder wirksam sein konnte⁴⁾. In seinen Statuten schloß auch dieser Verein jede politische oder religiöse Betätigung aus. Fußangel wurde allerdings später selbst von katholischer Seite⁵⁾ vorgeworfen, er habe seine Befugnisse als Vorsitzender dazu mißbraucht, in der Bewegung politische Zwecke zu verfolgen und seiner Zeitung Anhänger zu gewinnen. Wieweit der Vorwurf berechtigt war, läßt sich nicht nachprüfen.

Die Mitglieder der interkonfessionellen Knappenvereine lehnten den Zentrumspolitiker Fußangel ab und traten deshalb dem Rechtsschutzverein nicht bei. Sie wurden schon dadurch abgehalten, daß Fußangel seine Presseangriffe

¹⁾ Imbusch: S. 259 ff.

²⁾ Die Idee zur Gründung eines Rechtsschutzvereins stammte ursprünglich aus sozialdemokratischen Kreisen. — Oldenberg: S. 920 f.

³⁾ Oldenberg: S. 919 f.

⁴⁾ Bredenbeck: „1889“, S. 12 f.

⁵⁾ Imbusch: S. 267 ff.

nicht nur gegen die Werksbesitzer richtete, sondern auch gegen die Sozialdemokraten.

Bald nach seiner Gründung setzte die Agitation der liberalen Presse gegen den Verein ein. Er wurde als „schwarz-rote“ Organisation, besonders im Hinblick auf die evangelischen Arbeiter, hingestellt. Da der konfessionelle Streit noch anhielt, machten diese Parolen Eindruck. Große Teile besonders der evangelischen Knappenvereine verhielten sich deshalb ablehnend.

Im ersten Jahr seines Bestehens zählte der Rechtsschutzverein rund 12000 Mitglieder. Dann sank die Zahl schon wieder: 1887 waren es 9803 und 1888 noch 8152 Mitglieder. Die Zahlen beweisen, wie wenig die Bergarbeiter damals an einen wirksamen Schutz ihrer Interessen glaubten¹⁾. Der Verein verlor immer mehr an Ansehen. 1890 ging er in dem von katholischer Seite gegründeten Gewerkverein „Glückauf“ auf²⁾.

Neben diesen gewerkschaftlichen Gründungen bestanden im Revier seit 1883 Zweigvereine des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, die anfangs von den Arbeitern begrüßt worden waren, da sie Hilfskassen unterhielten. Vorort war Gelsenkirchen. 1888 gab es im Revier 56 Ortsvereine mit etwa 5500 Mitgliedern. In späteren Jahren, als andere Gewerkschaften regsam wurden, ging die Zahl wieder zurück. Eine größere Bedeutung hat der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein im Revier nie erlangt³⁾.

¹⁾ Neumann, S. 36, spricht von der politischen Indifferenz der Arbeiter an der Ruhr, „worin erst Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre eine grundsätzliche Änderung“ eingetreten sei. Dagegen muß eingewandt werden, daß der Rechtsschutzverein, die einzige größere Gründung seit dem Sozialistengesetz, nur anfänglich das Interesse weiterer Bergmannskreise erregen konnte. Außerdem zeigt die Geschichte des Alten Verbandes, daß von einer politischen oder gewerkschaftlichen Aktivität der Bergleute in diesen Jahren noch nicht die Rede sein konnte.

²⁾ Imbusch: S. 270, vgl. Kap. 3, 2a.

³⁾ STAD, RD 30433.

Kapitel 2:

Der Streik der Bergarbeiter im Jahre 1889

1. Der Bergarbeiterausstand

a) Die Vorgeschichte

Gegen Ende der achtziger Jahre setzte die „milde Ära“ des Sozialistengesetzes ein. Die gewerkschaftliche Regsamkeit führte in allen Teilen des Reiches zu Streikbewegungen, besonders in den Berufsgruppen, die schon eine Organisation besaßen. In Westdeutschland traten die Riemendreher, die Färber und Weber (am Niederrhein) im März, April und Mai 1889 in den Ausstand. Diese Streiks werden ebenso wie die Unruhen unter den Bergarbeitern des benachbarten Auslandes nicht ohne Wirkung auf die Ruhrbergleute gewesen sein¹⁾.

Unter den Bergarbeitern wurden wieder die Kräfte hervorgerufen, die sich von der Gründung des Fußangelschen Rechtsschutzvereins ferngehalten hatten: die sozialdemokratisch gesinnten Mitglieder der freien Knappenvereine.

Im Frühjahr 1888 leiteten sie eine neue Knappschaftsagitation ein. Schon 1887 hatte Daniel Eckart, ein alter Lassalleaner und Veteran des 72er Streiks, in Essen versucht, unabhängig von Fußangel einen Rechtsschutzverein zu gründen, doch keine Resonanz gefunden²⁾.

Auch jetzt war er wieder führend beteiligt, daneben in Gelsenkirchen der unter seinen Kameraden als „der Sozialdemokrat“ bekannte Bergmann Brodam. Im Dortmunder Revier waren es Schröder und die Vorsitzenden der freien Knappenvereine „Glückauf“ Dortmund, Bunte, und „Glückauf“ Dorstfeld, Siegel. Sie wußten, daß der Weg zur Bergarbeiterorganisation über die Knappschaftsfragen führte, da vor allem diese den Bergleuten einiges Interesse abgewannen.

Als eine Petition von etwa 20 Knappenvereinen, die die Knappschaftsverhältnisse (freie ärztliche Behandlung, Erstattung der Hälfte der Arzneykosten für Angehörige) bessern sollte, abgelehnt wurde, berief man für den 19. August 1888 nach Dortmund eine Delegiertenkonferenz der Knappenvereine. 52 Vereine waren vertreten. Ein „Komitee“ wurde beauftragt, die Knappschaftsangelegenheiten weiterzutreiben und der nächsten Konferenz, die am 13. Januar stattfinden sollte, Bericht zu erstatten³⁾. Auf dieser Tagung konnte der Vorsitzende

¹⁾ Handbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., Bd. 1, Artikel „Arbeitseinstellungen“.

²⁾ Imbusch: S. 273.

³⁾ Vgl. Hue: Die Bergarbeiter, S. 354 ff., Imbusch: Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisation..., S. 277 ff., Oldenberg: S. 922 ff. und die Broschüren über den Streik 1889 (s. Literaturverzeichnis).

Bunte nur berichten, daß eine Petition an den Minister für öffentliche Arbeiten, von Maybach, abgegangen, aber noch nicht beantwortet worden sei. Zu diesem zweiten Delegiertentag waren Begrüßungstelegramme aus anderen Revieren, vor allem aus Sachsen¹⁾, eingegangen, in denen eine allgemeine Bergarbeiterorganisation angeregt wurde²⁾. Die Versammlung beschloß, diese Frage auf den nächsten Delegiertentag zu verschieben, der am 2. Juni in Dorstfeld abgehalten werden sollte.

In der Zwischenzeit nahm die Versammlungstätigkeit zu, doch nirgends wurde die Lohnfrage angeschnitten. Das ist besonders deshalb wichtig, weil von den Unternehmern später immer behauptet worden ist, die Lohnfrage habe in der Bewegung die Hauptrolle gespielt.

Die damaligen „Führer“ der Bergarbeiter wußten, daß durch die Lohnfrage leicht eine Streikbewegung heraufbeschworen werden konnte. Das lag aber nicht in ihrer Absicht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Schröder und seine Genossen nach den Erfahrungen, die sie bis dahin gemacht hatten, die Bergarbeiter erst zusammenfassen wollten, bevor sie sich zutrauten, einen Streik herbeizuführen. Als dann die Lohnfrage doch auftauchte, griffen sie sie freilich auf, da ihnen sonst leicht die Führung entglitten wäre.

Am 10. März 1889 wurde auf einer großen Versammlung in Essen zum ersten Male die Lohnfrage in die Diskussion geworfen. Eckart, Schröder u. a. ergriffen das Wort. Schröder meinte, wenn man sich fest organisiert habe, brauche man nicht zu streiken und erhalte doch etwas. Ein Komitee, das beauftragt war, in der Frage der Knappschaftsreform Vorschläge zu unterbreiten, wurde erweitert und aufgefordert, auch Schritte in der Lohnfrage vorzubereiten³⁾.

In den nächsten Wochen hielt man im ganzen Revier Versammlungen ab, auf denen diese Fragen besprochen wurden. Die Presse hob hervor, daß die Versammlungen sehr sachlich und ruhig verlaufen seien und die Leiter (Eckart, Schröder, Bunte u. a.) immer betont hätten, Organisation sei wichtiger als Streik⁴⁾.

Selbstverständlich sahen Fußangel und die Christlichsozialen nicht tatenlos zu, sondern griffen gleichfalls die Lohnfrage auf, wodurch die Gegenseite zu schnellerem Handeln bewogen wurde.

¹⁾ Die Telegramme aus Sachsen deuten darauf hin, daß es sich von vornherein um einen sozialdemokratischen Organisationsversuch handelte, denn der schon in Sachsen bestehende Bergarbeiterverein stand unter sozialdemokratischer Führung.

²⁾ In Sachsen war die Bergarbeiterorganisation weiter fortgeschritten als im Ruhrrevier. Der Verbandsvorsitzende Ebert nahm an dem Delegiertentag in Dorstfeld teil.

Mit Buntess Hilfe propagierte er die Zwickauer Bergarbeiterzeitung „Glückauf“, die als vorläufiges Bindeglied zwischen den Bergarbeitern auch im Revier eingeführt werden sollte. — Hue: Bd. 2, S. 348 ff.

³⁾ Nach Neumann, S. 65, begann die Bewegung unter den Bergarbeitern erst mit dieser Versammlung. Es ist aber nicht unwesentlich, daß sie lange vorher schon bestand und erst im März ihre entscheidende Wendung nahm, als die Lohnfrage aufgenommen wurde.

⁴⁾ STAM, OPräs. 2828a.

Am 7. April wurden auf einer Bergarbeiterversammlung in Essen die Forderungen an die Werksbesitzer formuliert. Wieder rieten die Führer zur Ruhe und Besonnenheit. Die Forderungen waren:

1. Aufbesserung der Löhne um 15%,
2. Abschaffung der Überproduktion durch zu lange Arbeitszeit, d. h. der Überschichten, und Einführung der achtstündigen Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt,
3. bessere Wetterführung, einen geschützten Gang von der Kaue zum Schacht, Lieferung des Holzes bis in die Grube.

Ferner beklagte man sich über die schlechte Behandlung durch die Zechenbeamten, über zu hohe und zu viele Geldstrafen und über das Nullen (unrein oder ungenügend beladene Wagen wurden nicht bezahlt). Die Eingabe war unterzeichnet: „Im Namen der Bergleute das am 10. März in der Bergarbeiterversammlung in Essen gewählte Komitee“¹⁾.

Die im April im ganzen Revier abgehaltenen Versammlungen stellten sich, zum Teil mit geringen Abweichungen entsprechend den örtlichen Verhältnissen, auf den Boden der Essener Forderungen, die an die Zechenverwaltungen gesandt wurden. Für die Sonntage im Mai waren schon weitere Versammlungen ausgeschrieben, als die Ereignisse plötzlich einen anderen Verlauf nahmen.

Es ist viel darüber gesagt und geschrieben worden, ob die Bergarbeiterführer damals den Streik wollten oder nicht, ob erst zu einem späteren Zeitpunkt usf.²⁾. Die agitatorische Aufrüttelung vor dem Streik barg gewiß von vornherein die Gefahr in sich, daß unbesonnene Elemente die Arbeit niederlegen würden, um ihre Forderungen durchzusetzen. Wenn aber die Werksbesitzer und die Behörden von dem Streik völlig überrascht wurden, so darf man daraus schließen, daß der Charakter der vorhergehenden Versammlungen den Gedanken an eine Arbeits-einstellung gar nicht aufkommen ließ.

Der erst auf einzelne Zechen beschränkte und dann sich ausbreitende Streik kam überraschend. Von wenigen Unverantwortlichen ausgehend, ergriff er das ganze Revier. Die tiefere Ursache dafür, daß er ausbrechen konnte, lag nicht erst in den letzten Ereignissen, sondern in der jahrelangen Erbitterung über die zunehmende Verschlechterung der Arbeits- und Knappschaftsverhältnisse³⁾.

¹⁾ Hue: 2. Bd., S. 356.

²⁾ Vgl. die im Literaturverzeichnis angegebenen Broschüren über den Streik 1889. — Hue: S. 354, Imbusch: S. 280 ff.

Oldenberg, S. 928 ff. und auch Hahn, S. 19 ff., berichten übereinstimmend, daß den damaligen Führern der Bergarbeiter der Ausbruch des Streiks sehr ungelegen kam und sie ihn vergeblich zu verhindern suchten, da ihnen vorerst nur daran lag, eine Organisation zu schaffen.

³⁾ Vgl. Fleischer: Zwei Krisenjahre im rheinischen Bergbau; Lensing: Der große Bergarbeiterstreik...

b) Der Streikverlauf

Trotz aller Mahnungen der Führer der Bergleute begann in der ersten Maiwoche 1889 der Ausstand. Anfangs beschränkte er sich noch auf die jugendlichen Schlepper und Pferdetreiber weniger Zechen. Es waren also nicht die eigentlichen Bergleute, die Hauer, sondern verantwortungslose Jugendliche, die zuerst die „Brocken wegwarfen“. Doch als nach einem Zusammenstoß zwischen Streikenden der Zeche „Moltke“ und Polizei in Gelsenkirchen dem Drängen der Zechenverwaltungen nachgegeben wurde und Militär einrückte, legten immer mehr Bergleute die Arbeit nieder. Nach den nördlichen und östlichen erfaßte der Streik auch die westlichen Reviere¹⁾.

Den Leitern der vorhergehenden Knappschaftsbewegung, also vor allem den der Sozialdemokratie nahestehenden Knappenvereinsmitgliedern, kam diese Wendung ebenso überraschend wie ungelegen, denn sie wußten, daß sie die Arbeiter nur würden steuern können, wenn diese fest organisiert waren. Gerade deshalb hatten sie bis in die ersten Maitage hinein versucht, die Bergleute zurückzuhalten²⁾.

Es war vergeblich gewesen. Durch die vielen Presseartikel, die den Arbeitern klarzumachen versucht hatten, daß sie ein Recht darauf hätten, am wirtschaftlichen Aufschwung teilzunehmen, und nicht zuletzt durch die rege Versammlungstätigkeit hatte sich unter den Belegschaften eine nicht mehr aufzuhaltende Erregung breitgemacht.

Ganz ohne Plan brach der Streik aus. Anfangs entschied jede Belegschaft für sich, wie sie handeln sollte. Die Lage war daher verworren. Täglich legten weitere Belegschaften die Arbeit nieder.

Nach den Erklärungen der Direktorenkonferenzen der Bergwerke des östlichen Reviers (am 6. und 8. Mai) und des Vorstandes des Bergbaulichen Vereins vom 11. Mai, in denen sie die Arbeiterforderungen ablehnten und nur zugestanden, die Löhne zu erhöhen, falls die Arbeit sofort wiederaufgenommen würde, mußten die Führer³⁾ erkennen, daß ihnen die Massen entgleiten würden, wenn sie weiterhin bremsten. Sie entschlossen sich deshalb, sich der Streikbewegung anzuschließen und in die Streikkomitees einzutreten, die in den einzelnen Revieren gebildet wurden. Dort konnten sie ihren Einfluß weiterhin geltend machen.

¹⁾ Die Zahl der Ausständigen ist aus Tabelle 6 im Anhang zu ersehen.

²⁾ Oldenberg: S. 929 f.

³⁾ Unter den damaligen Führern traten einige besonders hervor: im Essener Revier Daniel Eckart. Als Berginvalid betrieb er ein Geschäft und war dadurch von den Zechen unabhängig. Vor und während des Streiks zeichnete er sich durch große Besonnenheit aus und warnte unermüdlich vor einem Ausstand. Dieckmann, Ückendorf und Brodam, Gelsenkirchen, waren unter ihren Kameraden als Sozialdemokraten bekannt. Im Dortmunder Revier hatten, auch vor ihrer Entsendung an den Kaiser, Schröder, Bunte und Siegel großen Anhang. Durch ihre Audienz in Berlin gewannen sie eine Zeitlang das größte Ansehen im ganzen Revier. Schröder und Siegel waren gleichfalls Sozialdemokraten. Bergmann Weber, der Vorsitzende des Zentralstreikkomitees, kam aus der Christlichsozialen Bewegung und wurde von Fußangel beeinflusst. Alle waren damals noch Bergleute, wurden aber zum großen Teil nach dem Streik gemäßregelt. Hue, 2. Bd., S. 387, Anm. 20; Imbusch: S. 312 ff.

Jede Belegschaft wählte ihre Vertreter, aus deren Mitte die Komitees gebildet wurden. So erwuchs langsam eine feste Ausstandsorganisation.

Zur gleichen Zeit bemühten sich die katholischen Führer der Bergarbeiter, besonders Fußangel und der Redakteur der „Tremonia“ in Dortmund, Lambert Lensing, die Führung der Bewegung nicht allein in die Hände der genannten Männer übergehen zu lassen. Da sie die katholische Presse des Reviers hinter sich hatten und die unerfahrenen Bergarbeiterführer ihre journalistische Hilfe nicht entbehren konnten, gewannen sie einen bestimmenden Einfluß auf die Streikenden.

Dank Fußangels Initiative wurde auf einer Delegiertenkonferenz am 10. Mai in Bochum ein Zentralstreikkomitee eingesetzt, dem Bunte (Dortmund), Weber (Bochum), Mühlenbeck (Essen) und Dieckmann (Ückendorf) angehörten, außer Weber alles der Sozialdemokratie nahestehende Bergleute. Da sie nur im bergmännischen Interesse handelten und keine politischen Dinge mit dem Streik verflochten, genossen sie das Vertrauen der ausständigen Arbeiter. Nur so ist es verständlich, daß die Öffentlichkeit und teilweise auch die Behörden davon überzeugt waren, daß die Bewegung nicht politisch beeinflußt sei.

Lensing's Kontakt mit den Streikleitern rührte von einer Zusammenkunft her, die am 11. Mai in seinem Redaktionsbüro in Dortmund stattgefunden hatte¹⁾. Es war ihm gelungen, einen Zechendirektor (Zentrumsmitglied), der beschwerdeführend auf der Redaktion erschien, dafür zu gewinnen, mit den ihm bis dahin persönlich selbst unbekannten Schröder, Bunte und Siegel zusammenzutreffen. Nach vierstündiger Unterredung einigte man sich im Sinne des späteren Berliner Protokolls, allerdings ohne die Arbeiterausschüsse zu erwähnen. Für das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern blieb diese Aussprache ohne Folgen; doch sie war insofern bedeutsam, als sie die Verbindung zwischen Lensing und den maßgeblichen Bergarbeitern herstellte.

Die Wende im Streik trat ganz unerwartet durch die Audienz dreier Bergleute beim Kaiser ein. Am 9. Mai beschloß eine Versammlung in Dorstfeld (angeblich auf Anraten des Gastwirtes, bei dem man tagte), durch eine Deputation dem Kaiser die Wünsche der Bergleute vorzutragen²⁾. Der Gedanke fand die Zustimmung weiter Kreise auch der Öffentlichkeit, die die Reisekosten aufbrachte. Schröder, Bunte und Siegel wurden ausersehen, nach Berlin zu fahren. Durch die Behörden wurde die Bewilligung zur Audienz erlangt. Am 14. Mai trafen die drei Bergleute in Berlin ein³⁾. Ein ordentliches Mandat der gesamten streikenden

¹⁾ Lensing: S. 57 ff.

²⁾ Hue: 2. Bd., S. 363 ff u. a.

³⁾ Entgegen der Ansicht Neumanns, S. 66, daß die Entsendung einer Deputation an den Kaiser taktischen Erwägungen entsprang, möchte ich vielmehr annehmen, daß auch hierin ein Beweis zu erkennen ist, wie weitgehend die Bergleute noch in alten Anschauungen verwurzelt waren, jedenfalls die alten Bergleute. Sie waren überzeugt, daß ihr König ihnen in ihrem ehrlichen Kampfe um das „von den Vätern ererbte Recht“ helfen würde. Dafür spricht auch, daß die Bergarbeiterversammlungen mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen wurden. STAM, OPräs. 2828.

Belegschaft besaßen sie nicht. Es war ursprünglich eine lokal eingeleitete Aktion, die aber allgemeinen Beifall fand, da die Bergarbeiter darin die einzige Möglichkeit sahen, die Lage noch zu ihren Gunsten zu wenden; denn sie spürten mit jedem Tage mehr, daß sie dem geschlossenen Willen der Unternehmer nicht mehr allzu lange würden Widerstand leisten können.

In Berlin vermittelten freisinnige Reichstagsabgeordnete Verhandlungen zwischen den Bergarbeiterdelegierten und dem Vorsitzenden des Bergbaulichen Vereins, Dr. Hammacher. Die mahnenden Worte des Kaisers an die Bergleute und zwei Tage später an die Abordnung der Werksbesitzer¹⁾ werden auch dahin gewirkt haben, diese zu Konzessionen zu bestimmen. Das Ergebnis der Verhandlungen war das „Berliner Protokoll“, in dem den Arbeitern Zugeständnisse gemacht wurden, wenn sie auch nicht alles erhielten, was sie gefordert hatten. Dafür verpflichteten sich die Delegierten, mit allen Kräften auf einen Arbeitsfrieden hinzuwirken.

Die Worte des Kaisers und das Berliner Protokoll wurden im Revier günstig aufgenommen. Dafür spricht nicht zuletzt, daß seit diesem Zeitpunkt die Zahl der Ausständigen zurückging.

Am 18. Mai veröffentlichte der Bergbauliche Verein eine Resolution, in der das Berliner Protokoll in modifizierter und teilweise abgeänderter Form anerkannt wurde²⁾. Strittig blieb die Frage der Überschichten und die der achtstündigen Schicht. Auf Vorschlag des vermittelnden freisinnigen Abgeordneten Dr. Baumbach hatte man sich in Berlin dahingehend geeinigt, daß Überschichten durch einen von der Belegschaft jährlich neu zu wählenden Ausschuß und die betreffende Zechenverwaltung vereinbart werden sollten. — Bei den Arbeitern ist vor dem Berliner Protokoll nie von Arbeiterausschüssen die Rede gewesen³⁾. Daß sie damals die Bedeutung der Ausschüsse noch nicht klar erkannten, beweist ihre gemäßigte Haltung, als der Bergbauliche Verein die Ausschüsse im Essener Protokoll gestrichen hatte. Der Vorstand sah sofort, welche Macht den Arbeitern gegeben würde, wenn sie die Ausschüsse erhielten. Er lehnte auch aus grundsätzlichen Erwägungen jeden Eingriff in das so verstandene „Hausrecht“ der Werksbesitzer ab und legte in der Essener Erklärung vom 18. Mai fest, daß Überschichten jedesmal vorher zwischen der Verwaltung und Belegschaft einer Zeche vereinbart werden müßten, wodurch sich die Arbeiterausschüsse erübrigen würden.

¹⁾ Oldenberg: S. 933 ff.

²⁾ Hue: 2. Bd., S. 368 ff. und Imbusch: S. 290 ff.

³⁾ Jedenfalls wurden die Arbeiterausschüsse in keiner Versammlung erwähnt (soweit Protokolle vorliegen), und auch in den Forderungen an den Bergbaulichen Verein waren sie nicht enthalten. Neumann, S. 68, schreibt, daß die Arbeiterausschüsse „gemäß den kaiserlichen Darlegungen“ vorgesehen waren. Dafür findet sich m. E. in den Worten des Kaisers (vgl. Oldenberg: S. 933 ff.) kein Hinweis. Das Berliner Protokoll wurde abgefaßt, bevor der Kaiser die Deputation der Arbeitgeber empfangen hatte (vgl. Oldenberg: S. 937 f.).

Die später so heftig umkämpfte Forderung der Ausschüsse ist also ursprünglich von unbeteiligter Seite herangetragen worden.

Die Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt war von Schröder in der Audienz beim Kaiser als wichtigste Forderung der Bergleute hingestellt worden. Dafür entscheidend war die Auffassung der Bergleute, daß ihnen ihr Recht im Verlauf der letzten Jahre und Jahrzehnte beschnitten worden war. Schröder und seine Freunde, die ja selbst alte westfälische Bergleute waren, sprachen daher ganz im Sinne ihrer Kameraden, als sie darauf bestanden, daß die Achtstundenschicht wieder eingeführt würde. Die Arbeitgeber waren aber nicht bereit, dieser Forderung zu entsprechen. Sie beharrten darauf, daß mindestens acht Stunden vor Ort gearbeitet würde. Die Arbeiterdelegierten fanden sich dann auch mit der Bestimmung des § 5 des Berliner Protokolls ab, wonach die Normalschicht acht Stunden und die Ein- und Ausfahrt in der Regel nicht länger als jeweils eine halbe Stunde dauern sollte. Der Text des Essener Protokolls präziserte diesen Punkt noch genauer, besagte aber inhaltlich dasselbe.

Ogleich das Essener Protokoll — wie die Arbeiter nicht zu Unrecht behaupteten — die Berliner Abmachungen reduzierte, nahmen die Delegierten am 19. Mai auf einer Konferenz aller streikenden Belegschaften in Bochum die Friedensresolution, die von Lensing verfaßt worden war, an. Danach sollten die Bergleute am 21. Mai die Arbeit wiederaufnehmen und durch ihre Belegschaftsvertreter die Arbeitsbedingungen, vor allem die Löhne, mit den Zechenverwaltungen festlegen.

Aus dem Wortlaut der Resolution geht hervor, daß die Arbeiterführer die Formulierung des Berliner und des Essener Protokolls über die Regelung der Schichtzeit falsch verstanden hatten oder jetzt jedenfalls falsch auslegten, denn wenn dort von der Ein- und Ausfahrt von „jeweilig einer halben Stunde“ die Rede war, so schrieb man in der Resolution von der Ein- und Ausfahrt, „die in der Regel nicht länger als eine halbe Stunde“ dauern sollte. Der Widerspruch zwischen dem Wortlaut der Resolution und dem der Protokolle hat nie eine völlige Aufklärung erfahren. Lensing hat später erklärt, ihm sei, als er die Resolution abfaßte, gleich klargewesen, daß sie mit dem Essener Protokoll in diesem Punkte nicht übereinstimmte. Schröder hat geäußert, er habe immer geglaubt, die Seilfahrt solle nicht länger als eine halbe Stunde dauern. Er habe das Wort „jeweilig“ nicht recht verstanden. Nach der ganzen Haltung Schröders und der anderen Kaiser-Delegierten darf angenommen werden, daß sie einem Irrtum unterlegen sind¹⁾.

Auf Grund der widersprechenden Auffassungen mußte es gleich zu neuen Reibungen kommen, als die Bergleute am 21. Mai zur Schicht anfahren wollten. Auf vielen Zechen verweigerten sie die Einfahrt, da sie sich hintergangen glaubten. Als beim Bochumer Komitee Meldungen über die „Wortbrüchigkeit“ der

¹⁾ Oldenberg: S. 939 ff.

Zechen einliefen, forderte das Komitee auf weiterzustreiken. Daraufhin kam Dr. Hammacher am 22. und 23. Mai nach Bochum, um erneut mit mehreren Arbeitern zu verhandeln. Er erklärte im Namen des Bergbaulichen Vereins, daß der Verein mit allen Mitteln eingreifen würde, falls eine Zeche das Essener Protokoll nicht einhielte, wogegen die Arbeiterdelegierten versprachen, ihre Kameraden zur Geduld und Nachgiebigkeit zu ermahnen.

Demgemäß handelte man auf der Konferenz am 24. Mai, doch die Mehrheit der Anwesenden wollte, daß weitergestreikt würde. Das Zentralstreikkomitee gab nach. Die Haltung seiner Mitglieder war schwach, da sie befürchteten, bei längerem Widerspruch als von den Zechenbesitzern beeinflusst oder gar gewonnen angesehen zu werden. (Dieser Vorwurf ist auch wirklich vielfach gegen Schröder und andere erhoben worden¹).) Das aber hätte sie ihr ganzes Ansehen bei den Bergleuten gekostet. —

69 Delegierte stimmten gegen, 48 für den Frieden. (Jede Schachanlage war durch eine Stimme vertreten. 68 Schächte hatten allerdings gar keine Delegierten entsandt.) Trotz des wenig überzeugenden Abstimmungsergebnisses erließ das Komitee einen neuen Streikaufruf, der aber nur schwachen Widerhall fand. Besonders im westlichen Teil des Ruhrreviers nahm man dank der gemäßigten Haltung der Belegschaftsvertreter und dem Entgegenkommen der Zechenverwaltungen in einigen Punkten die Arbeit wieder auf. Als sich dann die Maßnahmen der Behörden verschärften (das Zentralstreikkomitee wurde verhaftet und alle Versammlungen verboten) und die Stimmung der Bevölkerung umzuschlagen begann, brach der Streik immer mehr zusammen. Seit Anfang Juni konnte er als beendet angesehen werden.

Die Streikbewegung blieb nicht auf das Ruhrgebiet beschränkt. Sie griff auch auf andere deutsche Kohlenreviere über²). Als der Ausstand an der Ruhr seinen Höhepunkt erreichte, brach er im Wurmrevier (Aachen) und wenig später im Saarrevier aus. Im Wurmrevier beteiligten sich fast alle Zechen. Erst Anfang Juni konnte der Streik beigelegt werden. Bis zu 40% der Belegschaften legten vorübergehend die Arbeit nieder.

Einen noch größeren Umfang erreichte die Arbeitseinstellung auf den saarländischen Staatsgruben. Zwei Drittel der Arbeiter waren zeitweilig ausständig. Militär wurde herbeigerufen. Durch Zugeständnisse wurden die Arbeiter noch im Mai bewogen, wieder anzufahren.

Am kürzesten und heftigsten war der Streik in Niederschlesien, wo die Arbeiter gegen mißliebige Zechenbeamte vorgingen und Zecheneigentum demolierten. Das Waldenburger Revier wurde für längere Zeit mit Militär belegt. Der Ausstand selbst war nach 4 Tagen durch geringfügige Konzessionen der Unternehmer beendet.

¹) Versammlungsberichte vom Mai und Juni 1889. STAM, OPräs. 2828.

²) Hue: 2. Bd., S. 376 ff.

Auch in Oberschlesien streikten etwa 19000 Bergleute, allerdings nicht gleichzeitig, so daß nie mehr als 7 bis 15% der Gesamtbelegschaft der Arbeit fernblieben. Nach 3 bis 5 Tagen konnte meistens wieder gefördert werden.

Nur für Oberschlesien kann ein Zusammenhang mit der westfälischen Bewegung belegt werden, da die schlesischen Bergleute dieselben Forderungen aufstellten wie die im Westen, ohne zu fragen, ob sie auf die eigenen Verhältnisse zutrafen. Was sonst über solche Zusammenhänge geäußert wurde, beruht auf Vermutungen, obgleich kaum zu leugnen ist, daß der westfälische Streik ermutigend und antreibend auf die Bergarbeiter anderer Reviere gewirkt haben muß.

c) Die Behörden und der Streik

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bergwerksbesitzer entgegen ihrer ursprünglichen Absicht durch die eindeutige Stellungnahme der Öffentlichkeit zugunsten der Bergleute und durch die Haltung der obersten Staatsstellen (besonders die des Kaisers¹⁾) bewogen wurden, zu verhandeln und Zugeständnisse zu machen. Es geschah aus taktischer Klugheit; denn die Unternehmer gestanden nie ein, daß der Streik berechtigt gewesen sei. Die von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission gab ihnen später recht.

Alle Berichte und andere Anzeichen sprechen dafür, daß der Streik für die Behörden überraschend kam²⁾. Darauf deutet schon die Tatsache hin, daß das Militär übereilt herbeigerufen wurde. Dies trifft vornehmlich auf die Behörden der Provinz Westfalen zu, besonders den Oberpräsidenten von Hagemeister und den Regierungspräsidenten von Arnsberg, von Rosen; denn im Regierungsbezirk Düsseldorf, in dem der Streik allerdings einen geringeren Umfang hatte, lehnte der Regierungspräsident von Berlepsch den von den Zechen vielfach geäußerten Wunsch auf militärischen Schutz als entbehrlich ab.

Die Behörden innerhalb des Reviers standen — abgesehen von wenigen Ausnahmen³⁾ — auf seiten der Zechen.

Aus dem Ton des Schriftverkehrs der Landräte, Bürgermeister und Polizeibeamten geht hervor, daß ihnen das Verständnis für die Arbeiter weitgehend fehlte und es ihnen einfach nicht möglich war, eine andere Haltung einzunehmen. Erziehung, gesellschaftliche Stellung und besonders die Berufsauffassung des preußischen Beamten versperrten ihnen den Zugang zum Verhalten der Bergleute. Sie mußten daher den Zechenverwaltungen zustimmen, die die Arbeiter des Vertragsbruchs und Ungehorsams bezichtigten. Erst auf höhere Anweisung

¹⁾ Vgl. Hahn: Der Bergarbeiterstreik unter besonderer Berücksichtigung der Stellung Kaiser Wilhelms II. und Bismarcks, 1924.

²⁾ STAM, OPräs. 2828.

³⁾ Zu ihnen gehörte vor allem der Regierungspräsident von Düsseldorf, von Berlepsch. Vgl. Hahn: S. 43 ff.

hin sahen sie ihre Aufgabe darin, Ruhe und Ordnung zu gewährleisten und zwischen Arbeitgebern und -nehmern zu vermitteln¹⁾).

Nachdem die Arbeit wiederaufgenommen war, gelang es den Behörden in vielen Fällen, dafür zu sorgen, daß das Essener Protokoll eingehalten wurde. Die vom Bergbaulichen Verein ursprünglich bis zum Frühjahr 1890 vorgesehene Sperre (alle Arbeiter, die auf einer Zeche abgelegt worden waren, durften auf keiner anderen angelegt werden) mußte im Dezember 1889 aufgehoben werden, weil staatliche Stellen und die Öffentlichkeit, die durch die Presse davon erfahren hatte, darauf drängten (Beschluß des Bergbaulichen Vereins vom 7. Dezember 1889²⁾).

Die Bedeutung des Bergarbeiterstreiks für die Entlassung Bismarcks ist mehrfach untersucht worden³⁾. Auch Grebe bestätigt an Hand der Akten des Preußischen Staatsministeriums die schon von Hahn⁴⁾ vertretene Ansicht, daß Bismarck die berechtigten Klagen der Bergleute anerkannt hat und dafür eingetreten ist (in der Sitzung des Staatsministeriums am 12. Januar 1889), daß sie bewilligt würden. Selbstverständlich mußte er wie auch der Kaiser den Kontraktbruch der Arbeiter ablehnen. Bismarck vertrat den Standpunkt, daß es die erste Aufgabe der Regierung sei, Neutralität zu wahren. Deshalb wirkte er beim Kaiser darauf hin, daß er nach den Bergleuten auch die Vertreter der Unternehmer empfang⁵⁾).

Es muß danach angenommen werden, daß die obersten staatlichen Stellen den Bergleuten mehr Verständnis entgegenbrachten als die Behörden, deren Aufgabe es war, die staatlichen Interessen im Bergbau wahrzunehmen, vor allem das Oberbergamt in Dortmund. Zu dessen Pflichten gehörte unter anderen die Überwachung der bergpolizeilichen Maßnahmen, die zum Schutze der Bergleute erlassen worden waren.

Das Oberbergamt hielt sich seit Beginn des Streiks betont zurück, wie auch in der Presse festgestellt wurde. Die „Kreuzzeitung⁶⁾“ drückte ihr Befremden darüber aus und meinte, die mißliche Lage der Bergleute sei der Bergbehörde anscheinend ganz entgangen, da sie ja sonst rechtzeitig hätte eingreifen müssen, um den Umfang der Bewegung möglichst zu beschränken. Es sei auch nichts darüber bekanntgeworden, daß das Oberbergamt vermittelnd in den Streik

¹⁾ STAM, RM 1037.

²⁾ STAM, OPräs. 2828, 10.

³⁾ Zuletzt von Paul Grebe: Bismarck und der Bergarbeiterstreik vom Mai 1889. — HZ 157, 1937.

⁴⁾ Hahn geht auf die Haltung Wilhelms II. und Bismarcks während des Ausstandes in besonderen Abschnitten ein, die m. E. dem Gegenstand gerecht werden. Im Rahmen dieser Arbeit braucht diese Frage deshalb nicht noch einmal behandelt zu werden.

⁵⁾ Besonders interessant ist in diesem Zusammenhange, daß Bismarck und Wilhelm II. sich darin einig waren, auf dem Wege der Gesetzgebung die Oberleitung des Bergbaues wieder für den Staat zu gewinnen. Bismarck hielt eine Expropriierung der Aktiengesellschaften und eine Verstaatlichung der Kohlengewinnung für ein anzustrebendes Ziel. — Grebe: HZ 157, 1937.

⁶⁾ Nr. 226 vom 10. Mai 1889. — STAM, OPräs. 2828a.

eingegriffen hätte. Diese Anschuldigungen veranlaßten das Oberbergamt, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, der „Post“ und der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ eine in scharfem Ton gehaltene Erwiderung zu veröffentlichen. Darin nahm es schon zu allen Punkten Stellung, die erst später Gegenstand der amtlichen Untersuchung sein sollten, und betonte, „daß eine mißliche Lage der Bergleute im Sinne der ‚Kreuzzeitung‘ nicht bestanden“ hätte und infolgedessen auch der Bergbehörde nicht hätte entgehen können. Weil die Erklärung des Oberbergamtes in mehreren großen Zeitungen erschien, nahm man allgemein an, sie trüge amtlichen Charakter. Es wurde der Eindruck erweckt, als hätte das Amt schon vor dem Ergebnis der angekündigten amtlichen Untersuchung der Arbeiter- und Betriebsverhältnisse im Bergbau eine feste parteiische Meinung gehabt, was sofort in der Presse dazu benutzt wurde, die Unparteilichkeit der Staatsregierung anzuzweifeln. Das Vertrauen der Arbeiter in die Untersuchung wurde so von vornherein untergraben.

Der Minister für öffentliche Arbeiten gab seinem Mißfallen über die ungeschickte Haltung des Oberbergamtes in einem Schreiben Ausdruck und verlangte, daß die Untersuchung äußerst korrekt durchgeführt würde¹⁾.

Dem Oberbergamt als zuständiger Behörde wurde die Untersuchung übertragen, das hieß aber, denjenigen Beamten, deren Aufgabe es war, Mißstände auf den Zechen festzustellen und für Abhilfe zu sorgen. Es ist daher verständlich, daß das Ergebnis der angestellten Erhebungen so gering war.

In der klerikalen und sozialistischen Presse erhoben sich dann auch seit Beginn der Untersuchung Stimmen, die von einem Einvernehmen zwischen den Zechenverwaltungen und den Kommissionen berichteten. Beweisen ließ sich das schwerlich, aber es zeigt die Stimmung, die gegenüber der amtlichen Untersuchung herrschte. Die Denkschrift, die abschließend veröffentlicht wurde²⁾, stellte fest, daß ein allgemeiner Notstand nicht vorgelegen hätte, der den Ausstand berechtigt erscheinen ließe. Trotzdem mußte sie in vielen Fällen zugestehen, daß die Beschwerden der Bergleute begründet waren. Die Ermittlungen ergaben, daß die Arbeitszeit auf einzelnen Gruben bis zu neuneneinhalb Stunden betragen hatte. Überschichten waren auf fast allen Zechen verfahren worden, und zwar durchschnittlich 2 bis 4 in der Woche (meistens von je 2 bis 4 Stunden, aber auch bis zu 6 oder 8 Stunden). Das Wagennullen, soweit es den üblichen Prozentsatz überschritten habe, lehnte die Denkschrift ab.

An der getreuen Wiedergabe der Zustände durch die Denkschrift ist nicht zu zweifeln. Nur muß eingeschränkt werden: soweit es den Untersuchungskommissionen möglich war, die wirklichen Verhältnisse zu erkennen. Sie konnten nur

¹⁾ STAM, OPräs. 2829, 1.

²⁾ Denkschrift über die Untersuchung der Arbeiter- und Betriebsverhältnisse in den Steinkohlenbezirken. Bearbeitet im Auftrage der Minister für öffentliche Arbeiten und des Inneren, Berlin 1890.

die tatsächlichen Mißstände feststellen, die sich sicherlich in Grenzen hielten¹⁾. Das Wesentliche vermochte aber keine amtliche Kommission zu erfassen, nämlich die Wirkung der Mißstände auf die Arbeiter. Die Bergleute sahen in der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen eine Entrechtung, der sie in zunehmendem Maße ausgesetzt waren und machtlos gegenüberstanden. Es muß immer wieder betont werden, daß nicht die Lohnfrage die entscheidende Rolle spielte, sondern das Verhältnis zu den Unternehmern, das sich für die Bergleute vor allem in der Behandlung durch die Zechenbeamten und in der Arbeitszeitfrage ausdrückte. Der früher besonders privilegierte Bergmannsstand unterschied sich kaum mehr von anderen Arbeitern. Das Gefühl für diesen Wandel war bei den alten Bergknappen lebendig. Hierüber fand sich in der Denkschrift kein Wort.

2. Die Bergarbeiter und die politischen Parteien

Wegen der sehr spärlichen Unterlagen kann über die politische Willensbildung der Bergarbeiter nur wenig gesagt werden.

Die politische Entscheidung der Bewohner des Ruhrgebiets und damit auch die der Bergleute wurde weitgehend (das zeigte sich zum Beispiel bei den Reichstagswahlen) durch ihr religiöses Bekenntnis bestimmt, zumindest bis in die achtziger Jahre hinein. Der Kulturkampf hatte eine sehr scharfe Trennung hervorgerufen, die sich auch in den Wahlen ausdrückte.

Das Ruhrgebiet umfaßte die 5 Reichstagswahlkreise Duisburg/Mülheim/Ruhrort, Essen, Bochum/Gelsenkirchen/Hattingen, Dortmund/Hörde und Recklinghausen/Borken, diesen aber nur zum Teil. (Seine Wahlergebnisse verraten deutlich das Übergewicht der katholischen Landbevölkerung.)

Die protestantische Bevölkerung — auch der Arbeiterschaft — gab ihre Stimme, solange die Sozialdemokratie noch nicht im Revier Fuß gefaßt hatte, den Liberalen (Nationalliberalen oder „Freisinn“), die katholische dem Zentrum. Keine andere Partei hat in diesen Jahren bei den Reichstagswahlen eine Rolle gespielt. Die Sozialdemokratie konnte im Höchstfall bis zu 15 % der Stimmen eines Wahlkreises auf sich vereinigen. Erst nach 1890 trat hierin ein Wandel ein.

So zeigt sich, daß in den Wahlkreisen mit der am stärksten konfessionell gemischten Bevölkerung (Duisburg und Bochum) sich die Stimmen fast entsprechend dem konfessionellen Verhältnis verteilten²⁾.

¹⁾ Man sah die Dinge damals mit anderen Augen als heute. Dafür diene als Beispiel, daß der Bergpolizeiverordnung vom Jahre 1898 Widerstand entgegengesetzt wurde. Die Verordnung bestimmte, daß für die Bergarbeiter statt der großen Waschbassins Brausebäder einzurichten seien. (In den Bassins wuschen sich immer Dutzende von Arbeitern gleichzeitig. Die Bassins waren daher gefährliche Krankheitsüberträger.) Der Widerstand wurde damit begründet, daß die bisherige Einrichtung den hygienischen Ansprüchen vollauf genüge. — STAD, RD 15915.

²⁾ Vgl. die Reichstagswahlergebnisse in der Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 8, 37, 53, Jg. 1885—1890.

Im Wahlkreis Essen mit überwiegend katholischer Bevölkerung gelang es dem Zentrum bis 1890 (mit Ausnahme der obenerwähnten Wahl des Jahres 1877), seinem Kandidaten jedesmal in der Hauptwahl das Mandat zu sichern. Stärkere Gegnerschaft erwuchs ihm in der Reichspartei, das heißt in diesem Fall in Krupp, hinter den sich die ganze „Nationale Rechte“ stellte.

Im 4. Wahlkreis des Reviers, Dortmund/Hörde, herrschte der Liberalismus eindeutig vor. Das Zentrum hat den Liberalen in dieser Zeit nie das Mandat streitig machen können. Nationalliberale und Freisinn trugen unter sich die Entscheidung aus.

Über die Wahlentscheidung und damit über die politische Haltung der Bergarbeiter geben die Wahlergebnisse keine Auskunft¹⁾.

Die Einstellung der Parteien zum Streik 1889 gestattet einige Einblicke auch in das vorherige Verhältnis der betreffenden Partei zu den Bergleuten.

Der Freisinn (Freisinnige Volkspartei und besonders seit 1877 die Gruppe Löwe-Berger) vereinigte im Wahlkreis Dortmund bis 1890 die Mehrzahl aller Stimmen auf sich. Auch im Wahlkreis Duisburg gelang es ihm anfangs, das Reichstagsmandat zu gewinnen. Nicht zuletzt diese Position wird die freisinnigen Reichstagsabgeordneten Schmidt und Baumbach bewogen haben, die Vermittlerrolle in den Berliner Verhandlungen zwischen Dr. Hammacher und den Arbeitern zu übernehmen. Die freisinnigen Zeitungen (besonders die „Frankfurter Zeitung“) traten entschieden für die Arbeiterinteressen ein. Man wünschte einen baldigen Frieden herbeizuführen und eine Gleichberechtigung der Arbeiter bei Verhandlungen mit den Unternehmern anerkannt zu sehen. Der Vorschlag der Arbeiterausschüsse darf in diesem Sinne gewertet werden.

Die zu Beginn des Streiks konsequent ablehnende Haltung der Zechenbesitzer gegenüber den Arbeiterforderungen machte den Führern der nationalliberalen Partei große Sorgen, denn die Unternehmer gehörten der Partei zum großen Teil an, andererseits stammten sehr viele der nationalliberalen Wähler im Revier aus Bergarbeiterkreisen. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schrieb in diesem Zusammenhange²⁾: „Es ist aus parteipolitischen Gründen sehr zu bedauern, daß die Zechenverwaltungen sich so wenig entgegenkommend erweisen, denn die nationalliberale Partei zählt dort viele Mandate, und diese sind, da die Bergarbeiter geneigt sein werden, die Verwaltungen mit der Partei zu wechseln, nicht ungefährdet.“ Diese Worte werfen ein neues Licht auf die Rolle Dr. Hammachers im Streik. Er war Führer der nationalliberalen Partei und mußte also ebenso das Interesse seiner Partei wie das des Bergbaus vertreten.

Parteipolitische Überlegungen werden ihn geneigter gemacht haben, mit den Arbeitern zu verhandeln. Es wurde ihm auch von allen Seiten zugestanden, daß er sich ehrlich um einen Ausgleich bemüht habe. Er mußte in Essen am 18. Mai

¹⁾ Es liegt auch im einzelnen kein Material zu den Reichstagswahlen vor, so daß die Frage der politischen Entscheidung der Bergleute nicht exakt aufgeklärt werden kann.

²⁾ STAM, OPräs. 2828a

viele Widerstände überwinden, bis die Generalversammlung des Bergbaulichen Vereins seine Friedensabmachungen jedenfalls in den Grundzügen anerkannte¹⁾.

Auf dem Wege über die Kirche und die von Geistlichen beeinflussten Vereine hatte das Zentrum unter den Bergarbeitern einen großen Anhang gewonnen. Seine Presse im Revier vertrat die Arbeiterinteressen schon während des Essener Streiks 1872. Die Zentrums politik wurde von der Rücksicht auf die Arbeiter mitbestimmt. So konnte seine Haltung während des Streiks 1889 nicht zweifelhaft sein.

Der Zentrums politiker und Redakteur der „Westfälischen Volkszeitung“ in Bochum, Johannes Fußangel, hatte sich schon vor 1889 unter den Bergleuten einen Namen verschafft. Es war daher nicht verwunderlich, wenn er auch in das Streikgeschehen aktiv eingriff. Nicht zuletzt waren es die Artikel seiner und anderer Zentrumsorgane, die die Arbeiter in die Erregung versetzten, die zum Ausstand führte. Als Fußangel zu Beginn des Streiks erkennen mußte, wie die Führung der Bewegung langsam in die Hände von sozialdemokratisch beeinflussten Bergleuten geriet, gelang es ihm über den Bergmann Weber, der Mitglied des Rechtsschutzvereins war, Einfluß auf das Zentralstreikkomitee zu gewinnen. Die Resolutionen auf den großen Arbeiterversammlungen waren entweder von ihm oder Lensing verfaßt worden. In diesem Punkte waren die ungeschulten Bergarbeiterführer ganz von ihnen abhängig.

Lambert Lensing, Redakteur und Verleger der „Tremonia“ in Dortmund, war ein im Revier bekannter Zentrumsführer, der sich aber nicht im besonderen um die Bergarbeiterbelange gekümmert hatte. Er erkannte jedoch im Streik die Gefahr, daß die Bergleute dem Zentrum verlorengehen und von der Sozialdemokratie gewonnen werden könnten, wenn es nicht energisch für sie eintrat. Deshalb galt sein Eingreifen dem Frieden. Er schrieb selbst in einer Broschüre, die Aufgabe wäre gewesen, den Streik zu „zügeln“ und der Sozialdemokratie wirksam entgegenzutreten²⁾.

Es gelang Lensing, auf die Dortmunder Führer Schröder, Bunte und Siegel im Sinne einer baldigen Beilegung des Ausstandes einzuwirken und ihnen in vielem (Berliner Reise) behilflich zu sein. Alle drei Kaiser-Delegierten wurden auch in der Zentrums presse wohlwollend beurteilt, bis sich bei der Verbandsgründung herausstellte, daß sie sich der Vormundschaft des Zentrums entzogen hatten. Dabei konnte es Lensing nicht zweifelhaft gewesen sein, daß sie der Sozialdemokratie nahestanden. Lensing und Fußangel sahen ihre Aufgabe darin, die Stellung des Zentrums und des Katholizismus im Revier gegen die sich ausbreitende Sozialdemokratie zu halten. Man darf sagen, daß ihnen das während des Streiks noch einmal gelungen ist. Allerdings zeigte sich nachher, daß die Bergarbeiterführer nunmehr ohne sie handelten.

¹⁾ Oldenberg: S. 937 ff.

²⁾ Vgl. Lensing: Der große Bergarbeiterstreik . . .

Im Gegensatz zum Zentrum hat die Sozialdemokratie unter den Bergarbeitern nur sehr schwer Fuß fassen können. Schon am Lassalleschen „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ waren die Bergleute sehr wenig beteiligt.

Seit Mitte der siebziger Jahre bestand in Dortmund wie in einigen anderen Städten des Ruhrgebietes ein sozialdemokratischer Wahlverein. Es ist bezeichnend, daß auch hier die Mitgliedschaft der Bergleute prozentual sehr niedrig war¹⁾.

Solange das Sozialistengesetz in Kraft war, ruhte die öffentliche Tätigkeit der Partei. Erst seit Ende der achtziger Jahre trat sie wieder hervor.

Im ersten Kapitel wurde schon gesagt, daß die Sozialdemokratie anlässlich der Versuche, die Bergarbeiter zu organisieren, erkennen mußte, daß sie allein nicht in der Lage sein würde, unter ihnen großen Anhang zu gewinnen. Deshalb stellte man sich früh auf den Standpunkt der gewerkschaftlichen „Neutralität“, das heißt, Politik und Religion sollten ausgeschlossen werden. Daß diese Forderung gerade von bewußten Sozialdemokraten so eifrig erhoben wurde, macht stutzig. Spätere Äußerungen von bekannten Parteiführern haben auch erwiesen, daß die Sozialdemokratie sich im Revier zu dieser Taktik veranlaßt sah, um gegen die Katholiken auftreten zu können. Trotzdem scheiterten die Versuche vor 1889, einen Verband zu gründen.

Als die Sozialdemokratie gegen Ende der achtziger Jahre, also noch unter dem Sozialistengesetz, die Gewerkschaftsbewegung wieder belebte, begannen auch unter den Bergarbeitern die von früheren Versuchen her bekannten Männer, eine Organisation vorzubereiten. Die dazu von ihnen eingeleitete Knappschaftsbewegung war es letztlich, die dann nach Aufnahme der Lohnfrage und anderer Bergmannsforderungen zum Streik führte, ohne daß die Führer ihn beabsichtigten, zumindest nicht vor der Gründung eines Bergarbeiterverbandes.

Trotz eifriger Nachforschungen der Polizei gelang es nicht, eine Verbindung zwischen den Streikführern und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion oder anderen Parteiführern zu ermitteln²⁾.

Die Kaiser-Delegierten hielten sich in Berlin betont von der Sozialdemokratie fern. Wiederum kann nach ihrem ganzen späteren Verhalten nur gefolgert werden, daß sie es aus politischer Klugheit taten, um sich nicht bloßzustellen. Sie hatten mehrmals erfahren müssen, daß dadurch der Einfluß bei den Bergarbeitern verlorengehen konnte. Aus diesem Grunde ging Schröder so weit, sich von denen zu distanzieren, die durch übertriebene Forderungen in den Verruf gerieten, sozialdemokratische Agitatoren zu sein. Er betonte auf allen Versammlungen, daß der Streik eine reine Bergarbeiterangelegenheit sei und mit

¹⁾ Umbreit: S. 19 ff.

²⁾ Die Polizei fand lediglich einen Brief Bebels an einen Bergmann Francke, in dem Bebel eine neue Geldsendung ankündigte (STAM, OPräs. 2831). Damit ist aber nichts bewiesen, denn Geldsammlungen wurden von allen Seiten veranstaltet, selbstverständlich auch von der Sozialdemokratie. Francke ist während des Streiks nie an leitender Stelle hervorgetreten.

keiner politischen Partei etwas zu tun habe. Die Bergleute wollten vielmehr unter sich eine einheitliche Verbindung schaffen¹⁾. Dieser Haltung verdankten Schröder und seine Freunde ihre führende Rolle, und dies brachte sie für die Dauer des Ausstandes mit den katholischen Redakteuren auf eine gemeinsame Linie, die den Streik aber nicht lange überdauerte.

3. Die Gründung des „Alten Verbandes“

Auf dem 2. Delegiertentage der Knappschaftsvereine im Jahre 1889 war beschlossen worden, die Frage der Verbandsgründung auf die nächste Konferenz, die ursprünglich auf den 2. Juni angesetzt war, zu verschieben. Infolge des Streiks mußte die Tagung verlegt werden. Sie wurde dann für den 18. August nach Dorstfeld einberufen²⁾.

Der Streik hatte weiteren Bergmannskreisen offenbar gemacht, daß es notwendig sei, sich zu organisieren, wenn den Arbeitgebern wirksam entgegengetreten werden sollte. Seit Ende Mai begann man an verschiedenen Orten des Reviers, sich mit der Gründung eines Bergarbeiterverbandes zu befassen. Daraus ergab sich eine Rivalität zwischen den einzelnen Gruppen³⁾.

In Essen waren schon am 28. Mai 1889 christlichsoziale Bergarbeiter zusammengekommen und hatten eine Kommission eingesetzt, die eine Vereinigung vorbereiten sollte. Da die Kommission auf der nächsten Versammlung Mitte Juni noch keine Vorschläge machen konnte, traten sie dem in Essen bestehenden Knappenverein „Schlägel und Eisen“ bei, um sich später dem in Dorstfeld zu gründenden Verbands anzuschließen.

Aus dem Raume Bochum—Gelsenkirchen trafen sich die ehemaligen Zechendelegierten des Streiks, um ebenfalls den Organisationsgedanken voranzutreiben. Mehrere Mitglieder des Zentralstreikkomitees, besonders J. Meyer, waren beteiligt. Mit Hilfe des Rechtsanwaltes Lenzmann (Lüdenscheid) wurde ein Verbandsstatut entworfen⁴⁾. Anfang August entschied sich eine Versammlung von Zechendelegierten in Bochum, den Dorstfelder Tag nur zu beschicken, falls die Zechendelegierten stimmberechtigt sein würden.

Hieraus geht der Gegensatz hervor, in dem die Bochumer zu der Dortmunder Richtung stand, die ursprünglich die Absicht hatte, die Vertreter der Knappenvereine in Dorstfeld zu versammeln. Schröder, Bunte und Siegel hatten inzwischen auch einen Statutenentwurf veröffentlicht. Er war im Gegensatz zum

¹⁾ Imbusch: S. 277 ff.

²⁾ Während der Streik bei Hue und Imbusch noch übereinstimmend dargestellt wird, tritt bei der Schilderung der Gründung des Alten Verbandes schon der Gegensatz hervor, der durch die verschiedene Parteistellung bedingt war. Hue war bemüht, die Unparteilichkeit des neuen Verbandes und seiner Führer zu „beweisen“, während Imbusch gerade daran gelegen sein mußte, ihre sozialdemokratischen Absichten und Ziele zu belegen, da er dadurch die erste christliche „Gegenorganisation“ zu rechtfertigen suchte.

³⁾ Oldenberg: S. 950 ff.

⁴⁾ STAM, OPräs. 2830, 1. — Auch Fußangel hatte daran mitgearbeitet. — Oldenberg: S. 952.

Bochumer Entwurf maßvoller und betonte weniger den Kampfcharakter des Verbandes. Das Bochumer Statut wurde als erstes von den Behörden genehmigt.

Um der Einigkeit willen tat Schröder einen klugen Schritt, indem er die Zechendelegierten auch nach Dorstfeld einlud. Am 18. August waren dort rund 200 Delegierte von 66 Zechen und 44 Knappenvereinen versammelt. Schröder empfahl selbst die Annahme des Bochumer Statuts, die einstimmig erfolgte. Damit wurde die Kluft vorläufig überbrückt.

Mehrere vom sächsischen Bergarbeiterverband gestellte Anträge, besonders der, im nächsten Jahr einen deutschen Bergarbeitertag abzuhalten, wurden genehmigt, ebenso die Resolution Schröder—Bunte—Siegel, daß ein Komitee eine Eingabe an den Reichstag vorbereiten sollte, worin Arbeitsämter, Lohnkommissionen und Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten gefordert wurden.

Der Verband erhielt den Namen „Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen im Rheinland und Westfalen“. Über seinen Zweck besagte der § 1 des Statuts: „Der Verband bezweckt die Förderung der geistigen, gewerblichen und materiellen Interessen seiner Mitglieder. Dieses soll erreicht werden durch Abhaltung wissenschaftlicher Vorträge, Besprechungen von Verbandsangelegenheiten und, wenn möglich, durch gewerblichen Unterricht, Lesen von Fachschriften, Gründung einer Verbandsbibliothek und Gewährung von Rechtsschutz bei gewerblichen und sonstigen Streitigkeiten. Religion und Politik sind in jeder Hinsicht total ausgeschlossen.“

An der Spitze sollte der Zentralvorstand und ein Kontrollausschuß stehen. An jedem Ort, in dem mehr als sieben Mitglieder wohnten, konnte eine Zahlstelle eingerichtet werden.

Von allen Seiten wurde der neue Verband begrüßt. Selbst Fußangels Zeitung wünschte ihm, daß er die Bergarbeiter vereinigen könnte.

Die widerstrebenden Meinungen traten aber bald hervor. Auf der konstituierenden Generalversammlung am 20. Oktober, auf der der Vorstand gewählt werden sollte, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, so daß die Polizei die Versammlung schloß. Hue schrieb darüber¹⁾: „Nach einer gerade herausgesagt läppischen Diskussion über die Personen der zu Wählenden gab zu guter Letzt ein Delegierter die ungehörige, kindische Erklärung ab: Wählt mich nicht, wenn ihr den Verband nicht in rote Hände haben wollt.“ Von Einigkeit war wenig zu spüren.

Am nächsten Sonntag, dem 27. Oktober, wurde dann der Vorstand gewählt. 141 Zahlstellen waren vertreten. Man schritt diesmal ohne Diskussion zur Wahl. Bunte wurde mit 108 Stimmen erster Vorsitzender, Meyer (Bochum) Kassierer, Margraf (Essen) Vorsitzender des Kontrollausschusses. Ferner wurden in den Vorstand gewählt Schröder (Steele), Beckmann (Erle), Massenbergs (Altenessen), Brodam (Gelsenkirchen) und Stoodt (Herne). Dadurch waren verschiedene poli-

¹⁾ Hue: Neutrale oder politische Gewerkschaften, S. 65.

tische Richtungen im Vorstand vereinigt, wenn auch die zur Sozialdemokratie neigenden Kräfte überwogen. Die Führer sollen deshalb kurz gekennzeichnet werden¹⁾).

Bunte war als Kaiser-Delegierter neben Schröder und Siegel allgemein bekannt geworden. Während diese beiden als Sozialdemokraten galten, war er damals noch nicht Mitglied der Partei. Daß er schon unter sozialdemokratischem Einfluß stand, besonders durch seine Freunde, kann nicht zweifelhaft erscheinen. Jedenfalls hat er sich 1890 selbst zur Sozialdemokratie bekannt.

Johann Meyer soll nach Hue²⁾ bis 1889 jeder Politik ferngestanden haben. Er war streng katholisch und kam aus der christlichsozialen Bewegung. Aber schon 1890 betätigte er sich in sozialdemokratischen Versammlungen und wurde 1893 als sozialdemokratischer Zählkandidat aufgestellt.

Margraf (Essen) kam aus Fußangels Verein, er war ebenfalls katholisch. Später ging er zur Sozialdemokratie über.

Brodam war ein bekannter Sozialdemokrat. Die anderen Vorstandsmitglieder galten als politisch farblos. Schröder und Siegel hatten auf einen Posten in der Verbandsleitung verzichtet, ebenso Bringewald, ein katholischer Bergmann und Führer der Christlichsozialen.

Hue hatte also nicht ganz unrecht, wenn er schrieb³⁾, daß 1889 keiner der Verbandsvorstandsmitglieder „als durchgebildeter Sozialdemokrat“ oder „unbedingter Anhänger der Sozialdemokratie anzusehen war“. Das war ja aber nicht entscheidend, denn durchgebildete Sozialdemokraten gab es damals unter den Arbeitern noch sehr wenige. Ausschlaggebend war, daß sie zum großen Teil sozialdemokratische Tendenzen verfolgten, zumindest seit dem Frühjahr 1890.

Daher setzte von christlich-sozialer und ultramontaner Seite sofort die Kritik an dem Vorstand ein, da man unzufrieden war, den größeren Einfluß den Sozialdemokraten überlassen zu haben. Der Vorstand war anfangs ernstlich bemüht, die Neutralität einzuhalten. Er wurde aber durch die Angriffe der gegnerischen Presse herausgefordert, wodurch seine sozialdemokratische Gesinnung offen zutage trat.

Trotz der so früh einsetzenden Zwistigkeiten wuchs der Verband schnell, ein Beweis für das weitverbreitete Bedürfnis nach einer Organisation. Bis zum 12. Dezember 1889 waren 166 Zahlstellen mit 16902 Mitgliedern angemeldet⁴⁾.

4. Zusammenfassung

Die Ursachen der wachsenden Unzufriedenheit unter den Bergleuten des Ruhrgebietes und ihre teilweise ganz immateriellen Wurzeln wurden im ersten Kapitel angedeutet.

¹⁾ Imbusch: S. 312 ff. und Hue: 2. Bd., S. 387 f.

²⁾ Hue: Neutrale oder politische Gewerkschaften, S. 64.

³⁾ Hue: 2. Bd., S. 387 ff.

⁴⁾ STAM, OPräs. 2830, 1.

Die Behauptung (der Werksvertreter und ihrer Presse sowie eines Großteils der Behörden innerhalb des Reviers), die Bewegung sei von außen hereingetragen worden, darf auf Grund der Ereignisse im Frühjahr 1889 als unzutreffend bezeichnet werden. Die Vorgeschichte des Streiks lehrt vielmehr, daß es den der Sozialdemokratie nahestehenden Knappenvereinsführern gelang, im ganzen Revier Anhänger für eine Bergarbeiterorganisation zu gewinnen, indem sie die Knappschaftsreform zu ihrer Sache machten. Die Führer der „freien“ Knappenvereine wußten genau, daß sie nicht wagen durften, öffentlich für die Sozialdemokratie einzutreten. Die Bergarbeiter standen dieser damals größtenteils ablehnend gegenüber. Dafür bietet die Geschichte des Alten Verbandes bis 1895 einen eindeutigen Beweis.

Der Sozialdemokratie gelang es noch nicht, unter den Bergleuten Fuß zu fassen. Deshalb bediente sie sich erfolgreich der Taktik, ihre wenigen Anhänger in die Streikführung zu bringen.

Die Organisationspläne wurden sofort nach dem Streik wiederaufgenommen, da nur auf diesem Wege größere Erfolge eintreten konnten.

Die durch die Knappschaftsreform entfesselte Bewegung unter den Bergleuten im Mai 1889 entglitt den Händen ihrer Führer, denen es nur gelang, ihr Ansehen zu wahren, indem sie sich an die Spitze des Streiks stellten. Sie hatten ihn zu diesem Zeitpunkt gar nicht gewünscht, denn sie hielten ihn von vornherein für zwecklos.

Die katholischen Führer der Bergleute (vertreten durch die Zentrumsredakteure Fußangel und Lensing) verstanden sich nur zu einem gemeinsamen Handeln, weil sie befürchteten, die Bewegung könnte sonst allein der Sozialdemokratie überlassen bleiben. Sie verdankten ihren bestimmenden Einfluß der Unerfahrenheit der sozialdemokratischen Bergarbeiterführer.

Der Erfolg des „wilden“ Streiks — er brach planlos aus und erhielt erst nachher eine zentrale Leitung — ist wesentlich auf die damaligen sozialpolitischen Bestrebungen der obersten Staatsbehörden, besonders die des Kaisers, zurückzuführen. Die Hoffnung, das Vordringen der Sozialdemokratie zu verhindern, indem man den Arbeiterwünschen entgegenkam, zwang auch die anfangs abgeneigten Unternehmer, sich zu Zugeständnissen an die Arbeiter zu bequemen. Dieser erste große Streik kam für alle überraschend. Das Ungewohnte solcher Demonstrationen wirkte dahin, daß auf allen Seiten die Bereitwilligkeit zu einem Ausgleich ungemein größer war als bei späteren ähnlichen Anlässen.

Das gilt besonders für die Bergwerksunternehmer des Reviers, die 1889 gegen ihre Überzeugung einlenkten, da sie sich allein fanden, während die Regierung, weite Kreise der Öffentlichkeit und der Presse auf seiten der Bergleute standen. Es war zu erwarten, daß sich ihr Widerstand um so mehr versteifen würde, als die Bergarbeiterbewegung zunehmend sozialdemokratisch beeinflußt werden würde. In diesem Falle durften sie auch darauf rechnen, von den staatlichen Stellen, die sich diesmal gegen sie entschieden hatten, unterstützt zu werden.

Kapitel 3:

Die Organisation der Bergarbeiterbewegung (1890—1904)

1. Der „Alte Verband“

a) Die Anfänge des Verbandes und die Ursachen seines Niederganges

Gleich zu Beginn des Jahres 1890 beging die Verbandsleitung einige Fehler, die sich bei der politischen und religiösen Überzeugung des überwiegenden Teils der Bergleute ungünstig für die Organisation auswirken mußten. Als sich die Verbandsführer von ihren klerikalen Beratern lossagten, machten sie diese zu ihren schärfsten Gegnern. Gleichzeitig verloren sie die Sympathien der arbeiterfreundlichen Presse des Reviers, da diese fast ausschließlich in katholischen Händen lag. Durch eine Reihe provozierender Handlungen veranlaßten sie die Zeitungen, den Verbandsvorstand sozialdemokratischer Ziele zu verdächtigen.

Ohne die Generalversammlung befragt zu haben, führte der Vorstand unter erheblichen Kosten das sozialdemokratisch redigierte Organ des sächsischen Bergarbeiterverbandes im Revier als Verbandsorgan ein. Schröder, Meyer und Siegel ließen sich im Februar 1890 als sozialdemokratische Reichstagswahlkandidaten aufstellen. Die Generalversammlung des Verbandes richtete im Frühjahr an die Regierung und den Reichstag eine Eingabe, in der sie die Verstaatlichung der Kohlengruben verlangte. Anläßlich des Pariser Internationalen Bergarbeiterkongresses (März 1891) legte Schröder — angeblich im Namen der deutschen Bergarbeiter — an den Kommunardengräbern einen Kranz nieder.

Durch diese Schritte, die von der Unerfahrenheit und politischen Unklugheit des Vorstandes zeugen, verdarb man sich einen großen Teil des Zuspruches, den der Verband unter den Arbeitern gefunden hatte; denn der überwiegende Teil der Bergleute stand der Sozialdemokratie ablehnend oder doch gleichgültig gegenüber. Schon Ende 1890 ging die Mitgliederzahl daher wieder zurück. Es half wenig, wenn der Vorstand erklärte, daß für den Verband die Parteistellung seiner Führung gleichgültig sei. Ebensooft wiederholte Fußangel, daß Schröder und seine Freunde verkappte Sozialdemokraten seien, die den Bergleuten ihre religiösen und patriotischen Ideale nehmen wollten und ihnen durch maßlose Ansprüche die Sympathien der Bevölkerung geraubt hätten¹⁾.

¹⁾ Im Januar 1890 hatte der Verband an den Bergbaulichen Verein sehr hohe Forderungen gerichtet (50% Lohnerhöhung, Achtstundenschicht usw.), die abgelehnt wurden. Die einzige Folge war, daß der schon nach dem Streik 1889 angeregte Ausstandsversicherungsverein der Zechen jetzt ins Leben gerufen wurde. Noch im Februar trat er in Tätigkeit. 100 Zechen mit 93% der Förderung des Reviers von 1889 traten ihm bei. Glückauf Jg. 1890, Nr. 73, S. 580 ff.

Innerhalb des Verbandes versuchte der Vorstand anfangs, den § 1 der Satzungen („Religion und Politik sind in jeder Beziehung total ausgeschlossen“) durchzusetzen, aber er vermochte Streitigkeiten darüber nicht zu bannen.

Damit arbeitete man der klerikalen Opposition in die Hände. Christlich-soziale Bergarbeiterkreise, die sich der Organisation 1889 angeschlossen hatten, dann aber deren politischen Zielen nicht folgen wollten und wieder ausgetreten waren, schlossen sich im Mai 1890 unter dem maßgeblichen Einfluß von Fußangel, Lensing und Stötzel im „Rheinisch-Westfälischen Bergarbeiterverein ‚Glückauf‘ zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund“ zusammen¹⁾. Die Reste des seit 1889 das Leben fristenden Fußangelschen Rechtsschutzvereins bildeten den Kern der Neugründung. — Für die Sache der Bergarbeiter war die Zersplitterung ein Nachteil, obgleich der „Glückauf“ während der kurzen Zeit, die er bestand, keine nennenswerten Erfolge zu erringen vermochte.

Alle Schritte, die der „Alte Verband²⁾“ zum inneren Ausbau unternahm, schlugen fehl, weil seine Leiter zu unerfahren waren. Um den zahlreichen Gemeindegliedern helfen zu können, wurde eine „Unterstützungskasse der Bergleute im Rheinland und Westfalen“ gegründet. Da aber die Beiträge freiwillig waren, mußte die Kasse eingehen, als die Einnahmen immer mehr ausblieben. Ferner schuf man einen Konsumverein „Glückauf“, zu dessen Finanzierung der Verband ein Darlehen gab. Als der Verein trotz anfänglicher Erfolge einging, hatte die Verbandskasse das Nachsehen³⁾. Der Weg war beide Male richtig gewesen, da es auf diese Weise gelingen konnte, die Mitglieder stärker an den Verband zu fesseln. Doch die Art der Durchführung war unzureichend und daher zum Scheitern verurteilt.

Im September 1890 fand in Halle der erste Deutsche Bergarbeitertag statt, der schon im Vorjahr vom sächsischen Verband angeregt worden war. Der „Verband der Deutschen Bergleute“ wurde konstituiert. Er nahm das Statut des rheinisch-westfälischen Verbandes an, der im Gesamtverband aufging. Sitz der Verbandsleitung wurde Bochum. Ihr Organ, die „Deutsche Bergarbeiterzeitung“, sollte in Zukunft im Revier erscheinen.

Der Bergarbeitertag wurde in der Presse vielfach beachtet. Man betrachtete ihn keinesfalls allgemein als sozialdemokratische Versammlung⁴⁾. Trotzdem erweckt die Petition, die er an die gesetzgebenden Körperschaften sandte, den Eindruck, daß radikale Kräfte die Oberhand hatten. Die Eingabe enthielt Forderungen, wie sie in diesem Ausmaß nicht wieder erhoben worden sind: Minimal-

¹⁾ STAM, OPräs. 2830, 1.

²⁾ Der Name bürgerte sich seit der Gründung des „Glückauf“ ein.

³⁾ Die enge Verbindung von Verband und Konsumverein war für beide von Übel. Die Gegner warnten vor dem „sozialdemokratischen“ Konsumverein und als er einging, gab man dem Verband die Schuld, der dazu noch 16000 Mark verlor.

⁴⁾ STAM, OPräs. 2831 und Hue: 2. Bd., S. 450 ff.

lohn (4 Mark für Hauer), wöchentliche Lohnzahlung, Schiedsgerichte, ein allgemeines deutsches Berggesetz, Verwaltung der Knappschaftskassen nur durch die Arbeiter, freie Arztwahl, gesetzliche Beschränkung der Entlassung von Arbeitern durch die Unternehmer, ohne die Freizügigkeit der Arbeiter anzutasten, Verbot der „Schwarzen Listen“. Auch hierin zeigt sich, wie wenig die damaligen Arbeiterführer die Grenzen des Möglichen erkannten. Sie erhielten nie eine Antwort.

Über die Gewerkschaftsgeschichte nach 1890 schrieb selbst Hue¹⁾, daß der Verband und sein Organ immer radikaler geworden seien²⁾. Sogar anarchistische Parolen seien aufgetaucht. Die „Deutsche Bergarbeiterzeitung“ sei nicht gewerkschaftlich, sondern parteipolitisch redigiert worden. Man darf sagen, daß seit Anfang 1891 alle Maßnahmen des Vorstandes dazu angetan waren, das Ansehen des Verbandes unter den Arbeitern zu schmälern und dementsprechend seinen Mitgliederbestand zu verringern.

Im Frühjahr 1891 setzte der Verband eine Ausstandsbewegung ins Werk, die aber auf energischen Widerstand des Bergbaulichen Vereins stieß³⁾. Es beteiligten sich deshalb auch nur wenige Bergleute (im Höchsthalle streikten 20000 Arbeiter). Unter dem Einfluß von Stötzel und Fußangel beschloß der Zentralvorstand des „Glückauf“, sich gegen den Streik auszusprechen⁴⁾. Vergebens versuchte der Alte Verband, die Stimmung hochzuhalten, indem er über Streiks im Ausland berichtete⁵⁾. Bald mußte er die Niederlage eingestehen.

Dem christlichen Verein „Glückauf“ warf man vor, er habe die Arbeiter verraten und trage daher die Schuld am verlorenen Streik. Beide Bergarbeiterorganisationen verloren durch diesen Ausstand weiter an Ansehen. Der Verein „Glückauf“ schloß im Sommer 1892 ganz ein⁶⁾. Der Mitgliederschwund bewog die Generalversammlung des Alten Verbandes 1892, die Hüttenarbeiter in den

¹⁾ Hue: Neutrale oder politische Gewerkschaften, S. 67 ff.

²⁾ Zum Teil trugen auch die Behörden Schuld daran, indem sie den Verband mit allen Mitteln zu unterdrücken suchten (Versammlungsverbote, Saalabtreibung, Schankverbote usw.), wie aus vielen Berichten in den Akten der Staatsarchive Münster und Düsseldorf hervorgeht.

³⁾ Er empfahl allen Zechen, die kontraktbrüchigen Arbeiter der Knappschaft zu melden, damit sie dort ausgeschlossen würden. Das war nach dem Gesetz zulässig. — STAM, OPräs. 2828, 13.

⁴⁾ STAM, OPräs. 2828, 13.

⁵⁾ Ein Extrablatt meldete zum Beispiel: Am 1. Mai wird in Frankreich der allgemeine Ausstand beginnen. In Paris erwartet man deutsche Solidarität „bis zum letzten Augenblick“. Aus Brüssel wird gemeldet, daß auf Grund der Bochumer Beschlüsse (Streikaufruf), 130000 Arbeiter die Bergarbeit niederlegen werden. — Ähnliche Flugblätter wurden vielfach verbreitet. Sie wurden von der sozialdemokratischen Presse („Vorwärts“) scharf kritisiert. Man merke ihnen die Verwirrung und Aufregung an. Die Meldungen seien mehr als unangebracht gewesen und ihre Richtigkeit sehr zu bezweifeln. Jedenfalls könne man so keinen Streik beginnen noch fortsetzen. — STAM, OPräs. 2828, 14.

⁶⁾ Die Mitgliederbeiträge blieben aus, so daß die letzte Generalversammlung 1892 beschloß, die Agitation einzustellen. — Imbusch: S. 336.

Verband aufzunehmen¹⁾). Diese Maßnahme sollte nur wenig Erfolg haben. Sie wurde später wieder rückgängig gemacht.

Den schwersten Stoß erlitt der Verband, als der Sympathiestreik für die Saarbergleute, die aus Unzufriedenheit mit der Berggesetznovelle von 1892²⁾ im Winter 1892/93 einen Ausstand begannen, völlig fehlschlug. Die Arbeiterorganisation des Saarreviers, die dem „Verband Deutscher Bergleute“ angeschlossen war, mußte sich nach dem Streik auflösen. Ebenso brachen die Zweigorganisationen in den anderen Bergrevieren unter dem Druck der Behörden und infolge mangelnden Interesses der Bergarbeiter zusammen. Auch im Ruhrrevier verlor der Verband bis auf einen kleinen Stamm seinen ganzen Anhang³⁾). Hue schrieb später⁴⁾ über diese Zeit, daß der Verband „den Krebsgang nahm“ und ein allgemeines „Durcheinander“ herrschte.

Zu Weihnachten 1894 versuchte man noch einmal, durch einen nationalen Bergarbeitertag in Essen weitere Kreise zu interessieren, doch es erschienen nur 87 „Delegierte“ und 400 Teilnehmer⁵⁾). Seit diesem Mißerfolg wurde es ruhig um den Alten Verband. „Den alten Verbandsleitern kam die Schaffensfreudigkeit abhanden“, schrieb Hue darüber⁶⁾). „Sie verloren fast allen Mut angesichts der sich auftürmenden Schwierigkeiten. Anfang 1895 war der alte Verband zum Sterben bereit, ein Wrack, verlassen von den meisten, die das Schiff bei seinem Stapellauf jubelnd begrüßten.“

b) Der Kampf um die gewerkschaftliche Neutralität

In dieser Situation traf den Verband im Februar 1895 ein Schlag, von dem damals die meisten annahmen, daß er ihn nicht überstehen würde. Mehrere Verbandsführer, darunter Schröder und Meyer, wurden wegen angeblichen Meineides zu Zuchthausstrafen bis zu dreieinhalb Jahren und bis zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt⁷⁾). Auch weite Kreise, die der Sozialdemokratie fernstanden, sahen in dem Spruch des Essener Schwurgerichts ein politisches Urteil. Der zweite Verteidiger, Dr. Bell (er war im zweiten Kabinett Marx 1926/27 Reichs-

¹⁾ STAM, OPräs. 2694, 1.

²⁾ Die Berggesetznovelle vom 24. Juli 1892 änderte vor allem die Paragraphen ab, die die Bergleute betrafen. Sie war eine Folge des 89er Ausstandes und bestimmte, daß jede Zeche eine Arbeitsordnung mit genauen Angaben über Schicht, Seilfahrt und Gedinge usw. erlassen müsse. Vor jeder Änderung der Arbeitsordnung mußten die großjährigen Arbeiter angehört werden. Ihre Bedenken sollten dem Oberbergamt binnen drei Tagen mitgeteilt werden. Die ungleichen Rechte in bezug auf eine fristlose Entlassung bzw. Arbeitsaufgabe wurden beseitigt.

³⁾ Der größte Teil der listenmäßigen Mitglieder zahlte schon lange keine Beiträge mehr, so daß die Verbandskasse 1894 Unterbilanz aufwies. — Hue: 2. Bd., S. 450.

⁴⁾ In der „Bergarbeiterzeitung“, Jg. 1901, zit. nach Imbusch: S. 353 f.

⁵⁾ STAM, OPräs. 2847, 5.

⁶⁾ Hue: Neutrale oder politische Gewerkschaften, S. 75 f.

⁷⁾ Erst 1911 wurden die Angeklagten im Wiederaufnahmeverfahren rehabilitiert. Der Hauptbelastungszeuge, ein Gendarm, wurde mehrerer Vergehen gegen das Strafgesetzbuch überführt, besonders der Anstiftung zum Meineid. Alle Angeklagten hatten ihre Strafe verbüßt.

justizminister), erklärte, daß der Meineid keinesfalls als erwiesen anzusehen sei. Für die Verfolgung wären doch wohl andere Gründe maßgebend gewesen. Aus den Worten des ersten Staatsanwalts hätte er erfahren, daß es um die Bekämpfung der Sozialdemokratie ginge. Dieser hatte nämlich ausgeführt, daß der Prozeß im Zusammenhang mit dem Kampf der Sozialdemokratie gegen die Besitzenden und die Staatsgewalt stünde. Aus diesem Grundsatz heraus seien die Meineide entstanden. Man dürfe daher die widersprechenden Aussagen nicht zählen, sondern müsse sie wägen¹⁾).

Schon bald zeigte sich, daß das Fehlurteil unter den dem Verbande treugebliebenen Bergarbeitern nur den Willen verstärkte, den Kampf für ihre Organisation fortzusetzen. Die Solidarität vieler Arbeiter wurde unter Beweis gestellt, als für die Verurteilten und deren Familien ein Unterstützungsfonds von 62199 Mark gesammelt wurde²⁾. — Acht Tage nach dem Essener Urteil wählte die Generalversammlung des Verbandes Schröder zu ihrem ersten Vorsitzenden.

Die Wendung zum neuen Aufstieg des Verbandes trat aber erst ein, als im Mai 1895 Otto Hue die Redaktion der Bergarbeiterzeitung übernahm. Ihm gelang es, im Verbande und gegenüber der sozialdemokratischen Partei eine klare gewerkschaftliche Politik durchzusetzen, die die mißtrauisch gewordenen Bergarbeiter wieder zur Mitarbeit heranzog. Der Ausbau und die Stärkung der Organisation im Sinne „gewerkschaftlicher Neutralität“ (politische oder religiöse Fragen durften innerhalb des Verbandes nicht erörtert werden), wie sie in den Satzungen festgelegt war, bestimmten die Bergarbeiterbewegung bis in den Anfang des neuen Jahrhunderts.

Hue hatte bis 1894 gleich vielen der führenden Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsbewegung nicht viel mehr als eine „Rekrutenschule“ der Partei gesehen und dabei die Ansicht vertreten, daß die Gewerkschaftsidee zu einer „Versumpfung“ der Marxschen Doktrin führen müßte. Erst in den folgenden Jahren wurde er zum energischen „Nur-Gewerkschaftler“, jedenfalls in den Augen seiner Gegner im eigenen politischen Lager³⁾.

Hue und ihm folgend die Führer des Alten Verbandes erkannten als Ursache des Niedergangs im Anfang der neunziger Jahre in erster Linie die Verquickung von gewerkschaftlichen und politischen Zielen. Gerade im Ruhrgebiet hatte sich gezeigt, daß der überwiegende Teil der Bergarbeiter damals nicht bereit war, der Sozialdemokratie zu folgen, auch wenn sie sich der Gewerkschaft anschlossen.

Hues Taktik der politischen und religiösen Neutralität setzte sich im Alten Verband durch. Größeren Widerstand fand sie bei der sozialdemokratischen Parteiführung⁴⁾. Erst nach und nach konnte man sich hier davon überzeugen,

¹⁾ Aus: 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband, S. 67 ff.

²⁾ STAM, RM 1036.

³⁾ Vgl. Imbusch: S. 441 und Hue: Neutrale oder politische Gewerkschaften.

⁴⁾ Hue: Neutrale oder politische Gewerkschaften, S. 92 ff.

daß die „neutrale“ Gewerkschaft kein Nachteil für die Partei war, sondern im Gegenteil unter bestimmten Voraussetzungen, wie sie nun einmal im Ruhrgebiet bestanden, der beste Weg war, um auch die Anhängerschaft der Sozialdemokratie indirekt zu verstärken. (Zum Beispiel zeigen die Reichstagswahlergebnisse seit 1890, daß immer mehr Bergarbeiter ihre Stimme der Sozialdemokratie gegeben haben müssen¹).) Der Gedanke der neutralen Gewerkschaft konnte sich allerdings nie in allen der Generalkommission der Freien Gewerkschaften angeschlossenen Zentralverbänden durchsetzen (die Maurer-, Holzarbeiter- und andere Verbände lehnten ihn zumindest in ihrer Praxis ab), obgleich sich maßgebliche Parteiführer wie Bebel dafür einsetzten²). Schon länger hatten vor allem Legien (Vorsitzender der Generalkommission) und A. von Elm für den Gedanken gewirkt.

In der literarischen Auseinandersetzung um diese Fragen wandte sich Hue besonders gegen Kautsky³), dem er vorwarf, die politische gegenüber der gewerkschaftlichen Aktion zu überschätzen⁴). Hue meinte dazu, mit einem Hinweis auf Ostelbien, daß dort, wo die ökonomische Organisation fehle, auch die politischen Rechte nicht existierten. Das Gesetz der ökonomischen Priorität werde sich aber auch in dem Gegensatz zwischen Gewerkschaft und Partei bewahrheiten. Da für sehr viele die Frage nur laute, wie sich die gewerkschaftliche Neutralität auf die parteipolitische Gesinnung der Arbeiter auswirke, könne er nur seiner Überzeugung Ausdruck geben, daß die der freien Gewerkschaft angeschlossenen Arbeiter über kurz oder lang doch Sozialdemokraten werden würden, da sie ja die „Arbeiterpartei par excellence“ sei. — Für die Haltung der Mehrheit der Parteimitglieder und besonders der sozialdemokratischen Presse machte Hue die „Nur-Politiker“ wie Rosa Luxemburg und Kautsky und die „Fatalisten“ verantwortlich, die noch immer glaubten, daß der mechanisch sich entwickelnde Wirtschaftsprozeß eines Tages den Sozialismus herbeiführen würde, ohne daß man sich zu rühren brauche⁵).

Die Debatte wurde nie ganz abgeschlossen. Sie rührte an die Grundlagen der sozialdemokratischen Ideologie.

Obgleich die Gegner des Alten Verbandes sich bemühten, die gewerkschaftliche Neutralität als einen Versuch hinzustellen, um die Arbeiter über die wahren Absichten des Verbandes hinwegzutäuschen, und auf die „ideelle Einheit“ von Altem Verband und Sozialdemokratie hinwiesen, die ja auch von den Führern

¹) Vgl. die Wahlergebnisse in der Statistik des Deutschen Reiches, Bd. Jg. 1890—1912.

²) Bebel: Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien. — Stuttgart 1900.

³) Artikel Kautskys über die Neutralität der Gewerkschaften in der „Neuen Zeit“, Nr. 40 bis 43, Jg. 1900.

⁴) Hue: a.a.O., S. 130 ff.

⁵) Hue: Neutrale oder politische Gewerkschaften, S. 110 ff.

nie geleugnet wurde, trug die neue Taktik viel zur Stärkung der Organisation bei¹⁾).

Um die Mitglieder fester an den Verband zu binden, schuf man Hilfskassen: 1897 wurde die Streik- und Gemaßregelten-Unterstützung aufgenommen, 1899 entstand eine Sterbekasse und der Anspruch auf Rechtsschutz wurde wieder eingeführt. Eine mehrmalige Beitragserhöhung wurde dadurch notwendig und trotz Widerstandes durchgesetzt.

2. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter

a) Die Gründung

Katholische Arbeiterassoziationen bestanden bereits im Revier, bevor die Sozialdemokratie dort Wurzeln schlagen konnte. Schon seit 1890 setzte sich die Erkenntnis durch (nicht zuletzt wegen der sozialdemokratischen Erfolge), daß katholische Arbeitervereine die Berufsverbände nicht ersetzen könnten. Katholische Sozialpolitiker hatten diesen Standpunkt schon länger vertreten, nur konnte man sich nicht über die Form der Organisation einig werden. Am verbreitetsten war der Gedanke, gewerkschaftliche Fachabteilungen innerhalb der Arbeitervereine zu gründen.

Vielleicht hätte sich diese Form allgemein durchgesetzt (sie ist später entstanden), wenn nicht im Ruhrrevier der interkonfessionelle christliche Bergarbeiterverein gegründet worden wäre.

Daß katholischerseits den interkonfessionellen Gewerkschaften nur zugestimmt wurde, weil die besonderen Verhältnisse des Reviers es notwendig erscheinen ließen, geht aus einem Aufsatz hervor, den Dr. Oberdörffer nach der Gründung des Gewerkvereins, an der er maßgeblich beteiligt war, in der „Kölnischen Korrespondenz“ (Organ der Präsidien katholischer Vereinigungen der arbeitenden Stände) veröffentlichte. Oberdörffer schrieb dort unter anderem: „... Eines paßt nicht für alle. Die Bergarbeiter stehen unter ganz aparten Verhältnissen. Wir halten unentwegt an unserem Standpunkt fest, daß es besser ist, katholische Organisationen zu schaffen. Wir haben uns auch davon überzeugt, daß es selbst für die Bergarbeiter trotz ihrer eigentümlichen Verhältnisse besser gewesen wäre, wenn sie zwei konfessionelle Verbände mit gleichen Statuten gegründet hätten²⁾.“

Die führenden Katholiken des Reviers waren nach dem Fiasko des „Glückauf“-Vereins davon überzeugt, daß es notwendig sei, beide Konfessionen in dem neuen

¹⁾ Dafür war allerdings auch die 1895 einsetzende und bis 1901 anhaltende wirtschaftliche Konjunktur sehr von Vorteil. Unter den ins Revier strömenden Arbeitern gewann der Verband viele neue Mitglieder. — STAM, RM 1035.

²⁾ Hue: 2. Bd., S. 462. Das Eintreten katholischer Bischöfe für die interkonfessionellen Gewerkschaften war nur vereinzelt und darf nicht dahin ausgelegt werden, wie Neumann es tut, daß man anfangs „seitens des führenden katholischen Klerus“ damit einverstanden gewesen wäre. Vielmehr waren es auch schon damals nur die geistlichen Oberen, die mit den Verhältnissen im Revier vertraut waren, die die Notwendigkeit interkonfessioneller Vereinigungen einsahen.

Verband zu vereinigen, um dem Alten Verband ein größtmögliches Gegengewicht zu bieten. In ihren Zeitungen begann zuerst die Agitation für eine Bergarbeiterorganisation auf christlicher Grundlage.

Als Mitglieder des Alten Verbandes als „Delegierte der Ruhrbergleute“ auf dem Internationalen Bergarbeiterkongreß 1894 in Berlin¹⁾ auftraten, kam es zu Protestkundgebungen katholischer Arbeiter, die von den Bergleuten Brust und Köster²⁾ sowie auch von dem Geistlichen Driessen und von Fußangel einberufen worden waren³⁾. Auf einer dieser Versammlungen in Essen wurde ein Komitee gebildet, um Vorbereitungen zu einem Kongreß der Knappen- und Arbeitervereine beider Konfessionen zu treffen, auf dem die Gründung eines Gewerkvereins beschlossen werden sollte⁴⁾.

Es gelang dem Komitee, dem Brust und Köster angehörten, den Vorsitzenden des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine, Pfarrer Weber (M.-Gladbach), für den Gedanken einer interkonfessionellen christlichen Arbeitervereinigung zu gewinnen.

Da die ganze Aktion aber nur von katholischer Seite ausgegangen war, agitierten die evangelischen Vereine und die Nationalliberalen heftig gegen die beabsichtigte Organisation. Auf der ersten gemeinsamen Versammlung in Essen am 26. August 1894 waren neben 125 katholischen 58 evangelische Vereine vertreten. Als Ehrengäste sprachen Pfarrer Weber und Kaplan Dr. Oberdörffer. Man betonte, in den leitenden Stellen des Gewerkvereins strengste Parität zwischen den Konfessionen wahren zu wollen. Gleichzeitig wurde der sozialdemokratische Alte Verband abgelehnt⁵⁾. Obgleich man den evangelischen Arbeitern weit entgegenkam, fanden sich nur verhältnismäßig wenige Vereine, die den katholischen Zielen Vertrauen entgegenbrachten, da man hinter allem die politischen Absichten des Zentrums vermutete⁶⁾.

¹⁾ Sie besaßen selbstverständlich kein solches Mandat. Der alte Verband zählte damals höchstens noch 5000 Mitglieder.

²⁾ Köster wurde 1904 Nachfolger Brusts als erster Vorsitzender des Gewerkvereins.

³⁾ Hue: 2. Bd., S. 453 ff.

⁴⁾ In allen Darstellungen von christlicher Seite wird hervorgehoben, daß der Plan zur Gründung eines Gewerkvereins von Brust ausgegangen sein soll und erst auf seine Initiative hin Schritte dazu unternommen worden seien (vgl. Imbusch, S. 420 ff.). Die dabei zugrunde liegende Absicht ist, sich gegen den Vorwurf zu verwahren, der Gewerkverein sei nicht aus einem Wunsche der Arbeiterschaft, sondern aus der Absicht der Ultramontanen entstanden, einen Gegenverband gegen den Alten Verband zu haben. Brusts hervorragende Beteiligung an der Gründung ist zweifelsfrei. Doch der Plan lag sozusagen in der Luft und wurde vornehmlich von Zentrumspolitikern gefördert.

Auch Neumann folgt der Darstellung Imbuschs (S. 84 ff.).

⁵⁾ Von der Sozialdemokratie und dem Alten Verband ist es später immer so dargestellt worden, als habe der Gewerkverein nur einen neuen Sturmbock gegen die Sozialdemokratie bilden sollen, von den klerikalen Führern ins Leben gerufen, aber keinem Bedürfnis der Arbeiter entsprechend (vgl. Hue: 2. Bd., S. 452 ff.). Diese Behauptung wird am deutlichsten durch die Entwicklung des Vereins widerlegt.

⁶⁾ STAM, RM 1244, 3.

Auf der Gründungsversammlung des „Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter für den Oberbergamtsbezirk Dortmund“ waren daher nur noch 157 Vereine vertreten. Diesmal wurde nicht angegeben, um wie viele evangelische und katholische Vereine es sich handelte, da die Öffentlichkeit nicht erfahren sollte, wie wenig evangelische Vereine Delegierte entsandt hatten¹⁾.

Aus der schon am 26. August vorgelegten Satzung hatte man auf Wunsch evangelischer Teilnehmer noch einige Schärfen entfernt. Der Gewerkverein betonte darin, daß er nach friedlicher Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern strebe. Man hatte den Passus, der den Streik als letztes gewerkschaftliches Mittel vorsah, um bestimmte Forderungen durchzusetzen, aus der Satzung entfernt. Die patriotische Grundhaltung und eine entschiedene Gegnerschaft zu den sozialdemokratischen Zielen war festgelegt worden²⁾, ebenso die konfessionelle Parität des Vorstandes. Neben diesem sollte ein Ehrenrat bestehen, dem beratende Stimme in den Vorstandssitzungen zugestanden wurde. (In ihn wählte man Weber, den Fabrikanten Wiese, den Kaufmann Legewitt u. a.)

Der Verlauf der konstituierenden Versammlung ließ sogleich die Probleme erkennen, vor die sich der Gewerkverein später gestellt sah³⁾.

Als der Oberberghauptmann und der Knappschaftsdirektor, die als Ehrengäste eingeladen worden waren, um ein kurzes Wort gebeten wurden, ergriffen sie sofort die Gelegenheit, den rein privaten Charakter ihrer Anwesenheit zu betonen. Wenn sie zu den Verhandlungen geschwiegen hätten, dann sollte das nicht etwa heißen, daß sie mit allem einverstanden seien. Dadurch erhielt die Hoffnung vieler, die Behörden würden dem neuen Verein wohlwollend gegenüberstehen, den ersten Dämpfer.

Große Aufmerksamkeit hatten schon auf der vorhergehenden Versammlung die Worte Oberdörffers erregt. Da er nachher in der Presse vielfach angegriffen worden war, wiederholte er sie noch einmal. Er führte aus: Für die Durchführung seiner Aufgabe brauche der Gewerkverein in erster Linie eine starke Kasse. Diese Worte habe man ihm so ausgelegt, als wolle er zum Streik reden. Das sei selbstverständlich eine Verdrehung. Wenn man aber die Verteidigung berechtigter Arbeiterforderungen als einen Krieg gegen die Arbeitgeber betrachte, dann allerdings hätten seine Worte diesen Sinn.

Oberdörffler warnte vor jeder Schimpferei über die Sozialdemokratie, denn es könnten Zeiten kommen, in denen alle Bergarbeitervereinigungen zusammengehen müßten, um ihre gemeinsamen materiellen Interessen zu verteidigen. Mit Schimpfen und Hetzen sei noch keine Idee besiegt worden, am wenigsten die der Sozialdemokratie. In den Arbeitgeberverbänden seien Christen und Juden,

¹⁾ Imbusch: S. 436.

²⁾ Jedes Mitglied mußte einen Revers unterschreiben, worin es sich als Gegner der sozialdemokratischen Grundsätze und Bestrebungen bekannte. — Imbusch: S. 437 f.

³⁾ Nach dem Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 29. Oktober 1894. — STAM, RM 1244, 3.

Vaterlandsfreunde und Ausländer vereinigt, ohne daß man daran Anstoß nehme. Wenn sich aber die Arbeiter beider christlichen Konfessionen zur Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen zusammenschlossen, ließe eine bekannte Presse sofort Sturm dagegen und spräche von klerikaler Mache. Dahinter stände nur die Absicht, einen Arbeiterverband zu verhindern. Es sei aber sogar die Pflicht der christlichen Arbeiter, sich zu organisieren, einmal, weil ihre Rechte und materiellen Belange in Gefahr seien, und zum anderen, um der Ausdehnung der Sozialdemokratie zu begegnen.

Nach diesen klaren und weitschauenden Worten von katholischer Seite glaubte Pfarrer Weber noch einmal darauf hinweisen zu müssen, daß er jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie oder dem Alten Verband für unmöglich hielte.

In der anschließenden Vorstandswahl wurde August Brust zum ersten und der Bergmann Wahl (evangelisch) zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Auch die übrigen Vorstandsposten wurden gleichmäßig mit Katholiken und Protestanten besetzt¹⁾.

b) Die Auseinandersetzung um den Grundcharakter des Gewerkvereins

Der Gewerkverein folgte in den ersten Jahren seines Bestehens nicht den warnenden Worten des Kaplans Oberdörffer, sondern schien die Ansicht des Pfarrers Weber bestätigen zu wollen, daß man unmöglich mit dem Alten Verband zusammengehen könne²⁾. Obgleich der neue Verein bei den Unternehmern keine Sympathien zu wecken vermochte, war seine Politik bis 1898 darauf abgestimmt, satzungsgemäß ein friedliches Verhältnis zu den Arbeitgebern zu erhalten.

Der konfessionelle Gegensatz wirkte sich für den Aufbau der Organisation sehr erschwerend aus. Der Widerstand der evangelischen Kreise des Reviers (besonders soweit sie unter nationalliberalem Einfluß standen) führte dazu, daß der interkonfessionelle Gewerkverein fast ausschließlich katholische Mitglieder gewann³⁾. Die evangelischen Vorkämpfer des Gewerkvereins stießen in ihren Vereinen auf unüberwindliche Widerstände. Im November 1894 beschloß der Vorstand evangelischer Arbeitervereine Rheinlands und Westfalens, gegenüber der christlichen Organisation Neutralität zu wahren⁴⁾. Hinter diesem

¹⁾ Brust war Bergmannssohn. Bis 1898 (damals wurde er der erste Verbandsbeamte) arbeitete er in der Grube. Am gewerkschaftlichen Leben hatte er schon früher teilgenommen, 1889 im Alten Verband, dann im Verein „Glückauf“. Brust war von rauher Natur, oft schroff, auch gegenüber seinen Freunden und Mitarbeitern, und bekannt als rücksichtsloser Kämpfer für „seinen“ Gewerkverein. — Vgl. Imbusch: August Brust, 1924.

²⁾ Oberdörffer hatte es denn auch abgelehnt, sich in den Ehrenrat des Gewerkvereins wählen zu lassen. Vielmehr war Weber hier bis 1898 bestimmend.

³⁾ Während 1900/1903 das Verhältnis zwischen katholischer und evangelischer Konfession im Revier etwa 2:1 war, betrug es im Gewerkverein 7:1. — Müller: S. 179.

⁴⁾ Imbusch: S. 477.

Beschluß stand die nationalliberale Partei, die im Revier gerade unter den evangelischen Arbeitern noch große Anhängerscharen hatte.

Schon der „Nationale Kongreß christlicher Bergarbeiter“ in Bochum 1897 und dann der Streik am Pießberg bei Osnabrück 1898¹⁾ verrieten deutlich die Entwicklung, der sich auch der Gewerkverein nicht verschließen konnte: durch energische Vertretung von Arbeiterinteressen, die ihn in Gegensatz zum Unternehmertum führen mußte, wurde dem Gewerkverein der „Kampfcharakter“ aufgezwungen, auch wenn er sich durch Satzungsbestimmungen dagegen zu schützen versucht hatte. Indem er die materiellen Interessen stärker betonte und zeitweilig mit dem Alten Verband zusammenging, beschwor er eine schwere innere Krise in den christlichen Gewerkschaften herauf²⁾.

Konsequent katholische Kreise und die geistlichen Oberen sahen der Entwicklung der interkonfessionellen Gewerkschaften mit Besorgnis zu.

Auf dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften 1899 in Mainz trat der Gegensatz offen hervor. Zwischen Brust und dem damals führenden Vertreter christlich-katholischer Gewerkschaften, Redakteur Immelen (Aachen), kam es zu heftigen Debatten über den Charakter der Gewerkvereine. Schließlich wurde ein Antrag eingebracht, der als Leitsätze die Interkonfessionalität und die politische Unparteilichkeit aufstellte.

Verschärft wurde die Situation durch eine Broschüre, die sich an die Mainzer Leitsätze anlehnte und die Notwendigkeit interkonfessioneller Gewerkschaften noch mehr herausstellte³⁾.

Das in der Broschüre angedeutete Endziel einer neutralen Einheitsgewerkschaft wurde auch auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß 1900 in Frankfurt am Main von vielen Teilnehmern betont⁴⁾. Bis dahin aber sollte mit den Freien Gewerkschaften zusammengearbeitet werden, soweit es im Interesse der Arbeiter wünschenswert schiene⁵⁾.

Im klerikalen Lager erhob sich die Opposition. In Berlin begannen die „Germania“ und der Regierungsassessor von Savigny im „Märkischen Kirchenblatt“

1) Der Streik am Pießberg bei Osnabrück war ausgebrochen, weil die protestantische Werksleitung an bestimmten katholischen Feiertagen arbeiten lassen wollte. Dagegen wehrten sich die Arbeiter, die durch die katholische Geistlichkeit starke Unterstützung erfuhren. Es ging also gar nicht um soziale Forderungen. Brust griff hier ein und riet zum Ausstand, ohne damit einen Erfolg zu erzielen, da das Bergwerk daraufhin stillgelegt wurde. Dieser aus rein konfessionellen Gründen entstandene Ausstand — soziale Motive fehlten ganz, es hatte immer ein gutes Einvernehmen zwischen Belegschaft und Werksleitung bestanden — führte zum Austritt Webers aus dem Ehrenrate des Gewerkvereins. — Vgl. J. Bremer: Osnabrück im Zeitalter der Industrialisierung. — Phil. Diss. Göttingen, 1950, S. 99 ff. (Maschinenschrift).

2) Seit 1896 und besonders 1899 bildeten sich auch andere Christliche Gewerkvereine (Metall-, Holz-, Bau- und Textilarbeiterverband). Hue: 2. Bd., S. 508 ff.

3) Die Broschüre „Die Christlichen Gewerkvereine“ erschien im Verlag der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ in M.-Gladbach, dem Organ der sogenannten „M.-Gladbacher Richtung“, die Vorkämpferin der christlichen Gewerkschaftsidee war.

4) Gerbracht: Der Kampf um die Seelen der Arbeiter, S. 57 ff.

5) Vgl. Müller: S. 112 ff.

für katholische Gewerkschaften, das heißt für Fachabteilungen innerhalb der Katholischen Arbeitervereine, zu werben. Dieser sogenannten „Berliner Richtung“ (im Gegensatz zur „M.-Gladbacher Richtung“) schlossen sich dank des Einflusses ihrer Bischöfe die Katholischen Arbeitervereine der Diözesen Breslau, Ermland und Trier an¹⁾).

In den Streit griffen die katholischen Bischöfe Preußens ein, die in einem Hirtenschreiben zur Gewerkschaftsfrage Stellung nahmen (22. August 1900). Die Bischöfe warnten die Arbeiter davor, in der Gewerkschaft lediglich unter Beachtung der Naturgesetze vorzugehen, ohne der christlichen Lehren eingedenk zu sein. Sie empfahlen die Fachabteilungen für gewerkschaftliche Zwecke. Diese würden den Beweis liefern, daß es keiner „religiös-neutralen Neuschöpfungen“ bedürfe, um die materiellen Interessen der Arbeiter zu verteidigen und zu fördern. Obgleich sich der preußische Episkopat damit deutlich gegen die christlichen Gewerkschaften wandte, versuchte ein großer Teil der Zentrums- presse, das Pastorale anders auszulegen. Doch ein kurz darauf vom Erzbischof von Freiburg an seinen Klerus gerichteter Erlaß sprach sich ebenfalls gegen die Gewerkschaften aus²⁾. Der Erzbischof erklärte darin, die christlichen Gewerkschaften bedienten sich des christlichen Namens nur noch als „Aushängeschild“, sie huldigten aber in Wahrheit den im Pastorale verurteilten Tendenzen. Die Erklärungen auf dem Frankfurter Kongreß hätten den Weg angedeutet, den die christlichen Gewerkschaften gehen würden, nämlich den in die Arme der Sozialdemokratie.

Der Gewerkverein der Bergarbeiter verwahrte sich öffentlich gegen diese Beschuldigungen. Er sei nach wie vor gewillt, die wirtschaftlichen Fragen nach christlichen Grundsätzen zu behandeln und werde nie zulassen, daß die vorgenannten Fragen entgegen den christlichen Gesetzen von Gerechtigkeit und Moral gelöst würden.

Innerhalb der christlichen Gewerkschaften wurde der Streit auf dem Gewerkschaftskongreß 1901 in Krefeld beigelegt. In der Abstimmung über konfessionelle oder interkonfessionelle Gewerkschaften unterlag die sogenannte „positiv-christliche“ Richtung mit 12:65 Stimmen. Damit überwand die christliche Gewerkschaft allerdings nicht die gegnerische Ansicht. Die katholischen Fachabteilungen konnten sich in der Folgezeit weiter ausdehnen³⁾).

¹⁾ Damit wurde der Vorschlag katholischer Sozialpolitiker durchgeführt, der nur durch die Gründung des Christlichen Gewerkvereins der Bergarbeiter beiseitegeschoben worden war. — Vgl. Kastner: Die christlich-sozialen Ideen und die Gewerkschaften, S. 53 ff.; ferner: Die soziale Frage und der Katholizismus, Paderborn 1931 (s. Literaturverzeichnis).

²⁾ Vgl. auch Kempel: Die „christliche“ und die „neutrale“ Gewerkschaftsbewegung, Mainz 1901. Der Verfasser schreibt, daß der Freiburger Erzbischof an der Fuldaer Bischofskonferenz teilgenommen habe und das Pastorale mit unterzeichnete. Daher sei auch sicher, daß sein Erlaß dem Inhalt des Pastorale entspreche.

³⁾ Müller: S. 126 ff.

Die christlichen Gewerkschaften hätten den Angriffen der katholischen Geistlichkeit wohl nicht widerstanden, wenn sie nicht beim Zentrum Hilfe gefunden hätten. Aus politischen Erwägungen war das Zentrum gezwungen, sich die christlichen Gewerkschaften zu erhalten, da sie vor allem die Zentrumswähler in Westdeutschland — das waren weitgehend Arbeiter — zusammenhalten konnten.

Auch die evangelische Arbeiterbewegung Westdeutschlands mußte sich mit den sozialen Problemen ihrer Zeit und damit auch mit denen der Arbeiterassoziationen auseinandersetzen.

Etwa zur gleichen Zeit, als die katholische Arbeiterbewegung die geschilderte Krise durchstehen mußte, spalteten sich die evangelischen Arbeitervereine im Westen. Für das westdeutsche Industriegebiet verknüpft sich mit diesem Ereignis der Name Friedrich Naumanns.

Die evangelischen Arbeitervereine Rheinlands und Westfalens waren die Stütze der Nationalliberalen innerhalb des Reviers¹⁾. Redakteur Quandel und der nationalliberale Landtagsabgeordnete Francken waren die leitenden Männer. Zwischen ihnen und Naumann kam es im Winter 1895/96 zu ersten Meinungsverschiedenheiten, als Naumann für die stärkere Betonung des sozialen Charakters der Vereine eintrat²⁾.

Nach vorübergehender Beruhigung stießen Naumann und Quandel auf der Generalversammlung des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine erneut zusammen. Naumann beantragte, daß der Gesamtverband den sozialen Charakter der Vereine anerkenne, während die „Bochumer Richtung“ (Quandel, Francken und andere) ausschließlich die religiöse und patriotische Seite betont wissen wollten. Nach langer Kontroverse entschied man sich für Naumanns Antrag, der vor allem von Pfarrer Weber unterstützt wurde³⁾.

Bis 1901 zog sich der Streit mit den „Bochumern“ hin. Naumann hatte im Winter 1900/01 eine Agitationsreise durchs Revier gemacht. Er warb auf vielen Versammlungen, die auch vom Alten Verband einberufen waren, dafür, einer Gewerkschaft beizutreten⁴⁾, ohne dazu vom rheinisch-westfälischen Provinzialverband aufgefordert oder eingeladen worden zu sein. Die Bochumer Richtung wandte sich entschieden gegen Naumanns Auftreten⁵⁾.

¹⁾ Leider läßt sich nicht statistisch nachweisen, daß der Anteil der Ostdeutschen an diesen Vereinen, die besonders im nördlichen Revier verbreitet waren (Vorort Gelsenkirchen), besonders groß war.

²⁾ Naumanns Gegner stellten sich auf den Boden der Verfügung des evangelischen Oberkirchenrates in Berlin, in der es hieß, daß es der Kirche schade, wenn sich Geistliche vornehmlich einer bestimmten Gesellschaftsschicht zuwendeten. Daher sei es die Aufgabe der Vereinsvorsitzenden (sie waren zum großen Teil evangelische Geistliche), eine Mittlerrolle einzunehmen. — Just: Die evangelischen Arbeitervereine. 1906.

³⁾ Aus: Festschrift zum 25jährigen Bestehen evangelischer Arbeitervereine, 1907.

⁴⁾ Naumann hatte seine Reise vorher mit Hue, der auch in der „Hilfe“ schrieb, besprochen. — STAD, RD 15921.

⁵⁾ Der Kreisverein Bochum faßte am 4. Februar den Beschluß, daß Naumann aus dem Vorstande austreten müsse, oder aber der Provinzialverband werde sich vom Gesamtverband lossagen. — Bericht der „Essener Volkszeitung“ vom 6. Februar. STAD, RD 15921.

Der Delegiertentag des Gesamtverbandes in Speyer Ende Mai 1901 wählte, da Weber für ihn eintrat, Naumann wieder in den Vorstand, dagegen nicht Francken. Die Versammlung empfahl den Beitritt zu einer politisch nicht gebundenen Gewerkschaft, da deren Aufgaben nicht zu denen der evangelischen Arbeitervereine gehörten¹⁾. Als der „Fall Naumann“ beraten werden sollte, verließen die „Bochumer“ den Saal²⁾. Damit war der Bruch vollzogen. Die Delegiertenkonferenz des Provinzialverbandes (15. September) fällte ihre Entscheidung ebenfalls für Naumann: 102 Stimmen waren gegen und nur 62 für den Austritt aus dem Gesamtverband. Daraufhin konstituierten die „Bochumer“ im November den „Evangelischen Arbeiterbund“, dem etwa 8000 Mitglieder angehörten³⁾.

Obgleich Naumann schon im nächsten Jahre aus dem Gesamtverbande der evangelischen Arbeitervereine austrat, kam es zwischen diesem und dem Evangelischen Arbeiterbunde nicht wieder zur Fusion.

3. Das „Nebeneinander“ der Organisationen

Durch die Schilderung einiger hervorragender Ereignisse soll gezeigt werden, wie sich die beiden Bergarbeiterverbände weiter entwickelten, wobei ihr Verhalten zueinander besonders hervorgehoben werden soll.

Die ersten Jahre nach der Gründung des Christlichen Gewerkvereins waren mehr vom Gegeneinander als vom Neben- oder gar Miteinander der beiden Gewerkschaften bestimmt, denn sowohl der Gewerkverein als auch der Alte Verband sahen ihre Hauptaufgabe darin, neue Mitglieder zu gewinnen. Die dabei angewandte Methode, sich gegenseitig zu verdächtigen, parteipolitisch beeinflusst zu sein, führte zu den heftigsten Pressepolemiken.

Nachdem die Führer des Alten Verbandes erkannt hatten, daß der „Gewerkverein“ zur wirklichen „Konkurrenzorganisation“ geworden war, entschieden sie sich, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen und vorzuschlagen, in bestimmten Fragen zusammenzugehen⁴⁾. Doch bis 1898 kam der christliche Verband ihnen nicht entgegen. Der Vorschlag des ersten Vorsitzenden des Alten Verbandes, mit dem Gewerkverein in den Knappschaftswahlen 1896 und 1898 zusammenzugehen, wurde von Brust entschieden abgelehnt. Trotzdem gab es auch schon damals im Gewerkverein Kräfte, die eine Annäherung befürworteten.

¹⁾ Just: S. 14.

²⁾ STAD, RD 15921. — Bericht des Bez.-Polizeikommissars Essen vom 19. Juli 1901.

³⁾ STAD, RD 15921.

⁴⁾ Im Jahre 1900 hat der erste Vorsitzende des Alten Verbandes, Möller, über das Zusammengehen geäußert, daß es im Revier notwendig sei, da der Gewerkverein wegen der religiösen Haltung der Bergleute großen Zulauf habe. Das sei zwar oft unbequem und wenig erfreulich, doch unvermeidbar. In anderen Bergbaubezirken habe man das wegen der Stärke des Verbandes nicht nötig. — STAD, RD 15915.

ten¹⁾. Im folgenden Jahre kamen Brust und Hue überein, bei der Knappschaftsersatzwahl 1899 und der Hauptwahl 1900 gemeinsame Kandidaten aufzustellen, die dann auch den Sieg über die „Gemäßigten“ (den Zechenverwaltungen nahestehende Arbeitervertreter) errangen²⁾. Doch es blieb bei diesen Einzelaktionen, solange Brust an der Spitze des Gewerkvereins stand. In den Gewerbegerichtswahlen 1902 und den Knappschaftswahlen 1904 ging man wieder getrennt vor. Der Alte Verband konnte beide Male die meisten Stimmen auf seine Kandidaten vereinigen.

Beide Verbände waren bestrebt, gegenüber den Arbeitgebern zu Erfolgen zu kommen, ohne das letzte gewerkschaftliche Mittel anwenden zu müssen. Die Streiks 1890 und 1893 hatten die Arbeiterführer gelehrt, nur dann in eine Bewegung einzutreten, wenn sie „von unten“ kam, das heißt, aus der Unzufriedenheit weiterer Bergmannskreise erwuchs. Die gewerkschaftlichen Aktionen (Eingaben an den Bergbaulichen Verein u. a.) entbehrten daher auch der früheren Schärfe, wodurch sie wiederum bei den Arbeitern an Zugkraft verloren³⁾. Am deutlichsten wurde diese Entwicklung 1900, als beide Verbände gleichlautende, sehr maßvolle Forderungen erhoben, die auch vom Bergbaulichen Verein zum ersten Male höflich beantwortet wurden. Gerade während des Höhepunktes der wirtschaftlichen Konjunktur wünschten die Arbeitgeber jede Produktionsunterbrechung zu vermeiden⁴⁾.

Erst später erkannten die Arbeiterführer die große Chance, die ihnen entgangen war⁵⁾.

In den folgenden Jahren waren die Aussichten auf gewerkschaftliche Erfolge wieder gesunken, da der wirtschaftliche Niedergang ohnehin Feierschichten und Arbeiterentlassungen notwendig machte. Die Verbände waren daher bestrebt, gelegentlich aufkommende Unzufriedenheit der Bergleute zu beschwichtigen und vor einem Ausstand zu warnen⁶⁾. Es gelang den Organisationen aber in verstärktem Maße, die Mißstimmung der Bergarbeiter zu ihrem Vorteil

¹⁾ Charakteristisch für die damalige Situation war der Ausschluß des zweiten Vorsitzenden des Gewerkvereins, Wahl, der sich auf Versammlungen mehrmals lobend über die Redaktion der Bergarbeiterzeitung ausgesprochen und empfohlen hatte, sich bei Gelegenheit Hues Vorträge anzuhören. Das genügte, um ihn auf Brusts Betreiben auf der Generalversammlung 1898 seines Postens zu entheben. — Imbusch: S. 554 f.

²⁾ Vgl. Kulemann: Berufsorganisationen, 2. Bd., S. 354 ff.

³⁾ Für eine Aktion ungünstig wirkte sich auch aus, daß damals die Löhne so hoch lagen wie noch nie zuvor. Bericht des Oberbergamtes vom 18. Februar 1900. — STAD, RD 15915.

⁴⁾ Die Bergbehörde richtete ein dringendes Ersuchen an den Bergbaulichen Verein, unter allen Umständen einen Ausstand zu verhindern. Der Bergbauliche Verein stimmte mit ihr überein und war daher in seiner Antwort an die Verbände entgegenkommend. — STAD, RD 15915.

⁵⁾ STAM, OPräs. 2847, 7.

⁶⁾ Aus den Verhandlungen der Bergarbeiterkongresse geht aber hervor, daß man nur solange nachgiebig sein wollte, wie die Konjunktur schlecht blieb. Daher rechneten die Behörden mit einer neuen Bewegung, wenn sich die Verhältnisse wieder besserten. — STAD, RD 15915.

zu nutzen. Seit der Jahrhundertwende nahm die Organisationsfreudigkeit zu¹⁾).

4. Die Polenbewegung im Ruhrrevier

Als „Polen“ werden in diesem Zusammenhang alle Zuwanderer verstanden, die sich im Ruhrgebiet in national-politischem Sinne betätigten oder einem polnischen Verein angehörten.

Die ersten Zusammenschlüsse der Polen im Revier gingen von der katholischen Geistlichkeit aus. Die Kirche sah ihre Aufgabe darin, unter den Arbeitern, die in eine ganz neue Umgebung kamen, ihren Einfluß zu bewahren, so wie sie ihn in den katholischen Gebieten der Ostprovinzen besaß.

Nach dem Vorbild der deutschen Katholischen Arbeitervereine standen die Geistlichen den Vereinen meistens als Präsidcs vor. Als erster wurde 1876 der Verein „Jedność“ (Einigkeit) in Dortmund gegründet²⁾, dem andere folgten.

Alle Mitglieder waren Polen katholischen Bekenntnisses. Die Satzungen ähnelten sich, die Pflege religiöser und heimischer Sitten und Bräuche sowie Geselligkeit wurde als Zweck genannt.

Dieser Charakter der Vereine blieb einige Zeit lang gewahrt. Von nationalen Bestrebungen war schon deshalb nicht die Rede, weil die Zahl der Polen im Revier noch sehr gering war.

1882 begann sich die deutsche und polnische katholische Presse mit der Lage der Polen im Ruhrgebiet zu beschäftigen, vor allem besprach sie die Gründung von Vereinen und die Frage der gottesdienstlichen Versorgung³⁾.

Die evangelische Geistlichkeit richtete den Masuren damals einen Gottesdienst in ihrer Sprache ein. Den Polen dagegen war es nur gelegentlich der Durchreise eines polnischen Geistlichen möglich, sich die Beichte abnehmen zu lassen oder einen polnischen Gottesdienst zu besuchen. Das bewog den Bischof Simar von Paderborn, sich einen polnisch-katholischen Geistlichen aus dem Osten kommen zu lassen, der als Wanderprediger die Seelsorge der Polen übernahm.

Die Statuten des im Jahre 1883 gegründeten „St. Barbara-Vereins“ in Gelsenkirchen und die bei seiner Gründung gehaltenen Reden veranlaßten die Regierung zum erstenmal, sich mit den Polen im Westen zu befassen⁴⁾. Eine

¹⁾ Die Versammlungen zählten statt 60 bis 100 jetzt wieder mehrere hundert Teilnehmer. Dafür sind folgende Gründe anzuführen: Die Neigung, einer Gewerkschaft beizutreten, nahm allgemein zu. Spezielle Gründe zum Eintritt in den Alten Verband waren: die Persönlichkeit des ersten Vorsitzenden Sachse, das Wirken besoldeter Agitatoren, die „geschickte, meist abgefeimte“ Redaktion der Bergarbeiterzeitung, die Verunglimpfung des Gewerkvereins, das oft unüberlegte Verhalten Brusts, nicht zuletzt die vielen Unterlassungssünden der Zechenverwaltungen und das „halsstarrige“ Verhalten des Knappschaftsvorstandes gegenüber den Arbeitervertretern. — Bericht des Bez.-Polizei-Komm. Essen vom 8. März 1903. — STAD, RD 15915.

²⁾ Die Polen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk. Herausgegeben vom Alldutschen Verband, S. 46.

³⁾ STAM, OPräs. 2748, 2.

⁴⁾ STAM, OPräs. 2748, 1.

Umfrage ergab¹⁾, daß im Regierungsbezirk Düsseldorf noch keine Polenvereine bestanden, dagegen in Westfalen mehrere. Amtliche Stellen sahen in ihnen vielfach nur das Bestreben des Zentrums, seine Wählerschaft zu vergrößern. Sie wiesen aber auch darauf hin, daß die Tätigkeit der Vereine den „Germanisierungsbestrebungen unter der polnischen Arbeiterbevölkerung“ zumindest nicht zum Vorteil gereiche. — Doch man maß diesen Dingen damals noch keine große Bedeutung bei.

In der Regierungspolitik trat 1891 vorübergehend eine Wende gegenüber den Polen ein, da man sie für eigene Absichten (Militärvorlage u. a. m.) gegen das Zentrum zu gewinnen hoffte. Im Osten hatte man Erfolg, doch im Westen fiel der katholischen Kirche der Gewinn zu.

An Stelle des in den Osten zurückgekehrten ersten polnischen Geistlichen im Revier berief Bischof Simar einen neuen, Dr. Liss. Mit diesem Namen verband sich für die Polen im Westen die Erinnerung an den Beginn ihrer Bewegung. Liss wurde der eigentliche Organisator der Polenbewegung im Ruhrgebiet, wenn man auch annehmen darf, daß er ihr nicht die Richtung zu geben beabsichtigte, die sie nach seinem Fortgang nahm.

Die geistlichen Oberen verlangten von Dr. Liss, daß er die Polen in klerikalem Sinne organisierte. Er packte seine Aufgabe mit großer Umsicht und Energie an. Aufbauend auf den schon bestehenden Vereinen, breitete sich unter seiner Leitung ein Netz von Polenvereinen über das ganze Revier aus. Schon 1893 bestanden über 100 Vereine. Wenn auch die Pflege des katholischen Glaubens in ihnen das Hauptanliegen bildete, so schloß das doch nicht aus, daß die nationalen Belange mehr als bisher in den Vordergrund traten. Den für äußeren Pomp sehr empfänglichen Polen kam Liss entgegen, indem er in Polenvereinen Fahnen und Vereinsabzeichen²⁾ einführte und ihnen gestattete, sie auf Prozessionen und kirchlichen Feiern mitzuführen.

Den festen Zusammenhalt unter den räumlich verzweigten Vereinen schuf Liss durch eine eigene Zeitung in polnischer Sprache, den „Wiarus Polski“ („Der polnische Getreue“). Es gelang ihm, das geistige und sittliche Niveau der Polen im Westen zu heben. Liss erkannte, daß er sich das Vertrauen seiner Landsleute nur erwerben konnte, wenn er ihre nationalen Belange zu verfechten bereit war³⁾. Deshalb trat der „Wiarus Polski“ für die polnischen Nationalisten ein. Es wurde fortgesetzt darauf hingewiesen, daß jeder Pole nur eine Heimat

¹⁾ STAD, RD CB 1, 36, 37/2.

²⁾ Die Fahnen zeigten fast alle auf der einen Seite das Muttergottesbild von Czenstochau (polnische Schutzpatronin) und auf der anderen Seite das Bild des Heiligen, nach dem der Verein benannt war, sowie eine polnische Inschrift. Die anderen Zeichen (Schärpe, Czako usw.) waren in den polnischen Nationalfarben Weiß-Rot gehalten. — STAM, OPräs. 2748, 2.

³⁾ Noch 1892 hatte Liss bei einem Besuch seines Kulmer Bischofs über die Korruption der polnischen Arbeiter geklagt. Nur die Kirche — und auch diese nur dann, wenn sie in national-polnischer Gestalt auf die Arbeiter wirke — könne sie vor dem sittlichen Untergange und vor der Überantwortung an die Sozialdemokratie retten. — STAM, OPräs. 2748, 2.

habe: „Polen, Litauen und Klein-Rußland, das sind drei Geschwister, aber eine Seele, ein polnisches Herz.“ Die Polen wurden vor allem Deutschen gewarnt. Diejenigen, die sich genügend Geld erspart hatten, wurden zur Rückkehr in die Heimat aufgefordert, damit sie nicht „verdeutschten“. Regelmäßig brachte die Zeitung Artikel über Polens ruhmreiche Geschichte, die mit Zukunftshoffnungen verbunden waren¹⁾).

Die deutschen Regierungsstellen waren nicht bereit, die Polen frei gewähren zu lassen. Schon Ende 1892 erging ein Verbot an die Vorsitzenden der Polenvereine, Fahnen und Abzeichen mit polnischer Aufschrift in der Öffentlichkeit zu zeigen. Man schlug ihnen vor, ein deutsches Muttergottesbild und deutsche Farben (die der Provinz) zu tragen²⁾. Die Polen lehnten natürlich ab.

Dabei blieben die Behörden aber nicht stehen. Da sie die große Macht des Geistlichen Liss erkannt hatten, veranlaßte der Oberpräsident von Westfalen den Bischof Simar³⁾, gegen Liss einzuschreiten, um seine Tätigkeit auf die Seelsorge zu beschränken. Der Bischof gab dem Ersuchen nach. Er tat es wohl auch, weil ihm die Macht Liss' zu stark angewachsen war und er fühlen mußte, wie sich dieser immer mehr seinen deutschen kirchlichen Vorgesetzten entzog.

Zuerst verlangte der Bischof von Liss, daß er die Leitung des „Wiarus Polski“ abgebe. Liss übertrug sie an J. Brejski, den polnischen Reichstagsabgeordneten aus Bromberg. Die Redaktion des religiösen Beiblattes „Nauka Katolicka“ sollte er behalten dürfen. Doch es war unvermeidlich, daß Brejski unter den Einfluß der Persönlichkeit von Liss geriet. So bedeutete es keinen Wandel, daß Liss die Zeitung aufgegeben hatte. Als der Bischof ihm daher zumutete — wieder auf Drängen der Regierung —, seine Zeitung eingehen zu lassen und seiner politischen Macht ganz zu entsagen, verweigerte Liss den Gehorsam, verkaufte die Zeitung an Brejski und kehrte in seine Kulmer Diözese zurück (1894).

Es war ein Irrtum, wenn staatliche oder geistliche Behörden glaubten, durch die Abberufung eines wenn auch führenden Mannes die einmal eingeleitete nationale und religiöse Bewegung unter den Polen des Reviers aufhalten zu können⁴⁾. In der Folgezeit wurde die national-polnische Propaganda noch verstärkt. Die oft ungeschickte Bekämpfung durch deutsch-nationale Kräfte („Alldeutscher Verband“) trug nicht wenig dazu bei.

In dem Jahrzehnt nach Dr. Liss' Fortgang rückte der Kampf um die Seelsorge in polnischer Sprache in den Vordergrund. Die katholische Kirche kam den

¹⁾ Aus einem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ vom November 1892. — STAM, OPräs. 2748, 2.

²⁾ Aus einem Bericht des Reg.-Präs. Münster vom 22. Dezember 1892. — STAM, OPräs. 2748, 2.

³⁾ Schriftwechsel zwischen dem Oberpräsidenten und Bischof Simar im STAM, OPräs. 2748, 2 und 3.

⁴⁾ Es erscheint deshalb berechtigt, die nationalen und religiösen Belange der Polen in einem zu nennen, weil die Geschichte ihrer Bewegung gezeigt hat, daß für die meisten von ihnen Katholizismus und Polentum eine Einheit bildeten. Es ist ein nationaler Katholizismus, der deshalb auch jede Bevormundung von deutscher Seite ablehnte.

Wünschen der Polen insoweit entgegen, als sie junge Geistliche das Polnische erlernen ließ. Doch das sollte bald nicht mehr genügen.

Der „Wiarus Polski“ vertrat unter den Brüdern Brejski konsequent die national-polnische Richtung. Im August 1894 wurde in Bochum der „Verband aller Polen Deutschlands“ gegründet. Sein Ziel war es, alle in den deutschen Provinzen lebenden Polen zusammenzufassen, um ihre moralischen und materiellen Rechte zu schützen, bei „bedingungsloser Ausschließung sozialdemokratischer und ähnlicher Machinationen“. Dieser Verband wurde der Ausgangspunkt der polnischen Agitation im Westen. Ihm gehörten die Vorsitzenden aller Vereine an (Gesangs-, Laienspiel-, Sportvereine u. a.). In den Dienst des „Verbandes aller Polen Deutschlands“ trat der „Wiarus Polski“¹⁾.

Er bemächtigte sich dann auch des Seelsorgestreites. In unzähligen Artikeln wurde begründet, daß nur national-polnische Geistliche das Vertrauen der Polen gewinnen könnten, da sie allein die polnische Volksseele verstünden.

Eine Konsequenz dieser neuen Einstellung war, daß die polnischen Vereine zum größten Teil ihre Verbindung mit den deutschen Geistlichen, die sie bis dahin geleitet hatten, lösten (um 1900). Die Vereine forderten, daß der „Wiarus Polski“ Vereinsorgan würde, womit die Geistlichkeit sich nicht einverstanden erklären konnte. Als die Vereine in Abwesenheit ihrer geistlichen Präsidien die Statuten dahingehend änderten, daß sie die „Pflege national-polnischen Lebens“ bezweckten, kam es zum Bruch. Die Geistlichkeit erkannte die Vereine nicht mehr als kirchliche an und verbot ihnen, ihre Fahnen und Zeichen in die Kirchen mitzubringen.

Die Folge war, daß die Vereine immer mehr ins nationale Fahrwasser des „Wiarus Polski“ trieben.

Die sehr lebhafteste Tätigkeit der national-polnischen Kreise darf aber in ihrer Auswirkung nicht überschätzt werden, wie es von deutscher Seite oft geschehen ist. Es war nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der aus dem Osten Zugewanderten, die daran Anteil hatten. Die Zahl der Mitglieder in sämtlichen polnischen Vereinen des Ruhrgebietes wurde 1900 auf etwa 8000 Personen geschätzt²⁾.

Nicht zuletzt diese Tatsache war es, die die Führer der Polen erkennen ließ, daß es ihnen nicht im gewünschten Umfang möglich war, Mitarbeiter für die nationalen Ziele zu gewinnen.

In der Hoffnung, daß ein beruflicher Zusammenschluß eher den Beifall weiterer polnischer Arbeiterkreise finden würde, griff man den Vorschlag des Erzbischofs von Gnesen auf³⁾, im Westen nach deutschem Vorbild einen Berufsverband zu gründen. — Das Beispiel der deutschen Gewerkschaften hatte die polnischen Führer gelehrt, wie man auf dem Wege über die wirtschaftliche Vereinigung politische Ideen unter die Arbeiter brachte. Unter wesentlicher Hilfe durch die

¹⁾ Vgl.: Die Polen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk, München 1901.

²⁾ Die Polen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk, S. 132 ff.

³⁾ 1901 in seiner kirchlich-sozialen Zeitschrift. — Bredt: S. 51.

Brüder Brejski wurde im November 1902 die „Polnische Berufsvereinigung“ ins Leben gerufen. — Schon der 1894 gegründete Polenbund hatte angekündigt, daß er die wirtschaftlichen Belange der polnischen Bergarbeiter fördern wollte. Da er in diesem Sinne nie hervorgetreten war, fand er auch wenig Resonanz bei der Masse der Arbeiter. Sein politischer Charakter stand zu stark im Vordergrund.

Anfangs nahm die Berufsvereinigung nur Arbeiter der Großindustrie (Berg- und Hüttenarbeiter) auf. Nach dem Generalversammlungsbeschluß von 1904 konnten aber alle polnischen Arbeiter Mitglieder werden (also auch Handwerker usw.¹⁾). Durch die Sterbekasse, ein Rechtsbüro und einen Arbeitsnachweis erhielt der neue Verband stärkeren Rückhalt.

1903 zählte er (nach eigenen Angaben) 4600, 1904: 11 500 Mitglieder²⁾. Die „Polnische Berufsvereinigung“ entwickelte sich zur stärksten Säule der polnischen Bewegung in Westdeutschland. Ihren großen Aufschwung nahm sie nach dem Streik 1905³⁾.

Mit der Gründung der Berufsvereinigung taten die Polen den ersten Schritt zur Revision ihrer jahrzehntelang eingehaltenen Politik. Bisher hatte immer gegolten, daß die Polen im Westen „redeten“ und im Osten „handelten“. Die polnisch-nationale Agitation hatte bewußt darauf gedrungen, alle wirtschaftliche Macht des Polentums in der Heimat zu konzentrieren, denn dort hoffte man den eigenen Staat einmal wieder aufzurichten.

Bis zum Beginn des neuen Jahrhunderts war ein großer Teil der Polen in den Westen gekommen, nur um sich hier Geld zu verdienen, mit dem die Existenz in der alten Heimat gesichert werden sollte⁴⁾.

Die Novelle zum Ansiedlungsgesetz 1904 machte den polnischen Bergarbeitern den Parzellenankauf in den Ostprovinzen unmöglich. Seither rechneten viele Polen damit, im Ruhrgebiet sesshaft zu werden. Anzeichen dafür waren, daß Polen Häuser und Grundstücke⁵⁾ erwarben, in Bochum eine polnische Bank und im ganzen Revier Konsumvereine einrichteten⁶⁾. Besonders die Bildung eines

¹⁾ STAM, OPräs. 2748, 4. — Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 12. November 1902.

²⁾ Bredt: S. 51.

³⁾ Der Regierungspräsident von Arnsberg glaubte, die Gründung der Berufsvereinigung sei auch erfolgt, um die Polen nicht in die deutschen Gewerkschaften abwandern zu lassen. Die Absonderungsbestrebungen der Polen hätten dadurch Schaden erlitten. — Bericht des Reg.-Präs. über die „Polen in der Fremde“ vom 22. Dezember 1903. — STAM, OPräs. 2748, 4.

⁴⁾ Im „Wiarus Polski“ wurde es den Polen als nationale Pflicht auferlegt, alle wirtschaftlichen Kräfte der Heimat zukommen zu lassen. — STAM, OPräs. 2748, 3. Die Geldüberweisungen an polnische Banken im Osten waren sehr groß: ein Fünftel bis ein Sechstel der jährlichen Depositionszahlungen auf diesen Banken kamen aus dem Revier. — Bredt: S. 76.

⁵⁾ Zahl der Haus- und Grundbesitzer, eingetragen 1909 im Amtsgericht Bottrop: 3333 Deutsche, 166 Polen. Amtsgericht Buer: 4649 Deutsche, 271 Polen. Amtsgericht Recklinghausen: 5920 Deutsche, 246 Polen. — Bredt: S. 83.

⁶⁾ Seit dieser Gründung begannen die Polen im ganzen Revier ihre Einlagen bei deutschen Banken abzuheben. Eifrige Propaganda wird sie dazu veranlaßt haben. — Bericht des Reg.-Präs. Münster vom 8. März 1906. — STAM, OPräs. 2748, 8.

polnischen Mittelstandes deutete darauf hin. Da er wirtschaftlich unabhängiger war als die Arbeiter, stärkte er das „Polentum in der Fremde“¹⁾. Der enge Zusammenhalt unter allen Polen garantierte die Rentabilität der Mittelstandsbetriebe.

Wie eng trotzdem der Kontakt zwischen den Polen im Revier und in der Heimat blieb, sollte der große Bergarbeiterausstand im Januar—Februar 1905 beweisen.

Während die anderen Arbeiterorganisationen im Streik 1905 große Summen an Unterstützungen auszahlen mußten, konnte die polnische Berufsvereinigung viele ihrer Mitglieder veranlassen, in die Ostprovinzen zurückzukehren²⁾.

Die aktive Teilnahme des polnischen Verbandes an dem Ausstand verstärkte sein Ansehen bei den polnischen Bergleuten derart, daß seine Mitgliederzahl seither ungewöhnlich schnell anstieg³⁾. Der Konkurrenz der beiden großen Bergarbeitergewerkschaften⁴⁾ versuchte man zu begegnen, indem man in der Agitation und in den Forderungen an die Unternehmer die anderen Verbände zu übertreffen suchte⁵⁾.

Der Zusammenschluß des „Posener Berufsverbandes“ mit der polnischen Berufsvereinigung des Reviers trug weiter zur Stärkung der Polenbewegung bei⁶⁾. Die Leitung blieb in Bochum. Wenig später wurde mit dem oberschlesischen „Verband gegenseitiger Hilfe“ ein Kartellverhältnis vereinbart. Die Agitation des polnischen Verbandes erstreckte sich nun über ganz Deutschland. Von den 17 Bezirken mit 211 Zahlstellen (1908)⁷⁾ lagen allein 13 Bezirke mit 146 Zahlstellen im Ruhrgebiet. Im Jahre 1909 wurde innerhalb der polnischen Berufsvereinigung die Sektion Bergarbeiter selbständig, nachdem vorher Arbeiter aller Berufe in einem Verein zusammengefaßt waren.

Dank ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Stärke wurde die Berufsvereinigung der Rückhalt der anderen polnischen Vereine und damit der ganzen national-polnischen Bewegung im Westen.

¹⁾ Aus dem Protokoll einer Konferenz der Bezirkspolizeikommissare über die polnische Bewegung vom 3. Dezember 1904. — STAD, RD, CB 1, 36, 37/4.

²⁾ Aus einem Bericht des Reg.-Präs. Arnsberg vom Mai 1905. — STAM, OPräs. 2748, 8.

³⁾ Die „Polnische Berufsvereinigung“ zählte Mitglieder:

1904: 4 465	1908: 39 000	1911: 46 995
1906: 25 000	1909: 43 000	1912: 50 903
1907: 32 000	1910: 38 387	

(Nach Schulze: S. 82 und Hue: 2. Bd., S. 737. — Die Zahlen sind unzuverlässig und werden von Bredt: a.a.O., S. 55, höher angegeben.) Über den Anteil der „Polen“ an der Gesamtbelegschaft vgl. Tabelle 13 im Anhang.

⁴⁾ Der Christliche Gewerbeverein hatte 1907 3816 „polnische“ Mitglieder, der Alte Verband 1907 8155. — Schulze: S. 82.

⁵⁾ STAD, RD, CB 1, 36, 37/4. — Durch diese Haltung näherte sich die Berufsvereinigung auch mehr dem Alten Verbands als dem Gewerbeverein. Ihr Zusammengehen in der Lohnbewegung 1910/1912 und in anderen Fragen sind Beispiele dafür.

⁶⁾ STAM, OPräs. 2748, 10.

⁷⁾ Schulze: S. 80 ff.

Die kirchlichen Vereine traten gegenüber der wirtschaftlichen und politischen Organisation in den Hintergrund. Dazu trugen die katholischen Bischöfe bei, die den Wünschen der preußischen Regierung, den polnischen Nationalismus einzudämmen, entgegenkamen¹⁾.

Nachdem sich der „Polenbund“ (Bochum) im Januar 1910 mit dem „Straz“-Verein in Posen zusammengeschlossen hatte, geriet er unter den Einfluß der national-polnischen Bewegung des Ostens. Das Ansehen Brejskis hatte durch einen Streit mit der Berufsvereinigung sehr gelitten, so daß die Posener Polenführer auch für den Westen bestimmend wurden²⁾.

Unter den politischen Organisationen der Polen waren die „Sokół“-Vereine die wichtigsten. Als Sportvereine pflegten sie einen engen Kontakt unter ihren Mitgliedern. Auf den Zusammenkünften (die Vereine umfaßten oft nicht mehr als 20 Mitglieder) konnte das nationale Gedankengut am besten wachgehalten und gefördert werden. Aus diesem Grunde galt ihnen auch die besondere Aufmerksamkeit der Behörden, die mit allen Mitteln bemüht waren, die national-polnischen Bestrebungen zu unterbinden³⁾.

Das Verbot der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen⁴⁾ durch den § 12 des Vereinsgesetzes von 1907 erschwerte die Arbeit der polnischen Organisationen, doch konnte sie dadurch nicht verhindert werden. Die Tätigkeit wurde von den Versammlungen in die Wohnungen verlegt, in denen man in kleinen Gruppen zusammenkam⁵⁾.

Die Assimilierung der Polen ist der preußischen Regierung bis zum Weltkrieg nicht gelungen, im Gegenteil, ihre Polenpolitik trug dazu bei, die Gegensätze zu

¹⁾ Die polnischen kirchlichen Vereine lehnten im Oktober 1906 das Verlangen des Bischofs von Münster ab, deutsche Geistliche als ihre Vereinsvorsitzenden anzuerkennen, weil nur ein gebürtiger Pole wirkliches Verständnis für sie haben könnte. — STAM, OPräs. 2748, 8. — Mehrfach war es vorgekommen, daß polnisch-katholische Geistliche wegen ihrer den Behörden unliebsamen Haltung von den Bischöfen verwarnt oder in eine Gemeinde ohne polnische Bevölkerung versetzt worden waren. — STAM, OPräs. 2748, 11.

²⁾ STAM, OPräs. 2748, 10. — Der Versuch Brejskis, einen „Nationalverband polnischer Arbeiter“ zu gründen, um seinen im Polenbund verlorengegangenen Einfluß wiederzugewinnen, scheiterte, da die polnische Presse sich größtenteils ablehnend verhielt.

³⁾ Als man den „Sokół“ 1905 verbot, ihre Vereinsfeste in Deutschland abzuhalten, verlegten die westdeutschen Vereine sie nach den Niederlanden, wo sie dann alljährlich stattfanden. — Bericht des Reg.-Präs. Münster vom 9. Dezember 1905 und Bericht des Polizei-Präs. Bochum vom 2. August 1909. — STAM, OPräs. 2748, 8.

Nach einem Beschluß der Leitung aller Sokółvereine vom Frühjahr 1905 wollte man in Zukunft auch öffentlich national-polnische Agitation betreiben, da die Sokols doch von den Behörden bekämpft würden und als „erste polnische Armee“ bezeichnet worden wären. — Bericht der Polizeiverwaltung Wanne über eine Polenversammlung vom 10. April 1905. — STAD, RD, CB 1, 36, 37/9.

⁴⁾ Die Polizeibehörden des Reviers hatten dieses Verbot seit Jahren verlangt, da es ihnen unmöglich sei, die polnischen Versammlungen ausreichend zu überwachen. — STAM, OPräs. 2748, 6 und 3833, STAD, RD 15910.

⁵⁾ Bredt: S. 70. — Neben der „Hausagitation“ waren lange Zeit die „stummen Versammlungen“, in denen gedruckte Reden verteilt wurden, in Übung.

verschärfen. Erst nach dem Weltkrieg änderte sich die Situation, da die Polen in den neuen polnischen Staat auswandern konnten. Ein großer Teil von ihnen zog auch in das belgisch-französische Kohlenrevier. Dadurch wurde das Polentum im Revier wesentlich geschwächt. Jedenfalls bestand seither im Ruhrgebiet keine national-polnische Frage mehr.

Kapitel 4:

Der Bergarbeiterausstand im Januar—Februar 1905

1. Die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Bergarbeiter bis zum Jahre 1905

Um den wirtschaftlich-sozialen Hintergrund deutlich zu machen, auf dem sich der große Streik abspielte, müssen die Lebensbedingungen der Bergarbeiter in den Jahren vor 1905 näher betrachtet werden. Schon im voraus ist zu sagen, daß es keine wirtschaftliche „Not“ war, die zur Arbeitsniederlegung führte, wie denn auch dieser Grund in der Agitation kaum eine Rolle spielte.

Für den Lebensstandard der Bergarbeiter war entscheidend, wie sich die Bergbauindustrie nach 1890 weiterentwickelte.

Abgesehen von konjunkturbedingten Schwankungen, stieg die Produktion weiter an. Nachdem 1893 das „Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat“, in dem sich nahezu alle Zechen des Reviers zu einer Kohlenverkaufsgemeinschaft zusammengeschlossen hatten, ins Leben getreten war, bildeten sich durch die Fusion von Zechen oder von Zechen und Hüttenwerken immer stärker wirtschaftliche Großunternehmen heraus¹⁾. Es entfielen im Durchschnitt auf jede Zeche²⁾:

im Jahre	eine Förderung (in t)	bei einer Belegschaft von
1893	232 591	882
1897	288 232	1048
1900	363 530	1384
1905	408 585	1674
1907	517 307	1955

Je größer aber eine Zeche ist, um so geringer sind die Selbstkosten bei der Produktion. Schon 1891 betrugen die durchschnittlichen Gestehungskosten bei der Produktion einer Tonne Kohle bei denjenigen Zechen des Reviers, welche im Jahre³⁾

¹⁾ Der Ausbau der Schachtanlagen veränderte die Zusammensetzung der Belegschaft. Während 1890 der Anteil der Hauer (eigentliche Kohlenarbeiter) an der Gesamtbelegschaft noch 60,7% betragen hatte, machten sie 1900 nur noch 50% der Belegschaft aus. Dagegen stieg der Anteil der anderen Arbeiter unter Tage, die mit den „Nebenarbeiten“ (Streckenausbau und Förderung) beschäftigt waren, von 18,3 auf 28,4%. — Jüngst: Festschrift, S. 14. Vgl. auch Tabelle 10 im Anhang.

²⁾ Lieferung: S. 66.

³⁾ Lieferung: S. 66.

mehr als 400 000 Tonnen förderten: 5,60 Mark,
durchschnittlich 250 000 Tonnen förderten: 7,00 Mark,
durchschnittlich 120 000 Tonnen förderten: 8,40 Mark.

Ein Vergleich beider Tabellen zeigt, daß die durchschnittlichen Produktionskosten von 1893 bis 1905 um ein Fünftel verringert wurden. Dementsprechend konnten die Bergwerksgesellschaften seit den 90er Jahren ihre Gewinne beträchtlich erhöhen¹⁾.

Die Bedeutung des Kohlensyndikats für die Bergarbeiter ist immer umstritten gewesen²⁾. Die Gewerkschaften haben es stets bekämpft, da sie in ihm nur einen Machtzuwachs der Unternehmer sahen. Doch in dieser Hinsicht hat das Syndikat kaum eine besondere Rolle gespielt, da die Zechenbesitzer schon lange fest zusammengeschlossen waren.

Die Kritik an der Syndikatspolitik fand einen Ansatzpunkt, als dem neuen Syndikatsvertrag zufolge in den Jahren 1903/04 mehrere kleinere Zechen im Ruhrtal stillgelegt wurden³⁾. Bis zum 1. Juni 1904 waren schon neun Gruben stillgelegt oder standen unmittelbar vor der Stilllegung⁴⁾, 9000 Bergleute waren gezwungen, sich anderwärts Arbeit zu suchen, die sie zwar meistens schnell fanden, doch nicht immer in der Nähe ihrer bisherigen Wohnsitze, die sie deshalb zum Teil aufgeben mußten⁵⁾.

Da die Bergleute im Ruhrtal noch am meisten eigenen Grund- und Hausbesitz hatten, fiel der Verlust der bisherigen Arbeitsplätze besonders ins Gewicht. Wenn es sich dabei auch um eine geringe Zahl von Betroffenen handelte, so schritt doch die Entwurzelung alter, bodenständiger Arbeiter weiter fort.

Andererseits kann nicht geleugnet werden, daß das Syndikat insofern für die Bergarbeiter einen Vorteil brachte, als der Ruhrbergbau von wirtschaftlichen Erschütterungen (wie noch in den 70er Jahren, als ein Achtel aller Bergleute brotlos wurde) verschont blieb und damit die Existenzunsicherheit von den Arbeitern ferngehalten wurde.

Die Bergarbeiterlöhne entwickelten sich parallel zur Konjunktur des Steinkohlenbergbaus. Im ganzen war seit 1897 eine Erhöhung festzustellen, denn auch nach der Hochkonjunktur im Jahre 1900 sanken die Löhne nicht wieder

¹⁾ Vgl. S. 13, Anm. 1.

²⁾ Vgl. Lieferung: Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat . . .

³⁾ Am 1. Januar 1903 war ein neuer Gesellschaftsvertrag in Kraft getreten, der eine wichtige Änderung brachte. Bisher hatte jede Syndikatszeche für einen neu abgeteufte Schacht eine Zusatzbeteiligung erhalten. Das hatte zur Abteufung möglichst vieler Schächte geführt. Der neue Vertrag setzte eine Gesamtbeteiligungsziffer aller Zechen fest, von der jede Zeche eine bestimmte Quote zu liefern hatte. Die großen Zechen, deren Förderleistung über ihrem Syndikatsanteil lag, versuchten sie dadurch zu erhöhen, daß sie die kleinen, nur wenig oder gar nicht rentablen Zechen im Ruhrtal aufkauften, um dadurch deren Beteiligungsquote zu erhalten. Nachdem sie diese Zechen stillgelegt hatten, konnten sie deren Syndikatsanteil auf ihren großen Werken mehr fördern. — Vgl. Wahle: Die Stilllegung von Zechen, S. 287 ff.

⁴⁾ Vgl. Tabelle 9 im Anhang.

⁵⁾ „Allgemeiner Beobachter“, Essen, vom 8. April 1904. — STAD, RD 15915.

bis zum Stande von 1890 (dem ersten Höhepunkt) herab¹⁾. Im Vergleich zu den in anderen preußischen Bergbaugebieten gezahlten Löhnen lag der des Ruhrgebietes immer am höchsten. Der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft betrug (in Mark²⁾)

Bezirk	1893		1900		1903		1907		Proz. Steigerung 1893—1907	
	Schicht	Jahr	Schicht	Jahr	Schicht	Jahr	Schicht	Jahr	Schicht	Jahr
Ruhrrevier . . .	3,14	946	4,18	1332	3,88	1205	4,87	1562	53,8	65,1
Saarrevier . . .	3,37	925	3,56	1044	3,60	1068	4,02	1185	19,3	28,1
Schlesien. . . .	2,42	661	3,12	887	2,98	832	3,48	1003	43,8	51,7

Über die Besserung des Lebensstandards bis 1902, also schon vor dem großen Aufschwung der Löhne zwischen 1903 und 1907, unterrichtet die nachstehende Tabelle über Lohn- und Lebensmittelpreise in den drei Zentren des Reviers, Bochum, Dortmund und Essen³⁾.

Jahr	Rindfleisch			Schweinefleisch			Kalbfleisch			geräuch. Speck		
	Bo- chum	Dort- mund	Essen	Bo- chum	Dort- mund	Essen	Bo- chum	Dort- mund	Essen	Bo- chum	Dort- mund	Essen
1888	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1895	118,2	107,7	105,3	107,5	117,4	88,1	119,2	123,3	113,8	114,2	113,3	100,0
1897	116,4	107,7	105,3	111,7	112,4	89,9	119,2	119,2	116,3	114,2	113,3	95,6
1900	118,2	107,7	112,8	116,7	115,7	100,6	124,2	133,3	122,0	119,4	113,3	125,0
1902	120,9	107,7	112,8	127,5	138,8	118,2	127,5	135,8	124,4	139,0	114,7	131,3

1) Vgl. die Lohntabelle im Anhang.
2) Jahrbuch des Oberbergamtsbezirks Dortmund für 1908.
3) „Glückauf“, Jg. 1903, Nr. 48, S. 1163, Tabelle; vgl. dazu die ausführliche Tabelle und graphische Darstellung über Lohn- und Lebensmittelaufwand 1886 bis 1907 bei Jüngst: Festschrift. S. 160 und 616.

Lohn und Lebensmittelaufwand im Ruhrgebiet 1886 bis 1907

Jahr	Aufwandsziffern für Lebensmittel im Durchschnitt der 4 Städte Essen, Bochum, Dortmund und Witten	Durchschnittslohn im OBA-Bezirk Dortmund
	in %	in %
1886	100,00	100,00
1890	113,35	138,21
1895	104,95	125,39
1900	109,00	172,54
1907	117,34	202,33

Jahr	Schweineschmalz			Eßkartoffeln			Schwarzbrot	Lohn Durchschn.
	Bochum	Dort- mund	Essen	Bochum	Dort- mund	Essen	Bochum Dortmund Essen	O.B.A. Dortmund
1888	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,00
1895	93,7	106,0	107,1	100,0	107,7	97,6	92,3	112,17
1897	100,6	106,0	94,3	96,3	95,9	96,5	100,0	130,71
1900	97,5	106,0	107,1	91,5	106,2	87,1	107,7	154,35
1902	103,8	106,0	121,4	87,8	92,9	89,4	100,0	131,05

Nicht zu Unrecht führt die Statistik die Fleischpreise in erster Linie an, denn die Bergarbeiter essen bevorzugt Schweinefleisch, Speck, Wurstwaren, Fisch und Gemüse, Margarine und Schmalz¹⁾.

Die zugewanderten Arbeiterfamilien aus dem Osten waren in ihrer Bedürfnisdeckung nicht anspruchsloser als die einheimischen. Jedenfalls kurze Zeit nach ihrer Ankunft war ein solcher Unterschied nicht mehr festzustellen (bis auf wenige landschaftsgebundene Gerichte war ihr Speisezettel dem der anderen Bergmannsfamilien angeglichen). Dem entspricht auch, daß sich die „Ost-deutschen“ in der äußeren Lebenshaltung sehr schnell anpaßten. Ihr Haushalt stand den westdeutschen an Ordnung und Sauberkeit nicht nach²⁾.

Die Wohnungslage hatte sich seit den 70er und 80er Jahren nicht gebessert. Im Gegenteil, der anhaltende Zustrom neuer Arbeitskräfte verschärfte die Situation auf dem Wohnungsmarkt immer mehr. Die Mietpreise gingen in die Höhe³⁾. Eine Bergarbeiterfamilie mußte 1900 durchschnittlich 12,82 % ihres Einkommens (das sind etwa 170 Mark bei 1330 Mark Jahreseinkommen) auf die Miete verwenden⁴⁾. Um 1895 kostete eine Wohnung im Revier Bochum Süd (3 Räume) 150 bis 200 Mark, in Herne (Küche und 2 kleine Räume) 120 bis 150 Mark, Dortmund Süd 120 bis 150 Mark, auf dem Lande 72 bis 180 Mark, in Dortmund West 50 bis 60 Mark je Zimmer. 1900 zahlte man in Mietskasernen in Wattenscheid sogar für 3 Räume etwa 240 Mark, oft 100 Mark für 1 Zimmer⁵⁾. In den südlicheren Revieren herrschten bessere Verhältnisse, da die Bergleute vielfach noch eigene Häuser besaßen und hier kaum neue Zechen in Betrieb genommen wurden, durch die die Einwohnerzahl beträchtlich erhöht worden wäre.

¹⁾ Pieper: S. 222 ff.

²⁾ Pieper: S. 221 f.

³⁾ Glückauf, Jg. 1905, Nr. 5, S. 136 ff.

⁴⁾ Pieper: S. 207 ff. — Die zugewanderten Arbeiter können kaum als „Lohndrücker“ bezeichnet werden; denn kurze Zeit nach ihrer Ankunft hatten sie sich dem Lebensstandard der Einheimischen angepaßt; vgl. Pieper: S. 215 ff. im Gegensatz zu Neumann: S. 111.

⁵⁾ Pieper: S. 198 ff.

Unter diesen Voraussetzungen wurde der Zechenwohnungsbau immer wichtiger. 1893 standen 10250, 1900: 26245 Zechenwohnungen, in denen 12,5 bzw. 21,1% der Bergarbeiter mit eigenem Haushalt untergebracht waren (1900 hatten 17% der Bergleute mit eigenem Haushalt eigene Wohnungen und 61,9% private Mietwohnungen¹⁾).

Revier	von der Belegschaft wohnten in Zechen- wohnungen (in %)	
	1893	1900
Recklinghausen	11,7	26,9
Dortmund I	11,6	26,7
Dortmund II	17,6	30,6
Dortmund III	12,4	28,2
Witten	3,9	6,8
Hattingen	3,4	5,2
Bochum Süd	11,9	13,8
Bochum Nord	14,7	15,2
Herne	5,2	14,0
Gelsenkirchen	24,3	23,3
Wattenscheid	8,5	8,1
Essen Ost	21,3	27,6
Essen West	17,1	27,3
Essen Süd	3,1	14,9
Werden	0,6	4,4
Oberhausen	5,4	32,4

Gerade für die Zuwanderer aus den Ostprovinzen hatten die Kolonien besonderen Wert: hier wohnten sie auf engem Raume weiterhin zusammen und konnten ihre landsmannschaftlichen Sitten und Bräuche weiter pflegen. Da sie zum großen Teil aus ländlichen Bezirken kamen, lag ihnen an einem Garten oder Stück Land, das sie selbst bebauen und auf dem sie ihr Kleinvieh halten konnten, besonders viel. Die Koloniehäuser waren fast alle damit ausgestattet. Von den Zechenwohnungen waren 71,2% in Kolonieform erbaut, 86,3% hatten Haus- oder Feldgärten, 25% kleine Vorgärten und 96% Stallung für Ziege oder Schwein²⁾.

Die Fürsorge der Zechen für ihre Arbeiter wurde also seit 1890 verstärkt. Sie zeigte sich auch darin, daß man Konsumanstalten für die Arbeiter einrichtete, in denen sie ihre Lebensmittel zu verbilligten Preisen kaufen konnten. — Es kann daher nicht geaugnet werden, daß sich der Bergbau, seitdem sich seine Verhältnisse gebessert hatten, auch zunehmend um das Wohl seiner Arbeiter bemühte.

Jedoch in einer anderen Beziehung mußte sich der verstärkte Kohlenabbau ungünstig auswirken. Die Unfälle und Krankheiten nahmen noch zu. Zwar ging

¹⁾ Glückauf, Jg. 1905, Nr. 5, S. 136 ff.

Zechenwohnungen in den einzelnen Bergrevieren. (Pieper: S. 201).

²⁾ Über die Wohnraumverteilung speziell vgl. ebenfalls Pieper: S. 207 und 210.

die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang seit 1890 prozentual zurück¹⁾, doch wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß sie im deutschen und preußischen Bergbau immer noch höher lag als in anderen bergbautreibenden Ländern²⁾.

Die Unfallziffer stieg, absolut wie prozentual, nicht zuletzt wegen der Zunahme der bergfremden Arbeitskräfte, die zum großen Teil ohne längere Ausbildung unter Tage gingen³⁾.

Die Zunahme der angemeldeten Unfälle wurde vielfach darauf zurückgeführt, daß die Arbeiter von Jahr zu Jahr besser über die Bestimmungen des Unfallgesetzes unterrichtet waren und versuchten, in jedem Fall eine Rente zu erhalten. Für die Anfangszeit mag das wohl zutreffen, aber die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle stieg dann prozentual mehr als die der angemeldeten, wodurch der Einwand entkräftet wurde⁴⁾.

Die äußere Veranlassung der Unfälle zeigt, daß sie zum größten Teil durch Stein- und Kohlenfall eintraten, nämlich 35 bis 45 %, dagegen durch Explosion

¹⁾ In den Betrieben des Oberbergamtsbezirks Dortmund verunglückten tödlich: 1870: 3,777⁰/₀₀; 1880: 4,158⁰/₀₀; 1890: 2,97⁰/₀₀; 1900: 2,459⁰/₀₀; 1905: 1,931⁰/₀₀. (Imbusch, S. 128).

²⁾ Todesfälle auf 1000 Steinkohlen-Bergleute:

Staat	1894	1896	1897	1898	1903	1904
Preußen	2,20	2,57	2,35	2,86	—	—
Deutschland	—	2,57	—	2,97	2,90	1,90
England	1,55	1,48	1,32	1,28	1,26	1,24
(ab 1903 Großbritannien und Irland)						
Frankreich	0,89	1,30	1,53	—	1,02	1,07
Belgien	1,62	1,14	1,03	1,40	1,14	0,93
Österreich und Ungarn	—	—	—	—	0,85	0,92
USA	—	—	—	—	3,11	3,35

(Hue: Mehr Bergarbeiterschutz, S. 16 und Glückauf, Jg. 1905, Nr. 32, S. 1054.)

³⁾ Der Anteil der aus den östlichen Provinzen stammenden Arbeiter an den Unfällen geht aus folgender Aufstellung hervor. Von 100 durchschnittlich jährlich beschäftigten Bergarbeitern wurden infolge Betriebsunfalles zeitweise erwerbsunfähig (Schulze: S. 72):

Jahr	bei den aus den östlichen Provinzen stammenden Reichsdeutschen	bei den sonstigen Deutschen	bei den Ausländern	überhaupt
1902	17,7	12,1	22,2	15,7
1904	19,7	15,0	26,7	17,3
1905	19,5	14,4	25,3	16,8

⁴⁾ Die Zahl der angemeldeten und der entschädigungspflichtigen Unfälle im deutschen Bergbau betrug (auf 1000 der Gesamtbelegschaft):

1890 72,49 bzw. 8,54
1900 103,48 bzw. 12,19
1905 126,45 bzw. 15,55 (Imbusch, S. 129).

nur etwa 9%¹⁾. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Frage nach der „Schuld“ an den Unfällen. Nach den Berichten der Knappschafts-Berufsgenossenschaften wurden sie herbeigeführt durch²⁾:

	1895	1905
die Gefährlichkeit des Betriebes an sich	57,78 %	68,51 %
besondere Mängel des Betriebes	0,96 %	0,90 %
Schuld der Mitarbeiter.	4,02 %	3,73 %
Schuld der Verletzten selbst	37,24 %	26,86 %

Die Tabelle bestätigt das vorhin Gesagte, die „Gefährlichkeit des Betriebes“. Das heißt aber: der schnelle Abbau und nicht die Arbeiter waren schuld daran, daß die Unfälle zunahmen.

Die Arbeit unter Tage stellt naturgemäß besondere Anforderungen an die Gesundheit. Es war daher nicht verwunderlich, daß die Erkrankungen im Bergbau zahlreicher waren als anderswo. Die deutschen Knappschaftsvereine hatten im Durchschnitt auf 100 Mitglieder zu verzeichnen³⁾:

Im Jahre	1899	1900	1901	1902	1903	1904
Krankheitsfälle	51	53	54	52	60	60

Im allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum lagen die Krankheitsziffern noch höher. Es kamen im Durchschnitt auf 100 Mitglieder (die hohen Zahlen 1903/04 sind auf die Wurmkrankheit zurückzuführen):

Im Jahre	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905
Krankheitsfälle	60,4	63,3	63,4	61,3	71,4	71,1	64,4

Dagegen entfielen auf 100 Mitglieder sämtlicher deutscher Krankenkassen:

Im Jahre.	1899	1900	1901	1902	1903	1904
Krankheitsfälle	38	39	38	36	37	39

Die Gesundheitsschädlichkeit der Grubenarbeit wurde aber besonders deutlich durch das frühzeitige Eintreten der Invalidität. Das durchschnittliche Lebensalter der in die Invalidität tretenden Bergarbeiter (in den preußischen Knappschaftsvereinen) betrug in den Jahren⁴⁾:

1865	1890	1895	1900	1901	1902	1903	1904	1905
54,2	49,6	49,1	48,9	48,1	48,2	46,6	46,7	46,2

¹⁾ Vgl. die Geschäftsberichte der Sektion 2 der Knappschafts-Berufsgenossenschaft für die Jahre 1901 (Tafel 20), 1910 bis 1914.
²⁾ Imbusch: S. 130.
³⁾ Für das folgende: Imbusch, S. 136 ff.
⁴⁾ Invalidität hieß nicht, daß der betreffende Arbeiter arbeitsunfähig wurde, sondern nur, daß seine Arbeitskraft eingeschränkt war und er nur noch bei leichter Arbeit über Tage verwendet werden konnte.

Eine besondere Rolle spielte zu Beginn des neuen Jahrhunderts die Wurmkrankheit, die wahrscheinlich durch italienische Arbeiter eingeschleppt wurde¹⁾. Sie trat in Mitteleuropa zuerst beim Bau des St.-Gotthard-Tunnels auf²⁾. Die Krankheit war vor 1903 im Revier vereinzelt festgestellt worden, doch erst damals sahen sich die Bergbehörden zu intensiverer Bekämpfung veranlaßt. Die angestellten ärztlichen Untersuchungen ergaben, daß der Wurm weit verbreitet war³⁾.

Die mit dem Wurm behafteten Bergleute mußten sich einer Kur unterziehen, die etwa 8 Tage dauerte und meistens mehrmals wiederholt werden mußte, da sie nicht gleich Erfolg hatte⁴⁾. Dadurch trat ein Lohnausfall ein, der „leicht“ zu einer „wirtschaftlichen Notlage“ der betroffenen Familien führen konnte, denn die Knappschaftsentschädigung war gering (und für die ersten drei Tage jeder Kur, d. h. krankfeiern, wurde kein Krankengeld gezahlt). Das Oberbergamt gab zu, daß die Erregung unter den Arbeitern verständlich sei. Sie legte sich erst, als viele Zechen sich bereit erklärten, den betroffenen Arbeitern den Lohnausfall (Differenz zwischen Krankengeld und ortsüblichem Tageslohn) zu ersetzen⁵⁾.

In Unternehmerkreisen sah man die Ursache für die große Verbreitung der Krankheit im starken Belegschaftswechsel⁶⁾, dagegen glaubte man nicht an die Übertragung durch die zugewanderten Ausländer⁷⁾. Diese Ansicht war vom eigenen Interesse mitbestimmt; denn der Belegschaftswechsel mußte sich auf die Produktion ungünstig auswirken. Dagegen schuf man sich in den ausländischen

¹⁾ Neumann (S. 112) nimmt an, daß die Krankheit durch wallonische Arbeiter eingeschleppt wurde.

²⁾ Da die Larven bei Dunkelheit und Wärme leben, war der Untertagebau besonders gefährdet. Die Larve dringt neben dem natürlichen Wege (durch den Mund) auch durch die Haut ins Blut, von dem sie lebt. Es tritt daher oft Blutarmut und in der Folge Herzschwäche ein.

³⁾ Infolge der Wurmkrankheit wurden vorübergehend erwerbsunfähig (Schulze, S. 75):

Jahr	insgesamt		Reichsdeutsche aus dem Osten		Sonstige Reichsdeutsche		Ausländer	
	überhaupt	in %	überhaupt	in %	überhaupt	in %	überhaupt	in %
1901	1 029	0,41						
1902	1 872	0,76						
1903	29 374	11,28	12 562	15,2	14 656		2 156	13,5
1904	13 861	5,04	5 849	6,6	6 864		1 148	6,5
1905	5 024	1,86	2 252	2,4	2 438		361	2,0

⁴⁾ Da die Kur sehr anstrengend war und bekannt wurde, daß im Kreise Essen ein Bergmann nach wiederholter Behandlung erblindet war, war die Abneigung der Bergleute verständlich. — Bericht des Bez.-Pol.-Komm. Essen vom 12. Februar 1904. — STAD, RD 15915.

⁵⁾ Bericht d. O.B.A. Dortmund vom 3. August 1903. — STAM, OPräs. 2847, 8.

⁶⁾ Vgl. die Tabelle auf S. 24.

⁷⁾ Vorstandssitzung des Bergbaulichen Vereins vom 20. Juni 1903. — Glückauf, Jg. 1903, Nr. 27, S. 631 f.

Arbeitskräften eine Reservearmee, die den Gewerkschaften fernblieb. — Man wird jedoch in beidem eine Ursache der raschen Ausbreitung der Krankheit sehen dürfen.

2. Der Streik

a) Ursachen und Vorgeschichte

Noch weniger als 1889 wird 1905 davon die Rede sein können, daß es eine augenblickliche, allgemeine wirtschaftliche Notlage war, die die Bergarbeiter in den Ausstand trieb. Dagegen spricht schon, daß der Streik wiederum zu einem Zeitpunkt ausbrach, als die Löhne anstiegen.

Vielmehr waren es schwerwiegendere Umstände, die die Bergleute erregten; zu ihnen brauchte dann nur noch ein geringfügiger Anlaß hinzuzukommen, um einen allgemeinen Streik auszulösen.

Die Wurmkrankheit beunruhigte die Arbeiter stark, da jeder befürchten mußte, von ihr befallen zu werden. Die Mißstimmung wandte sich gegen die Unternehmer, als diese nicht bereit waren, den unverschuldeten Lohnausfall völlig zu ersetzen.

Die Bergarbeiterorganisationen, besonders der Alte Verband, nutzten die Situation aus. Sie traten dafür ein, daß den krankfeiernden Arbeitern die Differenz zwischen Krankengeld und Tageslohn von den Zechen gezahlt wurde. So gewannen sie sich neue Anhänger¹⁾.

Zur gleichen Zeit als die Wurmkrankheit ihren Höhepunkt erreichte, begannen die Zechenstillegungen an der Ruhr. Wenn auch die Zahl derjenigen, die davon betroffen wurden, verhältnismäßig gering war, so darf die Wirkung auf die Arbeiter nicht unterschätzt werden. Sie empfanden den plötzlichen Verlust ihrer Arbeitsstätten als einen mutwilligen Eingriff in ihren Lebensbereich, denn daß die Stillegungen aus Rentabilitätsgründen erfolgten, wurde ihnen von den Organisationen schnell klagemacht. Da nicht nur die Bergleute betroffen wurden, sondern die gesamte Bevölkerung der Gemeinden, in denen die Zechen lagen, ergriff die „breite“ Öffentlichkeit die Partei der Arbeiter.

In Resolutionen forderten die Versammlungen des Alten Verbandes, daß die Regierung eingriffe. Man verlangte, der Bergbau solle verstaatlicht werden, da kein anderes Mittel wirksam genug sei, die Arbeiter zu schützen²⁾. Interpellationen im Reichstag und Landtag blieben vorerst ergebnislos. (Erst später wurde durch die Gesetzgebung die Stillegung eingeschränkt.)

Die Beunruhigung unter den Bergarbeitern hielt bis zum Streik an. Die Gewerkschaften taten alles, um die Bewegung in Gang zu halten. Einen Streik wollten sie allerdings vermeiden, doch versprachen sie sich einen weiteren Zulauf,

¹⁾ Bericht d. O.B.A. Dortmund vom 25. September 1903. — STAD, RD 15915.

²⁾ Hue: 2. Bd., S. 580.

wenn die speziellen und die allgemeinen „Mißstände“ in Versammlungen zur Sprache gebracht wurden¹⁾).

Daß die Beschwerden nicht unbegründet waren, geht aus einem Bericht des Bezirkspolizeikommissars Essen vom 13. Juni 1904 hervor, in dem von einer „Gewitterschwüle“ die Rede ist, die wie nie in den letzten Jahren über dem ganzen Revier schwebte. Den Ausbruch eines Streiks prophezeite er für den Herbst. Als Gründe für die Unruhe führte der Kommissar an²⁾:

1. Lohnfrage. Der Bergbau sei am wenigsten von der Krise nach der Jahrhundertwende betroffen worden. Nach ihrem Ende hätten die Arbeiter gehofft, daß ihre Löhne, die damals gesenkt worden seien, wieder aufgebessert würden. Das sei aber nur in geringstem Umfange geschehen. 2. Die Zechenbeamten setzten die Gedinge meistens fest, ohne auf Einwendungen der Arbeiter Rücksicht zu nehmen. 3. Das wieder „sehr modische“ Nullen. 4. Die Behandlung der Arbeiter durch die niederen Beamten. — Dieser letzte Punkt wurde vom Polizeikommissar als der wichtigste angesehen. Nur auf wenigen Zechen sei das Verhältnis zwischen Arbeitern und Beamten gut. Beiderseitige Gereiztheit könne leicht zum Anlaß werden, an dem sich der Streik entzünde. Auf die vielberufene Disziplin der Verbände sei dann kein Verlaß mehr.

In allen Berichten wurden dieselben Klagen der Bergleute erwähnt³⁾, doch glaubte man an keine unmittelbare Streikgefahr.

Gerade die beiden letzten Beschwerden sind besonders bedeutsam. Durch das Wagnis verloren die Arbeiter einen Teil ihres mühsam verdienten Lohnes, ohne daß sie die Möglichkeit hatten, dagegen etwas zu unternehmen. Es ließ sich nicht verhindern, daß die Kohlen manchmal mit Gestein vermenget waren oder ein Wagen auf dem langen Weg vom Arbeitsort bis über Tage einen Teil seiner Ladung verlor. Die Arbeiter verbitterte dabei besonders, daß man ihnen unterstellte, sie hätten die Wagen absichtlich ungenügend beladen. — Das schlechte Verhältnis zwischen Arbeitern und Zechenbeamten unter Tage ist im Bergbau sprichwörtlich und auch heute noch nicht beseitigt.

Doch alle diese „Mißstände“ hätten nicht ausgereicht, einen Ausstand hervorzurufen. Die Streikgefahr wurde erst ernstlich heraufbeschworen, als auf einigen Zechen versucht wurde, die Schichtzeit zu verlängern; denn dadurch wurden die Arbeiter in dem empfindlichsten Punkte getroffen.

1889 war zwischen Arbeitern und Unternehmern vereinbart worden, daß die normale Schicht 8 Stunden und die Ein- und Ausfahrt jeweils nicht länger als eine halbe Stunde dauern sollten. Seit dieser Abmachung hatten sich aber die

¹⁾ Die Arbeiterpresse tat das ihre, um die Arbeiter für die Organisation zu gewinnen. Die „Deutsche Bergarbeiterzeitung“ vom 17. Juli 1904 schrieb: Schuld daran, daß die Arbeiter so wenig an den Kulturgütern beteiligt würden, sei allein ihre Schwäche. Nur eine feste Vereinigung könne dem abhelfen. — STAD, RD, 15916.

²⁾ STAD, RD 15916.

³⁾ STAD, RD 15916.

Verhältnisse im Bergbau vielfach verändert. Die Zechen waren größer geworden und damit ihre Arbeiterzahl, die Schächte tiefer und die Wege vom Schacht bis vor Ort länger, daß heißt viele Zechen kamen mit der An- und Abfahrtszeit von zusammen einer Stunde nicht mehr aus. Da aber die Werksbesitzer auf einer achtstündigen Arbeitszeit vor Ort bestanden, mußte zwangsläufig die „Seilfahrt“ verlängert werden. — Vielerorts war das schon ohne große Schwierigkeiten geschehen. Als 1903/04 mehrere Zechen versuchten, ebenfalls die Seilfahrt zu verlängern, ohne, wie gesetzlich vorgeschrieben war, die Belegschaft vorher zu befragen, kam es zu Arbeitseinstellungen. Sie wurden aber meistens schnell beigelegt, da die Zechenverwaltungen nachgaben¹⁾.

Nicht so schnell erledigten sich die Vorgänge auf der Zeche Oberhausen (genannt Königsberg). Nachdem die Verlängerung der Seilfahrt bekanntgegeben war, herrschte unter der Belegschaft große Entrüstung. Dazu trugen die Vertreter der Verbände bei, obgleich sie auf einer Belegschaftsversammlung zur Ruhe und Besonnenheit rieten; denn ohne ihre Unterstützung wäre die Erregung wahrscheinlich im Sande verlaufen²⁾. Doch mit Hilfe der Gewerkschaften konnte die Belegschaft versuchen, ihr Recht zu verteidigen. Die Belegschaftsvertreter verhandelten mit der Zechenverwaltung, die behauptete, die Maßnahmen (Seilfahrtsverlängerung) lägen im Rahmen der bisherigen Achtstundenschicht. Die Schuld an der Unruhe hätten allein die Gewerkschaften, denen es darauf ankäme, Unfrieden zu stiften. Daraufhin trat ein Teil der Belegschaft in den Ausstand. Als die Verwaltung nach der Vermittlung des Oberbergamtes bekanntgab, daß vorläufig die alte Seilfahrtsordnung beibehalten würde, wurde die Arbeit wiederaufgenommen³⁾.

Die Arbeiterpresse behandelte im Zusammenhang mit diesem Vorfall immer wieder die achtstündige Schicht. Der Ton der Zeitungen war bewußt aggressiv. Man spürt die Absicht, daß die Erregung der Bergleute durch solche Artikel wachgehalten werden sollte⁴⁾. Gegen Ende des Jahres 1904 nahm die Spannung zu. Im Gegensatz zur Presse mahnten die Verbandsführer zur Besonnenheit. In bürgerlichen Blättern wurde das mehrfach festgestellt: Nur den Führern sei es zu verdanken, wenn ein Streik bisher vermieden worden sei⁵⁾. Am klarsten wurde die damalige Situation wieder vom Bezirkspolizeikommissar Essen erkannt. Er sah im Vorgehen der Unternehmer System. Die Zechenbesitzer wüßten genau, daß eine für alle Zechen erlassene Seilfahrtsverlängerung zum Ausstand führen müßte, weshalb sie einzeln voringen. Die den Bergbehörden daraus erwachsenden Schwierigkeiten ließe die „Herren Magnaten vollständig kalt“. Die Erregung

¹⁾ STAM, OPräs. 2847, 8.

²⁾ Vgl. die Versammlungsberichte, STAD, RD 15924.

³⁾ „Der Bergknappe“ vom 13. Februar 1904. — STAD, RD 15924.

⁴⁾ Artikel der „Deutschen Bergarbeiterzeitung“, der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ u. a. — STAM, OPräs. 2849, 1 und STAD, RD 15924.

⁵⁾ „Münsterischer Anzeiger“ vom 13. Dezember 1904 u. a. Zeitungen. — STAM, OPräs. 2849, 1.

der Arbeiter, die ständig zunehme, bestünde zu Recht, denn sie wollten nur den bisherigen Zustand erhalten wissen. Der Alte Verband ginge in seinem Bestreben, Unzufriedenheit zu schüren und dadurch Mitglieder zu werben, systematisch vor¹⁾). Zunächst würde eine Versammlung einberufen, auf der ein Berufssagitator den Arbeitern vorrechne, wie schlecht ihre allgemeinen Verhältnisse im Vergleich zum Gewinn der Unternehmer seien. Alsdann klage ein Bergmann aus der Mitte der Versammlung über die Mißstände auf seiner Zeche, womit er allgemeine Zustimmung fände, so daß gleich eine Resolution gefaßt und eine Kommission gewählt werden könnte, um bei der Verwaltung vorstellig zu werden. Die Gewerkschaftsführer würden dann von den Arbeitern bestürmt, doch endlich den Streik zu beginnen. Sie lehnten das ab mit der Begründung, vorerst müsse die Organisation gestärkt werden. Auch seien die Voraussetzungen für einen Ausstand zur Zeit ungünstig. Jetzt hörten die Arbeiter noch auf ihre Führer, meinte der Kommissar, doch sei den Zechen dringend zu raten, allen Konfliktstoff zu vermeiden, da sonst keine Gewähr bestehe, daß nicht doch ein Streik ausbreche²⁾).

b) Der Streikverlauf

Der allgemeine Ausstand entzündete sich an den Differenzen, die zwischen Verwaltung und Belegschaft der Zeche „Bruchstraße“ zu Langendreer bei Bochum (Besitzer Hugo Stinnes) wegen der Seilfahrtsverlängerung entstanden.

Durch Anschlag wurde diese Mitte Dezember bekanntgegeben. Die Anordnung verstieß gegen Paragraph 80 f des Berggesetzes, wonach eine Änderung der Arbeitsordnung nicht erfolgen durfte, ohne die großjährigen Arbeiter vorher angehört zu haben.

Als die Belegschaft deshalb für 2 Tage die Arbeit niederlegte, veranlaßte das Oberbergamt die Zechenleitung, den Anschlag zurückzunehmen.

Fast gleichzeitig traf die Zeche „Westende“ (bei Oberhausen) die gleiche Anordnung, die aber zurückgezogen wurde, als die Belegschaft protestierte³⁾).

Auf „Bruchstraße“ erschien am 22. Dezember ein neuer Anschlag, der formell die gesetzlichen Vorschriften beachtete. Es hieß darin, daß ein Nachtrag zur Arbeitsordnung die Seilfahrt neu regeln sollte, so daß die Ein- und Ausfahrt jeweils eine Stunde dauern würde. Die großjährigen Arbeiter sollten ihre Stellungnahme bis zum 28. mündlich oder schriftlich beim Betriebsführer abgeben. Die Änderung trete absichtlich erst am 1. Februar 1905 in Kraft⁴⁾), um Arbeitern, die damit nicht einverstanden seien, Gelegenheit zu geben, sich andernorts nach Arbeit umzusehen⁴⁾).

¹⁾ Dank seiner überaus regen Agitation soll der Alte Verband in den Jahren 1903/1904 etwa 20000 neue Mitglieder gewonnen haben. — Bericht d. Bez.-Pol.-Komm. Düsseldorf vom 2. April 1904. — STAD, RD, 15924.

²⁾ Bericht d. Pol.-Komm. Essen vom 21. Dezember 1904. — STAD, RD 15924.

³⁾ Bez.-Pol.-Komm. Düsseldorf vom 23. Dezember 1904. — STAD, RD 15924.

⁴⁾ Nicht ab 1. Januar 1905, wie Neumann (S. 114) schreibt.

⁵⁾ STAD, RD 15924.

Die Form des Anschlages gab zu erkennen, daß Stinnes nicht bereit war, sich auf eine Diskussion über die Änderung einzulassen. Er bekundete ganz klar: wer nicht mitmachen wollte, würde abgelegt und müßte sich an anderer Stelle Arbeit suchen.

So blieb auch der Protest der Belegschaft erfolglos¹⁾.

Die Situation verschärfte sich, als der Betriebsführer sich weigerte, mehr Deputatkohlen als gewöhnlich auszugeben. Die Arbeiter wünschten plötzlich statt 25 Wagen täglich 40 Wagen zu erhalten. Die Verwaltung sah darin ein Rüsten zum Streik und lehnte ab²⁾. Als der Betriebsführer nach Verhandlungen mit einer Arbeiterdelegation die Kohlen in der gewünschten Menge doch zusagte, die schriftliche Bestätigung aber als ungewöhnlich ablehnte, trat die Belegschaft am 6. Januar 1905 in den Ausstand.

Das Oberbergamt beschied die Arbeiter dahin, daß die Zeche im Recht sei, da die Seilfahrtsänderung in gesetzlicher Form angekündigt worden sei.

Die Organisationsführer rieten der Belegschaft, das Einigungsamt (Berggewerbegericht) anzurufen. Stinnes aber lehnte es ab, vor dem Gericht zu erscheinen, da es in dieser Frage nicht allein um die Interessen seiner Zeche, sondern um die des ganzen Bergbaues ginge.

Die Bergarbeiterorganisationen setzten nun alles daran, den Streik auf „Bruchstraße“ zu lokalisieren³⁾.

Durch die gemeinsame Unterstützung der Belegschaft von „Bruchstraße“ wurden die Verbände zur Zusammenarbeit veranlaßt. Am 9. Januar trafen sich die Leiter der vier Gewerkschaften (Alter Verband, Christlicher Gewerkverein, Gewerkverein Hirsch-Duncker und die polnische Berufsvereinigung). In einem gemeinsamen Aufruf warnten sie die Arbeiter dringend davor, in den Ausstand zu treten. Ein allgemeiner Streik sei im Augenblick sinnlos und komme den Arbeitgebern nur gelegen. Man wolle in Petitionen an die Regierung und die Parlamente die Forderungen der Arbeiter vorbringen⁴⁾. Trotz dieser eindringlichen Mahnungen traten schon am 9. Januar und in den folgenden Tagen weitere Belegschaften in den Ausstand⁵⁾. Untergeordnete Führer des Alten Verbandes trieben — entgegen dem Beschluß des Vorstandes — zum Streik⁶⁾.

¹⁾ Bericht d. Bez.-Pol.-Komm. Bochum vom 28. Dezember 1904. — STAD, RD 15924.

²⁾ Brust, bis 1904 Vorsitzender des Christlichen Gewerkvereins, schrieb dazu, daß die erhöhte Lieferung von Deputatkohle ungewöhnlich gewesen sei und von der Zeche mit Recht als ein Rüsten zum Streik angesehen werden konnte. Zur Seilfahrtsverlängerung meinte er, daß die gewöhnliche Dauer damals meistens zweimal eine Stunde betragen hätte, dagegen auf „Bruchstraße“ noch weniger. Erst durch die neue Anordnung sei man dahin gekommen. — Brust: S. 485 ff.

³⁾ Der Regierungspräsident Düsseldorf glaubte am 6. Januar noch nicht an einen allgemeinen Streik. Allerdings sah er den Ereignissen auf „Bruchstraße“ mit Besorgnis zu. — STAD, RD 15924.

⁴⁾ STAM, OPräs. 2849 a.

⁵⁾ Entgegen der Zurückhaltung der Verbände schürte die sozialdemokratische Presse die Streiklust. — STAM, OPräs. 2849 a.

⁶⁾ Äußerung Hues, zit. bei Effert: Zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung . . ., S. 10 ff.

Die Vorstände der Organisationen standen dieser Entwicklung machtlos gegenüber. Als sie erkannten, daß ihnen durch ihr Zögern leicht die Kontrolle über die Bewegung entgleiten könnte, beschlossen sie, energischer vorzugehen¹⁾.

Am 12. Januar tagte in Essen die von den vier Gewerkschaften einberufene Revierkonferenz der Bergarbeiterdelegierten, die mehrere Resolutionen faßte²⁾.

Das disziplinwidrige Verhalten vieler Belegschaften wurde verurteilt. Am 13. Januar sollten dem Bergbaulichen Verein die Forderungen der Arbeiter übergeben werden. Bis dahin dürfte keine Belegschaft neu in den Streik treten. Die schon streikenden Bergleute sollten im Ausstand bleiben, doch dürften auch keine weiteren Versammlungen stattfinden. Eine siebenköpfige Kommission, bestehend aus Vertretern der vier Verbände, wurde gewählt, um die Verhandlungen zu führen. Die Behörden wurden gebeten, zwischen den Parteien zu vermitteln.

Die Forderungen an den Bergbaulichen Verein lauteten:

1. Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt. Sechstundenschicht vor nassen und heißen Orten mit über 28 Grad Celsius.

2. Sonntags- und Überschichten sollten nur zur Rettung von Menschenleben bei außerordentlichen Betriebsstörungen und bei Schachtreparaturen zulässig sein.

3. Das Wagennutzen sollte sofort beseitigt und die Kohlen, die sich im Wagen befanden, bezahlt werden, auch wenn sie mit „Bergen“ (Erde und Gestein) vermengt waren. Bezahlung der Kohlen unter Umständen nach Gewicht (wie in England). Alle Wagen sollten geeicht sein.

4. In geheimer Wahl sollte jährlich aus der Belegschaft ein Wagenkontrollleur gewählt werden.

5. Festsetzung eines Minimallohnes für alle Arbeiterkategorien.

6. Errichtung eines Arbeiterausschusses zur Vorbringung und Regelung

a) aller Beschwerden und Mißstände;

b) aller Lohndifferenzen;

c) zur Mitverwaltung der Unterstützungskassen, deren Abrechnung jährlich bekanntzugeben seien. Wenn die Zechen keine Beiträge gäben, das heißt die Kassen allein aus den Strafgebern der Arbeiter gespeist würden, sollten sie kein Verwaltungsrecht, andernfalls nie mehr als die Hälfte der Sitze haben, selbst wenn sie mehr Beiträge zahlten.

7. Einführung von Grubenkontrollleuren, die alle 2 Jahre von der Belegschaft gewählt und von der Zeche bezahlt würden. Die Gewählten hätten mindestens 1 Jahr der Belegschaft anzugehören.

¹⁾ Versammlungsbericht. — STAM, OPräs. 2849 a.

²⁾ Effert: a.a.O., S. 15 ff.

8. Reform des Knappschaftswesens nach dem Programm der Organisationen.
9. Gute Deputatkohlen an alle Verheirateten, Invaliden, Witwen und Unverheirateten mit Angehörigen zum Selbstkostenpreis (mindestens ein Wagen monatlich).
10. Beseitigung der vielen und harten Strafen.
11. Monatliche (statt 14tägige) Kündigung in den Zechenkolonien.
12. Humane Behandlung. Bestrafung und Entlassung aller Beamten, die Arbeiter mißhandelten oder beschimpften.
13. Keine Maßregelungen, keine Abzüge und Strafen, insbesondere keine Kündigung der Arbeiter in den Wohnkolonien als Folge des jetzigen Streiks.
14. Anerkennung der Arbeiterorganisationen.

In der Liste erschienen alle Forderungen wieder, die im Laufe der vorangegangenen 20 Jahre gestellt und nicht erfüllt worden waren. Sie wurden jetzt erneut hervorgeholt, obgleich man sich darüber im klaren sein mußte, daß sie nicht bewilligt werden würden. Der Bergbauliche Verein schrieb dann auch in seiner Antwort, daß die Forderungen mit dem eigentlichen Geschehen auf „Bruchstraße“ nichts zu tun hätten, sondern erst nachträglich „zusammengesucht“ worden seien¹⁾.

Darauf kam es aber nicht an. Die Ereignisse auf „Bruchstraße“ gaben nur den Anstoß, der den Streik auslöste. Die vielen Forderungen waren fast alle wohlbegründet, wenn sie auch nicht einzeln zur Arbeitsniederlegung ausgereicht hätten. Da die Bergleute jetzt aber um ihr „Recht“ kämpften, wollten sie gleich alle „Mängel“ beseitigt wissen.

Am 15. Januar befaßte sich der Vorstand des Bergbaulichen Vereins mit der Eingabe der Arbeiter und erteilte dann eine abschlägige Antwort, da „Vereinbarungen die Arbeitsordnung betreffend nur Sache der einzelnen Zechenverwaltungen und des einzelnen Arbeiters“ seien. Die Annahme der Forderungen würde „den Ruin des rheinisch-westfälischen Bergbaus und der für diesen so unerläßlichen Disziplin“ bedeuten²⁾. Mit der Siebener-Kommission zu verhandeln, lehnte man ab, da sie nicht die wirkliche Vertretung aller Arbeiter sei und der bisherige Streikverlauf gezeigt habe, daß sie keine Autorität besäße, zumal auch nach dem Aufruf vom 12. Januar weitere Belegschaften in den Ausstand getreten seien³⁾. Über zu Recht bestehende Klagen solle eine Untersuchungskommission der Regierung entscheiden, um die der Bergbauliche Verein gebeten habe⁴⁾.

¹⁾ Vgl. Imbusch: S. 582 ff.

²⁾ Effert: S. 21 ff.

³⁾ „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 25. Januar 1905. — STAM, OPräs. 2849 a.

⁴⁾ Am 14. Januar hatte eine Sitzung des Vorstandes des Bergbaulichen Vereins mit Regierungsvertretern stattgefunden, auf der dieser Standpunkt vertreten wurde. — Engel: S. 32 ff.

Als die Antwort des Bergbaulichen Vereins am 16. Januar auf der Revierkonferenz bekanntgegeben wurde, beschlossen die Delegierten den Generalstreik. An diesem Tage standen schon 90 000 Arbeiter im Ausstand. Bis zum 19. stieg die Zahl auf über 200 000¹⁾.

Wie aus allen Berichten hervorgeht, verlief der Streik im Januar ohne besondere Ereignisse. Trotzdem drängten die Zechenverwaltungen darauf, daß Militär zum Schutze der Arbeitswilligen herbeigerufen würde²⁾. Bei den Behörden gingen laufend Beschwerden des Bergbaulichen Vereins und einzelner Zechen über Mißhandlungen und mangelnden Schutz der Arbeitswilligen ein. Vielfach ergaben die polizeilichen Nachforschungen, daß die Angaben unwahr oder künstlich aufgebläht waren³⁾. Bei diesen Meldungen verfolgten die Zechen ein taktisches Ziel: wenn Militär herbeigerufen worden wäre, hätten die Bergleute darin eine Parteinahme der Regierung erblicken müssen (wie 1889). Den Grubenbesitzern aber wäre der Rücken gesteißt worden⁴⁾.

Seit Beginn des Ausstandes war das Oberbergamt bestrebt, zwischen den Parteien zu vermitteln. Doch der Bergbauliche Verein lehnte es ab, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Er drang aber um so mehr auf eine amtliche Untersuchung.

Die Öffentlichkeit ergriff zum großen Teil die Partei der Arbeiter⁵⁾. In der Presse⁶⁾ fand die starre, zu keinem Kompromiß bereite Haltung der Arbeitgeber scharfe Ablehnung⁷⁾.

Im Reichstag wurde die Lage im Ruhrrevier ausführlich besprochen. Redner verschiedener Parteien forderten eine reichsgesetzliche Regelung des Bergbau s.

¹⁾ Über die Zahl der Ausständigen vgl. Tabelle 8, 8a und 8b im Anhang.

²⁾ Für die Heranziehung von Militär waren Pläne ausgearbeitet worden. Doch da größere Unruhen nicht vorkamen, wurden sie nicht ausgeführt. — STAD, RD 15929.

³⁾ STAM, OPräs. 2849.

⁴⁾ Bericht des Regierungspräsidenten Münster an den Minister des Innern vom Januar 1905. — STAD, RD 15927.

⁵⁾ Schon 1903 gelang es der Agitation der Verbände, die öffentliche Meinung gegen das Nullen zu gewinnen. 1904 geschah dasselbe anlässlich der Zechenstillegungen. Ganz besonders aber wurde die Öffentlichkeit wachgerufen, als sich der Bergbauliche Verein gegen den Ankauf der Hibernia-A.G. durch den Fiskus wandte. Vgl. Engel: Der Bergarbeiterausstand ..., Sonderdruck des „Glückauf“, Jg. 1905, Nr. 8, ebenso H. Lindemann: Wen trifft die Schuld?, Essen 1905. Die Parteinahme zeigte sich am klarsten in den Spenden, die aus allen Kreisen der Bevölkerung bei der Streikleitung und den Verbänden eingingen.

⁶⁾ Neben der sozialdemokratischen und der Zentrumspreste fanden auch Zeitungen der Rechtsparteien scharfe Worte gegen die unnachgiebige Haltung der Zechenbesitzer. — STAM, OPräs. 2849 a.

⁷⁾ Besonders heftig wandte sich die „Frankfurter Zeitung“ während des Streiks gegen den „Herrenstandpunkt“ der Werksbesitzer, durch den der „Klassenkampf von oben“ erzeugt würde. — STAM, OPräs. 2849 a.

Der Kontraktbruch der Bergleute wurde scharf kritisiert, doch mehr noch die Haltung der Bergbautreibenden¹⁾).

Im Preußischen Abgeordnetenhaus erklärte der Minister für Handel und Gewerbe, von Möller, auf eine Anfrage, daß die königliche Staatsregierung seit längerem mit der Ausarbeitung einer Novelle zum Berggesetz beschäftigt sei.

Am 27. Januar wurde in Berlin bekanntgegeben, die Regierung beabsichtige, außer den schon angekündigten Gesetzentwürfen betreffend die Abänderung der §§ 65 und 156 ff. des Berggesetzes (Stillegung von Zechen und Neuregelung des Knappschaftswesens) dem Landtag in Kürze den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, das den Teil des Berggesetzes abändern sollte, der die Bergarbeiter betraf. Die Änderungen sollten sich namentlich auf folgende Gegenstände erstrecken:

1. Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit beim Steinkohlenbergbau einschließlich der Seilfahrt, soweit dies durch sanitäre Rücksichten geboten sei.

2. Gesetzliche Regelung des Überschichtenwesens (und Nebenschichten).

3. Obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen, welche insbesondere auch bei der Verwaltung derjenigen Zechenunterstützungskassen mitzuwirken hätten, in welche Arbeiterbeiträge oder Strafgeelder flössen²⁾).

4. Verbot des Nullens.

5. Abgrenzung der Höhe von Strafen für einen bestimmten Zeitraum.

Minister von Möller erklärte dazu am 30. Januar im Abgeordnetenhaus, durch die Novelle würden wesentliche Punkte der Beschwerden der Bergarbeiter gesetzlich geregelt, da sich herausgestellt habe, daß im Verhandlungswege mit den Arbeitgebern nichts zu erreichen sei. Die Beschwerden seien alle nicht neu, im wesentlichen habe man sie schon 1889 erörtert³⁾).

Unter den Bergleuten wurde die Gesetzesankündigung freudig aufgenommen. Auch die Gewerkschaftspresse erkannte den guten Willen der Regierung an, wenn sie auch nicht allen Arbeiterwünschen entgegenkäme⁴⁾. Die Kampf-

¹⁾ Staatssekretär Graf Posadowsky lobte im Reichstag die Haltung der streikenden Arbeiter, ihre Ruhe und Besonnenheit. Die Ausschreitungen gegen Arbeitswillige seien Vorkommnisse, wie sie sich beim Zusammenleben größerer Arbeitermassen täglich ereignen könnten. — Aus den Mitteilungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände vom 3. Februar 1905. — STAD, RD 15925.

²⁾ Der Plan zur Einrichtung von Arbeiterausschüssen bestand schon nach dem Streik 1889 in Regierungskreisen, wurde dann aber für den Privatbergbau fallengelassen. — STAM, OPräs. 2829, 2. — Auf den Staatszechen des Saarreviers wurden sie 1892 eingeführt.

³⁾ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten. 20. Legislatur-Periode, 1. Session 1904/1905, 6. Bd., Spalte 9178 f.

⁴⁾ Wie die Arbeitgeber über die Vorlage der Regierung und deren Haltung im allgemeinen dachten, geht aus einem Bericht des „Berliner Tageblattes“, abgedruckt in der „Volkswacht“ vom 11. Februar 1905, hervor. Anlässlich des Besuches des Ministers des Innern im Revier kam es zwischen ihm und Kirdorf (Vorstandsmitglied des Bergbaulichen Vereins) zu einer heftigen Auseinandersetzung. Kirdorf warf der Regierung eine „schlappe Haltung“ und „Rückgratlosigkeit“ in der Streikfrage vor. Als er die Vorwürfe trotz Klarstellung durch den Minister mehrmals wiederholte, brach dieser das Gespräch kurzerhand ab. Der Minister gab allerdings in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ein Dementi, wonach Kirdorf nicht der Regierung oder ihm die Vorhaltungen gemacht haben sollte, sondern einer bestimmten, ihm nicht unterstellten Behörde. — STAM, OPräs. 2849 a.

stimmung der Arbeiter litt natürlicherweise unter dem Regierungsversprechen. Hinzu kam, daß die geringe Streikunterstützung, die die Organisationen zu zahlen in der Lage waren, obschon aus allen Bevölkerungskreisen Spenden einliefen, viele Arbeiter enttäuschte. Entbehrungen machten sich langsam bemerkbar. Die Kaufleute waren nicht mehr so uneingeschränkt wie in den ersten Streiktagen bereit, Kredit zu gewähren.

Seit Anfang Februar sprach man in den Versammlungen davon, die Arbeit wiederaufzunehmen, falls die Regierung ihr Versprechen halten würde und die Zechen keine Maßregelungen vornähmen.

Als die Zahl der Arbeitswilligen täglich anstieg, wurden sich die Führer darüber klar, daß sie binnen kurzem dazu auffordern mußten, die Arbeit wiederaufzunehmen, wenn ihnen die Bewegung nicht entgleiten sollte¹⁾. Am 2. Februar wiesen Vertreter der Verbände auf einer Versammlung der Bergarbeiter in Bochum darauf hin, daß es trotz der Spenden unmöglich sei, die Masse der Streikenden ausreichend zu unterstützen²⁾.

In Erwartung der geplanten Gesetzesvorlage, die mehrere Arbeiterforderungen erfüllen sollte, beschloß die Siebenerkommission, den Bergbaulichen Verein noch einmal anzugehen, um mit ihm über fünf nicht näher bezeichnete Punkte zu verhandeln. Die Antwort lautete wieder ablehnend: Da die Siebenerkommission nicht als rechtliche Vertretung der Belegschaft anerkannt werden könne, sei es sinnlos zu verhandeln. Die bisherigen Untersuchungen auf den Zechen hätten erwiesen, daß der Ausstand ohne ersichtlichen Grund ausgebrochen sei und die Behauptungen über allgemeine Mißstände nicht der Wahrheit entsprächen. Der Bergbauliche Verein vertraue darauf, daß die „durch maßlose Agitation in den Ausstand getriebenen Belegschaften des von ihnen begangenen Rechtsbruches sich bewußt“ würden und alsbald zur Arbeit zurückkehrten³⁾.

Gleichfalls in der Sitzung am 5. Februar wurden die Wünsche der Bergleute an die Gesetzgebung formuliert (Stellungnahme zur Berggesetznovelle und dem Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Arbeiterorganisationen) und in einem Telegramm an Reichskanzler von Bülow angekündigt. In dem Telegramm wurden auch die ermäßigten Forderungen mitgeteilt:

1. 15% Lohnerrhöhung für alle Arbeiter (an Stelle des geforderten Minimallohnes).
2. Käme ein Gedinge nicht zustande, so sollte der Durchschnittslohn der gleichartigen Arbeiter gezahlt werden und nicht wie bisher der ortsübliche Tageslohn.
3. Keine Maßregelungen nach Wiederaufnahme der Arbeit.
4. Gute Deputatkohlen auch für bedürftige Invaliden und Bergmannswitwen.
5. Humane Behandlung.

1) Bericht d. Bez.-Pol.-Komm. Essen vom 5. Februar 1905. — STAD, RD 15925.

2) Hue: 2. Bd., S. 596 f.

3) Telegrammwechsel Siebenerkommission — Bergbaulicher Verein vom 5./6. Februar 1905. — STAD, RD 15925.

Falls Verhandlungen in Gang kämen, sollte die Arbeit sofort wiederaufgenommen werden¹⁾).

Reichskanzler von Bülow forderte in seinem Antworttelegramm, die Arbeit sofort wiederaufzunehmen. Dann sei er gern bereit, Vertreter der Arbeiter und Unternehmer zu weiteren Verhandlungen zu empfangen²⁾. Die Siebenerkommission beschloß daraufhin, die Delegiertenkonferenz am 9. Februar über die weiteren Schritte entscheiden zu lassen. Dem Bergbaulichen Verein wurden die fünf Forderungen übermittelt.

Auf der Revierkonferenz in Essen legten die Führer die Situation dar. Sie ließen keine Zweifel darüber aufkommen, daß ein längeres Durchhalten aus finanziellen Gründen kaum möglich sei³⁾. Da aber auch in nächster Zeit nicht damit zu rechnen sei, daß die Unternehmer nachgeben würden, könnten sie nur den Abbruch des Streiks empfehlen. Es kam zu langen Debatten über das Vorgehen der Siebenerkommission. Nach vielem Hin und Her wurde (mit 165 gegen 5 Stimmen) beschlossen, die Arbeit am 10. Februar wiederaufzunehmen. Die Versammlung nahm dann noch einen Zusatzantrag Hues an, der den Fortbestand der Siebenerkommission verlangte, um alle gemeinsamen Interessen der Bergleute weiterhin wahrzunehmen, unbeschadet der Selbständigkeit der Organisationen⁴⁾.

Die Arbeiter nahmen den Beschluß, den Streik abzubrechen, verschieden auf. Mehrere Belegschaften wollten im Ausstand bleiben. Auf Versammlungen drückten sie ihre Unzufriedenheit mit der Streikleitung aus. Als Gerüchte laut wurden, daß hervorragend am Streik beteiligte Arbeiter von ihren Zechen nicht wieder angenommen worden seien⁵⁾, mehrten sich die Stimmen derer, die weiterstreiken wollten⁶⁾.

Die Siebenerkommission war nach Kräften bemüht, die Bergarbeiter zur Arbeitsaufnahme zu bewegen und ihnen klarzumachen, daß es sinnlos sei, den Streik fortzusetzen⁷⁾. Die Erregung legte sich dann auch schnell, so daß der Bergbauliche Verein am 15. Februar melden konnte, auf den meisten Zechen seien die Belegschaften in der alten Stärke wieder angefahren⁸⁾.

¹⁾ Bericht d. Bez.-Pol.-Komm. Essen vom 6. Februar 1905. — STAD, RD 15925.

²⁾ Bericht der Polizeiverwaltung Essen vom 6. Februar 1905. — STAD, RD 15925.

³⁾ Mitentscheidend war auch, daß die Öffentlichkeit in das Versprechen der Regierung größtes Vertrauen setzte. Es war zu befürchten, daß sie den Arbeitern ihre Sympathien entziehen würde, falls diese im Ausstand blieben. — Vgl. Effert: Zur Geschichte . . ., S. 24.

⁴⁾ Polizeibericht über die Versammlung am 9. Februar 1905. — STAD, RD 15925.

⁵⁾ Die Gerüchte wurden später zum Teil als zustimmend bestätigt. — Bericht a. d. Reg.-Präs. Düsseldorf vom 10. Februar 1905. — STAD, RD 15925.

⁶⁾ Viele Arbeiter wurden für immer abgelegt. Teilweise wollten die Zechenverwaltungen diesen Schritt etwas später tun. — STAM, OPräs. 2849, 6.

⁷⁾ Bericht des Regierungspräsidenten Arnsberg vom 13. Februar 1905. — STAD, RD 15925.

⁸⁾ Bericht des Regierungspräsidenten Münster an den Minister des Innern vom Februar 1905. — STAD, RD 15925.

Vielfach waren die Zechen nicht in der Lage, alle Arbeitswilligen sogleich anzulegen, da vorerst durch den Streik entstandene Schäden (zu Bruch gegangene Strecken) instand gesetzt werden mußten¹⁾.

c) Die Organisation des Streiks

Als durch die Arbeitseinstellung auf der Zeche „Bruchstraße“ der Ausstand eingeleitet wurde, waren alle Bergarbeiterorganisationen mit diesem Vorgehen einverstanden.

Noch im Jahre 1904 waren die Verbände bei der Knappschaftswahl wieder getrennt vorgegangen, nachdem ein Versuch, wie in den vorangegangenen Wahlen eine gemeinsame Kandidatenliste aufzustellen, gescheitert war²⁾. Erst nachdem der Streik auf „Bruchstraße“ ausgebrochen war, traten die Leiter der vier Bergarbeiterorganisationen am 8. Januar 1905 zu einer Sitzung zusammen, um ein gemeinsames Vorgehen zu vereinbaren. In einem Aufruf wurden die Bergleute aufgefordert, keine Schritte ohne die Zustimmung der Verbände zu tun³⁾.

Die Führer des Christlichen Gewerkvereins entschlossen sich zu diesem Schritt nicht wegen der Not der Bergarbeiter, sondern das „gewerkschaftliche Ehrgefühl“ trieb sie in den gemeinsamen Streik. Dadurch gewann der Gewerkverein seinen Platz neben den anderen Organisationen, vor allem dem Alten Verband, denn nun konnte er nicht mehr als „gelbe“ Gewerkschaft⁴⁾ denunziert werden⁵⁾.

Da von den damals rund 270 000 Bergarbeitern des Ruhrreviers nur etwa 110 000 organisiert waren, ist es nicht verwunderlich, daß dem Aufruf der Revierkonferenz vom 12. Januar, die Arbeit nicht niederzulegen, nicht allgemein gefolgt wurde. Bis zum 16. Januar traten trotzdem weitere Belegschaften in den Streik⁶⁾.

Nachdem am 16. Januar der Generalstreik der Bergleute proklamiert und die Siebenerkommission als zentrales Streikkomitee gewählt worden war, mußte es deren erste Aufgabe sein, die ausständigen Arbeitermassen zu organisieren, besonders auch die Arbeiter, die keinem der Verbände angehörten. Wichtiges Hilfsmittel war dafür die finanzielle Unterstützung der Streikenden.

¹⁾ Telegramm des Regierungspräsidenten Düsseldorf an die Siebener-Kommission vom 10. Februar 1905. — STAD, RD 15925.

²⁾ Anlässlich der Knappschaftswahlen war es zu heftigen gegenseitigen Beschimpfungen gekommen, so daß ein gemeinsames Vorgehen für die nächste Zeit unmöglich erschien. — Imbusch: S. 564 ff.

³⁾ Aus: Vierzig Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband, S. 80 ff.

⁴⁾ Arbeitnehmerfreundliche Organisation.

⁵⁾ Vgl. Effert: Der Streik der Ruhrbergleute . . ., 1905.

⁶⁾ Hue nannte den Streik später „wild“ wie 1889, da er wieder nicht ordnungsgemäß begonnen worden sei. Die internationale Zusammenarbeit habe nicht geklappt, denn aus England seien trotz Zusagen der Gewerkschaften 1,5 Millionen Tonnen Kohle mehr eingeführt worden als im ersten Vierteljahr 1904. — Vgl. Hue: Unsere Taktik im Generalstreik, 1905.

Im ganzen Revier wurden Streikbüros eingerichtet. Jeder Streikende mußte sich dort zweimal täglich melden. Auf Grund seiner Registrierung sollte später die Streikhilfe gezahlt werden. (Auf diese Weise wurde verhindert, daß Arbeiter heimlich zur Zeche gingen, hinterher aber unterstützt werden wollten¹⁾.)

Nach einigem Zögern hatte der Christliche Gewerkverein zugestimmt, daß die Streikunterstützung durch eine gemeinsame Kasse erfolgte. Auch alle eingehenden Spenden sollten in diese fließen²⁾. Im Gewerkverein befürchtete man anfangs, der Alte Verband könnte später agitatorische Vorteile³⁾ aus seinem Handeln ziehen, da er diesen Vorschlag gemacht hatte, obgleich er die größten Geldzuwendungen erhielt⁴⁾.

Durch das eigenartige Lohnsystem im Bergbau war die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in den ersten Wochen des Streiks zum größten Teil gesichert⁵⁾.

Am 30. Januar wurde die Unterstützung ausgezahlt. Da die Geldmittel aber nicht ausreichten, mußte dazu aufgefordert werden, daß jeder, der es irgend könne, auf seinen Anspruch verzichtete⁶⁾.

Die Höhe der Streikgelder rief vielfach Enttäuschung hervor, besonders unter den Arbeitern, die nur aus diesem Grunde den Verbänden beigetreten waren⁷⁾.

Bei bescheidener Lebensführung war es dank des von den Kaufleuten gewährten Kredits möglich, einige Wochen auszuhalten. Trotzdem mußte der Streik Anfang Februar abgebrochen werden. Es zeigte sich wie schon 1889, daß die Gewerkschaften nur so lange einen Massenstreik durchhalten konnten, wie noch Lohnzahlungen für geleistete Arbeit erfolgten. Diese hörten aber spätestens drei bis vier Wochen nach dem Beginn des Ausstandes auf⁸⁾.

Eine friedliche Übereinkunft über die Arbeiterforderungen wurde wieder dadurch verhindert, daß die Unternehmer es ablehnten, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Der Bergbauliche Verein blieb während des ganzen

¹⁾ Bericht der Polizeiverwaltung Oberhausen vom 30. Januar 1905. — STAD, RD, CB 1, 36, 37/4.

²⁾ STAD, RD 15925. — Der Alte Verband erhielt Gelder aus der sozialdemokratischen Parteikasse. Aus England sollen wöchentlich 40000 Mark gekommen sein. Der Metallarbeiterverband bewilligte 60000 Mark, der Maurerverband 20000 Mark. — Bericht des Regierungspräsidenten Münster an den Minister des Innern vom 2. Februar 1905.

³⁾ Bericht d. Bez.-Pol.-Komm. Essen vom 30. Januar 1905. — STAD, RD 15925.

⁴⁾ Aus einem Flugblatt der Siebenerkommission geht hervor, daß in den ersten 3 Wochen des Streiks eine Million Mark Spenden eingingen. Jede Woche habe man aber 2 Millionen Mark an Unterstützungen gebraucht. — STAD, RD 15925.

Die Höhe der Streikbeihilfe sollte wöchentlich 6 bis 9 Mark betragen, wobei die Dauer der Zugehörigkeit zu einer Organisation berücksichtigt wurde.

⁵⁾ Damals erfolgte die Lohnzahlung in zwei Raten: einmal zwischen dem 5. und 10. jeden Monats eine Abschlagszahlung und dann zwischen dem 22. und 25. die eigentliche Lohnzahlung für die im vorhergehenden Monat geleistete Arbeit.

⁶⁾ Bericht d. Bez.-Pol.-Komm. Essen vom 5. Februar 1905. — STAD, RD 15925.

⁷⁾ Bericht des Landrates Ruhrort vom 4. März 1905. — STAD, RD 15925.

⁸⁾ Vgl. Fleischer: Zwei Krisenjahre im deutschen Bergbau . . ., 1905.

Ausstandes bei seiner konsequenten Weigerung, die Siebenerkommission als autorisierte Vertretung der Bergarbeiter anzuerkennen.

Dagegen traf die Ministerialkonferenz, die zur Untersuchung der Arbeiterbeschwerden im Revier tagte, schon im Januar mit der Siebenerkommission im Oberbergamt zusammen, um gemeinsam die Durchführung der Untersuchung zu beraten. Es wurden sechs Kommissionen gebildet, die die einzelnen Zechen berücksichtigen sollten.

Sie setzten sich zusammen aus einem Mitglied des Oberbergamtes, dem zuständigen Revierbeamten und dem Landrat oder Bürgermeister. Nach Bedarf konnten dann Vertreter der Zechen und der Belegschaften hinzugezogen werden.

Wie 1889 entgingen die Untersuchungskommissionen durch ihre einseitige Zusammensetzung nicht dem Verdacht, zugunsten der Bergwerksbesitzer partiisch zu sein. Da es die eigentliche Aufgabe der Bergbehörde war, Mißständen auf den Zechen vorzubeugen, mußte ihnen daran gelegen sein, daß alles in Ordnung befunden wurde. Bald nach Beginn der Untersuchung setzten die Proteste der Arbeiter, die als Delegierte der Belegschaften befragt worden waren, gegen die einseitige Verhandlungsführung ein¹⁾.

Die Siebenerkommission errichtete in den Bergrevieren Zweigstellen, die das Material über Mißstände sammeln und den staatlichen Kommissionen bis zum 28. Januar unterbreiten sollten²⁾. Binnen dieser kurzen Frist war es kaum möglich, das Beschwerdematerial zusammenzustellen, zumal die Belegschaftsdelegierten erst gewählt werden mußten. Die Folge war, daß sie in den Verhandlungen der Kommissionen nicht genügend darüber unterrichtet waren, welche Einzelklagen vorlagen. Das Ergebnis der Untersuchungen war dementsprechend gering. Die nachgewiesenen Mängel hielten sich in engen Grenzen. In der Regel kamen die Kommissionen zu dem Ergebnis, daß irgendwelche Mißstände allgemeiner Natur nicht vorgelegen hätten. Berechtigte Beschwerden wurden als Einzelfälle abgetan³⁾.

¹⁾ STAM, OPräs. 2849 a.

²⁾ Bericht d. Bez.-Pol.-Komm. Düsseldorf vom 2. Februar 1905. — STAD, RD 15925.

³⁾ Bezeichnend ist das Untersuchungsprotokoll von der Zeche „Prosper II“, das folgendermaßen schließt: „Wenn daher auch den vorgebrachten Einzelbeschwerden, namentlich in bezug auf zu harte Strafen sowie auch Beschimpfungen und Mißhandlungen seitens der Beamten eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen ist, so ist die Kommission doch zu der Überzeugung gekommen, daß auf der Schachtanlage „Prosper II“ erhebliche Mißstände allgemeiner Natur, welche einen berechtigten Anlaß zu Klagen der Belegschaft geben könnten, namentlich mit Rücksicht auf den langen Zeitraum, für den die Beschwerden vorgebracht sind, und auf die große Belegschaft, nicht als vorhanden angesehen werden können.“ Dieser und andere Fälle fanden auch in der bürgerlichen Presse herbe Kritik. Die „Tägliche Rundschau“, Berlin, schrieb zu dem amtlichen Untersuchungsergebnis auf „Prosper II“, die Protokolle fingen nachgerade an, „spaßhaft zu werden“. Die am Schluß des Protokolls bekundete Privatansicht der Kommission über das Beweisergebnis gehöre keinesfalls zu ihrer Aufgabe. — STAM, OPräs. 2849 b.

Ein weiteres Hindernis bei den Untersuchungen war die Furcht vieler Arbeiter, gegen die Zechenverwaltungen auszusagen, da sie befürchteten, nicht wieder eingestellt zu werden¹⁾.

Dank der unter den Bergarbeitern herrschenden Disziplin wurde der Streik in großer Ruhe und Ordnung durchgeführt. Das wurde auch von der Regierung und sogar vom Zentralverband der Arbeitgeber anerkannt²⁾.

d) Erfolge des Streiks

Das Ziel der Gewerkschaften vor dem Streikausbruch war gewesen, die Bewegung unter den Bergleuten zu benutzen, um ihre Organisationen zu stärken. Aus ihren Handlungen ging hervor, daß es ihnen nicht um einen Ausstand zu tun war, von dem sie sich zu dem Zeitpunkt nichts versprochen, sondern darum, den Verbänden neue Mitglieder zuzuführen.

Dieses Ziel wurde durch den Ausstand erreicht, allerdings unter großen finanziellen Opfern. Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften wuchsen, wenn auch nur teilweise, weil die Bergleute durch ihren Beitritt auf eine höhere Unterstützung hofften. Es zeigte sich später, als die Beiträge erhöht wurden, daß viele der neuen Mitglieder wieder austraten. Über die Höhe der Zugänge bei den einzelnen Verbänden liegen keine zuverlässigen Berichte vor. Nach einer „Meldung aus dem Ruhrgebiet³⁾“ soll die Zahl der organisierten Bergarbeiter während des Ausstandes von 110 000 auf 180 000 angewachsen sein. Jedenfalls war der Zulauf (besonders zum Alten Verband) so groß wie nie zuvor. Ebenso schnell wuchsen die Auflagen der den Verbänden nahestehenden Zeitungen⁴⁾. Prozentual den größten Zugang hatte die polnische Berufsvereinigung. Sie konnte ihren Mitgliederbestand von 10 081 auf 23 654, das heißt um 134,6 % erhöhen⁵⁾.

Das wichtigste Ergebnis des Streiks war der Erlaß der Preußischen Berggesetznovelle vom Juli 1905. Er muß als staatliches Eingeständnis der unzulänglichen Arbeiterverhältnisse im Revier betrachtet werden, die abzustellen oder auch nur zum Teil anzuerkennen die Arbeitgeber trotz wochenlangen Streiks nicht bereit waren.

¹⁾ Es erwies sich später, daß auf einigen Zechen Arbeiter, die von der Regierungskommission als Zeugen vernommen worden waren, nicht wieder eingestellt wurden. Zur Rede gestellte Zechenbeamte versuchten es als Zufall hinzustellen, daß für diese Bergleute gerade keine Arbeit da gewesen sei. Der Regierungspräsident meinte dazu, es sei nur seltsam, daß gerade für Leute, die ihrer Zeugenpflicht nachgekommen wären, keine Arbeit vorhanden gewesen sei. — Bericht des Regierungspräsidenten Münster an den Minister des Innern vom 12. Februar 1905. — STAD, RD 15925

²⁾ Mitteilungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände vom 9. Februar 1905. — STAD DR 15925.

³⁾ Soziale Praxis, Nr. 14, Jg. 1904/1905. Von wem die Meldung stammte, wurde nicht angegeben.

⁴⁾ Bericht des Regierungspräsidenten Arnsberg an den Minister des Innern vom 4. Februar 1905. — STAD, RD 15925.

⁵⁾ Bericht des Regierungspräsidenten Arnsberg vom 26. März 1905. — STAM, OPräs. 2849, 7.

Es darf aber angenommen werden, daß sich die Regierung zu diesem Schritt um so mehr veranlaßt sah, als große Teile der Öffentlichkeit und die Mehrheit in den Parlamenten die Partei der Bergarbeiter ergriffen¹⁾).

Am 8. März legte die Regierung den Entwurf der Berggesetznovelle im Preußischen Abgeordnetenhaus vor. In der sozialdemokratischen Presse wurde er sofort heftig kritisiert²⁾. Die Bergarbeiterzeitungen aber schrieben, daß die Regierung hielte, was sie versprochen hätte, wenn auch nicht alle Wünsche der Arbeiter berücksichtigt worden seien³⁾. Während der Beratung im Abgeordnetenhaus wurde die Regierungsvorlage noch mehrmals abgeändert. Dadurch wurde sie nach Ansicht der ganzen Arbeiterpresse noch verschlechtert. Die Zentrums-
presse nahm an dieser Kritik teil. Die „Germania“ (Berlin) schrieb nach der zweiten Lesung im Plenum, daß die Vorlage aus ihr „vollständig verstümmelt als Karikatur“ hervorgegangen sei⁴⁾. Der „Bergknappe“ meinte, was das Gesetz jetzt noch an Vorteilen biete, seien „Steine statt Brot“⁵⁾. Trotzdem stimmte das Zentrum für die Novelle, da sie immerhin die Verhältnisse der Bergarbeiter verbesserte. Auch in Kreisen des Alten Verbandes mußte man das zugeben⁶⁾.

Die Berggesetznovelle vom 14. Juli 1905 brachte im wesentlichen folgende Bestimmungen⁷⁾:

Das Wagennullen wurde abgeschafft. Arbeiterausschüsse mit beratender und vermittelnder Funktion wurden eingerichtet. Die An- und Ausfahrt durfte insgesamt nur $\frac{1}{2}$ Stunde dauern. Falls diese Zeit überschritten würde, war sie auf die achtestündige Arbeitszeit anzurechnen. Die Überschichten sollten eingeschränkt werden.

Durch das Verbot des Nullens wurde ein jahrzehntealter Konfliktstoff beseitigt.

Wenn den Arbeiterausschüssen auch nur eine beratende Stimme in bestimmten Betriebsangelegenheiten zustand, so mußten sie doch als Gewinn für die Arbeiter

1) In den Mitteilungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände vom 9. Februar 1905 bezeichnete man das Vorgehen der Regierung, die noch zu Beginn des Streiks anders gedacht hätte, als „großen Verlust an preußischer Staatsautorität“. — StAD, RD 15925.

2) STAM, OPräs. 2849 b.

3) In einer Eingabe der Siebenerkommission an den Reichskanzler vom 9. Februar hatte man um Aufnahme folgender Reformen ins Berggesetz gebeten:

1. Höchstdauer der Schicht ab 1. April 1905: $8\frac{1}{2}$ Stunden, ab 1. Januar 1907: 8 Stunden.

2. Verbot aller Überschichten und Sonntagsarbeit.

3. Verbot des Wagennullens.

4. Wahl eines Arbeiterausschusses in geheimer Wahl.

(Wahlberechtigt sollte jedes großjährige Zechenmitglied sein, wählbar jeder Arbeiter, der 1 Jahr auf einer Zeche gearbeitet hat und 25 Jahre alt ist.) Aufgaben der Ausschüsse: Vorbringen der Beschwerden und Mißstände, Mitkontrolle der Grube, Mitverwaltung der Unterstützungskassen. Bei Strafen von mehr als einer Mark sei der Ausschuß anzuhören. — STAM, OPräs. 2849 d.

4) Zit. in der „Volkswacht“ vom 17. April 1905. — StAM, OPräs. 2849 b.

5) Zit. bei Hue: 2. Bd., S. 606.

6) Hue: a.a.O., S. 596.

7) Vgl. Arndt: Die drei preußischen Berggesetznovellen, 1906.

und die Organisationen betrachtet werden. Die Arbeitgeber hatten sich so sehr dagegen gewehrt, weil sie in ihnen — nicht ganz zu Unrecht — vor allem ein Agitationszentrum der Gewerkschaften innerhalb der Betriebe erblickten.

Die Festsetzung der obligatorischen Arbeiterausschüsse nur für Zechen mit mehr als 100 Arbeitern war recht willkürlich. Die Grenze hätte vernünftigerweise da liegen müssen, wo der enge Kontakt zwischen Arbeitgeber und -nehmer aufhört, das heißt bei etwa 20 Arbeitern. Dort verlangte auch die Gewerbeordnung, daß Arbeitsordnungen eingeführt wurden. Bei den ersten Ausschüßwahlen zeigte sich, daß auf Grund der Wahlvorschriften nur der kleinere Teil der Belegschaften wahlberechtigt war, da die Arbeiter, die sich am Streik beteiligt hatten, ausgeschlossen waren, so daß die Ausschüsse nur bedingt als Vertretung der Arbeiter angesehen werden konnten¹⁾. Erst durch die Berggesetznovelle von 1909 wurde bestimmt, daß ein Ausstand nicht als Unterbrechung der Arbeitszeit im Sinne dieser Gesetzesbestimmung anzusehen sei. — Bei dem großen Belegschaftswechsel innerhalb des Reviers war es ohnehin schwierig, Kandidaten zu finden, die den Wahlvorschriften genügten.

Wenn auch vom Alten Verband behauptet wurde, die Bestimmungen über die Schichtzeit brächten keine Vorteile, so ist dem entgegenzuhalten, daß einmal die Seilfahrtszeit auf eine halbe Stunde reduziert wurde (gerade wegen ihrer Verlängerung auf oftmals zweimal eine Stunde war ja der Streik ausgebrochen). Zum anderen wurde die Arbeitszeit als die Zeit vom Ende der Anfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt festgesetzt. Als Arbeitszeit galt aber allgemein acht Stunden. Dadurch war es nicht mehr möglich, die Arbeitszeit als die Zeit zu definieren, die der Bergarbeiter „vor Ort“ arbeitete, der Weg vom Schacht bis zum Arbeitsort mußte also in die Arbeitszeit eingerechnet werden. Somit war der Bergmann statt früher neun, ja oft zehn Stunden, jetzt nur noch durchschnittlich achteinhalb Stunden unter Tage.

Das Über- und Nebenschichtenwesen wurde durch die Vorschrift, daß dazwischen immer eine achtstündige Ruhepause liegen müsse, eingeschränkt.

Wie sich diese neuen Bestimmungen in der Praxis auswirken würden, mußte allerdings erst die Zukunft lehren. Jedenfalls war es unberechtigt, die Novelle schon im voraus als wertlos abzutun, wie es namentlich durch die sozialdemokratische Presse, aber auch durch den Alten Verband und anfangs durch den Christlichen Gewerkverein geschah.

3. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Alten Verband und der Sozialdemokratischen Partei um die Durchführung des Streiks

Schon vor dem Streik und während seines Verlaufs nahm die sozialdemokratische Presse (besonders die des Ruhrreviers) eine Haltung ein, die mit der des Vorstandes des Alten Verbandes nicht übereinstimmte. Es war offensichtlich

¹⁾ Deshalb die Wahlenthaltung des Alten Verbandes. — Hue: 2. Bd., S. 607.

daß der Sozialdemokratie daran gelegen war, die Arbeiter zu erregen und in einen Streik zu treiben¹⁾). Im Gegensatz dazu waren die Gewerkschaftsführer bis zuletzt bemüht, den Streik zu vermeiden. Die mangelnde Stärke der Organisationen und die für einen Ausstand ungünstige wirtschaftliche Situation zwang ihnen diese Haltung auf.

Die „Frankfurter Zeitung“ machte in der Beurteilung der sozialdemokratischen Presse und der Bergarbeiterführer einen Unterschied, den sie folgendermaßen charakterisierte: „Säße in der Siebenerkommission der Bergleute die Redaktion des ‚Vorwärts‘, dann wären wir sehr skeptisch (in bezug auf einen baldigen Arbeitsfrieden). Denn die sozialdemokratische Presse hat sich in der ganzen Sache so unvernünftig wie nur möglich benommen.“ Dagegen hätten die Bergarbeiterführer „geschickt, würdig und sachlich gehandelt“²⁾).

Beim Streikabbruch trat der Gegensatz deutlich hervor. Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ meldete am 10. Februar den Beschluß der Revierkonferenz zur Wiederaufnahme der Arbeit, gleichzeitig aber, daß „sehr zahlreiche Massensammlungen“ weiterzustreiken beschlossen hätten. Die Bergleute wurden zwar zur Einigkeit aufgerufen, aber nicht dazu, dem Beschluß ihrer Führer zu folgen, wie es nahegelegen hätte und in anderen Zeitungen geschah³⁾.

Nach dem Ausstand schrieb Konrad Haenisch, Redakteur der „Dortmunder Arbeiterzeitung“⁴⁾, in der „Leipziger Volkszeitung“ einige „Kritische Bemerkungen zum Bergarbeiterkampf“. Haenisch stand in seiner Kritik am Vorgehen der Verbandsführer nicht allein, sondern er war nur Wortführer. Die „Nur-Politiker“ hatten sich von dem Streik besondere Vorteile für die Sozialdemokratie erhofft, vor allem hatte man geglaubt, den „christlichen Gegenverband“ vernichten zu können.

In der „Leipziger Volkszeitung“ vom 20. Februar schrieb Haenisch: „Welche herrliche, welche einmalige Gelegenheit war das für die Sozialdemokratie, diesen instinktiven Haß der Massen in einen bewußten umzuwandeln . . . Niemals war die Gelegenheit günstiger, niemals der Boden aufnahmefähiger, das ganze Revier düsterte förmlich nach sozialdemokratischer Massenpropaganda. Und da versagte die Leitung vollständig.“ Über das letzte Ziel anläßlich des Streiks äußerte er sich am 21. desselben Monats. Wenn die Verbandsführer nur Mut gehabt und die Streikführung „im entscheidenden Moment“ an sich gerissen hätten, um sich

¹⁾ Die Zentrums Presse hatte sich anfangs entschieden gegen den Streik gewandt. Noch am 13. Januar nannte ihn die „Tremonia“ ein „wahres Unglück, ein schreckliches Verhängnis“. Nachher trat sie dann auch dafür ein, daß das Vorgehen der Arbeiter berechtigt sei.

²⁾ Zit. aus der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 1. Februar 1905. — StAM, OPräs. 2849 a.

³⁾ „Dortmunder Arbeiterzeitung“ vom 10. Februar 1905. — StAM, OPräs. 2849 a.

⁴⁾ Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ brachte am 25. Februar eine Notiz, in der sie sich gegen die Behauptung von „Herrn J. E.“ verwahrte, der in der „Essener Volkszeitung“ geschrieben hätte, die Arbeiterzeitung und die Sozialdemokratie wollten eine Verschmelzung des Christlichen mit dem Alten Verband. Das seien „Halluzinationen“. Eine Organisation, in der Sachse und Effert die Vorsitzenden und Hue und Brust die Redakteure des Vereinsorgans seien, gäbe ein Bild ab, das zu zeichnen sich die Feder sträuben würde. — StAM, OPräs. 2849 b.

„an die Spitze der vorwärtsdrängenden Massen“ zu stellen, dann wäre die „zögernde und schwankende christliche Gegenorganisation“ zertrümmert worden, und der Alte Verband hätte einen „Fischzug“ getan, „wie er ihn noch nie tat“. Statt dessen hätte man die Gelegenheit ungenützt verstreichen lassen und sogar die Gewerkvereinsführer an die Spitze der Bewegung gestellt¹⁾).

Der Parteivorstand der Sozialdemokratie lehnte es ab, auf seine Presseorgane im Sinne einer Mäßigung einzuwirken²⁾).

Hue setzte sich gegen die Angriffe zur Wehr. Er warf seinen Gegnern vor, daß sie ohne genaue Kenntnis der wahren Verhältnisse unter den Bergleuten ihre Kritik erhoben hätten. Eine Überrumpelung des Christlichen Gewerkvereins sei gar nicht möglich gewesen, und vor allem habe man mit dem christlichen Verbands ein Bündnis gehabt, das zu halten dem Vorstände des Alten Verbandes selbstverständlich gewesen sei. Die Berufung Efferts als Repräsentanten der Siebenerkommission sei nur ein taktischer Schachzug gewesen, da nun niemand mehr behaupten könne, die Arbeitgeber lehnten Verhandlungen „nur wegen des sozialdemokratischen Anstrichs“ des Alten Verbandes ab³⁾).

Woher die Kritik an der Durchführung des Bergarbeiterstreiks kam, wurde deutlich in einem Aufsatz Kautskys über die Lehren des Bergarbeiterstreiks⁴⁾. Kautsky meinte, die Bergleute hätten den Streik vollkommen verloren. Die Niederlage sei von Anfang an zu erwarten gewesen: mit rein gewerkschaftlichen Mitteln ließe sich die Stellung der Bergwerksunternehmer nicht erschüttern, denn sie blieben dank des Monopols des Kohlensyndikats immer die Stärkeren. So entspräche die Niederlage einer Notwendigkeit.

Die Gewerkschaften sähen den Streik deshalb auch langsam als ein barbarisches Verfahren an und suchten statt dessen auf einem anderen Wege zum Ziele zu kommen, zum Beispiel durch Schiedsgerichte. Darunter leide aber die Aggressivität und -kraft der Gewerkschaften, die dann einen defensiven und konservativen Charakter entwickelten. (Tarifgemeinschaften seien deshalb auch verhängnisvoll.) Die oft empfohlene parlamentarische Aktion sei so lange illusorisch, als die Parlamente von den Kapitalisten und ihren konservativen Freunden beherrscht würden.

Die Sympathien der bürgerlichen Kreise rührten nur daher, so führte Kautsky aus, weil sie wie die Arbeiter leiden mußten (unter dem Kohlenmangel). Insofern sei dann die bürgerliche Gesellschaft, das hieße der Staat, zu Konzessionen an die Bergarbeiter bereit, die ja nicht er, sondern die Bergwerksbesitzer tragen mußten.

¹⁾ StAM, OPräs. 2849 b.

²⁾ Heilborn: S. 134 f.

³⁾ Hue: Unsere Taktik beim Generalstreik (Vortrag, gehalten auf der 16. Generalversammlung des Alten Verbandes), Bochum 1905.

⁴⁾ „Neue Zeit“, Jg. 23 (1904/05), Nr. 24, S. 772 ff.

Um die Verhältnisse zu bessern, müsse eine starke Arbeitervertretung in den Parlamenten sitzen. Dazu bedürfe es der politischen Aufklärung. Nur auf diesem Wege ließen sich noch erhebliche Erfolge für die Bergleute erringen. Deshalb müßte die gewerkschaftliche Taktik die des „politischen Streiks“ sein.

Die Frage der Politik in den Gewerkschaften sei daher nicht so zu stellen, ob sie Parteipolitik betreiben sollten; denn das sollten sie nicht. Aber es käme darauf an, ob sie konsequente, zielbewußte Klassenpolitik betrieben oder engherzige, bornierte Berufspolitik von Fall zu Fall, ohne Zusammenhang mit der Gesamtheit des Proletariats und ohne leitendes Prinzip. Wenn die Bergarbeiter aus der letzten Niederlage die Konsequenz zögen und in dieser Frage die richtige Entscheidung trafen, dann würde diese zur „Mutter künftiger Siege“ werden.

Kautsky spitzte die Frage also darauf zu, ob die Bergarbeiter streikten, um wirtschaftliche Ziele ihrer Berufsgruppe durchzusetzen, oder aber ihre Politik darauf abstellten, im Rahmen der gesamten Arbeiterklasse den Kampf zu führen. Damit trug er die Debatte in die große Auseinandersetzung um den politischen Massenstreik, die seit Beginn des Jahrhunderts wieder aufgelebt war.

Seit dem Generalstreik in Belgien 1901 (um das allgemeine Wahlrecht) durchzog eine „politische Massenstreik-Epidemie¹⁾“ ganz Europa. Sie blieb auf die deutschen Sozialdemokraten nicht ohne Einfluß, wenn auch die Mehrzahl der Führer davon überzeugt war, daß der politische Massenstreik in Deutschland unter den gegenwärtigen Umständen undurchführbar sei. Diese ablehnende Haltung änderte sich erst, als in Rußland im Januar 1905 unter dem Eindruck der Niederlagen im Japanischen Krieg Massendemonstrationen und Streiks stattfanden. Die russischen Ereignisse erfüllten — über alle Diskussionen hinweg — die sozialistische Arbeiterschaft mit großer Begeisterung.

Der Bergarbeiterstreik spielte in der innerparteilichen Auseinandersetzung um den Massenstreik keine Rolle²⁾. Doch wird die Haltung der führenden Gewerkschaftler durch die Erfahrungen gerade dieses großen Streiks nicht unbeeinflußt geblieben sein. Sie hatten wieder erkennen müssen, welche Schwierigkeiten sich der Durchführung eines großen Ausstandes entgegenstellten. In der sozialdemokratischen Presse wurde der politische Massenstreik heftig diskutiert. Die Gewerkschaften (der größte Teil der der Generalkommission angeschlossenen Verbände) wandten sich vergeblich an den Parteivorstand, er möge diesem Treiben, das die Gemüter unnötig erregte, Einhalt gebieten. Sie lehnten den Massenstreik ab, da er nur auf die Endziele der Sozialdemokratie gerichtet sei und die Gewerkschaften vornehmlich die finanziellen Lasten zu tragen hätten. Die unausweichliche Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt aber würde zu einer Niederlage der Arbeiter führen und damit die Existenz der Gewerkschaften in Frage stellen.

¹⁾ Kautsky: Der politische Massenstreik, Berlin 1914.

²⁾ Außer dem obenerwähnten Artikel Kautskys fand sich in der Presse (soweit sie zugänglich war) keine Erwähnung des Bergarbeiterstreiks in Zusammenhang mit dem Massenstreikproblem.

Der fünfte Gewerkschaftskongreß in Köln 1905 setzte sich mit dem Problem des politischen Massenstreiks auseinander. Die führenden Gewerkschaftler, wie Legien, Bömelburg, Hue u. a., lehnten den Massenstreik als „indiskutabel“ ab. In einer Resolution wurde der politische Massenstreik verworfen. Man wandte sich dagegen, ihn als politisches Kampfmittel zu propagieren. Die Gewerkschaften befürchteten, auf eine bestimmte Taktik festgelegt zu werden, d. h. in einer von der Parteileitung beurteilten bestimmten politischen Situation plötzlich in den Massenstreik eintreten zu müssen. Die Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses, die mit überwältigender Mehrheit (bei nur 7 Gegenstimmen) angenommen wurde, war daher ein Versuch, sogar die Diskussion über diese Frage zu unterbinden. In der Debatte war zum Ausdruck gekommen, daß für die Gewerkschaften viel mehr auf dem Spiele stände als für die Parteiorganisation. Von Bergarbeiterführern wurde auch darauf hingewiesen, daß im Fall eines politischen Massenstreiks der so wichtige Berufszweig der Bergarbeiter niemals zusammenstehen würde, da der Christliche Gewerkverein ihn grundsätzlich ablehnte¹⁾. Die Leiter der großen Gewerkschaftsverbände, die ihre Organisationen unter vielen Mühen aufgebaut hatten, standen jeder umfassenden Streikbewegung skeptisch gegenüber.

Die linksgerichteten Blätter, wie der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“, nahmen scharf gegen die „Nur-Gewerkschaftler“ und deren „Erfahrung“ Stellung.

Die Auseinandersetzungen der beiden Richtungen wurden auf dem Parteitag der SPD in Jena 1905 ausgetragen. Bebel und mit ihm die Mehrheit der Partei traten dafür ein, den politischen Massenstreik als ein mögliches Kampfmittel der Arbeiterschaft zu betrachten und deshalb die damit zusammenhängenden Fragen in aller Öffentlichkeit zu erörtern. Legien und seine Gesinnungsfreunde konnten nur davor warnen, die Resolution Bebels anzunehmen, in der der Massenstreik als das geeignete Mittel im Fall eines „Anschlages auf das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht oder auf das Koalitionsrecht“ zur Pflicht „der gesamten Arbeiterklasse“ gemacht wurde²⁾.

Der Bergarbeiterstreik wurde in der Diskussion lediglich am Rande erwähnt, wenn es dem betreffenden Redner gerade ins Konzept paßte. Aber in keiner Rede wurden aus den Erfahrungen des Streiks Folgerungen für die Stellungnahme zur Massenstreikfrage gezogen. Das war auch schon deshalb unmöglich, weil man den Berufsstreik der Bergarbeiter streng von dem alle Arbeiter umfassenden politischen Massenstreik schied.

Die Massenstreikfrage fand auch in Jena keine abschließende Klärung. Die gegensätzlichen Auffassungen blieben bestehen. Ein Teil der Parteifunktionäre faßte die Jenaer Resolution dahingehend auf, daß nun gleich mit der Vorberei-

¹⁾ Kautsky: Der politische Massenstreik.

²⁾ Immer wieder wurde die Notwendigkeit des Massenstreiks an der preußischen Wahlrechtsfrage und der des Koalitionsrechts gemessen. Vgl. Protokoll des Parteitages 1905.

tung des Massenstreiks begonnen werden sollte. Die Gewerkschaftsführer hatten insofern recht gesehen, als sie diese Entwicklung vorhergesagt hatten. Es kam deshalb im Februar 1906 zu einer Geheimsitzung zwischen der Generalkommission und dem Parteivorstand¹⁾. Bebel versicherte hier, daß zur Zeit nicht daran gedacht werde, den Massenstreik zu beginnen oder auch nur zu propagieren. Bebel fand sich dann auch zu keiner Versammlung bereit, auf der er zum politischen Massenstreik Stellung nehmen sollte. In der Partei wurde ihm diese Haltung vielfach als „Verrat an Jena“ übelgenommen. Der Parteivorstand sah sich daher genötigt, auf dem Mannheimer Parteitag 1906 noch einmal das Massenstreikproblem zu erörtern. Die Frage stand hier noch mehr als 1905 im Zeichen des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaft. Trotz heftiger Zusammenstöße bahnte sich aber der Weg für ein besseres Zusammenarbeiten an. Das wurde möglich, weil die Mehrheit der Partei den Jenaer Beschluß so auslegte, daß es auf eine Ablehnung der durch die „Linke“ (Luxemburg, Stampfer, Maurenbrecher u. a.) vertretenen Massenstreiktaktik hinauslief. Andererseits gaben die Gewerkschaften ihr Mißtrauen gegen jede Diskussion des Massenstreiks auf²⁾. Die Resolution Bebels betonte die Gleichberechtigung und Wichtigkeit der Gewerkschaften neben der Partei. Beide seien „in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen“.

Als die Massenstreikfrage auf dem Jenaer Parteitag 1913 noch einmal aufgegriffen wurde, konnte keine weitere Klarheit mehr erzielt werden³⁾. Wie schon früher vermochte sich der linke Flügel mit Rosa Luxemburg gegenüber der Mehrheit der Partei nicht durchzusetzen, um eine schärfere Kampfführung zu erreichen. Das trat deutlich hervor, als die „gedämpfte“ Resolution Luxemburgs dennoch abgelehnt wurde. Die Partei wollte um des Massenstreiks willen nicht ihre Existenz aufs Spiel setzen oder auch nur Gefahr laufen, in unübersehbare Kämpfe verwickelt zu werden.

Auf die Entwicklung der Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet blieb die Streitfrage ohne Wirkung.

4. Zusammenfassung

Der Streik im Januar—Februar 1905 war ebenso wie der Maiausstand im Jahre 1889 eine Folge langjähriger Unruhe unter den Bergleuten, die ganz konkrete Ursachen hatte. Von einem „wirtschaftlichen Notstand“ wird man allerdings noch weniger als 1889 sprechen können. Dagegen waren die Errungenschaften des 89er Streiks im Laufe der Jahre wieder verlorengegangen: Die Schichtzeit war teilweise erhöht worden, Überschichten wurden verfahren, und

¹⁾ Georgi: S. 66 ff.

²⁾ Protokoll des Parteitages 1906.

³⁾ Kautsky sprach von der „Diskussion über die Diskussion“ des Massenstreiks in: Der politische Massenstreik.

das Verhältnis zwischen den Arbeitern und Zechenbeamten hatte sich nicht gebessert.

Die Arbeiterschaft hätte sich wahrscheinlich ebenso damit abgefunden wie 1903/04 mit der Wurmkrankheit und den Zechenstillegungen, wenn die Gewerkschaften sich nicht eingeschaltet hätten.

Im Gegensatz zu 1889, als noch keine gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter bestand¹⁾, waren 1905 annähernd drei Fünftel aller Ruhrbergleute in Verbänden zusammengeschlossen²⁾.

Es war die Taktik der Gewerkschaften, jeden Mißstand, auch wenn er nur lokalen Charakter hatte, aufzugreifen und agitatorisch auszunutzen. Auf diese Weise gelang es, den Verbänden neue Mitglieder zu gewinnen. So war es auch 1903/04. Die Polizeiberichte geben darüber Aufschluß, daß die Gewerkschaftsführer bestrebt waren, die Erregung der Arbeiter nicht wieder einschlafen zu lassen. Sie überschätzten ihren Einfluß, denn als im Dezember 1904 auf einzelnen Zechen die Belegschaften die Arbeit einstellten, gelang es den Führern nicht mehr, die von ihnen selbst geschürte Unruhe einzudämmen. Es blieb ihnen keine andere Wahl, als selbst den allgemeinen Streik zu verkünden, obgleich sie wußten, daß der Zeitpunkt ungünstig war. Der Streik war also trotz Arbeiterorganisation „wild“³⁾.

Es folgt daraus, daß die Gewerkschaften (von deren Disziplin die Behörden eine hohe Meinung hatten) nicht stark genug waren, um die Bergarbeiterschaft wirklich zu lenken. Vielmehr wurden die Führer in den Ausstand „gezogen“. Wenn sie den Arbeitern entgegengetreten wären, hätten sie deren Vertrauen verloren.

Wieweit es Unorganisierte waren, die zuerst die Arbeit niederlegten, ließ sich nicht feststellen.

Nicht ohne Einfluß auf den Streik blieb das Verhalten der beiden großen Parteien, die den Bergarbeiterverbänden nahestanden. Die Zentrums Presse des Reviers hatte noch in den ersten Januartagen vor einem Ausstand gewarnt und vertrat erst dann die Arbeiterforderungen, als der Gewerkverein zu verstehen gegeben hatte, daß die Verhältnisse ihn zwingen, sich am Ausstand zu beteiligen. Für ihn bestand sonst die Gefahr, dem Alten Verband allein den Nimbus zu überlassen, die Rechte der Bergleute verteidigt zu haben.

Zwischen dem Alten Verband und der Sozialdemokratischen Partei herrschte von vornherein Uneinigkeit darüber, ob ein Ausstand zweckmäßig sei und irgendeinen Nutzen verspreche.

Die sozialdemokratische Presse trieb mit allen Mitteln zum Streik. Ihr kam es darauf an, den Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern zu vertiefen. Dagegen wurde den Verbandsführern der Streik zu einem Zeitpunkt aufge-

¹⁾ Der Gewerkverein Hirsch-Duncker war ohne Bedeutung.

²⁾ Vgl. Tabelle 7 im Anhang.

³⁾ Das sagte auch Hue in seinem Aufsatz: Unsere Taktik beim Generalstreik, 1905.

zwungen, als sie ihn für sinnlos hielten; denn sie rechneten nicht damit, die Werksbesitzer zu Konzessionen zu bewegen.

Der Gegensatz zwischen SPD und Gewerkschaft, der während des Bergarbeiterstreiks auch im Ruhrgebiet zutage trat, letztlich aber viel tiefer begründet war und das ganze Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft betraf, fand in den folgenden Jahren eine gewisse Klärung. Die Parteileitung mußte einsehen, daß sie in allen wesentlichen Fragen des proletarischen Kampfes auf die Hilfe und das Mitwirken der Gewerkschaften angewiesen war. Ein Teil der Sozialdemokratie konnte sich allerdings nie mit dieser Stellungnahme der Parteimehrheit abfinden. Für diese Minderheit blieben die Gewerkschaften nur ein Werkzeug zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Doch bis zum ersten Weltkrieg konnte sie weder die Parteiführung für ihre Überzeugung gewinnen noch war sie stark genug, um sich von der Gesamtpartei zu trennen.

Der Bergarbeiterstreik 1905 ging zu Ende, ohne daß die Bergwerksbesitzer den Arbeitern von sich aus das geringste Zugeständnis gemacht hatten.

Der Bergbauliche Verein als Vertreter der Unternehmerinteressen verharrete auf seinem Standpunkt, daß die Bergleute ohne Grund die Arbeit niedergelegt hätten. Er gestand den Gewerkschaften nicht das Recht zu, im Namen der Belegschaften Forderungen zu stellen oder zu verhandeln. Auf diesem Wege glaubte er am weitesten zu kommen, denn niemand konnte die Unternehmer zwingen, nachzugeben.

Deshalb blieben auch alle Versuche der Behörden (vor allem die des Oberbergamtes), zwischen den Parteien zu vermitteln, vergeblich. Die preußische Regierung sah sich schließlich veranlaßt, durch die Gesetzgebung wenigstens die offensichtlich zu Recht bestehenden Klagen der Bergleute zu beheben.

Man kann also feststellen, daß sich die Fronten der Arbeiter und Unternehmer seit dem Ende des letzten Jahrhunderts versteift hatten. Die Position der Arbeiter war durch die Gewerkschaftsbewegung zwar gestärkt worden, doch auf der anderen Seite hatten sich auch die Unternehmer fester zusammengeschlossen, so daß sie selbst eine wochenlange Arbeitseinstellung hinnehmen konnten. Sie blieben immer noch die Stärkeren.

Die Arbeiter wären erfolglos zur Arbeit zurückgekehrt, wenn nicht durch eine Gesetznovelle einige ihrer Forderungen erfüllt worden wären. Dieser Erfolg war zu einem nicht geringen Teil darauf zurückzuführen, daß die Bergleute in der Öffentlichkeit, in den Parlamenten und bei den maßgebenden Vertretern der staatlichen Verwaltung Verständnis für ihre Lage gefunden hatten.

Kapitel 5:

Die Bergarbeiterbewegung bis zum Ausbruch des Krieges (1914)

1. Die Bergarbeiterverbände nach dem Streik

a) Der innere Ausbau der Organisationen nach 1905

Der Streik hatte die Arbeiterführer gelehrt, daß vor allem infolge der finanziellen Schwäche der Gewerkschaften der Widerstand gegen die Arbeitgeber zusammengebrochen war. In den Begründungen zum Streikabbruch war das wiederholt zum Ausdruck gekommen. Daraus ergab sich die Notwendigkeit einer Reorganisation, besonders im Christlichen Gewerkverein.

Im Sommer 1905 beschloß die Generalversammlung des Gewerkvereins in Essen, die Statuten zu ändern. August Brust, der bis 1904 erster Vorsitzender gewesen war, hatte in den niedrigen Beiträgen einen Vorzug gegenüber dem Alten Verband gesehen. Seine Nachfolger in der Führung des Gewerkvereins erkannten darin einen schweren Fehler¹⁾. Mangelnde Opferfreudigkeit der Mitglieder sei die Folge gewesen. Als verhängnisvolles Versäumnis Brusts sah man an, daß er kaum Mitarbeiter für die organisatorische Tätigkeit eingesetzt hatte.

Obgleich die Befürchtung laut wurde (die sich dann auch bewahrheitete), daß man viele neue Mitglieder wieder verlieren würde, wurden die Beiträge erhöht²⁾. Dadurch wurde es dem Gewerkverein möglich, nachstehende Unterstützungen zu gewähren: Arbeitslosenunterstützung, Notunterstützung bei längerer Krankheit, Sterbegeld (für Mitglieder, ihre Frauen oder Mütter, wenn das Mitglied der einzige Ernährer war) und Umzugshilfe. — Neben diesen Unterstützungen gab es andere, die die Kampfkraft der Gewerkschaft stärken sollten: der Gewerkverein gewährte seit dem Inkrafttreten des neuen Statuts Rechtsschutz in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses, des Knappschaftswesens, der Unfall- und Invalidenversicherung und des Organisations- und Vereinsrechts, Unterstützung bei Streik und Aussperrung (nur an Mitglieder, die mindestens 26 Wochen dem Gewerkverein angehörten), Maßregelungsunterstützung (an

¹⁾ Imbusch: S. 603 f.

²⁾ Die Mitgliederbeiträge hatten betragen: 1894 25 Pfennig vierteljährlich, 1899 20 Pfennig monatlich, 1900 40 Pfennig monatlich, 1902 50 Pfennig monatlich, ab 1. Oktober 1905 40 Pfennig wöchentlich.

diejenigen Mitglieder, die wegen ihres Eintretens für den Verband oder ihre Kameraden abgelegt wurden)¹⁾.

Durch diese Bestimmung trug der Gewerkverein auch in seinen Satzungen dem Rechnung, was er seit längerem in der Praxis durchführte: der stärkeren Betonung des Gegensatzes zum Unternehmertum, den die Satzungen des Jahres 1894 noch abzuschwächen bemüht gewesen waren. Das wurde auch deutlich in der Änderung des § 4, nach dem jedes Mitglied sich als „Gegner der sozialdemokratischen Grundsätze und Bestrebungen“ bekannt hatte. In der neuen Fassung wurde jedem Mitglied „Bewegungsfreiheit im politischen Leben“ zuerkannt; politische oder parteipolitische Fragen durften im Gewerkverein nicht erörtert werden. Ebenso wurden religiöse Fragen ausgeschlossen. Die religiöse Überzeugung der Mitglieder sollte in der Gewerkschaftspraxis geachtet werden.

Der Gewerkverein erhöhte die Zahl seiner Funktionäre, so daß in jedem Agitationsbezirk ein hauptamtlicher Bezirksleiter war.

Der Ehrenrat, der seit 1898 nur noch ein Schattendasein geführt hatte, wurde beseitigt. Neben den Zentralvorstand trat ein Beratungsausschuß.

Auch der Alte Verband sah sich veranlaßt, sein Statut abzuändern. Der Beitrag wurde erhöht. Der Alte Verband besaß, zum Teil schon seit Jahren, dieselben Unterstützungseinrichtungen wie der Gewerkverein. Da sich die Organisation immer mehr ausbreitete, wurden Bezirkssekretariate eingerichtet, die von besoldeten Funktionären geleitet wurden. Sonst blieb der bisherige Organisationsaufbau bestehen: In Orten, in denen mindestens 10 Mitglieder ansässig waren, wurde eine Zahlstelle errichtet, die sich ihre Ortsverwaltung wählte²⁾. Diese mußte vom Zentralvorstand genehmigt werden.

Mehrere Ortsgruppen (Zahlstellen) bildeten einen Bezirk. Je 1000 Mitglieder hatten das Recht, einen Delegierten in die alle zwei Jahre stattfindende Generalversammlung zu entsenden. Der Generalversammlung als oberster Verbandsinstanz war der Vorstand und der ihm zur Seite gestellte Kontrollausschuß Rechenschaft schuldig. Die Generalversammlung bestimmte endgültig über die Ausgestaltung der Statuten, wählte den Zentralvorstand, den Kontrollausschuß und die Redaktion. In besonderen Fällen war eine Urabstimmung möglich³⁾.

In den folgenden Jahren wurden die Gewerkschaftseinrichtungen weiter ausgebaut, wenn auch keine grundsätzlichen Änderungen vorgenommen wurden.

¹⁾ Effert: Der Streik . . ., S. 18 ff.

²⁾ Vgl. Heilborn: S. 9 ff.

³⁾ Der Aufbau des Christlichen Gewerkvereins war so ähnlich, daß er nicht gesondert geschildert zu werden braucht. Er hatte sich dem Vorbild des Alten Verbandes angepaßt.

b) Die Nachwirkungen des Streiks und die Lohnbewegung im Jahre 1906

Um nach dem Streik die neugewonnenen Mitglieder zu halten¹⁾, entwickelten die Verbände eine rege Tätigkeit²⁾.

Die Ereignisse in den Monaten nach dem Streik — bis ins Jahr 1906 hinein — müssen unter diesem Aspekt betrachtet werden.

Die neue Arbeitsordnung, die der Bergbauliche Verein für alle Zechen des Vereins erließ (sie war durch die Bestimmungen der Berggesetznovelle notwendig geworden), und die Aussperrung vieler Arbeiter, die beim Ausstand hervorgetreten waren, gaben den Gewerkschaften Anlaß genug, um einzugreifen. In mehreren Eingaben wandte sich die Siebenerkommission an das Oberbergamt, und als dieses ablehnend antwortete, an den Minister für Handel und Gewerbe, um gegen einige Bestimmungen der Arbeitsordnung und gegen die Aussperrungen zu protestieren. Doch auch in letzter Instanz wurde sie dahin beschieden, daß das Vorgehen der Zechen nicht ungesetzlich sei³⁾.

Die Presse schrieb, die Bergleute seien beunruhigt. Es steht aber fest, daß die älteren Arbeiter bestrebt waren, die ihnen durch den Streik entstandenen Schulden abzutragen. Es bestand daher ein Ruhebedürfnis, mit dem auch die Organisationen rechnen mußten⁴⁾.

Schon im Sommer 1905, als die Berggesetznovelle bekanntgegeben wurde, hatte der Alte Verband erklärt, daß er sich an den Wahlen für die Arbeiterausschüsse nicht beteiligen würde. Die Wahlbestimmungen stellten es nämlich den Zechenverwaltungen frei, alle an dem Streik beteiligten Arbeiter von der Wahl auszuschließen, da sie nicht — wie vorgeschrieben war — ein Jahr auf derselben Zeche beschäftigt gewesen waren. (Nach dem Kontraktbruch waren alle Streikenden neu angelegt worden.)

Der Alte Verband vertrat den Standpunkt, die Ausschüsse würden nur aus Streikbrechern und Unorganisierten zusammengesetzt werden. Diejenigen, die 1905 die Arbeitgeber gegen die Arbeitskameraden unterstützt hätten, könnten

¹⁾ Die Beitragserhöhungen hatten große Mitgliederverluste im Gefolge. Überhaupt war der Mitgliederwechsel in allen Organisationen sehr groß. Der Alte Verband nahm von 1900 bis einschließlich 1910 353 197 Mitglieder auf, vermehrte seine Mitgliederzahl aber nur von 36 410 auf 123 437. — Hue: 2. Bd., S. 613, Anm. 2.

²⁾ Aus unzähligen Artikeln der Gewerkschaftspresse gewinnt man den Eindruck, daß es den Gewerkschaften darum ging, immer eine gewisse Spannung zu erzeugen, denn nur dann konnte das Interesse der Arbeiter an den Organisationen wachgehalten werden. Jede Gelegenheit, wie z. B. eine Lohnkürzung oder ein örtlicher Streit zwischen der Belegschaft und Verwaltung einer Zeche, wurde in der Presse sofort aufgegriffen und agitatorisch verwandt. Ganz unbestreitbar wurde dabei übertrieben: man brauchte eine „Gärung unter den Arbeitern“, eine „Aufregung, die ganz natürlich ist“, ein „Gewitter, das in der Luft liegt“. Diese und ähnliche Wendungen gehörten zu den täglich gebrauchten gewerkschaftlichen Mitteln. — StAM, OPräs. 2847, 8.

³⁾ StAD, RD 15933 und StAM, OPräs. 2849, 9.

⁴⁾ Bericht des Regierungspräsidenten Düsseldorf vom 8. Dezember 1905. — StAD, RD 15933.

aber nicht als Arbeitervertreter anerkannt werden¹⁾). Auf der Revierkonferenz am 18. November 1905 kam es deshalb zu einer Auseinandersetzung. Der Christliche Gewerkverein trat für eine Wahlbeteiligung ein, da es dann wenigstens gelingen könnte, die geeigneten Leute unter den Arbeitswilligen in die Ausschüsse zu bekommen. Obgleich man die Frage vertagte, einigte man sich nicht, so daß der Gewerkverein für die Wahlbeteiligung, die drei anderen Organisationen dagegen eintraten. Rund 39 000 Bergleute sollten, weil sie am Streik teilgenommen hatten, von der Wahl ausgeschlossen worden sein²⁾. Die Zechen hatten sich in dieser Frage nicht auf ein einheitliches Vorgehen festgelegt. Der Geschäftsbericht des Bergbaulichen Vereins für 1905 gab zu, daß 12 850 Arbeiter nicht in die Wählerlisten aufgenommen worden seien. Da die Agitation des Alten Verbandes gegen die Wahlen so stark war, beteiligten sich nur 11 % der Wahlberechtigten³⁾.

Der Gewerkverein errang durch seine Kandidaten einen Sieg; denn die Arbeiterausschüsse erwiesen trotz vieler Mängel ihren Nutzen. Weil auch der Alte Verband das einsah, beteiligte er sich an den nächsten Ausschußwahlen.

Nachdem die Streikbewegung 1905 gerade zur Ruhe gekommen war, hatte es den Anschein, als würde sie im Herbst 1906 wieder aufleben, da die allgemeine Teuerung alle Vorteile der erhöhten Löhne zunichte zu machen drohte.

Schon der „Deutsche Bergarbeitertag“ im Februar in Essen forderte wegen der steigenden Preise eine allgemeine Lohnerhöhung⁴⁾, die vom Bergbaulichen Verein abgelehnt wurde (weil er in Lohnfragen nicht zuständig sei und die Organisationen als Vertretung der Bergarbeiterschaft nicht anerkennen könne). Der Versuch, über die Arbeiterausschüsse mit den Zechen zu verhandeln, scheiterte daran, daß man den Ausschüssen vorwarf, sie überschritten damit ihre Kompetenzen.

Die Preise stiegen weiter an, so daß die höheren Löhne immer wieder wirkungslos blieben. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 9. September 1906⁵⁾ gab die Schuld an diesem Übelstand der Agrarpolitik der preußischen Regierung, die es der Industrie unmöglich mache, „trotz aller Anstrengungen und bei den größten Opfern“ so ergiebig zu sein, daß die Löhne entsprechend den Lebensmittelpreisen erhöht werden könnten. Selbst die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schrieb am 10. Oktober⁶⁾, daß das ganze „Lohnmehr“ der gegenwärtig ansteigenden Konjunktur durch die hohen Preise absorbiert würde. „Wäre die Lohnerhöhung den Arbeitern wirklich zugute gekommen, im Ruhrgebiet

¹⁾ „Deutsche Bergarbeiterzeitung“ vom 17. März 1906. — StAD, RD 15933.

²⁾ Bericht des Regierungspräsidenten Münster vom Dezember 1906. — StAM, OPräs. 2694, 2.

³⁾ Glückauf, Jg. 1905, Nr. 24, S. 184 ff.

⁴⁾ Stenographischer Bericht über den Bergarbeitertag (11./12. Februar 1906). — StAD, RD 15933

⁵⁾ Imbusch: S. 107.

⁶⁾ StAM, OPräs., 2849, 9.

schwirrten keine Streikgerüchte.“ Da die Kohlenpreise aber vor April 1907 nicht erhöht würden, sei kaum mit einem großen Lohnanstieg zu rechnen.

Der Bergbauliche Verein lehnte daher die erneute Lohnforderung der Siebenerkommission mit derselben Begründung wie im Frühjahr ab¹⁾, so daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ihm vorhielt, in Anbetracht der berechtigten Unruhe unter den Arbeitern sei ein angemessenerer Ton wünschenswert, da die Öffentlichkeit ganz auf seiten der Arbeiter stünde²⁾).

Eine Eingabe an den Reichstag wegen der „enormen Preissteigerungen³⁾“ blieb wirkungslos. Die Zechenverwaltungen erklärten, daß die Löhne mit den Preisen nicht Schritt halten könnten. Sie versprachen lediglich weitere Lohn erhöhungen bei anhaltend guter Geschäftslage.

Die Belegschaften übten vielfach Kritik an der Siebenerkommission, die nicht energisch genug vorgehe. Die Organisationen hielten sich zurück, da sie es sich aus finanziellen Gründen nicht leisten konnten, einen Lohnstreik zu beginnen. Die zunehmende Erregung der Bergleute bereitete den Führern ohnehin große Sorgen, von denen sie erst befreit wurden, als Ende 1906 der Reichstag aufgelöst wurde, denn jetzt ließ die Wahlagitation die Bergarbeiterfragen in den Hintergrund treten⁴⁾. Nach der Wahl spielte die Lohnfrage nicht wieder eine so große Rolle, da seit 1907 die Löhne weiter erhöht wurden und die Knappschaftsangelegenheiten das Interesse der Arbeiter auf sich zogen.

c) Die Knappschaftsreformkämpfe 1906/08

Forderungen mit dem Ziele, das Knappschaftswesen zu verbessern, waren in jedem Jahre von den Bergarbeiterverbänden einzeln oder gemeinsam gestellt worden, zuletzt noch im Herbst 1904. Sie wurden teilweise in der Berggesetznovelle betreffend die Abänderung des Titels 7 des Berggesetzes (Knappschaftswesen) berücksichtigt, deren Entwurf im Dezember 1905 dem preußischen Landtag vorgelegen hatte.

Auf dem zweiten deutschen Bergarbeitertag (Februar 1906) wurden die Arbeitervorschläge der Regierungsvorlage weitgehend angepaßt und als Petition an die gesetzgebenden Körperschaften geschickt.

Vor der Annahme des Gesetzes durch den Landtag reiste eine Abordnung des Christlichen Gewerkvereins nach Berlin, um der Zentrumsfraktion ihre Stellungnahme zu dem Entwurf darzulegen. Die Delegation trat für die geheime Wahl

¹⁾ Die Arbeitgeberverbände aller preußischen Bergreviere hatten in Berlin beschlossen, jedes Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen abzulehnen. — Aus dem Jahresbericht des Bergbaulichen Vereins für 1906. — Glückauf, Jg. 1906, Nr. 21, S. 636.

²⁾ Der Minister für Handel und Gewerbe sprach dem Bergbaulichen Verein sein Bedauern darüber aus, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Kritik an dem Verhalten des Vereins geübt hatte. — StAD, RD 15934.

³⁾ Bericht des Landrat Mülheim vom 5. Oktober 1906. — StAD, RD 15934.

⁴⁾ Aus dem Jahresbericht der Regierungspräsidenten Arnsberg über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung vom Dezember 1907. — StAM, OPräs. 2694, 2.

und das Wahlrecht der Invaliden ein, indem sie vom Zentrum die Gegenleistung für die Unterstützung der Wahl Giesberts' in Essen, die ohne den Gewerkverein unmöglich gewesen wäre, verlangte¹⁾, allerdings vergeblich.

Die Knappschaftsnovelle²⁾ machte eine Änderung der Satzungen des allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum notwendig. Da das Gesetz als Regel die Zahlung von 50 % des auf höchstens 5 Mark bemessenen Tageslohnes als Krankengeld festsetzte, im Bochumer Knappschaftsverein aber schon vorher in der höchsten Lohnklasse 3 Mark (50 % von 6 Mark Klassenlohn) gezahlt worden waren, hatten die Unternehmer damit ein Mittel in der Hand, gewissermaßen als Ausgleich andere Forderungen der Knappschaftsältesten herabzudrücken. Trotz langwieriger Verhandlungen konnte man sich nicht über die neuen Satzungen einigen. Am 28. Dezember 1907 lehnten die oppositionellen Ältesten des Alten Verbandes, die die absolute Mehrheit unter den Arbeitervvertretern hatten, den inzwischen sechsten Statutenentwurf ab³⁾.

Am 1. Januar 1908 trat daraufhin ein vom Oberbergamt erlassenes vorläufiges Knappschaftsstatut in Kraft. Erst im Frühjahr einigte man sich im Knappschaftsverein über die neue Satzung. Die Knappschaftsältesten waren jetzt kompromißbereiter, da das vom Oberbergamt erlassene „Zwangsstatut“ ungünstiger war als das von den Werksvertretern vorgeschlagene⁴⁾. Am 20. Juni 1908 wurde das neue Knappschaftsstatut einstimmig angenommen. (Krankengeld in Höhe von 60 % des Klassenlohnes wurde zugestanden und die Pensionen wurden erhöht.)

¹⁾ Nach dem Tode des Reichstagsabgeordneten Stötzel fand in Essen eine Neuwahl statt. In der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie siegte der Zentrumskandidat, da er die Unterstützung des Christlichen Gewerkvereins fand, der damals nicht unbedingt zentrumsfreundlich war. — StAD, RD 12171.

²⁾ Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes waren:

1. Vollständige rechnungsmäßige Trennung der Kranken- von der Pensionskasse. Für die Beamten sollen besondere Kassenabteilungen gebildet oder die Beamtenbeiträge so hoch bemessen werden, daß keine Arbeiterbeiträge zur Kostendeckung herangezogen werden müssen. (Schon aus dieser Bestimmung geht hervor, daß das bisher der Fall war. Die Beiträge der Beamten für die Pensionskassen stiegen seit 1908 an. Vgl. Meiss: S. 358).
2. Aufhebung der unständigen Mitgliedschaft. Wer Beiträge auch in die Pensionskasse zahlt, hat dafür die statuarisch festgesetzten Anrechte.
3. Alle Krankenkassenmitglieder müssen auch Pensionskassenmitglieder sein, soweit nicht persönliche Verhältnisse (Krankheit, Alter) dagegen sprechen.
4. Gleiche Beiträge der Arbeiter und der Werksbesitzer.
5. Ansammlung eines Reservefonds sowohl für die Kranken als auch für die Pensionskasse.
6. Einführung der vollen Freizügigkeit unter den Mitgliedern sämtlicher Knappschaftsvereine.
7. Errichtung von Schiedsgerichten.

Abgelehnt wurden dagegen die geheime Wahl der Knappschaftsältesten und die Mindestsätze für Krankengeld und Pensionen. Das aktive und passive Wahlrecht wurde auf die aktiven Kassenmitglieder beschränkt. Den Verbänden lag besonders am passiven Wahlrecht der Berginvaliden, da sie als Knappschaftsälteste weniger als die anderen Bergleute von den Arbeitgebern abhängig waren und daher ihre Forderungen energischer vertraten.

³⁾ Bericht des Polizeipräsidenten Essen vom 24. Januar 1908. — StAD, RD 15934.

⁴⁾ StAM, OPräs. 2849, 10.

Die Verhandlungen um die Knappschaftssatzungen gewinnen dadurch besonderes Interesse, daß hier zum erstenmal direkte Verhandlungen zwischen Vertretern beider Parteien stattfanden, die nach langen Schwierigkeiten durch beiderseitige Zugeständnisse doch zu einem Erfolg der Arbeiter führten. Die Bergarbeiterverbände nahmen indirekt als Verhandlungspartner teil, da die Knappschaftsältesten fast ausschließlich den Organisationen angehörten. Beide Seiten waren ernsthaft um eine Einigung bemüht gewesen. Besonders den Ältesten muß zugestanden werden, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt waren, da es für die Bergleute um entscheidende Lebensfragen ging¹⁾.

2. Stärkung und Ausbau der Bergwerksunternehmer-Organisation

a) Die Gründung von „Gelben Werkvereinen“²⁾

Die große Beteiligung — auch nicht organisierter Arbeiter — am Ausstand 1905 mußte den Arbeitgebern deutlich machen, daß die Macht der Gewerkschaften ständig wuchs. Sie waren daher bestrebt, ihrem weiteren Vordringen innerhalb der Bergarbeiterschaft entgegenzutreten, bevor es dazu zu spät war.

Der Ansatzpunkt für eine „Gegenorganisation“ lag bei den evangelischen Arbeitern, die weder dem Alten Verband noch dem Gewerkverein beitreten wollten.

Am 14. Januar 1906 fand in Essen die konstituierende Versammlung des „Nationalen Bergarbeiterverbandes“ statt. Der neue Verband erstrebte: 1. Das wirtschaftliche und kulturelle Wohl seiner Mitglieder zu fördern, 2. im Gegensatz zur revolutionären Sozialdemokratie eine Sozialreform auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung zu unterstützen, 3. die nationale Gesinnung und Treue zu Kaiser und Reich innerhalb der Bergarbeiterschaft zu pflegen und 4. den wirtschaftlichen Frieden zwischen Arbeitgebern und -nehmern zu fördern³⁾.

An der Versammlung nahmen ungefähr 30 Arbeiter teil. Zumeist waren es evangelische Ostpreußen, die vorher einer anderen Organisation angehört hatten. Der Verband sollte erst am 1. April ins Leben treten, da man die Resonanz unter den Arbeitern abwarten wollte. Inzwischen wurden 10 000 Werbeflugblätter vom Nationalliberalen Verein zur Verfügung gestellt, die sich an alle nationalgesinnten Bergleute wandten und im Sinne obiger vier Punkte gehalten waren⁴⁾.

¹⁾ Soziale Praxis, Jg. 1907/08, Nr. 15, S. 392 ff.

²⁾ Der Name der „Gelben Gewerkschaften“ kommt aus Frankreich. Im Gegensatz zu den sozialistischen Gewerkschaftsrichtungen, deren Abzeichen die rote Heckenrose war, trugen die von ihnen unabhängigen Arbeiter der Creuzot-Werke (in Le Creuzot), die die erste unternehmerfreundliche Arbeiter-Vereinigung gründeten, die gelben Blüten des Ginsters, die dann später Vereinszeichen wurden. (Ebenso druckten sie ihre Flugblätter auf gelbem Papier.) Sie nahmen den Namen „Gelbe Gewerkschaften“ — anfangs ein Spottname — als Ehrentiteln an. — Aus: Michael Gasteiger: Die Gelben Gewerkschaften, ihr Werden und ihr Wesen, München 1909.

³⁾ „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 15. Januar 1906. — StAD, RD 15933.

⁴⁾ Bericht d. Pol.-Komm. Essen vom 28. Februar 1906. — StAD, RD 15933.

Ende des Jahres 1906 gehörten dem Verband 130 Personen an. Eine bemerkenswerte Tätigkeit konnte ihm noch nicht zugesprochen werden¹⁾).

Stärker verbreiteten sich die „Gelben Werkvereine“ erst 1910/11, als auch in anderen Berufsgruppen die werksseitig unterstützten Vereine ins Leben traten.

Der Bezirksverband Essen der „Nationalen Arbeitervereine“ gab ein eigenes Organ heraus, den „Werkverein“. Am Kopf des Blattes standen Devisen, die Ziel und Inhalt der Vereine charakterisieren: „Friede ernährt, Unfrieden zerstört. — Ans Vaterland, ans teure, schließ' dich an. — Durch Sparsamkeit zu Eigentum und Unabhängigkeit²⁾.“

Der Ausbau schritt stetig, wenn auch langsam, voran. Der Hauptausschuß der „Nationalen Arbeitervereine“, dem die Werkvereine zum großen Teil angehörten, stellte am 1. Juli 1912 als sein Ziel heraus, alle wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen zum Kampf gegen die Sozialdemokratie und gewerkschaftlichen Kampforganisationen zusammenzufassen.

In „ehrlichem und friedlichem“ Zusammengehen mit den Arbeitgebern sah er „den besten Weg zur Aufwärtsentwicklung des Arbeiterstandes³⁾.“

Der Bund deutscher Werkvereine wandte sich auch gegen die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, da sie wegen ihrer wiederholten „Waffenbrüderschaft mit der Sozialdemokratie nicht mehr als ein sicheres Bollwerk gegen den Umsturz“ anzusehen seien. Die Werkvereine sollten ihre Aufmerksamkeit den konfessionellen Vereinen zuwenden, damit diese nicht ins „einseitig gewerkschaftliche Fahrwasser“ gerieten⁴⁾.

Die katholischen Arbeitervereine sahen sich daher veranlaßt, zu erklären, daß eine Gemeinschaft mit den „Gelben“ für sie unmöglich sei, dagegen bestände ein enger Kontakt zur christlichen Gewerkschaftsbewegung⁵⁾.

Für die evangelischen Arbeitervereine (München-Gladbacher Richtung) hatte Pfarrer Weber schon 1911 die „gelben“ Werkvereine abgelehnt. Solange sie von den Arbeitgebern abhängig blieben, könnten sie nie zu einer Verständigung der Arbeitgeber und -nehmer beitragen. Die evangelischen Arbeitervereine betrachteten die christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine als die Organisationen, denen es vorbehalten sei, eine Verständigung herbeizuführen, da sie auf nationalem Boden stünden und die bestehende Gesellschaftsordnung trotz mancher berechtigter Kritik anerkannten⁶⁾.

¹⁾ StAD, RD 15934.

²⁾ Jahresbericht des Polizeipräsidenten Essen für 1911. — StAD, RD 15923.

³⁾ StAD, RD 15923.

⁴⁾ „Düsseldorfer Zeitung“ vom 3. Juni 1913. — StAD, RD 15923.

⁵⁾ „Düsseldorfer Tageblatt“ vom 16. Juni 1913. — StAD, RD 15921.

⁶⁾ Aus dem Bericht über die „Evangelische Arbeitervereinssache“ für 1910/11. — Bericht des Polizeipräsidenten Bochum vom 2. Oktober 1911. — StAD, RD 15923.

Obgleich die Werkvereinsbewegung bis zum Kriege weiter wuchs¹⁾, hat sie im Ruhrgebiet in der Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Unternehmern keine Rolle mehr gespielt. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß sich die Vereine, wie der Name „Werkverein“ schon besagt, auf einige Werke (vornehmlich der Grobeisen- und Hüttenindustrie) beschränkten. Von den 109 rheinisch-westfälischen Vereinen im Jahre 1911 bestanden 37 in Essen²⁾, 28 in Bochum, 10 in Dortmund, die anderen aber außerhalb des eigentlichen Ruhrgebiets³⁾.

Ob man aus der Tatsache, daß sowohl der Alte Verband als auch der Christliche Gewerkverein seit 1909/10 kaum noch neue Mitglieder gewannen⁴⁾, folgern muß, daß sich die „Gelben“ doch bemerkbar machten, ist eine Frage, die hier nicht beantwortet werden kann.

b) Der Zechenverband und der Zentralarbeitsnachweis

In der Änderung der Satzung des Christlichen Gewerkvereins der Bergarbeiter im Sommer 1905 sahen die Bergwerksunternehmer ein Zeichen, daß der Gewerkverein immer stärker in den klassenkämpferischen Kurs des Alten Verbandes einschwenken würde und dadurch die Gefahr, die dem Bergbau von den Gewerkschaften drohte, noch größer werden würde.

Um die Abwehrfront der Bergwerksunternehmer zu stärken, erteilte der Vorstand des Bergbaulichen Vereins dem Geschäftsführer am 11. Juli 1905 den Auftrag, einen Plan zu einem Arbeitgeberverband und einem zentralen Arbeitsnachweis für das ganze Revier auszuarbeiten. Die Anregung kam aus Kreisen des seit 1890 bestehenden Ausstand-Versicherungsverbandes, dem nicht alle Syndikatszechen angehörten⁵⁾.

Solche Bestrebungen sind nicht allein aus den besonderen Bedürfnissen der Bergwerksbesitzer des Ruhrgebiets zu erklären. Fast in allen Industrien schlossen sich die Unternehmer zusammen und errichteten eine zentrale Arbeitsvermittlung⁶⁾.

¹⁾ Die Zahl der Werkvereine im Ruhrrevier betrug 1909: 1, 1910: 6, 1911: 38, 1912: 109. Die Vereine schlossen sich in Bezirksverbänden zusammen und bildeten einen Provinzialausschuß. Über die Mitgliederzahlen wurde nichts bekannt. Die 38 Vereine im Jahre 1911 sollen rund 15000 Mitglieder gehabt haben. — Soziale Praxis, Jg. 22 (1912/13), Nr. 22, S. 661 f.

²⁾ Zum Beispiel bestanden bei den Kruppschen Werken in Essen und dem „Bochumer Verein“ mehrere Werkvereine.

³⁾ Soziale Praxis, Jg. 21 (1911/12), Nr. 24, S. 752 ff.

⁴⁾ Vgl. Tabelle 7 im Anhang.

⁵⁾ Auf der Generalversammlung des „Vereins für Sozialpolitik“ im September 1905 sprach das Vorstandsmitglied des Bergbaulichen Vereins, Emil Kirdorf, die Hoffnung aus, daß sich die Arbeitgeber in allen Berufen enger zusammenschließen möchten. Als „Mann der Front“ könnte er nur sagen, daß er das Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen immer ablehnen würde, denn es bestünde dadurch nicht mehr Hoffnung auf Ruhe. Im Gegenteil, der Kampf würde immer schärfer werden, denn es ginge um die Herrschaft, das hieße aber um das Gedeihen der deutschen Industrie. — Osthold: S. 2 ff.

⁶⁾ Der Streik der Seidenweber in Crimmitschau im August 1903 hatte die Gründung vieler Arbeitgeberverbände in allen Industrien zur Folge. — Handbuch der Staatswiss., 3. Auflage, Bd. 3, S. 945.

Aus dem Ausstand-Versicherungsverband wurde der „Zechenverband“ entwickelt, dessen konstituierende Versammlung im Jahre 1908 stattfand. Im Oktober nahm die Hauptversammlung die Statuten an. Der Vorsitzende Kleine führte aus, daß man „bei der heutigen sozialen Richtung“ fast die ganze öffentliche Meinung und die Presse gegen sich habe, wodurch leicht die Staatsregierung beeinflußt werde. Ein um so engerer Zusammenschluß sei daher geboten. Ziel des Zechenverbandes sei es, den zunehmenden Druck der Gewerkschaften und der öffentlichen Sozialpolitik abzuwehren und die auf dem Arbeitsmarkt herrschenden Mißstände abzustellen¹⁾.

Mitglied konnten nur Zechen werden, die dem Bergbaulichen Verein angehörten. Die Vorstandsmitglieder des Bergbaulichen Vereins übernahmen gleichzeitig den Vorsitz im Zechenverband. Als Beitrag zahlten die Mitgliedzechen für jeden Belegschaftsangehörigen jährlich 1 Mark. Dafür erhielten sie bei Ausfällen durch unverschuldete Streiks eine Entschädigung, wenn mindestens ein Drittel der Belegschaft die Arbeit niedergelegt hatte. (Die Entschädigung kam nicht in Betracht im Fall eines Generalstreiks.)

Gegen Streikende wurde eine vierteljährliche Totalsperre verhängt; keine Zeche durfte einen Arbeiter annehmen, der während eines Streiks auf einer anderen Zeche abgelegt worden war. Arbeiter, die unter Kontraktbruch die Arbeit aufgaben, durften 6 Monate lang nicht angelegt werden²⁾.

Besonders gegen diese Bestimmungen der Zechenverbandssatzung erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Die Bergarbeiter wurden von der Presse, soweit sie der Großindustrie nicht nahestand, unterstützt. Die Organisationen richteten Eingaben an den Reichstag, um gegen die „ungesetzlichen Praktiken“ der Unternehmer Abhilfe zu fordern³⁾.

Am 4. und 10. November 1908 verhandelte der Reichstag über die Zwangsaussperrung. Sachse, der Vorsitzende des Alten Verbandes, legte sogenannte „Schwarze Listen“ mit Namen von rund 5000 Bergleuten vor, die durch den Zechenverband ausgesperrt bleiben sollten. Das Zentrum und der Freisinn traten für die Arbeiterbelange ein. Den Arbeitgebern nahestehende Abgeordnete behaupteten, daß sich die Sperre nur gegen den überhand nehmenden Belegschaftswechsel richte und nicht gegen bestimmte politisch unerwünschte Arbeiter. Die Regierung erkannte das Vorgehen der Zechen als berechtigt an⁴⁾.

Als einen neuen Eingriff in ihr „Hausrecht“ betrachteten die Zechenbesitzer die Berggesetznovelle vom Jahre 1909.

¹⁾ Vgl. Osthold: S 5 ff.

²⁾ Die Verbandszechen wurden angewiesen, diese Bestimmung jedem neu einzustellenden Arbeiter mitzuteilen. — Glückauf, Jg. 1909, Nr. 19, S. 675.

³⁾ StAM, OPräs. 2849, 10.

⁴⁾ In einem Entscheid des Amtsgerichts Essen wurde der § 8, 2 (sechsmonatliche Kontraktbruchssperre) freilich als eine wider die guten Sitten verstoßende Vereinbarung bezeichnet. Sie verträge sich nicht mit den allgemeingültigen Anschauungen von Recht und Billigkeit, Schuld und Sühne, da die Strafe in keinem Verhältnis zur Straftat stünde. — StAM, OPräs. 2849, 10.

Sie wurde letztlich veranlaßt durch das Grubenunglück auf der Zeche „Radbod“, durch das am 12. November 1908 344 Bergleute den Tod gefunden hatten.

Die Erregung in der Öffentlichkeit kam den Bergarbeitern zu Hilfe. Ihre alte Forderung nach Arbeiterkontrolleuren (Sicherheitsmännern) in den Gruben wurde von der Mehrheit des Reichstages wie des preußischen Abgeordnetenhauses unterstützt. Der Minister für Handel und Gewerbe war bereit, diesem Verlangen nachzukommen.

Dagegen wandten sich die Unternehmer und die technischen Beamten des Bergbaus entschieden gegen die Einführung der Sicherheitsmänner. Sie sahen in ihnen nur eine neue Möglichkeit der Sozialdemokratie, ihre „Wählerarbeit“ in die Belegschaften zu tragen¹⁾.

In einer Besprechung über die geplante Novelle zum Berggesetz, die Vertreter aller Bergbaulichen Vereine Deutschlands am 6. September 1909 in Berlin abhielten, legten die Werksbesitzer ihren Standpunkt dar. Sie protestierten dagegen, daß der Minister Delbrück sie gleichzeitig mit zwei Arbeitervertretern (Knappschaftsältesten) zu Verhandlungen über den Gesetzentwurf eingeladen hätte. Sie könnten sich in Gegenwart der Arbeiter nicht frei aussprechen.

Die Absicht der Regierung, auf den Zechen Sicherheitsmänner wählen zu lassen, bezeichnete man als den „ersten gefährlichen Schritt in den sozialen Staat hinein“. Die Sicherheitsmänner würden alle „waschechte Sozialdemokraten“ sein, doch könne man das dem Minister nicht in Anwesenheit von Arbeitervertretern, die bestimmt Sozialdemokraten seien, anvertrauen. Einige der Anwesenden schlugen vor, es abzulehnen, mit dem Minister zu verhandeln, da er ihnen „Arm in Arm mit der Sozialdemokratie ein solches Gesetz“ präsentiere. Die letzte Hoffnung sei auf das Herrenhaus zu setzen, da es dem „Herrenstandpunkt“ der Unternehmer Verständnis entgegenbringen würde²⁾.

Trotz aller Proteste des Bergbaulichen Vereins wurde das Gesetz angenommen und durchgeführt³⁾. Auf allen Zechen wurden Sicherheitsmänner eingesetzt, die berechtigt waren, die Grubenbaue regelmäßig zu befahren, und die Aufgabe hatten, jede Unregelmäßigkeit im Untertagebetriebe, die die allgemeine Sicherheit gefährden könnte, sofort zu melden.

Wenn die Novelle auch nicht ganz den Arbeiterwünschen entsprach, so brachte sie doch eine Erweiterung des Einflusses der Arbeiter — und damit der Organisationen — innerhalb des Betriebes.

Ein neuer Konfliktstoff entstand, als die Hauptversammlung des Zechenverbandes im Oktober 1909 beschloß, vom 1. Januar 1910 an für den ganzen Oberbergamtsbezirk Dortmund einen zentral gelenkten Arbeitsnachweis einzuführen. Es ging dabei um die Beherrschung des Arbeitsmarktes in Konkurrenz zu

¹⁾ Soziale Praxis, Jg. 18 (1908/09), Nr. 8, S. 190.

²⁾ Protokoll der Sitzung vom 6. September 1909. — StAD, RD 15934.

³⁾ Glückauf, Jg. 1909, Nr. 33, S. 1187 ff.

den Gewerkschaften, die den paritätischen Arbeitsnachweis seit Jahren verlangten. Der Zechenverband, der den Arbeitsnachweis finanzierte, wollte die Kontrolle über den Zu- und Abgang der Arbeiter gewinnen¹⁾.

Die Organisationen veranstalteten Protestkundgebungen. Am 18. Oktober baten die vier Verbände den Minister für Handel und Gewerbe um Schutz gegen die einseitige Handlungsweise des Zechenverbandes. Sie befürchteten, der Arbeitsnachweis könnte besonders gegen ihre Vertrauensleute und Agitatoren mißbraucht werden²⁾. Die Antwort des Ministers lautete dahin, daß der Beschluß des Zechenverbandes im Einklang mit den Gesetzen stehe und daher alle Proteste unbegründet seien³⁾.

Auf Interpellationen des Zentrums und der Sozialdemokratie im Reichstag gab die Regierung kund, daß sie paritätische Arbeitsnachweise bei dem herrschenden Verhältnis zwischen Arbeitgebern und -nehmern für illusorisch halte und daher auch keine reichsgesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises plane. Eine gesetzliche oder verwaltungstechnische Handhabe gegen die Arbeitsnachweise habe sie nicht, und diese liege auch nicht in ihrer Absicht⁴⁾.

Die Arbeiterorganisationen fuhrten fort, den „Zwangsarbeitsnachweis“ zu bekämpfen. Die vom Zechenverband zugesagten Einschränkungen (die strafweise Aussperrung sollte nur noch 14 Tage dauern⁵⁾) reichten nicht aus, um ihr Mißtrauen zu beseitigen.

In einem Aufruf vom 28. Dezember 1909 wurde vor einem Streik, den man „bis zu einer günstigeren Zeit“ verschieben müßte, gewarnt. Doch der Kampf gegen die „Vergewaltigung der Arbeiterinteressen“ ginge weiter. Deshalb solle jeder die Organisationen unterstützen⁶⁾.

Am 4. Januar 1910 nahm der Arbeitsnachweis seine Tätigkeit in 16 Nachweistellen (Hauptstelle in Essen) unter der Leitung erfahrener Zechenbeamten auf⁷⁾.

¹⁾ StAD, RD 15934; vgl. die Tabelle über den Belegschaftswechsel auf S. 24.

²⁾ Der Zechenverband versprach daraufhin in einer öffentlichen Erklärung, das Koalitionsrecht und die Freizügigkeit der Arbeiter nicht anzutasten. — Bericht des Polizeipräsidenten Essen vom 20. Oktober 1909. — StAD, RD 15934.

³⁾ Die „Kölnische Volkszeitung“ schrieb zur Antwort des Ministers, daß die Arbeiter nun ganz schutzlos geworden seien. Das Vertrauen der Regierung in die Loyalität des Zechenverbandes sei „ein Hohn“. Daß der einseitige Arbeitsnachweis eher zum Vertrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beitragen werde, glaube der Minister wohl selbst nicht. — StAD, RD 15934.

⁴⁾ „Düsseldorfer Zeitung“ vom 3. und 16. Dezember 1909. — StAD, RD 15934.

⁵⁾ Die Auswirkung dieser Maßregel war erstaunlich: während zur Zeit der sechsmonatigen Sperre die Zahl der jährlichen Kontraktbrüche bei 4000 bis 5000 gelegen hatte, stieg sie nach der Gründung des Arbeitsnachweises wieder an und betrug 1910: 10661, 1911: 14991, 1912: 16579, 1913: 23844 und 1914: 19417 (Rückgang infolge des Krieges). — Osthold: S. 68.

⁶⁾ StAD, RD 15935. — Die Organisationen verbanden wieder die allgemeinen Belange der Arbeiter mit der Werbung für die Gewerkschaften. Von einem Streik hatten die Arbeiterführer abgesehen, da infolge der schlechten Konjunktur die Kohlenläger gefüllt waren und daher selbst ein wochenlanger Ausstand zwecklos gewesen wäre. (Bergarbeiterzeitung vom 8. Januar 1910.)

⁷⁾ „Kölnische Zeitung“ vom 6. Januar 1910. — StAD, RD 15935.

In den ersten Monaten seines Bestehens brachte die Arbeiterpresse häufig Berichte, in denen behauptet wurde, der Arbeitsnachweis mißachte die Interessen der Ruhrbergleute, indem alte Bergarbeiter des Reviers von den Nachweisen mit der Begründung abgewiesen würden, es sei keine Arbeit vorhanden. Dagegen würden im Ausland und in den Ostprovinzen neue Arbeitskräfte angeworben¹⁾).

Von einer anhaltenden „Erregung“ der Bergleute wegen des Arbeitsnachweises durch den Zechenverband war aber in keinem Bericht die Rede. Es zeigte sich im Laufe der Zeit, daß der Zechenverband um eine gerechte Handhabung der Arbeitsvermittlung bemüht war²⁾).

3. Der Lohnstreik des „Dreibundes“ 1912³⁾

Der allgemeine Konjunkturrückgang im Jahre 1908 machte sich seit Jahresende auch im Ruhrbergbau bemerkbar, da die Nachfrage bei der Eisen- und Stahlindustrie nachließ.

Für die Bergarbeiter waren damit vermehrte Feierschichten verbunden, die auch 1909 anhielten. Hinzu kam, daß die Löhne seit Anfang 1908 sanken⁴⁾, obgleich die Kohlenpreise des Syndikats erst am 1. April 1909 herabgesetzt wurden. Die rückläufige Bewegung kam 1910 zum Stillstand. Der Kohlenabsatz stieg langsam wieder an⁵⁾.

Der Alte Verband richtete im Herbst 1910 an die anderen Verbände die Einladung, ein gemeinsames Vorgehen in der Lohnfrage zu vereinbaren. Der Christliche Gewerkverein lehnte mit der Begründung ab, daß dem Alten Verband an einem ehrlichen Zusammengehen nicht gelegen sein könne, sondern nur an einer Ausschaltung der Konkurrenzverbände. Noch nach der Einladung sei der Gewerkverein in der Bergarbeiterzeitung beschimpft worden⁶⁾.

¹⁾ Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 21. Februar 1910 meldete, daß in den ersten 6 Wochen des Arbeitsnachweises etwa 20000 Arbeiter überwiesen wurden, „darunter allerdings eine große Anzahl von neuen Arbeitern“. Dadurch wurde die Meldung der Arbeiterpresse bestätigt. — StAD, RD 15935.

²⁾ Aus den Statistiken des Arbeitsnachweises ergab sich, daß nur etwa 50% der Zu- und Abgänge von Zeche zu Zeche wechselnde Arbeiter, die anderen 50% dagegen Arbeiter waren, die von oder in einen anderen Beruf hinüberwechselten. Es zeigte sich ferner, daß rund ein Drittel aller Abgewanderten später wieder in den Bergbau zurückkehrte. — Osthold: S. 69.

³⁾ „Dreibund“ wurde die Gemeinschaft der drei streikenden Gewerkschaften, Alter Verband, Gewerkverein Hirsch-Duncker und polnische Berufsvereinigung, genannt.

⁴⁾ Vgl. die Lohnstatistik im Anhang.

⁵⁾ Jahresbericht der Handelskammer Essen für 1910.

⁶⁾ Bei dem örtlichen Streik auf der Zeche „Lukas“ im November 1910 verbot der Gewerkverein seinen Mitgliedern die Teilnahme unter Androhung des Ausschlusses aus dem Verband. Das rief die Kritik der Bergarbeiterzeitung hervor. „Der Verrat des Schwarz-gelben Gewerkvereins . . .“, S. 18.

Die Forderungen der drei anderen Organisationen wurden vom Zechenverband abgelehnt. Auch die Eingabe des Gewerkvereins hatte keinen Erfolg. Trotzdem verhielten sich die Verbände ruhig, da die Bergarbeiter nicht geneigt schienen, in eine Lohnbewegung einzutreten¹⁾.

Im Oktober 1911 fand eine gemeinsame Sitzung der vier Bergarbeitergewerkschaften statt, zu der der Gewerkverein Hirsch-Duncker eingeladen hatte²⁾. Hue, der an der Konferenz der englischen „Miners Federation“ teilgenommen hatte, berichtete, die englischen Bergarbeiter würden aller Voraussicht nach im Frühjahr 1912 in den Generalstreik treten³⁾. Dadurch seien auch hier die Aussichten für eine Lohnbewegung sehr verbessert, weil die Kohleneinfuhr aus England dann ausbleiben würde. Ein Vertreter des Gewerkvereins wandte ein, daß ein englischer Streik sich nicht günstig auswirken würde, da die Werksbesitzer dann nicht Gefahr liefen, ihre Auslandsmärkte an die englische Konkurrenz zu verlieren. Die Delegierten des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter sprachen sich gegen eine Lohnbewegung aus. Die internationale politische Lage sei unsicher und die Reichstagswahlen stünden bevor⁴⁾. Daraufhin sahen auch die anderen Verbände von weiteren Schritten ab. Einstimmig sprach man sich dahin aus, daß die Löhne angesichts der Teuerung zu niedrig seien und die Zechen auf Grund der Betriebsergebnisse höhere Löhne zahlen könnten.

Die Reichstagswahl vom Januar 1912 nahm das ganze Interesse der Gewerkschaften in Anspruch. Obgleich es der Sozialdemokratie gelang, in allen Wahlkreisen des Reviers ihre Stimmenzahl zu erhöhen, verlor sie gegen das Stichwahlbündnis von Zentrum und Nationalliberalen die Mandate in Bochum (Hue!) und Duisburg an die Nationalliberalen⁵⁾.

Nach der Reichstagswahl trafen die Arbeiterführer am 5. Februar wieder zusammen. Der Alte Verband wollte Lohnerhöhung, Abschaffung des Arbeitsnachweises, die Achtstundenschicht und Knappschaftsverbesserungen fordern. Die Delegierten des Christlichen Gewerkvereins erklärten, an der Beratung des ersten Punktes nicht teilnehmen zu können, da ihr Verband dazu keine Befugnis erteilt habe, um abzuwarten, ob die angekündigte Lohnerhöhung eintreten

¹⁾ StAD, RD 15939.

²⁾ Der Christliche Gewerkverein bezeichnete die Einladung später als Anmaßung, da der Gewerkverein Hirsch-Duncker nur etwa 2000 Mitglieder im Revier zählte. Es war dies aber wohl ein taktischer Schritt, um den Christlichen Gewerkverein an den Beratungen zu beteiligen. Hätte der Alte Verband eingeladen, wäre vielleicht wie im Vorjahr eine Absage erfolgt.

³⁾ Der „Düsseldorfer Generalanzeiger“ vom 11. Januar 1912 meldete, daß zwischen den Bergarbeiterverbänden eine internationale Abmachung bestehe, gemeinsam mit den Engländern in den Ausstand zu treten. Der Polizeipräsident Essen bezeichnete diese Meldung am 15. Januar als unwahr. Sie sei in England aus taktischen Gründen verbreitet, aber auch von englischen Bergarbeiterführern schon dementiert worden. — StAD, RD 15939.

⁴⁾ Imbusch: Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet 1912, S. 14 ff.

⁵⁾ Vgl. die Reichstagswahlergebnisse in der Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 250 (1913), S. 4.

werde¹⁾. Sachse wies wieder auf die günstige Lage infolge des belgischen Bergarbeiterstreiks und des bevorstehenden englischen Ausstandes hin. Die Gewerkevereinsführer wollten darüber in keine Besprechung eintreten, da ihre Ansicht über ein internationales Vorgehen von der der anderen Verbände abwicke. Sachse brach dann die Sitzung ab. Die Delegierten des Alten Verbandes, des Gewerkevereins Hirsch-Duncker und des polnischen Verbandes einigten sich anschließend auf eine Eingabe an den Bergbaulichen Verein und den Zechenverband, in der um eine allgemeine Lohnerhöhung gebeten wurde²⁾.

In seiner Antwort teilte der Zechenverband mit, daß er aus „wiederholt dargelegten Gründen in Lohnfragen nicht zuständig“ sei. Er wies aber auf die zum Teil schon erfolgten, sonst unmittelbar bevorstehenden Erhöhungen der Schichtlöhne hin. Bei anhaltend starker Beschäftigung der Industrie würden die übrigen Löhne sicher auch steigen³⁾. Der Zechenverband ging also keine feste Bindung ein, sondern sprach lediglich von Erhöhungen, die bei anhaltender Konjunktur vorauszusehen seien.

Am 19. Februar sandte der „Dreibund“ erweiterte Forderungen an die einzelnen Zechenverwaltungen. (15% Lohnzuschlag für alle Arbeiter, Neuregelung der Lohnauszahlung, Achtstundenschicht, Umwandlung des Arbeitsnachweises in einen paritätischen, Einrichtung paritätischer Schiedsgerichte⁴⁾.)

Die Forderungen hatten außer dem ersten Punkt mit der Lohnbewegung nichts zu tun. Da auch der Dreibund sich sagen mußte, daß sie nicht angenommen würden, arbeitete er also direkt auf einen Ausstand hin. In einem Flugblatt wurden die Bergleute ermahnt, sich auf einen Kampf vorzubereiten⁵⁾. Es schloß mit den Worten: „Kommt alle zusammen, Kameraden, damit, wenn der bittere Kampf um das Brot durchgefochten werden muß, dann die Unternehmer ein tapferes Bergmannsgeschlecht vorfinden.“

Der Christliche Gewerkeverein antwortete mit einem Flugblatt, in welchem er den Dreibund beschuldigte, einen Sympathiestreik für die Engländer anzuzetteln. Der Dreibund sei ein willenloses Werkzeug „in den Händen sozialdemokratischer Parteimänner und Anarchos“, die mit allen Mitteln den Ausstand wollten. Auch der Gewerkeverein sei für eine Aufbesserung der Löhne, doch dürfe das nicht für

¹⁾ Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hatte am 2. Februar eine Notiz gebracht, laut welcher „bei den Zechenorganisationen ernstliche Erwägungen“ schweben sollten, in Anbetracht der besseren Konjunktur und der Kohlenpreiserhöhung ab 1. April auch eine „generelle Erhöhung der Bergarbeiterlöhne ab 1. März oder 1. April eintreten zu lassen“. Die Führer des Christlichen Gewerkevereins vertrauten auf diese Meldung, obgleich sie in der „Kölnischen Zeitung“ als „völlig unbegründet“ dementiert worden war und obgleich die Führer nach ihren bisherigen Erfahrungen wissen mußten, daß der Bergbauliche Verein wie der Zechenverband sich immer als in Lohnfragen unzuständig erklärt hatten, da das eine Angelegenheit der einzelnen Zechen sei. — StAD, RD 15939.

²⁾ Bericht des Polizeipräsidenten Essen vom 7. Februar 1912. — StAD, RD 15939.

³⁾ Bericht des Polizeipräsidenten Essen vom 13. Februar 1912. — StAD, RD 15939.

⁴⁾ StAD, RD 15939.

⁵⁾ Flugblatt: „Ruhrbergmann, höre!“ — StAD, RD 15939.

den Preis einer Schädigung der deutschen Industrie und ihrer Arbeiter geschehen, wie es zweifellos durch das Verhalten des Dreibundes eintreten müsse¹⁾).

Der Dreibund begann eine rege Versammlungstätigkeit, doch geht aus den Berichten hervor, daß unter den Arbeitern zunächst weder Erregung noch Streiklust festzustellen war²⁾). Den Reden ist zu entnehmen, daß es vor allem die günstige Situation war, die die Gewerkschaftsführer bewog, die Bewegung zu diesem Zeitpunkt voranzutreiben. Sie glaubten, die Arbeiter würden kein Verständnis dafür haben, wenn sie jetzt nicht durchzusetzen versuchten, was sie in den vorangehenden Jahren immer vergebens verlangt hatten.

In seiner Generalversammlung am 3. März 1912 begründete der Gewerkverein noch einmal, weshalb er das Vorgehen des Dreibundes ablehnte. Wenn der Gewerkverein sich an der Bewegung beteiligen würde, sei seine Freiheit verloren und die Bergarbeiter würden nur noch von der Sozialdemokratie beherrscht werden. Dem Alten Verband ginge es weniger um die Lohnfrage als um die Vernichtung des Gewerkvereins. Die Scheidung in der augenblicklichen Situation sei daher notwendig, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß der Kampf um die „christliche Weltanschauung“ geführt werde³⁾).

Der Minister für Handel und Gewerbe versuchte die Bergarbeiterführer in einer Unterredung am 7. März zu bewegen, noch einmal über die Arbeiterausschüsse an die Zechenverwaltungen heranzutreten, um die Differenzen friedlich beizulegen⁴⁾. Doch die Bezirksmännerversammlung vom gleichen Tage hatte schon beschlossen, der Revierkonferenz vorzuschlagen, am 11. März den allgemeinen Ausstand zu beginnen. Die Zechenverwaltungen hatten die Arbeiterforderungen abschlägig beschieden und den Arbeiterausschüssen das Recht aberkannt, in diesen Fragen zu verhandeln⁵⁾).

Die Streikproklamation vom 10. März fand auf den Versammlungen des Dreibundes lebhafteste Zustimmung⁶⁾).

Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter wandte sich gegen die Teilnahme am Streik. Er forderte seine Mitglieder auf, die Arbeit fortzusetzen und sich durch Drohungen nicht einschüchtern zu lassen⁷⁾).

¹⁾ Flugblatt: „Zur Lohnfrage im Ruhrgebiet“. — StAD, RD 15939.

²⁾ Bericht des Polizeipräsidenten Essen vom 27. Februar 1912. Auf Grund der Agitation des Dreibundes wuchs die Streikstimmung in den nächsten beiden Wochen zusehends an. — Bericht des Polizeipräsidenten Essen vom 6. März 1912. — StAD, RD 15939.

³⁾ Bericht über die Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter vom 6. März 1912. — StAD, RD 15939.

⁴⁾ „Der Verrat . . .“, S. 38. — Hue schrieb über diese Unterredung, daß der Minister sich nur habe orientieren wollen. Seinen Vorschlag, die Ausschüsse sollten sich um Verhandlungen an die Zechen wenden, hätten die Vertreter des Dreibundes abgelehnt. Falls die Zechen von sich aus zum Verhandeln bereit wären, würden sie aber dazu bereit gewesen sein. — Hue: 2. Bd., S. 711.

⁵⁾ Bericht des Polizeipräsidenten Essen vom 8. März 1912. — StAD, RD 15939.

⁶⁾ Von 615 Delegierten der Revierkonferenz in Herne stimmten 507 für, 74 gegen den Streik, 34 enthielten sich der Stimme. — Telegramm des Polizeipräsidenten Essen vom 10. März 1912. — StAD, RD 15939.

⁷⁾ In einem Flugblatt hieß es: „Arge Wunden der Industrie“ und „Schädigung des Mittelstandes“ seien Grund genug, nicht zu streiken! — StAD, RD 15939.

Am 11. März legte mit einem Schlag ein großer Teil der Belegschaften die Arbeit nieder, worin zweifellos ein Fortschritt der gewerkschaftlichen Disziplin und Organisation zu erkennen ist. Die meisten Bergarbeiter beteiligten sich in den Bergrevieren, in denen der Alte Verband am stärksten vertreten war: Dortmund I, II und III, Recklinghausen Ost und West, Duisburg, Herne, Witten und Gelsenkirchen¹⁾.

Gleich am 11. und 12. März gingen bei den Behörden Telegramme ein, die über Zusammenstöße zwischen Streikposten und Arbeitswilligen berichteten. Gegen Ansammlungen von Streikenden vor den Zechentoren hätte die Polizei mit blanker Waffe vorgehen müssen. Der Zechenverband meldete täglich, daß Arbeitswillige belästigt worden seien²⁾.

Wiederholt richtete der Vorstand des Christlichen Gewerkvereins Beschwerden an den Minister des Innern, in denen er sich über den unzureichenden Schutz der Arbeitswilligen beklagte. Falls die Polizei die Sicherheit nicht gewährleisten könne, verlange er den Einsatz von Militär³⁾. Andererseits beklagte sich der Dreibund über Eingriffe der Polizei⁴⁾.

Die nichtsozialistische Presse stand fast einhellig auf seiten der Arbeitswilligen und der Zechen. Sie brachte täglich Berichte über Ausschreitungen der Streikenden⁵⁾.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ beteiligte sich diesmal nicht an der Berichterstattung über Zwischenfälle. Sie begründete das damit, daß die Nachprüfung der Meldungen durch die Behörden „in zahlreichen Fällen“ ergeben hätte, die Zwischenfälle seien „entweder unwahr oder weitaus übertrieben“ worden⁶⁾.

¹⁾ Jüngst: Der Ausstand der Ruhrbergarbeiter in statistischer Darstellung. — Glückauf, Jg. 1912, Nr. 26, S. 1044 ff. — Vgl. dazu die Tabellen 12 und 12a im Anhang.

²⁾ Ein Bergmann Bodden der Zeche „Neuessen“ richtete ein Telegramm an den Kaiser mit der Bitte um Schutz für die Arbeitswilligen. Seine Vernehmung durch die Polizei ergab, daß ihm sein Betriebsführer den Text vorgeschrieben hatte, den er dann unterzeichnete. Der Betriebsführer schien auch auf höhere Anweisung gehandelt zu haben. — Aus dem Vernehmungsprotokoll vom 18./19. März 1912. — StAD, RD 15939.

³⁾ StAD, RD 15943.

⁴⁾ Telegramm an den Reichskanzler vom 13. März 1912. — StAD, RD 15939.

⁵⁾ Der Polizeipräsident Essen berichtete dazu am 16. März, daß ernstliche Klagen von Arbeitswilligen über Belästigungen nicht vorlägen. Schriftliche Entschuldigungen von Arbeitern bei den Zechen, sie könnten wegen Bedrohung durch Streikende nicht kommen, seien nicht überzeugend. Zu oft täten die Arbeiter das, um auf beiden Seiten nicht Anstoß zu erregen. Die Zechen nähmen jede Art von Beschwerden ungeprüft entgegen, um die Regierung zu veranlassen, Militär heranzuziehen. Die Polizeiverwaltung Essen hätte bis zum 15. März 30 Fälle geprüft, in denen die Angaben der Zechen oder des Zechenverbandes falsch oder übertrieben worden seien. — StAD, RD 15943.

Nur im Kreise Dortmund und Hamm wurde auf besonderes Ersuchen des Regierungspräsidenten Arnsberg Militär eingesetzt. — StAD, RD 15946.

⁶⁾ Ausgabe vom 15. März 1912. — StAD, RD 15943.

Die „besonnene Haltung des Christlichen Gewerkvereins“ wurde gelobt¹⁾ Viele Zeitungen wiesen darauf hin, daß sich der Gewerkverein ein großes Verdienst in der Abwehr der Sozialdemokratie erworben habe.

Die klare Ablehnung des Streiks durch den Christlichen Gewerkverein wurde durch verschiedene Faktoren bestimmt: In erster Linie war es der Wille, der Öffentlichkeit und besonders dem Zentrum zu zeigen, daß der Gewerkverein durchaus eigenständig handeln könne und keineswegs im Schlepptau des Alten Verbandes mitgehe — wie die beiden anderen Verbände. Der kurzfristige Abbruch des Streiks bewies dann auch, daß es nicht möglich war, im Ruhrgebiet ohne den Gewerkverein wirksam gegen die Unternehmer vorzugehen²⁾. Die Führer des christlichen Verbandes fürchteten, ihr Einfluß unter den Bergleuten würde verlorengehen, falls sie sich am Streik beteiligten. Sie wollten jede Gemeinschaft mit den Sozialisten vermeiden. Der „Bergknappe“, das Organ des Gewerkvereins, schrieb in diesem Zusammenhang Ende Februar 1912 (also noch vor dem Streik), ebenso wichtig wie die persönliche Freiheit gegenüber dem Kapital sei die Abschüttelung des Sozialismus³⁾.

Neben diesen durch die ganze Geschichte der Bergarbeiterbewegung gehenden Momenten traten aber noch andere in den Vordergrund, nämlich die nationalen Belange.

Seit 1910 tauchte in Versammlungen und in der Presse der Name „Christlich-Nationaler Gewerkverein“ auf. Durch diese Bezeichnung wollte er gegenüber der „internationalen“ Sozialdemokratie eine klare Scheidung — besonders in den Augen der Bergarbeiter — herbeiführen. Aber diese optische Wirkung war es nicht allein. Schon vor dem Streik hatten sich die Vertreter des Gewerkvereins mehrfach auf nationale Interessen berufen, die wahrzunehmen ihre Pflicht sei. Während der Marokkokrise 1911 erließ der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften zusammen mit den Nationalen Arbeitervereinen einen Aufruf, in der Stunde der Gefahr Ansehen und Ehre des Vaterlandes zu verteidigen⁴⁾.

Vor Streikbeginn wurde in Gewerkvereinsversammlungen darauf hingewiesen, daß ein allgemeiner Ausstand zu einer „ungemessenen Schädigung der deutschen Industrie“ führen könne, für die gerade eine günstige Konjunktur begonnen habe⁵⁾. Das ging sogar so weit, daß ein Redner auf einer Versammlung erklärte, der Streik sei falsch, da wegen des englischen Bergarbeiterausstandes die Mög-

¹⁾ „Kuxenzeitung“ vom 13. März 1912. — StAD, RD 15939.

²⁾ Giesberts in der „Tremonia“ vom 21. März 1912.

³⁾ „Tremonia“ vom 28. Februar 1912. — Imbusch hatte auf der Generalversammlung des Christlichen Gewerkvereins erklärt, der Gewerkverein sei zwar für die politische Neutralität, der Sozialdemokratie gegenüber könne man aber niemals neutral sein. („Tremonia“ vom 14. Juli 1911.)

⁴⁾ „Tremonia“ vom 8. November 1911.

⁵⁾ „Tremonia“ vom 7. März 1912. — Giesberts schrieb nach dem Streik, der christliche Verband hätte die deutsche Wirtschaft durch seine Haltung vor schweren Erschütterungen bewahrt. — „Tremonia“ vom 21. März 1912.

lichkeit bestehe, die Deutschland einmal verlorengegangenen Absatzgebiete wieder zurückzugewinnen¹⁾).

Ganz in diesem Sinne erklärte der christlich-soziale Abgeordnete Behrens in der Reichstagsdebatte über die Zentrumsinterpellation zum Bergarbeiterstreik, der Christliche Gewerkverein habe seinen Standpunkt im Interesse der deutschen Volkswirtschaft eingenommen²⁾).

Auch gegenüber den Arbeitgebern änderte der Gewerkverein seine Haltung. Der „Bergknappe“ vom 3. Dezember 1911 schrieb in einem Leitartikel³⁾, Arbeitgeber und -nehmer dürften im Streit um den Ausgleich der entgegengesetzten Interessen in Zukunft weniger als bisher das Gemeinsame vergessen, wollten sie sich nicht gegenseitig schädigen und der deutschen Wirtschaft große Verluste zufügen.

Wieweit diese Haltung des christlichen Verbandes durch das Zentrum beeinflusst worden ist, läßt sich nicht feststellen. In der sozialdemokratischen Presse und im Anschluß daran in der „Frankfurter Zeitung“ wurde behauptet, das Zentrum habe mit dem Gewerkverein ein Übereinkommen getroffen, sich unter keinen Umständen am Streik zu beteiligen. Wenn sich dies auch nicht nachweisen läßt, so darf doch angenommen werden, daß im Zuge der Annäherung zwischen Zentrum und Gewerkverein (er brauchte dessen Unterstützung in der Auseinandersetzung mit dem katholischen Klerus) auch ein politischer Einfluß des Zentrums sich geltend gemacht haben wird.

In der Reichstagsdebatte über den Ausstand verwahrte sich die sozialdemokratische Fraktion gegen die Beschuldigungen anderer Parteien, besonders des Zentrums, der Streik habe rein politische Motive (er sei ein Racheakt der Sozialdemokratie für die Wahlniederlagen im Ruhrgebiet). Bemerkenswert war die Erklärung des Ministers für Handel und Gewerbe, daß er schon am 10. Dezember 1910 in einer Verfügung an die Bergwerksdirektionen anerkannt hätte, daß die Arbeiterausschüsse berechtigt seien, über Lohnfragen zu verhandeln. Davon war in Arbeiterkreisen nichts bekanntgeworden und die Zechenverwaltungen hatten nie dementsprechend gehandelt⁴⁾. Die Regierung gab bekannt, nicht in den Streik eingreifen zu wollen.

Die Zahl der Ausständigen hielt sich nur kurze Zeit auf der gleichen Höhe. Schon am sechsten Streiktag arbeiteten rund 15000 Bergleute mehr als am Vortage. Täglich fuhren nun Tausende von Arbeitern wieder an. Am 19. März entschloß sich die Delegiertenkonferenz des Dreibundes nach mehrstündiger Beratung, den Streik abubrechen⁵⁾.

¹⁾ „Kölnische Zeitung“ vom 26. Februar 1912.

²⁾ Reichstagsdebatte am 15. März 1912, zit. in der „Kölnischen Zeitung“ vom 16. März 1912.

³⁾ Aus: Der Verrat . . ., S. 76.

⁴⁾ Soziale Praxis, Jg. 21 (1911/12), Nr. 25, S. 777 ff.

⁵⁾ Telegramm des Regierungspräsidenten Arnsberg vom 19. März 1912. — StAD, RD 15939.

In vielen Versammlungen kam der Unwille über die Streikleitung zum Ausdruck, die die Bergleute in den Streik geführt und ihn nach 8 Tagen erfolglos wieder abgebrochen habe. Man fühlte sich mißbraucht. — Auf allen Zechen fuhren die Arbeiter bald wieder regelmäßig an, so daß der Ausstand schon am 22. März als beendet angesehen werden konnte¹⁾.

Der Zechenverband schien mit dem schnellen Streikende zufrieden zu sein. Wie schon 1905 ließ ein großer Teil der Zechen den bei ihnen eingesetzten Polizeimannschaften mit Genehmigung der zuständigen Regierungspräsidenten Geldbelohnungen zukommen²⁾.

Der Alte Verband erlitt durch den Streik eine schwere Niederlage. Über 2 Millionen Mark mußte er an Streikunterstützungen auszahlen³⁾. Die Zahl der nach dem Streik ausgetretenen Mitglieder ist nicht festzustellen. Doch aus dem Ergebnis der Wahlen für die Sicherheitsmänner, die notwendig wurden, weil viele Arbeiter nach dem Streik abgelegt worden waren, geht der Verlust des Alten Verbandes deutlich hervor. Er verlor 301 Mandate, während der Christliche Gewerkverein 207 gewann⁴⁾. Die Wahlbeteiligung betrug gegenüber 1910 (45 %) nur 38 %.—

In Versammlungen und in der Arbeiterpresse wurde noch lange über den Ausstand gestritten. Der Gewerkverein beharrte auf seinem Standpunkt, daß ein Streik wegen einer Lohnerhöhung, die mit dem nächsten Konjunkturrückgang wieder hinfällig würde, verantwortungslos sei und deshalb abgelehnt werden müsse. Die klare Linie des Gewerkvereins hätte den „Machtdünkel der Genossen“ gebrochen. Ganz Deutschland würde aus dem Streik die Lehre ziehen, daß die christlichen Gewerkschaften einen bedeutsamen Machtfaktor im öffentlichen Leben darstellten⁵⁾.

¹⁾ Berichte der Landräte und Bürgermeister vom 20./22. März 1912. — StAD, RD 15939.

²⁾ Sie begründeten es damit, daß die Zuwendungen keine „Belohnungen“, sondern ein Ausgleich für die erhöhten Ausgaben im Revier seien. — Bericht des Regierungspräsidenten Düsseldorf vom 10. April 1912. Der Minister des Innern dagegen bezeichnete die Annahme der Zuwendungen als „in dienstlichem Interesse unerwünscht“. Um keine Mißstimmung bei den Beamten aufkommen zu lassen und zu vermeiden, daß die Presse davon erführe, wolle er von dem Rückerstattungsbeefehl absehen. In Zukunft sei aber darauf zu achten, daß keine Geldzuwendungen von den Zechen angenommen würden. — Erlaß des Ministers des Innern vom 5. Dezember 1912. — StAD, RD 15944.

³⁾ Auch der Gewerkverein zahlte seinen am Streik beteiligten Mitgliedern eine Unterstützung. Sein Versuch, die Zechen zu bewegen, die laut Arbeitsordnung wegen Kontraktbruches eingehaltenen sechs Schichtlöhne doch auszuzahlen, wurde abgewiesen. Bericht des Polizeipräsidenten Essen vom 18. Juni 1912. — StAD, RD 15939.

⁴⁾ StAD, RD 15939.

Von insgesamt 935 Sicherheitsmänner-Mandaten besaß der

Alte Verband	1910: 806, 1912: 505
christliche Verband	1910: 20, 1912: 227
polnische Verband	1910: 63, 1912: 88
Gewerkverein Hirsch-Duncker	1910: 4, 1912: 3
Werkvereine	1910: —, 1912: 25
Unorganisierte	1910: 17, 1912: 85

⁵⁾ Aus einer Rede des Gewerkschaftsfunktionärs Hüsches vom 20. April 1912. — Zit. in: Der Verrat . . . , S. 74.

Demgegenüber verteidigte der Alte Verband sein Vorgehen, das zu einem Erfolg hätte führen müssen, wenn der christliche Verband keinen „Streikbruch“ begangen hätte. Auch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ habe das zugegeben¹⁾. Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb in einem Rückblick auf den Bergarbeiterausstand, daß der Christliche Gewerkverein, besonders aber seine Führer, die Verantwortung für den Ausgang der Lohnbewegung trügen, indem sie eine Politik verfolgten, die keine Gewerkschaftspolitik genannt werden könnte²⁾.

Seit dem Sommer 1912 wurde es um die Bergarbeiterbewegung ruhiger³⁾. Nur gegen Ende der Jahre 1912 und 1913 trat in dieser Entwicklung eine Unterbrechung ein, als die Bergleute infolge großen Wagenmangels viele Schichten feiern mußten⁴⁾. Angesichts dieser Lage verlor der Gegensatz zwischen den beiden führenden Verbänden an Schärfe, besonders als im Herbst 1913 die Konjunktur rückläufig wurde⁵⁾.

Der Ausbruch des Krieges brachte auch zwischen Arbeitern und Unternehmern den „Burgfrieden“. Er wurde bis zum Sommer 1916 eingehalten. Die dann wieder einsetzenden Streiks sind schon als „Vorpostengefechte“⁶⁾ einer Entwicklung anzusehen, die im Jahre 1918 ihren Höhepunkt fand. Sie gehören daher in einen anderen Zusammenhang, der hier nicht mehr behandelt wird.

4. Der Kampf um die Selbständigkeit des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands

Seitdem der Christliche Gewerkverein 1894 gegründet worden war, hatte er um seine Existenz kämpfen müssen. Von zwei Seiten vornehmlich war ihm Widerstand entgegengetreten: Einmal von der katholischen Kirche, die den interkonfessionellen Charakter des Vereins nicht billigen konnte, zum anderen aber vom Alten Verband, der im Verlauf der Jahre immer mehr erkennen mußte, daß der Gewerkverein der Bergleute aus einem „Nebenverband“ zu einem wahren

¹⁾ Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 20. April meinte, der Streik hätte nur gewonnen werden können, wenn es dem Alten Verbands längere Zeit gelungen wäre, neben seinen 100 000 organisierten Arbeitern weitere 100 000 Unorganisierte mitzureißen, wie es ja einige Tage lang geschehen sei. Das hätten auch die christlichen Vereinsführer erkannt und deshalb nach Arbeitswilligenschutz verlangt, um den Unorganisierten Mut zum Weiterarbeiten zu geben. Trotzdem wäre daran festzuhalten, daß auch dieser Streik nicht mehr an „Einschüchterung und Bedrohung“ gesehen hätte als die meisten großen Bergarbeiterstreiks. — StAD, RD 15939.

²⁾ Ausgabe vom 20. März 1912. — StAD, RD 15939.

³⁾ Seit dieser Zeit liegen in den Archiven kaum noch Berichte über die Bergarbeiterbewegung vor.

⁴⁾ Die Zechen erwogen eine allgemeine Stilllegung für 3 Tage, da die Bahnstrecken völlig verstopft waren. — „Düsseldorfer Zeitung“ vom 18. November 1912. — StAD, RD 15939.

⁵⁾ Im August 1913 rief der „Bergknappe“ zur Einigkeit unter den Bergleuten auf, nachdem jahrelang der Kampf untereinander geherrscht hätte. Trotz der bestehenden Gegensätze sei eine einige Front notwendig, denn sie allein verspreche Aussicht auf Erfolg. — Soziale Praxis, Jg. 22 (1912/1913), S. 1314 ff.

⁶⁾ Hans Spethmann: 12 Jahre Ruhrbergbau. (1928), 1. Bd., S. 18.

„Konkurrenzverband“ geworden war. Seit dem Streik 1905 versuchte der Alte Verband daher, den christlichen Gewerkverein mit sich zu „verschmelzen“.

Die gemeinsame Streikleitung aller Verbände, die Siebenerkommission, versprach, der erste Schritt auf diesem Wege zu werden.

Es war daher kein Zufall, daß gerade Hue auf der Konferenz, die am 9. Februar 1905 den Streikabbruch beschloß, den Antrag stellte, die Siebenerkommission solle bestehen bleiben, um weiterhin die gemeinsamen Belange der Bergarbeiter wahrzunehmen. Er hoffte dadurch seinem Ziele näherzukommen, die beiden großen Verbände zu vereinigen.

Auf dem von der Siebenerkommission einberufenen Preußischen Bergarbeitertag in Berlin (20. bis 30. März 1905), der sonst sehr einmütig verlief, erwachte das Mißtrauen des christlichen Verbandes wieder, als der Antrag gestellt wurde, die Siebenerkommission zu erweitern und zu einer ständigen, über den Organisationen stehenden Einrichtung zu machen¹⁾. Der Antrag wurde dann auch nicht zur Debatte gestellt, da der Gewerkverein ihn von vornherein ablehnte.

In den Leitartikeln des „Bergknappen“ zum preußischen Bergarbeitertag kam zum Ausdruck, daß man dieser Entwicklung skeptisch gegenüberstand. Die Betonung der Arbeitersolidarität in der sozialdemokratischen Presse wurde dahin gedeutet, daß sie nur einen Zusammenschluß aller Bergarbeiter unter sozialdemokratischer Leitung vorbereiten solle. Ob sich in der Folgezeit solche Kongresse wiederholen würden, hinge von den Begleitumständen ab. Sehr begeistert stehe man ähnlichen Veranstaltungen im Gewerkverein nicht gegenüber²⁾.

Im Herbst 1906 erreichte der „Verschmelzungsrummel“ (so wurde er in der Gewerkvereinsagitation genannt) seinen Höhepunkt. Das Werben des Alten Verbandes für einen engeren Zusammenschluß der Bergleute veranlaßte die Führer des Christlichen Gewerkvereins, diese Frage in Versammlungen zu erörtern. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Verschmelzung der Verbände als unmöglich bezeichnet wurde. Der Alte Verband hätte nie Zweifel darüber aufkommen lassen, daß er der Sozialdemokratie nahestehe. Hue hätte selbst zugegeben, daß sämtliche Angestellte des Alten Verbandes Sozialdemokraten seien. Keinem echten Christen könne daher zugemutet werden, sich diesem Verbands anzuschließen. Gemeinsames Handeln in bestimmten wirtschaftlichen Fragen sei jedoch nicht ausgeschlossen³⁾.

Da der Alte Verband auf diesem Wege nicht weiter kam, versuchte er es über die internationale Vereinigung. Seit 1906 nahm auch der Christliche Gewerkverein an den internationalen Bergarbeiterkongressen teil.

¹⁾ Vertieft wurde das Mißtrauen des Gewerkvereins durch einen Artikel des „Vorwärts“, der zum Bergarbeitertag schrieb, er habe den Grundstein gelegt zur wirtschaftlichen Einigung der Bergleute, der aber die politische folgen müsse. — Imbusch: S. 606 ff.

²⁾ StAM, OPräs. 2849 b.

³⁾ StAD, RD 15933.

Auf dem 18. Kongreß 1906 in Salzburg wurde ein Antrag eingebracht, daß in Zukunft jedes Land nur durch eine gemeinsame Delegation vertreten werden sollte¹⁾. Effert, der Generalsekretär des Gewerkvereins, wandte sich gegen diesen Antrag, der nur dem Ziele des Alten Verbandes diene, den Christlichen Gewerkverein auszuschalten. Er warnte vor der Annahme, da dann 100 000 christliche Bergarbeiter die internationale Vereinigung wieder verlassen würden. Dadurch müßten ihre Beschlüsse in Deutschland wirkungslos werden. Als der Antrag trotz dieser Warnung angenommen wurde, verließ der Gewerkverein den Kongreß²⁾. Er hatte einen neuen Angriff auf seine Selbständigkeit erfolgreich abgewehrt.

Schwerer wog der Widerstand, den die christlichen Gewerkschaften bei den kirchlichen Oberen fanden. Der Streit mit der „Berliner Richtung“ (Fachabteilungen in den Katholischen Arbeitervereinen), der um die Jahrhundertwende begonnen hatte³⁾, lebte im Herbst 1908 wieder auf. Papst Pius hatte eine Deputation der „Berliner Richtung“ gelobt, weil sie ihre Pflicht gegenüber der Kirche voll und ganz erfüllt hätte⁴⁾.

Auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften 1908 in Zürich wandten sich führende Gewerkschaftler gegen die Haltung der Kirchenfürsten. Man erkannte das Recht der Bischöfe an, in religiösen und kirchlichen Dingen den Weg zu weisen. In rein wirtschaftlichen Fragen stehe ihnen das aber nicht zu. Der Gewerkvereinsführer Stegerwald erklärte⁵⁾: „Wenn die Unternehmer sich zu wirtschaftlichen Zwecken zusammenschließen dürfen, ohne daß die kirchlichen Behörden sich hineinmischen, so nehmen wir dasselbe Recht für die Arbeiter auch in Anspruch; und solange die Kirchenfürsten den Unternehmern nicht verbieten, sich mit ‚Andersgläubigen‘ zu wirtschaftlichen Zwecken zu vereinigen, solange hat der Papst und kein Bischof das Recht, den Arbeitern vorzuschreiben, wie sie sich gewerkschaftlich zu organisieren haben.“ Die christlichen Arbeiter hätten die Pflicht, den kirchlichen Oberen beizubringen, daß es ein Unding sei, in den wirtschaftlichen Kämpfen die katholischen Arbeiter von ihren evangelischen Berufsgenossen zu trennen.

Die christlichen Gewerkschaften fanden im Zentrum eine Stütze, ohne die sie sich vielleicht nicht in dem Ausmaß behauptet hätten. Das Bündnis bestand keinesfalls von Anbeginn. Der christliche Bergarbeiterverband hatte der Partei immer den Vorwurf gemacht, daß sie die Belange der Arbeiter nicht genügend

¹⁾ Bericht des Regierungspräsidenten Arnsberg über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung vom Dezember 1907. — StAM, OPräs. 2694.

²⁾ StAD, RD 15934.

³⁾ Vgl. Kapitel 3, 2 b.

⁴⁾ Der Erzbischof Kopp von Breslau hatte in diesem Zusammenhang vom „verseuchten Westen“ gesprochen. — Gerbracht: S. 60.

⁵⁾ P. Kampffmeyer: Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. — Männer und Völker. — Berlin 1919, S. 119 ff.

berücksichtige. Erst als die zunehmende freigewerkschaftliche Organisation in Westdeutschland die Mandate der Partei ernstlich bedrohte, trat das Zentrum der Gewerkschaftsbewegung näher. Die ersten Anzeichen eines Zusammengehens waren anläßlich der Reichstagsersatzwahl 1905 in Essen und der Knappschaftsnovelle 1906 festzustellen¹⁾.

Die Ereignisse um den Streik 1912, die oben geschildert wurden, vertiefen den Eindruck, daß die Annäherung zwischen Gewerkverein und Zentrum seit 1910 fortschritt. Damit war dann auch die stärkere Betonung des Gegensatzes zu den sozialistischen Zielen des Alten Verbandes verbunden.

Die christlichen Gewerkschaften konnten daher hoffen, auch bei den kirchlichen Oberen Anerkennung dafür zu finden, daß sie es abgelehnt hatten, gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Alten Verband einen Ausstand zu beginnen. Darin sollten sie sich aber getäuscht haben.

Anläßlich der Pfingsttagungen der Katholischen Arbeitervereine, die im Jahre 1912 von der „Berliner Richtung“ in Berlin und von den „München-Gladbachern“ in Frankfurt am Main abgehalten wurden, sandten beide Tagungen eine Huldigungsadresse an den Papst. Pius X. dankte der Berliner Versammlung, indem er seine ganz besondere Genugtuung und Freude über ihren „kindlichen Gehorsam“ zum Ausdruck brachte²⁾. In seiner Antwort an die Frankfurter Versammlung ermahnte der Papst dazu, auch in der öffentlichen Tätigkeit „den sozialen Lehren und Weisungen des Heiligen Stuhles“, besonders den in der Enzyklika „Rerum novarum“ niedergelegten, treulich zu folgen. Man sah im Unterschied der Telegramme eine erneute Stellungnahme des Papstes gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung³⁾, wenn auch die Zentrumspresse bemüht war, dies zu verwischen.

Der Deutsche Katholikentag in Aachen (August 1912) kam den Gewerkschaften zur Hilfe. Er lud Giesberts, den Redakteur des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften, als Redner ein. Nach der Rede Giesberts' sprach der zweite Vizepräsident des Katholikentages, der die große Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für die Erhaltung von Thron und Altar darlegte. Diesen „Vorkämpfern für Staat und Kirche“ gelte — so führte er aus — der „Gruß der Hochachtung, des Dankes und der Anerkennung seitens des Katholikentages“. Die Rede schloß mit einem ähnlichen Lob der christlichen Gewerkschaften und ihrer „wackeren, selbstlosen und zielbewußten Führer“⁴⁾.

Während vom 6. bis 10. Oktober der Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Dresden tagte, lag den deutschen Bischöfen eine neue Enzyklika des Papstes Pius X. zur Arbeiterfrage vor. Sie ließ keinen Zweifel daran, daß der Papst die konfessionellen Arbeitervereine wirtschaftsfriedlichen Charakters für die höher-

¹⁾ StAM, OPräs. 2694, 2.

²⁾ und ³⁾ Bericht des Polizeipräsidenten Essen vom 25. Juli 1912. — StAD, RD 15921.

⁴⁾ StAD, RD 15921.

wertige, einem katholischen Arbeiter angemessenere Organisationsform hielt¹⁾. Es hieß dann weiter, die christlichen Gewerkschaften schwebten in Gefahr, „wie unversehens mit einer verschwommenen und unbestimmten Art von christlicher Religion sich zu begnügen, die man interkonfessionell zu nennen pflegt“ und „die auf eine inhaltsleere Empfehlung eines allgemeinen Christentums“ hinausliefe, das dem „Lehrworte Christi“ widerspräche²⁾. „Mit Rücksicht auf die besondere Lage der katholischen Sache in Deutschland“ und auf die Bitten „nicht weniger Bischöfe“ glaubte der Papst die gemischten Vereinigungen dulden zu müssen, solange nicht „wegen neu eintretender Umstände diese Duldung aufhörte, zweckmäßig oder zulässig“ zu sein³⁾.

Die durch die Enzyklika „Singulari quadam“ entstandene Lage veranlaßte den Zentralvorstand der christlichen Gewerkschaften, für den 26. November erneut einen Kongreß nach Essen einzuberufen. Die von den Delegierten angenommene Resolution⁴⁾ glaubte über den grundsätzlichen Teil des päpstlichen Schreibens hinweggehen zu dürfen, da er nicht Sache der Gewerkschaften sei. Die Zugehörigkeit zu der christlichen Organisation würde aber in der Enzyklika ausdrücklich gestattet⁵⁾. In der Resolution wurde dann hervorgehoben, daß die christlichen Gewerkschaften neben den sozialdemokratischen die einzige Arbeiterorganisation von Bedeutung und daher nach den deutschen Verhältnissen „eine soziale, wirtschaftliche und nationale Notwendigkeit“ seien. Staat und Volksgesamtheit hätten ein Lebensinteresse daran, daß nicht die antinationale, christentumsfeindliche Sozialdemokratie die allein herrschende Monopolstellung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung erlange. Deshalb werde auch an „Charakter, Organisationsform und künftiger Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften“ nichts geändert werden.

Damit war der Streit um die Auslegung der Enzyklika noch nicht beendet. Der Breslauer Kardinal-Fürstbischof Kopp widersprach der Interpretation des Bischofs Schulte von Paderborn, die keinesfalls als die Ansicht des gesamten deutschen Episkopats verstanden werden dürfe⁶⁾.

¹⁾ Lederer und Marschak: Die Klassen auf dem Arbeitsmarkt, S. 138 f. — Grundriß der Sozialökonomik, Bd. 9, Teil 2.

²⁾ Gerbracht: S. 86 ff.

³⁾ Wie die katholische Kirche das Wort „Duldung“ verstand, dafür gab ein Kirchenrechtslehrer in den „Petrusblättern“ vom 29. November 1912 einige Beispiele an: „Was geduldet wird, ist etwas, was man nicht loben, nicht gutheißen kann.“ — „Es wird geduldet, was dem fortbestehenden kirchlichen Gesetz widerspricht, und zwar deswegen, weil die Umstände dazu nötigen.“ — Zit. bei Gerbracht: S. 87.

⁴⁾ Protokoll des Kongresses. — StAD, RD 15921.

⁵⁾ Der Hauptredner in Essen, Stegerwald, hatte sich von dem Bischof von Paderborn eine Interpretation der Enzyklika geben lassen, die für die Gewerkschaften so günstig wie möglich war. — Aus dem Protokoll des Kongresses.

⁶⁾ Gerbracht: S. 93 ff.

Es kam erst zu einer gewissen Beruhigung durch die Ausführungen des Erzbischofs von Hartmann zu Köln¹⁾, der noch im Vorjahre als Gegner interkonfessioneller Organisationen gegolten hatte. Auf der Generalversammlung der Präsidien der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine (1913) führte er aus: Im Westen Deutschlands seien die Arbeiter nun einmal interkonfessionell organisiert, und es würde große Verwirrung hervorrufen, wollte man dagegen ansetzen. Deshalb habe der Papst auch ausdrücklich gestattet, daß katholische Arbeiter Mitglieder in diesen Verbänden würden. Angesichts der Tatsache, daß 800 000 katholische Arbeiter den sozialdemokratischen freien Gewerkschaften angehörten, sei es sogar Pflicht, die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu pflegen. Die katholischen Mitglieder sollten nur zugleich den Arbeitervereinen angehören. Das sei aber zur Zeit erst zu einem Drittel der Fall.

Die „Duldung“ der christlichen Gewerkschaften durch die kirchlichen Oberen blieb bestehen, doch sie war keine Dauerlösung. Der Weltkrieg schob diese Fragen zunächst in den Hintergrund.

¹⁾ „Düsseldorfer Zeitung“ vom 20. Dezember 1913. — StAD, RD 15921.

Schluß: Zusammenfassung

Der soziale Niedergang des Bergmannsstandes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die wichtigste Voraussetzung für eine gewerkschaftliche Organisation der Bergarbeiter. Beide Vorgänge stehen in einem ursächlichen Zusammenhang. Deshalb war es notwendig, diese Ereignisse zusammenhängend zu betrachten.

Durch die liberalen Berggesetze (1851/65) verloren die Bergleute die letzten Rechte, die ihre Sonderstellung im Vergleich zu anderen Industriearbeitern begründet hatte. Der „freie Arbeitsvertrag“ bestimmte seither auch im Bergbau das Arbeitsverhältnis. Statt durch die staatlichen Bergbehörden angelegt zu werden, was einer festen Anstellung gleichkam (Eintragung ins Knappschaftsregister), war der Bergmann nun dem liberalen Wirtschaftssystem unterworfen, das heißt seine Arbeits- und Lohnverhältnisse richteten sich nach Angebot und Nachfrage im Bergbau.

Das Gefühl der Existenzsicherheit ging daher verloren (besonders durch die anhaltende Krise seit 1874). Es war bei den Bergleuten stark ausgeprägt gewesen, zumal sie um die Mitte des Jahrhunderts größtenteils noch ihre Kotten besessen hatten.

Durch die Einwanderung fremder Arbeitskräfte wurde die Situation noch weiter grundlegend verändert. Die Zuwanderer, die ins Ruhrgebiet kamen (nach 1870 waren es überwiegend Angehörige der unterbäuerlichen und kleinbäuerlichen Schicht aus den Ostprovinzen), waren arm. Infolge der Bevölkerungsbällung — besonders in den Städten des Reviers — traten die negativen Erscheinungen einer Übervölkerung auf (Wohnraumnot, steigende Krankheitsziffern usw.).

Durch die Nordwanderung des Bergbaus wurden die alteingesessenen Bergmannsfamilien mit in diese Entwicklung hineingezogen.

Um 1890 unterschied sich der Bergarbeiter nicht mehr von den anderen Industriearbeitern: er war auf den Arbeitsertrag seiner Hände angewiesen, der vor 1890 kaum über dem Existenzminimum lag und keine Rücklagen gestattete. Ohne persönliches Verschulden konnte ihm jederzeit gekündigt werden. Die Bodenständigkeit war verlorengegangen; denn nur noch ein kleiner Teil der Bergleute hatte Land- oder Hausbesitz.

Das Bewußtsein dieser Wandlung war bei den alten westfälischen Knappen sehr stark. Mit der den Westfalen eigenen Zähigkeit hielten sie an der alten Überlieferung, die im Gegensatz zur neueren Entwicklung stand, fest. Es ist verständlich, daß die Bergleute, wenn sie nach den Ursachen für die Verände-

rungen suchten, sich nicht bei Begriffen wie dem „allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt“ oder der „Industrialisierung“ aufhielten, sondern innerhalb ihres Blickfeldes „Schuldige“ suchten, das heißt also ihre Vorgesetzten, die Grubenbeamten und -besitzer, dafür verantwortlich machten.

Bis zur Berggesetzgebung (1851/65) hatte der Bergmann mit dem Eigentümer der Zeche kaum Berührungspunkte gehabt, da die Bergbehörde seine Arbeitsbedingungen bestimmte. Erst seitdem der Bergbaubetrieb ganz in den Händen von privaten Unternehmern lag, bildete sich ein Verhältnis zum Vorgesetzten heraus. Da die Zechenverwaltungen bestrebt waren, ihre Gruben rentabel zu gestalten, und die Arbeiter zu möglichst hohem Arbeitsertrag anhielten, trat bald ein Gegensatz zu den Beamten hervor. Es wurde als eine Ausnahme empfunden, wenn die Beziehungen zwischen den Arbeitern und Beamten eines Bergwerkunternehmens als zufriedenstellend bezeichnet wurden. Die schlechte Behandlung der Bergarbeiter durch die niederen Zechenbeamten wurde sprichwörtlich. (Sie wurde nicht ohne Grund immer wieder in den Eingaben der Bergleute erwähnt.) Da durch den freien Arbeitsvertrag der einzelne Arbeiter der Zeche gegenüberstand, die im Zweifelsfalle immer für ihre Beamten eintrat, verbreitete sich ein Gefühl der Schutzlosigkeit. Von einer Besserung des Verhältnisses kann bis zum ersten Weltkriege nicht gesprochen werden. Vielmehr vertiefte sich die Kluft noch, als die Bergarbeiter mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation versuchten, sich geschlossen zur Wehr zu setzen und günstigere Arbeitsbedingungen zu erringen.

Es bestand also, schon bevor durch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sozialistische Ideen unter die Bergarbeiter des Reviers kamen, bei ihnen das Bewußtsein eines „natürlichen“ Gegensatzes zu den Zechenbeamten und Grubenvorständen.

Obgleich die Gewerkschaften mit dem Ziele auftraten, die gemeinsamen Interessen der Bergarbeiter gegenüber den Zechen zu vertreten, kam die Organisation bis zur Jahrhundertwende nur sehr langsam voran. Für den Alten Verband erwies sich seine Verbindung zur Sozialdemokratie als hemmend, da die Bergarbeiter ihr zum großen Teil fern, ja ablehnend gegenüberstanden. Der Christliche Gewerkverein war zu sehr von Katholiken beherrscht, als daß er bei allen kirchlich gebundenen Arbeitern Resonanz hätte finden können.

Die scharfe Form, in der sich der Alte Verband und der Christliche Gewerkverein bekämpften, trug nicht dazu bei, die Organisationsfreudigkeit unter den Bergleuten zu heben. Insofern war die Aufspaltung der Bergarbeiterschaft in mehrere gewerkschaftliche Verbände für sie ein Nachteil. Andererseits aber muß auf Grund der Verhältnisse im Revier angenommen werden, daß es einem allgemeinen Gewerkschaftsverband — wie er auch immer geführt sein mochte — nie gelungen wäre, die Bergleute so weitgehend zu organisieren, wie es geschehen ist. Die Gegensätze politischer und konfessioneller Art waren zu groß.

Indem die Gewerkschaften unermüdlich für die Besserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse eintraten, gewannen sie das Vertrauen immer größerer Teile der Bergleute. Taktische Mittel wie die Betonung der parteipolitischen und religiösen Neutralität der Verbände spielten dabei eine Rolle.

Auf dem Wege über den Alten Verband gelang es auch der Sozialdemokratie, unter den Bergarbeitern Anhänger zu gewinnen. Die Reichstagswahlergebnisse zeigen seit 1898 in allen Wahlkreisen des Reviers großen Stimmenzuwachs für die Sozialisten. Hieraus und aus der steigenden Mitgliederzahl des Alten Verbandes, von dem jeder wußte, daß er der Sozialdemokratie nahestand, kann man ersehen, daß die anfängliche Abneigung des überwiegenden Teils der Bergleute gegenüber der Partei nachgelassen hatte oder sogar ins Gegenteil umgeschlagen war.

Auf der anderen Seite erkannte das Zentrum die Bedeutung des Christlichen Gewerkvereins für seine Interessen. Es entwickelte sich deshalb ein Verhältnis gegenseitiger Hilfeleistung. Der Christliche Gewerkverein hielt die Zentrums-wähler im Revier, die zumeist aus der Arbeiterschaft kamen, zusammen und erhielt dafür die Unterstützung der großen katholischen Partei in der Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche. Diese allerdings wandte sich gegen die Interkonfessionalität des Gewerkvereins. Trotz des anhaltenden Widerstandes des hohen katholischen Klerus wurde die Entwicklung des Gewerkvereins nicht aufgehalten, sondern höchstens verzögert. Die konfessionellen Verhältnisse des Ruhrreviers erforderten ein enges Zusammengehen aller kirchlich gebundenen Arbeiter ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis, um der Sozialdemokratie, die immer mehr an Boden gewann, wirksam zu begegnen.

Obgleich die Bergarbeiterverbände in ihrem Kampf gegen die Bergwerksbesitzer dieselben Ziele verfolgten, gingen sie nur in Ausnahmefällen gemeinsam vor. Als der Streik 1889 ausbrach, bestand im Revier noch keine gewerkschaftliche Organisation. Der Streik begann „wild“, das heißt ohne einen allgemeinverbindlichen Plan und ein gemeinsames Ziel. Erst während des Ausstandes trat eine Streikführung ins Leben, der es gelang, anerkannt zu werden. Das im Bergbau notwendigerweise herrschende Gefühl für Disziplin und das starke Solidaritätsbewußtsein unter den Bergleuten erwiesen sich dabei als sehr nützlich. Darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß sich an dem Ausstand 1905 neben den organisierten fast ebenso viele nichtorganisierte Arbeiter beteiligten. Die Geschichte der Bergarbeiterbewegung zeigt allerdings, daß die Gewerkschaftsführer die Arbeiter — auch die organisierten — nicht in der Hand hatten; denn 1889 wie 1905 ging die Bewegung über sie hinweg und führte zum Streik, ohne daß er hätte aufgehalten werden können. Andererseits gelang es den Verbandsleitern in den Streikbewegungen 1890/91 und 1893, die „von oben“ eingeleitet worden waren, nicht, die Masse der Bergleute mitzureißen, vielmehr blieb die Bewegung beide Male in den Anfängen stecken.

Ursache und Verlauf der Streiks 1889 und 1905 waren ähnlich. Der Kampf wurde nicht in erster Linie geführt, um höhere Löhne zu erzielen, sondern um die allgemeine Lage der Bergarbeiter (besonders in bezug auf das Knappschaftswesen, die Arbeitsbedingungen und die Behandlung durch die Zechenbeamten) zu verbessern.

Demgegenüber war der Ausstand 1912 in erster Linie ein Lohnstreik. Er unterschied sich auch darin von den beiden anderen, daß er durch die Führer des „Dreibundes“ bewußt herbeigeführt wurde, ohne daß unter den Arbeitern Streikstimmung herrschte, die erst künstlich erzeugt werden mußte. Die Durchführung des Ausstandes zeigt aber, daß die gewerkschaftliche Organisation erheblich fortgeschritten war.

Die Bergarbeiterstreiks waren — gemessen an der Zahl der beteiligten Arbeiter — die größten Ausstandsbewegungen, die Deutschland vor dem Weltkrieg erlebt hat. Das lag in erster Linie daran, daß in keiner anderen Berufsgruppe so viele Arbeiter auf engem Raume unter gleichartigen Arbeitsbedingungen beschäftigt waren.

Dagegen waren Arbeitseinstellungen in anderen Gewerben (vor allem im Bau- und Textilgewerbe) viel häufiger, allerdings ihrem Umfange nach geringfügiger. Ihre Auswirkungen auf andere Industriezweige waren auch nicht so bedeutend wie im Kohlenbergbau, von dem als Grundstoffindustrie das gesamte Wirtschaftsleben abhängig war.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kohlenbergbaus bewog auch die Regierung, vermittelnd in die Streiks einzugreifen. Die Bergwerksbesitzer hatten sich 1889, von der Wucht des Ausstandes und der Parteinahme der Öffentlichkeit beeindruckt, zu Zugeständnissen bereitgefunden. Doch nach der Stärkung der eigenen Position beharrten sie, wie die weitere Entwicklung zeigte, immer steifer auf ihrem „Herr-im-Haus“-Standpunkt. Sie lehnten es ab, mit den Vertretern der Arbeiter auch nur zu verhandeln.

Die Regierung sah sich daher veranlaßt, die Wünsche der streikenden Bergleute durch Novellen zum Berggesetz teilweise zu erfüllen. Damit wurde zugestanden, daß die Arbeiterverhältnisse im Steinkohlenbergbau an der Ruhr unzulänglich waren. Die Regierung, gedrängt durch die öffentliche Meinung in der Presse und im Reichstag, mußte Abhilfe schaffen, zu der sich die Bergbautreibenden von sich aus nicht bequemen wollten.

Man darf also sagen, daß die preußische Regierung die durch die allgemeine Entwicklung notwendig gewordenen Konsequenzen (hier auf arbeits- und bergrechtlichem Gebiet) weit klarer erkannte als die Unternehmer; denn diese sahen erst nach dem staatlichen und damit wirtschaftlichen Zusammenbruch ein, daß eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Bergarbeitern — vor allem aber zwischen ihnen und den Gewerkschaften — erforderlich war.

Tabellarische Übersichten

Tabelle 1

Produktion, Absatz, Wert der Produktion und des Absatzes und Belegschaft 1792 bis 1913

Jahr	Anzahl der Werke	Produktion Kohle in t	Wert der Produktion Mark	Belegschaft
1792	154	176 676	683 667	1 357
1800	158	230 258	1 039 015	1 546
1850	198	1 665 662	10 385 094	12 741
1860	281	4 365 834	28 055 022	29 320
1870	220	11 812 528	67 626 048	51 391
1875	267	16 983 140	123 405 223	83 832
1880	202	22 495 204	102 953 856	80 152
1885	193	28 970 323	136 201 621	101 829
1886	184	28 497 317	133 746 648	99 787
1887	176	30 150 238	140 037 622	99 534
1888	172	33 223 614	159 458 497	105 428
1889	167	33 855 110	184 971 273	115 489
1890	177	35 469 290	282 441 997	127 794
1891	175	37 402 494	312 779 937	138 739
1892	176	36 853 502	271 663 689	142 247
1893	166	38 613 146	247 553 922	146 440
1894	161	40 613 073	258 847 307	152 650
1895	159	41 145 744	273 933 459	154 702
1896	162	44 893 304	304 004 817	161 870
1897	168	48 423 987	340 570 948	176 102
1898	170	51 001 551	373 036 467	191 847
1899	166	54 641 120	418 373 607	205 106
1900	167	59 618 900	508 796 740	226 902
1901	168	58 447 657	512 185 267	243 926
1902	165	58 038 594	486 775 287	243 963
1903	163	64 689 594	535 683 563	255 992
1904	160	67 533 681	556 954 453	270 259
1905	172	65 373 531	548 913 105	267 798
1906	175	76 811 054	672 564 592	278 719
1907	161	80 182 647	763 217 586	303 089
1908	160	82 664 647	831 405 081	334 733
1909	159	82 803 676	823 000 272	340 567
1910	165	86 864 594	849 203 889	345 136
1911	164	91 329 140	888 349 932	352 555
1912	166	100 264 830	1 099 037 604	393 879
1913	167	110 811 590	1 282 012 756	394 569

Aus: Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund Jg. 1900 bis 1912/13.)

Tabelle 2

Steinkohlenförderung des Ruhrgebiets, Deutschlands und der wichtigsten Länder der Welt

Jahr	Ruhrgebiet	Deutsch- land	Groß- britannien	Frankreich	Belgien	USA
in 1000 t						
1860	4 366	12 348	81 323	8 304	9 611	
1870	11 813	23 316	112 198	13 330	13 967	
1880	22 495	42 173	149 321	18 805	16 887	
1890	35 469	64 374	184 520	26 083	20 366	
1900	60 119	109 290	228 795	32 722	23 463	244 655
1905	66 704	121 299	239 919	35 218	21 775	356 274
1910	89 090	151 073	268 677	37 635	23 917	455 043
1913	114 183	190 109	292 044	40 051	22 842	517 062

(Aus: Jüngst, Festschrift, S. 4 und Meist, Festschrift, S. 330.)

Tabelle 3

Anteil der Löhne am Wert der Produktion 1886 bis 1913

Jahr	Wert der Produktion Mille Mark	Gesamtlohnsumme Mille Mark	Anteil der Löhne am Wert der Produktion in %
1886	133,7	77,2	57,7
1887	140,0	78,4	56,0
1888	159,5	88,2	55,3
1889	185,0	105,5	57,0
1890	282,4	132,3	46,9
1891	312,8	146,2	46,7
1892	271,7	134,9	49,7
1893	274,6	134,6	54,4
1894	258,8	142,5	55,1
1895	273,9	145,5	53,1
1896	304,0	162,7	53,5
1897	340,6	192,9	56,7
1898	373,0	218,5	58,6
1899	418,4	250,0	59,7
1900	508,8	293,0	57,6
1901	512,2	289,8	56,6
1902	486,8	267,6	55,0
1903	535,6	299,0	55,8
1904	557,0	316,6	56,8
1905	548,9	307,8	56,1
1906	672,6	378,9	56,3
1907	763,2	459,4	60,2
1908	831,4	485,4	58,3
1909	823,0	446,0	54,2
1910	849,2	462,3	54,3
1911	888,4	493,9	55,6
1912	1099,0	570,6	51,9
1913	1282,0	672,2	52,4

(Aus: Jüngst, Arbeitslohn und Unternehmervergewinn [1905] und der Zeitschrift für Berg-, Hütten- und Salinenwesen, Jg. 1905 bis 1914.)

Tabelle 4

Durchschnittslöhne von Arbeitern auf industriellen Betrieben für die zehnstündige Arbeitszeit im Jahre 1889.

a) auf Eisen- und Stahlwerken und Hochöfen

Arbeiterkategorie	Tageslohn in Mark
Schmelzer	2,88
Koks- und Erzfahrer	2,86
Koks Brenner und Eisenträger	3,81
Platzarbeiter	2,41
Verlader	4,20
Walzer und Schweißer	4,04
Vorwalzer	4,15
Fertigwalzer	3,43
Lehrlinge und jugendl. Arbeiter	1,66

b) in mechanischen Werkstätten, Brücken- und Gasmotoren-Bauanstalten, Kesselschmieden und Gießereien

Arbeiterkategorie	Tageslohn in Mark
Schlosser	3,17
Schmiede	3,62
Zuschläger	3,23
Dreher und Bohrer	3,34
Nieter	3,60
Richter	3,21
Klempner	3,20
Lackierer	3,29
Former	4,26
Hilfsarbeiter	2,55
Maurer und Handlanger	2,98
Lehrlinge	1,23

c) Arbeiter im Eisenbahnbetrieb

Arbeiterkategorie	Tageslohn in Mark
Heizer	2,80
Rangierer	2,50
Weichensteller	2,70
Wagenrevisoren	3,50

(Aus: Akten StAM. O.-Präs. 2829,1.)

Tabelle 5

Nachweisung der Arbeitslöhne in den der Rhein.-Westf. Baugewerks-Berufsgenossenschaft angehörenden Betrieben in Dortmund und Umgebung für das Jahr 1889

Arbeiterkategorie	Stundenlohn in Mark	bei 300 Arbeitstagen durchschnittlich täglich
Steinhauer	0,45	4,50
Klempner	0,30	3,00
Maurergesellen	0,40	3,80
Maurer, Handlanger	0,27	2,60
Zimmerer	0,40	3,60
Anstreicher	0,38	3,50
Stukkateure, Gehilfen	0,55	5,00
Stukkateure, Handlanger	0,27	2,60
Dachdecker	0,40	3,80
Pflasterer, Gesellen	0,45	4,00
Pflasterer, Rammer	0,40	3,60

(Aus: Akten StAM. O.-Präs. 2829,1.)

Tabelle 6

Streikstatistik 1889

1. Es streikten (nach Schätzung):

2. Ab 16. Mai teilte die „Rhein.-Westf. Zeitung“ die Zahl der wieder Anfahrenden mit:

Tag	Anzahl der Streikenden
3. und 4. Mai . . .	4000—5000
6. Mai	35 000
7. Mai	40 000
8. Mai	40 000
9. Mai	70 000
10. Mai	81 000
11. Mai	81 000
13. Mai	über 90 000

Tag	Anzahl	Tag	Anzahl
16. Mai	10 000	24. Mai	74 991
17. Mai	30 296	25. Mai	70 012
18. Mai	34 910	26. Mai	Sonntag
19. Mai	Sonntag	27. Mai	65 034
20. Mai	37 017	28. Mai	73 415
21. Mai	73 995	29. Mai	78 994
22. Mai	?	30. Mai	Feiertag
23. Mai	76 101	31. Mai	fast vollzählig

(Angaben zu 1. und 2. nach Oldenberg, S. 927)

Tabelle 7

Mitgliederzahlen der Verbände

Alter Verband			Christlicher Gewerkverein		
Jahr	Mitgliederzahl	Einnahmen in Mark	Jahr	Mitgliederzahl	Einnahmen in Mark
1890	58 000	} lt. Etat 200 000, es kamen 100 000			
1891	46 300				
1892	37 700				
1893	11 174				
1894	10 980	11 796			
1895	5 000	14 149	1895	5 400	4 216
1896		20 989	1896	8 142	9 816
1897		48 877	1897	21 439	24 808
1898		72 194	1898	28 716	38 050
1899	33 107 ¹⁾	90 123	1899	22 000	48 393
1900	36 410	215 186	1900	29 319	113 016
1901	38 042	323 256	1901	33 958	206 482
1902	48 278	462 591	1902	40 000	291 280
1903	69 028	481 399	1903	42 000	236 513
1904	80 682	693 414	1904	44 350	252 180
1905	105 060	1 248 018	1905	66 630	901 116 ²⁾
1906	110 247	1 670 940	1906	75 153	797 682
1907	114 476	1 759 071	1907	76 886	898 222
1908	112 513	1 838 556	1908	74 814	1 019 117
1909	120 280	1 895 154	1909	81 734	1 150 619
1910	123 437	2 497 667	1910	82 855	1 204 609
1911	120 136	2 429 359	1911	84 321	1 216 558
1912	114 062	2 553 956	1912	77 967	1 059 095

¹⁾ Einschließlich der Abonnenten der Bergarbeiterzeitung.²⁾ Einschließlich der für die streikenden Bergarbeiter gesammelten Beiträge.

(Quelle: bis 1902 für beide Verbände bei Pieper, bis 1907 für den Christlichen Verband bei Imbusch, S. 613, bis 1912 bei Hue, 2. Bd., S. 737, für den Alten Verband von 1903 bis 1912 bei Hue, 2. Bd., S. 736.)

Tabelle 8

Zahl der Ausständigen während des Streiks 1905

Es befanden sich im Ausstand am (nach Erkelenz, S. 49)		Von der Gesamtbelegschaft fehlten („Glückauf“, Jg. 1912, Nr. 26)
7. Januar	Streik auf Bruchstraße	1,65%
8. Januar	Sonntag	
9. Januar	Streik auf Kaiserstuhl II u. a.	4,32%
10. Januar	25 000	8,52%
11. Januar	50 000	15,30%
12. Januar	51 453 1. Revierkonferenz	23,00%
13. Januar	65 858	28,60%
14. Januar	60 080	33,72%
15. Januar	Sonntag	
16. Januar	91 011 Proklamation des Streiks	38,70%
17. Januar	154 130	64,56%
18. Januar	183 509	75,84%
19. Januar	195 876	78,00%
20. Januar	202 000	77,76%
21. Januar	193 348	77,67%
22. Januar	Sonntag	
23. Januar	195 071	77,77%
24. Januar	?	77,21%
25. Januar	194 856	76,89%
26. Januar	194 713	76,58%
27. Januar	194 221 Ankündigung der Berggesetznovelle .	76,42%
28. Januar	194 286	76,46%
29. Januar	Sonntag	
30. Januar	195 015	76,64%
31. Januar	194 045	77,05%
1. Februar	193 868	77,38%
2. Februar	Feiertag	
3. Februar	?	76,81%
4. Februar	196 288	76,81%
5. Februar	Sonntag	
6. Februar	197 076	76,19%
7. Februar	195 820	75,59%
8. Februar	193 864	74,87%
9. Februar	194 917	74,87%
	(Offizieller Streikabbruch)	
10. Februar	182 178	65,77%
11. Februar	?	35,44%
12. Februar	Sonntag	
13. Februar	27 000	13,06%
14. Februar	?	6,30%
15. Februar	?	3,92%

Tabelle 8a

Von der Belegschaft unter Tage waren ausständig in den Revieren

Bergrevier	16. Januar in %	19. Januar in %	11. Februar in %
Hamm	55,28	59,86	4,79
Dortmund 1	72,99	89,78	27,51
Dortmund 2	64,77	83,06	44,18
Dortmund 3	43,46	85,86	49,14
Recklinghausen Ost	3,79	87,57	20,30
Recklinghausen West	28,52	91,62	18,36
Witten	70,72	87,94	71,41
Hattingen	54,06	81,84	62,92
Bochum Süd	73,05	87,82	20,84
Bochum Nord	52,06	89,82	31,80
Herne	29,13	94,40	24,53
Gelsenkirchen	6,12	90,89	11,87
Wattenscheid	4,63	89,64	28,60
Essen Ost	23,56	92,96	45,90
Essen West	42,07	94,81	61,32
Essen Süd	67,57	91,76	62,38
Werden	11,05	86,32	70,75
Oberhausen	78,79	91,10	43,85
Düren	0,00	0,00	39,80

(Aus: „Glückauf“, Jg. 1905, Nr. 20, S. 641 ff.)

Tabelle 8b

Streikstatistik

Datum	Gesamtbelegschaft Zahl der Streikenden	in %	Belegschaft unter Tage Zahl der Streikenden	in %
9. Jan.	12 039	4,32	10 247	4,64
12. Jan.	64 137	23,0	58 328	26,33
16. Jan.	107 931	38,7	97 727	44,12
19. Jan.	217 539	78,0	193 657	87,43
9. Febr.	208 819	74,87	187 551	84,68
11. Febr.	98 845	35,44	85 587	38,64
13. Febr.	36 417	13,06	30 105	13,59
15. Febr.	10 933	3,92	8 541	3,86

(Aus: „Glückauf“, nach Angaben Hues in „Unsere Taktik beim Generalstreik“, S. 23.)

Tabelle 9

In den Jahren 1903/04 wurden folgende Zechen an die nachstehenden Bergwerke verkauft, die dadurch ihre Beteiligungsziffer am Syndikat erhöhten

Alstaden	mit	350 000 t Beteiligung an Hibernia
Berneck	mit	160 000 t Beteiligung an ver. Constantin d. Gr.
ver. Bickefeld Tiefb.	mit	235 000 t Beteiligung an Graf Bismarck
Bommerbänker	mit	175 000 t Beteiligung an Mont Ceniz
Eiberg	mit	390 000 t Beteiligung an Ewald
General Blumenthal	mit	1 036 500 t Beteiligung an Hibernia
Glückwinkelburg	mit	100 000 t Beteiligung an ver. Constantin d. Gr.
ver. Hamburg und Franz	mit	944 000 t Beteiligung an Gelsenkirchener B.A.G.
Hasenwinkel	mit	375 000 t Beteiligung an Friedlicher Nachbar
Julius Phippp	mit	302 702 t Beteiligung an Arenberg B.A.G.
ver. Maria Anna und Steinbank	mit	288 000 t Beteiligung an Mathias Stinnes
Sprockhövel	mit	120 000 t Beteiligung an Königsborn
Steingatt	mit	216 376 t Beteiligung an Concordia

(Aus der „Kölnischen Zeitung“ vom 6. 5. 04 nach Erkelenz, S. 21/22.)

Tabelle 10

Schichtleistung eines Arbeiters der Gesamtbelegschaft (in Tonnen) in den wichtigsten deutschen Steinkohlenrevieren

Jahr	Ruhr	Aachen	Oberschlesien	Niederschlesien	Saar
1900	0,851	0,765	1,293	0,709	0,795
1902	0,828	0,741	1,108	0,649	0,766
1904	0,848	0,767	1,087	0,685	0,779
1906	0,885	0,823	1,165	0,711	0,786
1908	0,820	0,741	1,124	0,697	0,756
1910	0,854	0,764	1,059	0,656	0,731
1912	0,883	0,736	1,126	0,623	0,783
1914	0,841	0,682	1,020	0,597	0,758

(Aus: Meis, S. 353.)

Tabelle 11

Unfälle im Bergbau und in anderen Berufsgenossenschaften Deutschlands
(auf 1000 Vollarbeiter berechnet)

Jahr	Knapp- schafts- B.-G.	Elb- schiff. B.-G.	See B.-G.	Fuhr- werks B.-G.	Stein- bruch B.-G.	Tief- bau B.-G.	Mül- lerei B.-G.	Hütten- u. Walz- werks B.-G.	Brau- erei B.-G.	Rh.-W. Bauge- werks B.-G.	Chemie B.-G.	Straßen- u. Klein- bahn B.-G.
------	-----------------------------	--------------------------	--------------	-------------------------	--------------------------	-----------------------	------------------------	---------------------------------------	------------------------	------------------------------------	-----------------	--

1. Angemeldete Unfälle:

1905	126,45	83,26	53,45	85,53	63,33	82,57	51,25	194,60	115,77	44,92	58,71	69,79
1910	135,20	87,16	45,53	77,24	68,99	89,37	50,82	168,00	107,20	45,75	56,44	61,06
1913	145,53	88,25	51,02	79,80	77,31	99,33	55,49	175,08	115,38	50,60	55,25	67,41

2. Entschädigungspflichtige Unfälle mit tödlichem Ausgang:

1905	1,91	3,35	1,69	2,87	1,50	1,06	1,17	1,00	1,15	0,97	0,72	0,73
1910	1,93	3,33	1,24	1,62	1,47	1,17	1,12	1,05	0,78	0,76	0,55	0,53
1913	2,31	3,81	0,84	1,64	1,60	1,29	1,04	1,38	0,94	0,82	0,52	0,51

(Aus: Meis, S. 357, nach den „Amtlichen Nachrichten für Reichsversicherung“.)

Tabelle 12

Prozentuale Mitgliedschaft am Alten Verband (errechnet nach dem Aufkommen der Zahlstellen der einzelnen Reviere am Gesamtmitgliederbeitrag) 1912 und die prozentuale Verteilung der am 13. März 1912 Ausständigen auf die einzelnen Reviere

Bergrevier	Verteilung der Einnahmen des Alten Verbandes auf die Reviere	Verteilung der am 13. März 1912 Streikenden auf die Reviere
Hamm	2,20%	3,08%
Dortmund 1	14,57%	6,42%
Dortmund 2	6,96%	9,57%
Dortmund 3	7,91%	7,11%
Recklinghausen Ost	5,35%	7,86%
Recklinghausen West	7,21%	8,97%
Witten	6,83%	3,84%
Hattingen	5,11%	3,02%
Bochum Süd	4,93%	3,40%
Bochum Nord	3,81%	4,70%
Herne	2,74%	6,38%
Gelsenkirchen	5,91%	5,34%
Wattenscheid	3,19%	5,52%
Essen Ost	4,97%	4,29%
Essen West	4,63%	4,41%
Essen Süd	3,10%	3,31%
Werden	2,43%	1,12%
Oberhausen	3,71%	3,82%
Duisburg	4,44%	8,06%
	100,00%	100,00%

(Aus: „Glückauf“, Jg. 1912, Nr. 26, S. 1049.)

Tabelle 12a

Die Zahl der Ausständigen im Bergarbeiterstreik 1912

Datum	Gefehlt haben			
	insgesamt	vom Gesamtsoll in %		
		unter Tage	über Tage	zusammen
11. März .	192 171	56,52	27,18	50,07
12. März .	231 953	68,47	31,86	60,42
13. März .	235 148	69,68	31,29	61,24
14. März .	229 047	68,25	29,13	59,64
15. März .	219 185	65,81	26,07	57,07
16. März .	200 249	60,06	24,00	52,13
18. März .	186 593	56,05	22,03	48,56
19. März .	172 842	52,08	19,79	44,97
20. März .	147 117	43,91	18,30	38,27

(Aus: „Glückauf“, Jg. 1912, Nr. 26, S. 1049.)

Tabelle 13

Die Zahl der „Polen“ und Ausländer im Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum 1902/13

Jahr	Im Allgemeinen Knappschaftsverein befanden sich im Durchschnitt der Jahre					
	Reichsdeutsche		Davon aus den Ostprovinzen		Ausländer	
	insgesamt in 1000	auf 1000 Mitglieder	insgesamt in 1000	in % der Mitgliederzahl	insgesamt	auf 1000 Mitglieder
1902	233	942	77	33,3	14 342	58
1903	244	939	82	33,8	15 989	61
1904	257	935	88	34,5	17 772	65
1905	251	931	91	36,3	18 373	68
1906	264	926	96	36,7	21 163	74
1907	286	916	105	36,7	25 748	82
1908	320	909	130	40,7	31 875	91
1909	320	921	129	39,1	28 160	78
1910	324	921	129	39,8	27 632	79
1911	329	922	134	36,7	27 915	78
1912	345	916	138	36,8	31 460	83
1913	375	917	139	34,0	34 121	83

Von den Mitgliedern des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum stammten aus:

Jahr	Deutsch- land	davon aus den Ost- provinzen	Österreich- Ungarn	Nieder- lande	Rußland	Belgien	Italien
1901	233 365	77 675	8 640	2 264	541	162	2 109
1907	285 901	105 128	16 971	3 879	800	148	3 744
1912	345 000	138 544	22 106	5 124	1 110	245	2 603

(Aus: Nach den Verwaltungsberichten für die Jahre 1902/13.)

Tabelle 14

Lohnstatistik des Oberbergamtsbezirks Dortmund

Jahr	Gesamt- Beleg- schaft Schicht- lohn	(in Mark)			Durchschnittlicher Schicht-/Jahres- verdienst		Arbeiter Kategorie
		Klasse a Schicht- lohn	Klasse b Schicht- lohn	Klasse c Schicht- lohn			
1889 1. Vierteljahr	2,78	3,06	2,40	2,40	3,05	941	Ges.-Bel.
1889 2. Vierteljahr	2,96	3,31	2,56	2,54	3,42	1028	Klasse a
1889 3. Vierteljahr	3,17	3,57	2,67	2,63	2,60	817	Klasse b
1889 4. Vierteljahr	3,27	3,69	2,72	2,69	2,57	857	Klasse c
1890 1. Vierteljahr	3,50	4,00	2,89	2,79			Ges.-Bel.
1890 2. Vierteljahr	3,53	4,06	2,95	2,83	3,98	1183	Klasse a
1890 3. Vierteljahr	3,46	3,94	2,92	2,82	2,93	920	Klasse b
1890 4. Vierteljahr	3,46	3,93	2,94	2,82	2,82	937	Klasse c
1891 1. Vierteljahr	3,52	4,00	2,99	2,82			Ges.-Bel.
1891 2. Vierteljahr	3,54	4,05	2,99	2,84	4,08	1217	Klasse a
1891 3. Vierteljahr	3,57	4,06	3,02	2,87	2,95	925	Klasse b
1891 4. Vierteljahr	3,54	4,23	2,85	2,85	2,85	950	Klasse c
1892 1. Vierteljahr	3,41	4,06	2,77	2,80			Ges.-Bel.
1892 2. Vierteljahr	3,41	3,92	2,72	2,78	3,87	1120	Klasse a
1892 3. Vierteljahr	3,23	3,80	2,67	2,76	2,69	805	Klasse b
1892 4. Vierteljahr	3,17	3,71	2,62	2,71	2,76	898	Klasse c
1893 1. Vierteljahr	3,13	3,76	2,58	2,67	3,14	946	Ges.-Bel.
1893 2. Vierteljahr	3,14	3,71	2,59	2,71	3,71	1084	Klasse a
1893 3. Vierteljahr	3,13	3,69	2,60	2,71	2,59	791	Klasse b
1893 4. Vierteljahr	3,15	3,72	2,60	2,71	2,70	887	Klasse c
1894 1. Vierteljahr	3,15	3,72	2,60	2,71	3,16	961	Ges.-Bel.
1894 2. Vierteljahr	3,14	3,70	2,61	2,72	3,73	1102	Klasse a
1894 3. Vierteljahr	3,17	3,75	2,61	2,74	2,61	805	Klasse b
1894 4. Vierteljahr	3,17	3,75	2,62	2,72	2,72	889	Klasse c
1895 1. Vierteljahr	3,15	3,72	2,63	2,72	3,18	968	Ges.-Bel.
1895 2. Vierteljahr	3,15	3,72	2,63	2,73	3,75	1114	Klasse a
1895 3. Vierteljahr	3,18	3,75	2,66	2,74	2,65	816	Klasse b
1895 4. Vierteljahr	3,21	3,79	2,67	2,75	2,74	893	Klasse c
1896 1. Vierteljahr	3,23	3,82	2,67	2,77	3,29	1035	Ges.-Bel.
1896 2. Vierteljahr	3,26	3,85	2,70	2,81	3,90	1203	Klasse a
1896 3. Vierteljahr	3,30	3,91	2,73	2,81	2,72	862	Klasse b
1896 4. Vierteljahr	3,37	4,01	2,73	2,84	2,81	934	Klasse c
1897 1. Vierteljahr	3,44	4,14	2,78	2,88	3,57	1128	Ges.-Bel.
1897 2. Vierteljahr	3,54	4,26	2,85	2,91	4,32	1328	Klasse a
1897 3. Vierteljahr	3,63	4,41	2,91	2,99	2,88	926	Klasse b
1897 4. Vierteljahr	3,67	4,46	2,94	3,00	2,96	993	Klasse c

Jahr	Gesamt- Beleg- schaft	(in Mark)			Durchschnittlicher Schicht-/ Jahres- verdienst		Arbeiter Kategorie
	Schicht- lohn	Klasse a Schicht- lohn	Klasse b Schicht- lohn	Klasse c Schicht- lohn			
1898	1. Vierteljahr	3,66	4,44	2,93		3,74	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	3,69	4,49	2,97		4,55	Klasse a
	3. Vierteljahr	3,78	4,60	3,04		3,00	Klasse b
	4. Vierteljahr	3,82	4,67	3,06		3,04	Klasse c
1899	1. Vierteljahr	3,86	4,72	3,08	3,12	3,96	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	3,90	4,78	3,12	3,15	4,84	Klasse a
	3. Vierteljahr	4,00	4,90	3,20	3,21	3,16	Klasse b
	4. Vierteljahr	4,04	4,95	3,24	3,24	3,18	Klasse c
1900	1. Vierteljahr	4,11	5,04	3,28	3,26	4,18	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	4,17	5,14	3,34	3,32	5,16	Klasse a
	3. Vierteljahr	4,24	5,25	3,40	3,35	3,36	Klasse b
	4. Vierteljahr	4,21	5,27	3,40	3,35	3,32	Klasse c
1901	1. Vierteljahr	4,13	5,08	3,36	3,34	4,07	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	4,09	5,02	3,36	3,33	4,98	Klasse a
	3. Vierteljahr	4,07	4,97	3,37	3,32	3,35	Klasse b
	4. Vierteljahr	3,98	4,84	3,31	3,31	3,32	Klasse c
1902	1. Vierteljahr	3,88	4,66	3,26	3,26	3,82	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	3,78	4,52	3,19	3,22	4,57	Klasse a
	3. Vierteljahr	3,81	4,55	3,21	3,24	3,22	Klasse b
	4. Vierteljahr	3,81	4,54	3,21	3,26	3,25	Klasse c
1903	1. Vierteljahr	3,81	4,55	3,22	3,25	3,88	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	3,84	4,58	3,24	3,29	4,64	Klasse a
	3. Vierteljahr	3,91	4,70	3,29	3,31	3,27	Klasse b
	4. Vierteljahr	3,95	4,74	3,31	3,32	3,29	Klasse c
1904	1. Vierteljahr	3,96	4,76	3,30	3,33	3,98	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	3,96	4,76	3,32	3,35	4,78	Klasse a
	3. Vierteljahr	3,99	4,79	3,35	3,37	3,34	Klasse b
	4. Vierteljahr	4,00	4,79	3,37	3,37	3,35	Klasse c
1905	1. Vierteljahr	3,94	4,77	3,36	3,41	4,03	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	4,01	4,81	3,37	3,41	4,84	Klasse a
	3. Vierteljahr	4,06	4,86	3,42	3,43	3,40	Klasse b
	4. Vierteljahr	4,07	4,88	3,43	3,45	3,42	Klasse c
1906	1. Vierteljahr	4,17	5,02	3,48	3,50	4,37	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	4,26	5,14	3,66	3,57	5,29	Klasse a
	3. Vierteljahr	4,43	5,38	3,69	3,63	3,64	Klasse b
	4. Vierteljahr	4,59	5,60	3,82	3,72	3,61	Klasse c
1907	1. Vierteljahr	4,70	5,74	3,91	3,77	4,87	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	4,81	5,90	3,99	3,86	5,98	Klasse a
	3. Vierteljahr	4,94	6,09	4,09	3,90	4,04	Klasse b
	4. Vierteljahr	4,99	6,14	4,15	3,96	3,88	Klasse c

Jahr	Gesamt- Beleg- schaft	(in Mark)			Durchschnittlicher Schicht-/Jahres- verdienst		Arbeiter Kategorie	
	Schicht- lohn	Klasse a Schicht- lohn	Klasse b Schicht- lohn	Klasse c Schicht- lohn				
1908	1. Vierteljahr	4,87	5,94	4,09	3,89	4,82	1494	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	4,82	5,85	4,08	3,93	5,86	1766	Klasse a
	3. Vierteljahr	4,82	5,89	4,08	3,90	4,08	1255	Klasse b
	4. Vierteljahr	4,76	5,77	4,05	3,92	3,91	1334	Klasse c
1909	1. Vierteljahr	4,56	5,42	3,94	3,83	4,49	1350	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	4,45	5,28	3,88	3,81	5,33		Klasse a
	3. Vierteljahr	4,48	5,31	3,93	3,83	3,92		Klasse b
	4. Vierteljahr	4,48	5,30	3,92	3,83	3,83		Klasse c
1910	1. Vierteljahr	4,48	5,29			4,54	1382	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	4,51	5,23			5,37		Klasse a
	3. Vierteljahr	4,57	5,40			3,98		Klasse b
	4. Vierteljahr	4,60	5,46					Klasse c
1911	1. Vierteljahr	4,64	5,49			4,69	1446	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	4,66	5,51			5,55		Klasse a
	3. Vierteljahr	4,72	5,58			4,09		Klasse b
	4. Vierteljahr	4,74	5,62					Klasse c
1912	1. Vierteljahr	4,83	5,74			5,03	1586	Ges.-Bel.
	2. Vierteljahr	5,00	5,97			6,02		Klasse a
	3. Vierteljahr	5,10	6,12			4,31		Klasse b
	4. Vierteljahr	5,19	6,24					Klasse c

(Aus: Auf Grund von Angaben des „Jahrbuchs des Oberbergamtsbezirks Dortmund“, Jahrgang 1891—1912.)

Quellen- und Literaturverzeichnis

a) Schrifttum:

- Carl Bachem: Politik und Geschichte der Zentrumsparlei, Köln 1918.
- Eduard Bernstein: Der Streik. Sein Wesen und Wirken, Frankfurt a. M., 1906 („Die Gesellschaft“, Bd. 4).
- Bergarbeiterwohnungen im Ruhrgebiet. Herausgegeben von Rob. Hundt im Auftrage des Vereins f. d. Bergbaul. Interessen, 1902.
- Bergbau-Artikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Bd. 2.
- Die drei preußischen Berggesetznovellen. Von Geh. und Oberbergrat Prof. Dr. A. Arndt, Königsberg i. Pr., 1906.
- Zur Bewegung der Löhne im niederrheinisch-westfälischen Bergbau. Reichsarbeitsblatt 4, 1906.
- J. V. Bredt: Die Polenfrage im Ruhrkohlengebiet, 1909. Zit. „Bredt, S. . .“.
- Wilhelm Brepohl: Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. (Soziale Forschung und Praxis, herausgegeben v. d. Sozialforschungsstelle an der Univ. Münster), Recklinghausen 1948.
- K. F. Brockschmidt: Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes. Phil. Diss., Frankfurt 1930.
- Th. Cassau: Die Gewerkschaftsbewegung. Ihre Soziologie und ihr Kampf, Halberstadt 1925.
- Ilse Dallmeier: Geschichte der Arbeiterkämpfe im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier. Wi.-So. Diss., Köln 1922 (Masch.-Schrift).
- Denkschrift über die Untersuchung der Arbeiter- und Betriebsverhältnisse in den Steinkohlenbezirken (besonders Ruhr). Bearbeitet im Auftrag des Ministeriums des Innern, Berlin 1890.
- A. Dix: Die Völkerwanderung von 1900. — (1898).
- Die Entwicklung des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. 12 Teile. Herausgegeben v. Verein f. d. Bergbaul. Interessen im O.B.A.-Bezirk Dortmund, Berlin 1903.
- Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens des „Vereins für die Bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund“ zu Essen, 1858 bis 1908. (Im Auftrage des Vereinsvorstandes bearbeitet von Dr. Ernst Jüngst), Essen 1908. Zit. „Jüngst, Festschr., S. . .“.
- Die soziale Frage und der Katholizismus. Festschrift zum 40jährigen Jubiläum der Encyclica Rerum Novarum. Herausgegeben von der Görres-Gesellschaft, Paderborn 1931.
- Eberhard Franke: Das Ruhrgebiet und Ostpreußen. Geschichte, Umfang und Bedeutung der Ostpreußeneinwanderung. (Volkstum im Ruhrgebiet, Bd. 1), Essen 1936.
- Eberhard Franke: Die polnische Volksgruppe im Ruhrgebiet, 1941. (Masch.-Schrift).
- Franz Geueke: Die Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier. Phil. Diss., Breslau 1912 (nur bis einschl. 1872 durchgeführt). Zit. „Geueke, S. . .“.
- Elsbeth Georgi: Theorie und Praxis des Generalstreiks in der modernen Arbeiterbewegung, Jena 1908. Zit. „George, . . .“.
- Paul Grebe: Bismarcks Sturz und der Bergarbeiterstreik vom Mai 1889. HZ. 157, 1937.
- Grundriß der Sozialökonomik, Bd. 9.
- Hahn: Allgemeines Berggesetz für die preußischen Staaten vom 24. Juni 1865 nebst den vollständigen Materialien zur Erläuterung desselben, Berlin 1865.

- Wilhelm Hahn: Der Bergarbeiterstreik im rheinisch-westfälischen Industriegebiet unter besonderer Berücksichtigung der Stellung Kaiser Wilhelms II. und Bismarcks. Phil. Diss., Göttingen 1924.
- O. Heilborn: Die freien Gewerkschaften seit 1890, Jena 1907. Zit. „Heilborn, S. ...“
- Hoffeld: Bilder aus dem Bergmannsleben, 1929.
- Huyssen: Über die Bergverwaltung Preußens, nebst Bemerkungen über die Entwicklung des preußischen Bergbaus in den letzten 25 Jahren, Wien 1889.
- Heinrich Imbusch: August Brust, Berlin 1924.
- J. Kaster: Die christlich-sozialen Ideen und die Gewerkschaften, M.-Gladbach 1922.
- Wilh. Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Stuttgart 1947.
- W. Kulemann: Die Berufsvereine. (Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder), Bd. 2, Jena 1908.
- Die volkspolitische Lage des deutschen Bergbaues in der Gegenwart. Aufsatz von G. Ipsen im Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Bd. 2, 1934.
- M. L. Lehmküler: Streik als soziale Krise des Großbetriebes. Eine historisch-soziologische Studie über den Ruhrbergbau. Soziale Welt 3, S. 143 ff., 1952.
- Max Lieferung: Das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat und sein Einfluß auf die Kohlenpreise und die Lage der Bergarbeiter, Dortmund 1910 (Staatswiss. Diss., Tübingen 1911). Zit. „Lieferung, S. ...“
- Robert Michels: Soziologie des Parteiwesens, 2. Aufl., 1925.
- O. Müller: Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeiter- und Textilarbeiterorganisation, 1905. Zit. „Müller, S. ...“
- Karl Oldenberg: Die Entwicklung der Kruppschen Gußstahlfabrik in Essen. Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Herausgegeben von G. Schmoller, 13. Jahrg., 1889, S. 1201 ff.
- Karl Oldenberg: Studien über die rheinisch-westfälische Bergarbeiterbewegung. Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Herausgegeben von G. Schmoller, 14. Jahrg. 1890, 2. und 3. Heft. Zit. „Oldenberg, S. ...“
- Paul Osthold: Die Geschichte des Zechenverbandes. (Ein Beitrag zur deutschen Sozialgeschichte), Berlin 1934. Zit. „Osthold, S. ...“
- Lorenz Pieper: Die Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier, Stuttgart—Berlin 1903 (Münchener Volkswirtschaftliche Studien 58). Zit. „Pieper, S. ...“
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, 1905 bis 1913, (Berlin — „Vorwärts“).
- Max Quarck: Die preußische Bergarbeiter-Enquete von 1889. Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 3.
- M. Reuss: Mitteilungen aus der Geschichte des Königlichen Oberbergamtes zu Dortmund und des niederrheinisch-westfälischen Bergbaues, Berlin 1892. Zit. „Reuss, S. ...“
- Der Ruhrbergbau im Wechsel der Zeiten. Festschrift zum 75jährigen Bestehen des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund zu Essen, 1933. (Bearbeitet i. A. d. Vereinsvorstandes von Dr. Hans Meis). Zit. „Meis, S. ...“
- Der Raum Westfalen. (I. A. der Provinz Westfalen herausgegeben v. H. Aubin, O. Bühler, B. Kuske und A. Schulte). 3 + 1 Bände, Berlin 1934. Besonders Bd. 3: Untersuchungen über Wirtschaft, Verkehr und Arbeitsmarkt.
- E. Rosenstock: Industrievolk, Frankfurt a. M. 1924.
- Elisabeth Sasse: Die Lage der Ruhrbergleute in der Ära der liberalen Berggesetzgebung (1851 bis 1878). Wi.-So. Diss., Köln 1922 (Masch.-Schrift).
- Franz Schulze: Die polnische Zuwanderung ins Ruhrrevier und ihre Wirkungen. Staatswiss. Diss., München 1909. Zit. „Schulze, S. ...“
- Hans Spethmann: Ruhrrevier und Raum Westfalen. 1933.
- Hans Spethmann: Die Großindustrie an der Ruhr. 1925.

O. Taeglichsbeck: Die Belegschaft der Bergwerke und Salinen im Oberbergamtsbezirk Dortmund nach der Zählung vom 16. Dezember 1893. 2 Teile, 1895 und 1896. Zit. „Taeglichsbeck, S. ...“

A. Thun: Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter. Staats- und Sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 2, Heft 2, Leipzig 1879.

W. Troeltsch—P. Hirschfeld: Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften, Berlin 1905.

Fritz Vigener: Ketteler. Ein deutsches Bischofsleben des 19. Jahrhunderts, München—Berlin 1934.

G. H. Wahle: Die Stilllegung von Zechen, Tübingen 1904. (Archiv für öffentliches Recht. Herausgegeben v. P. Laband u. a., Bd. 19, Heft 3).

b) Darstellungen von seiten der Gewerkschaften und Unternehmer

Die Arbeiterbewegung auf Zeche Lucas bei Dortmund. Nov.—Dez. 1910, Elberfeld 1910.

Karl Arnold: Bergarbeiterstreiks 1889, 1905 und 1912. Ein Wort der Aufklärung an die Arbeiter, Essen 1912.

Ausschreitungen Streikender und Belästigungen Arbeitswilliger im Ruhrrevier während der Ausstandsbewegung im März 1912. Zusammengestellt vom Zechenverband, Essen 1912.

Der Ausstand der niederrheinisch-westfälischen Bergleute im Mai 1889, Leipzig 1889.

Der Bergarbeiterausstand 1889 im Abgeordnetenhaus. Reden des Abg. Schultz u. a., Essen 1890.

Der rheinisch-westfälische Bergarbeiterausstand und die Forderungen der Bergleute. Beleuchtet von einem unbeteiligten Fachmanne, Aachen 1905.

Der Bergarbeiterstreik (von 1905 im Ruhrgebiet) und die Untersuchungskommission. Eine kritische Nachlese. Herausgegeben v. Deutschen Bergarbeiterverband, Bochum 1905.

Die deutschen Bergwerke. Herausgegeben v. Verbanne der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum 1913.

Bericht über die Bergarbeiterbewegung der niederrhein.-westfälischen Zechen im Jahre 1890/91. Mitteilungen des Vereins f. d. bergbaul. Interessen, Essen 1891.

Carl Bertenburg: Der Bergarbeiterausstand und die technischen Grubenbeamten, Gelsenkirchen 1905.

Anton Bredenbeck: 1889. Die erste Erhebung der Bergarbeiter. Zur Erinnerung an den großen Bergarbeiterstreik vor 20 Jahren, Dortmund 1909.

Anton Bredenbeck: Aus der Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung (in: Deutsche Arbeiterführer), 1913.

August Brust: Der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 20 (1905). Zit. „Brust, S. ...“

A. Bueck: Die Organisation der Arbeitgeber, 1904.

A. Bueck und Leidig: Der Ausstand der Bergarbeiter im Ruhrkohlenrevier Januar/Februar 1905. Berichte und Betrachtungen, Berlin 1905.

Johann Effert: Zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier, Essen 1906. Zit. „Effert, S. ...“

Johann Effert: Der Streik der Ruhrbergleute und die Berggesetznovelle sowie die Reorganisation des Gewerkvereins, Essen 1905. Zit. „Effert: Der Streik ...“

Konrad Engel: Zum Ausstande der Bergarbeiter im Ruhrbezirk, Berlin 1905. Zit. „Engel, S. ...“

Konrad Engel: Der Bergarbeiterausstand im Ruhrbezirk. Sonderdruck des „Glückauf“, Jg. 41, 1905, Nr. 8. Zit. „Engel: Der Bergarbeiterausstand, S. ...“

August Erdmann: Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland, Stuttgart 1908.

Otto Erkelenz: Kraftprobe im Ruhrgebiet 1905. (Gewerkvereinsl. Agitations-Bibliothek), Düsseldorf 1905. Zit. „Erkelenz, S. ...“

A. Eschenbach: Die Lehren des Bergarbeiterstreiks vom Mai 1889, Berlin 1889.

- Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens der ersten evangelischen Arbeitervereine Gelsenkirchen und Schalke. Herausgegeben v. H. Schack, Gelsenkirchen 1907.
- Max Fleischer: 1889 — 1905. Zwei Krisenjahre im rheinischen Bergbau. (Jungliberale Schriften, Heft 2), Frankfurt a. M. 1905. Zit. „Fleischer, 2 Krisenjahre, S. ...“
- Das wahre Gesicht des Bergarbeiterstreiks im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet Januar bis Februar 1905. Ein Mahnwort für Arbeiter und Bürger, Dortmund 1905.
- Josef Gerbracht: Der Kampf um die Seelen der Arbeiter. Eine geschichtliche Darstellung der Organisationskämpfe in Rheinland—Westfalen, Berlin 1928. Zit. „Gerbracht, S. ...“
- A. Hilbck: Zum Bergarbeiterausstand im Ruhrrevier, Köln 1905.
- Otto Hue: Mehr Bergarbeiterschutz. Ein Streit- und Mahnwort, Bochum 1900.
- Otto Hue: Neutrale oder parteiische Gewerkschaften? Ein Beitrag zur Gewerkschaftsfrage, zugleich eine Geschichte der deutschen Bergarbeiterbewegung, 1900. Zit. „Hue: Neutrale oder ..., S. ...“
- Otto Hue: Unsere Taktik beim Generalstreik (im Ruhrgebiet 1905), Bochum 1905. Zit. „Hue: Unsere Taktik ..., S. ...“
- Otto Hue: Die Bergarbeiter. 2 Bände, Stuttgart 1910/1913. (Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit). Zit. „Hue: 2. Bd., S. ...“
- 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband (1889 bis 1929). Zur Erinnerung an die Gründung des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Bochum 1929. Zit. „40 Jahre Bergbau ..., S. ...“
- Heinrich Imbusch: Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisation im deutschen Bergbau. Eine geschichtliche Darstellung, Essen 1908. Zit. „Imbusch, S. 000.“
- Heinrich Imbusch: Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet im Frühjahr 1912, Köln 1912. Zit. „Imbusch: Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet, S. ...“
- Heinrich Imbusch: Fünfundzwanzig Jahre Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, Essen 1919.
- A. Just: Die evangelischen Arbeitervereine. „Sozialer Fortschritt“, Nr. 81, Leipzig 1906.
- A. Just: Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, seine Geschichte und sein Arbeiten, 1913, 2. Aufl.
- Die Kämpfe um Knappschaftsreformen im Allgemeinen Knappschaftsverein zu Bochum. Herausgegeben v. Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum 1910.
- Paul Kampfmeyer: Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. „Männer und Völker“, 20, Berlin 1919.
- Karl Kautsky: Die Lehren des Bergarbeiterstreiks. „Neue Zeit“, Jg. 23, 1904/05, Nr. 24.
- Karl Kautsky: Der politische Massenstreik, Berlin 1914.
- Franz Kempel: Die „christliche“ und die „neutrale“ Gewerkschaftsbewegung, Mainz 1901.
- Lambert Lensing: Der große Bergarbeiterstreik des Jahres 1889 im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. Ein Wort zur Abwehr, Dortmund 1889. Zit. „Lensing, S. ...“
- Heinrich Lindemann: „Wen trifft die Schuld?“ Betrachtungen über Ursachen und Entstehung des Ausstandes der Ruhrbergleute 1905, Essen 1905.
- Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaft, Hamburg 1906.
- Der Meineidsprozeß in Essen gegen Schröder und Genossen im Wiederaufnahmeverfahren. Herausgegeben v. d. Bezirkskommission der Sozialdemokratischen Partei, Dortmund 1911.
- William Mulvany: Der Streik der Bergleute im Essener Revier. Einige freundliche Worte an Arbeitgeber und Arbeiter, Düsseldorf 1872.
- Gustav Natrop: Der Ausstand der Bergarbeiter im niederrhein.-westf. Bezirk, Essen 1889. Zit. „Natrop, S. ...“
- Heinrich Ommelmann: Der rheinisch-westfälische Bergarbeiterstreik, welcher als Opfer 11 Tote und 26 Verwundete gefordert hat, nebst Andeutungen zur Verhütung ähnlicher Bewegungen, Dortmund 1889.
- Die Polen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk. Herausgegeben vom Gau „Ruhr und Lippe“ des Alldeutschen Verbandes, München 1901.

Reismann-Grone: Die Bergarbeiterbewegung der niederrheinisch-westfälischen Zechen 1890/91, Essen 1891.

Hans Schmiedehans: Betrachtungen über die Aussperrungen im Jahre 1910, Lütgendortmund 1911.

Der Streik der Bergleute im Ruhrgebiet 1905 und die Sozialdemokratie. Briefe aus dem rhein.-westf. Industriebezirk, Kaiserslautern, 1905.

Die Streikjustiz vor Gericht. Stenogr. Bericht Prozeß Dr. Levi u. a., Bochum 1913.

Die Streikjustiz im Ruhrrevier oder Madame Justitia mit „verbundenen“ Augen. Herausgegeben v. Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Bochum 1913.

Robert Umbreit: Beiträge zur Geschichte der Bergarbeiterbewegung im rhein.-westf. Industriegebiet, Dortmund 1932. Zit. „Umbreit, S. ...“

Bergbaulicher Verein und Arbeitswilligenschutz (im Ruhrbergarbeiterstreik 1912). Herausgegeben v. Deutschen Bergarbeiterverband, Bochum 1912.

Der Verrat des schwarz-gelben Gewerkvereins der Bergarbeiter. Eine Darstellung der Bergarbeiterbewegung und -kämpfe in der Zeit nach dem Ruhr-Bergarbeiterstreik 1905 einschl. des Streiks 1912. Herausgegeben v. Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Bochum 1912. Zit. „Der Verrat ... S. ...“

Wohin steuern wir? Sozialpolitik oder Humanitätsdusel? Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Bergarbeiterstreiks von einem alten Gewerken, Hagen 1890.

c) Akten

1. Akten des Staatsarchivs Münster. (Zit.: STAM).

Der Verein für die Bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund 1892 bis 1912: Oberpräsidium Münster 2838, 1—5. (Zit.: OPräs.)

Mitgliederbestand des Deutschen Bergarbeiterverbandes 1902 bis 1908: OPräs. 2833.

Sozialdemokratische Bewegung unter den Bergarbeitern 1889 bis 1891: OPräs. 2831.

Streikbewegung 1889 bis 1892: OPräs. 2828, 1—14, 2828a, 2829, 1 u. 2, 2830, 1 u. 2.

Bergarbeiterbewegung 1893 bis 1909: OPräs. 2847, 1—9, 2847, a—c, 2849, 1—10, 2849, a—e.

Die Sozialdemokratie und die revolutionäre Bewegung 1878 bis 1910: OPräs. 2694, 1 u. 2.

Reichstagswahlen 1889 bis 1907: OPräs. 2681, 1 u. 2.

Überwachung der nationalpolnischen Bewegung unter den Bergarbeitern: OPräs. 2748, 1—12.

Gesetz über den Gebrauch der deutschen Sprache in Versammlungen, 1905: OPräs. 3833.

Zeitungsberichte 1902 bis 1918: Regierung Arnsberg, Präsidialregistratur. Zit.: STAM, RA, 1284, 1294, 1295, 1428, 1458, 1460, 1461, 1462, 1487 bis 1490.

Sozialdemokratische Zeitungen 1905/06: RA 1447.

Reichstagswahl 1912: RA 1477.

Sozialdemokratische Demonstrationen gegen das preußische Landtagswahlrecht: RA 1483.

Sozialdemokratische Bewegung 1878 bis 1900: Regierung Münster. Zit.: STAM, RM, 1026—36, 1042—46.

Arbeitseinstellungen 1870 bis 1899: RM 717 u. 718.

Arbeitseinstellungen 1889: RM 1037.

Arbeitseinstellungen im Kreise Recklinghausen 1890 bis 1911: RM 1244, 1—17.

2. Akten des Staatsarchivs Düsseldorf. (Zit.: STAD).

Arbeitseinstellungen und Bewegung der Bergleute 1899 bis 1907: Regierung Düsseldorf CB 2. Zit. STAD, RD, 15915 u. 15916.

Die konfessionellen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften 1901 bis 1913: RD 15921.

Die nationalen Werkvereine 1910 bis 1913: RD 15923.

Maßnahmen zur Unterdrückung von Aufständen der Bergarbeiter 1904 bis 1905: RD 15924.
 Der Bergarbeiterausstand 1905: RD 15925—15931.
 Bildung einer Gesamtvertretung der Belegschaften der Kohlenreviere 1905: RD 15932.
 Die Bergarbeiterbewegung 1905 bis 1915: RD 15933—15936.
 Bergarbeiterstreik 1912: RD 15939—15942.
 Arbeitswilligenschutz und Streikvergehen 1912: RD 15943.
 Beschwerden und polizeiliche Maßnahmen, Zuwendungen an Gendarmen und Polizeibeamte 1912:
 RD 15944.
 Politische Vereine 1910 bis 1914: RD 15959 u. 15960.
 Vorbereitung für den Fall von Arbeiterunruhen 1911 bis 1914: RD 15965—15970.
 Die sozialdemokratische Bewegung 1899 bis 1917: RD 15984—15987.
 Die sozialdemokratische Bewegung 1873 bis 1887: RD 30428—30433.
 Reichstagswahlen 1898 bis 1912: RD 12163—12165, 12170—12171.
 Presse und Zensur 1890 bis 1914: Regierung Düsseldorf CB 1. Zit. STAD, RD, CB 1, Fach 33,
 Nr. 23 (15 u. 18), Nr. 32 (1, 2 u. 4), Nr. 33 (1—3), Nr. 34 u. 35.
 Öffentliche Ruhe und Stimmung: RD, CB 1, Fach 35, Nr. 43.
 Verbotene Verbindungen (Polen usw.): RD, CB 1, Fach 36, Nr. 37 (1, 2, 4, 5, 6, 9, 11).

d) Zeitschriften und Zeitungen

„Glückauf“, Berg- und Hüttenmännische Zeitschrift. Essen: Verein für die Bergbaulichen
 Interessen.
 Jahresberichte der Handelskammer zu Essen.
 Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund.
 Berg- und Hüttenmännische Zeitung (seit 1904 vereinigt mit „Glückauf“).
 Verwaltungsberichte des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Bochum.
 Geschäftsberichte der Sektion 2 der Knappschaftsberufsgenossenschaft, Bochum.
 Soziale Praxis. Zentralblatt für Sozialpolitik. (Neue Folge der „Blätter f. soziale Praxis“ u. d.
 „Sozialpolit. Centralblattes“), Berlin.
 Zeitungen (Stadtarchiv Dortmund):
 Tremonia (Dortmund), Jg. 1905, 1911 u. 1912.
 Arbeiterzeitung (Dortmund), Jg. 1905 (2. Hälfte).
 Rheinisch-Westfälische Zeitung (Essen), Jg. 1912.
 Kölnische Zeitung, Jg. 1912.

Personenregister

- Baumbach, Dr. Karl Adolf 38, 45
 Bebel, August 58, 105 f.
 Beckmann, Johann 49
 Behrens, Franz 127
 Bell, Dr. Johannes 56
 v. Berlepsch, Hans Hermann Frhr. 41
 v. Bismarck, Otto Fürst 6, 42
 Bömelburg, Theodor 105
 Brejski, Jan 70 ff., 74
 Brejski 71 f.
 Brentano, Lujo 6
 Brepohl, Wilhelm 6
 Bringewald, Heinrich 50
 Brodam, Jakob 33, 49 f.
 Brust, August 60, 62, 66 f., 109
 v. Bülow, Bernhard Fürst 95
 Bunte, Friedrich 33 f., 37, 46, 48 ff.
 v. Delbrück, Clemens 119
 Dieckmann, Ferdinand 37
 Driessen 60
 Eckart, Daniel 33 f.
 Effert, Johann 103, 131
 v. Elm, A. 58
 Francken 65 f.
 Fußangel, Johannes 31, 33 f., 37, 46, 49 ff., 53. f.
 Giesberts, Johann 114, 132
 Grebe, Paul 42
 Haenisch, Konrad 102
 v. Hagemeister 41
 Hahn 42
 Hahn, Wilhelm 6
 Hammacher, Dr. Friedrich 29, 38, 40, 45
 v. Hartmann, Erzbischof 134
 Hasselmann 26 f.
 Hue, Otto 5, 49 f., 50, 55 ff., 67, 95, 103, 105, 122, 130
 Imbusch, Heinrich 5
 Immelen 63
 Kautsky, Karl 58, 103 f.
 v. Ketteler, Bischof Wilhelm Emanuel 25
 Kleine, Eugen 118
 Köster, Hermann 60
 v. Kopp, Georg Kardinal, Fürstbischof 133
 Laaf, Kaplan 26 f.
 Legewitt 61
 Legien, Carl 58, 105
 Lensing, Lambert 31, 37, 39, 46, 51, 54
 Lenzmann 48
 Liss, Dr., Pfarrer 69 f.
 Luxemburg, Rosa 58, 106
 Margraf, Johann 49 f.
 Massenberg 49
 Maurenbrecher, Wilhelm 106
 v. Maybach, Albert 34
 Meyer, Johann 48 ff., 53, 56
 v. Möller, Theodor 93
 Mühlenbeck, Johann 37
 Naumann, Friedrich 65 f.
 Neumann, Walther 7
 Oberdörffer, Dr., Kaplan 59 ff.
 Oldenberg, Karl 6
 Pieper, Dr. Lorenz 6
 Quandel, Rudolf 65
 v. Rosen 41
 Rosenkranz, Anton 26 f.
 Sachse 118, 122
 v. Savigny 63
 Schmidt, Reinhart 45
 Schröder, Ludwig 25 f., 33 f., 37, 39 f., 46 f., 50, 53, 56 f.
 Schröter, Joseph 49
 Schulte, Bischof Joseph 133
 Siegel, August 33, 37, 46, 48 ff., 53
 Simar, Dr., Bischof 68 ff.
 Stampfer, Friedrich 106
 Stegerwald, Adam 131
 Stinnes, Hugo 88 f.
 Stötzel, Gerhard 26, 31, 54 f.
 Stoodt 49
 Wahl 62
 Weber, Johann 37, 46
 Weber, Pfarrer 60 ff., 65 f., 116
 Wiese 61
 Wilhelm II., Kaiser 6, 51

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	5
Kapitel 1: Die Entwicklung des Ruhrbergbaus und die Situation der Arbeiter bis 1889	9
1. Das „Ruhrgebiet“ und seine Bevölkerung	9
2. Die wirtschaftliche Entwicklung des Bergbaus von der Gesetzgebung 1851/65 bis zum Streik 1889	11
3. Die Lage der Bergleute	13
a) Vor der Bergbaufreiheit	13
b) Nach der preußischen Berggesetzgebung 1851/65	14
4. Die ostdeutsche Einwanderung	19
5. Die ersten Streiks und Organisationsversuche	24
a) Vor dem Sozialistengesetz	24
b) Der Streik im Essener Revier 1872	27
c) Unter dem Sozialistengesetz	30
Kapitel 2: Der Streik der Bergarbeiter im Jahre 1889	33
1. Der Bergarbeiterausstand	33
a) Die Vorgeschichte	33
b) Der Streikverlauf	36
c) Die Behörden und der Streik	41
2. Die Bergarbeiter und die politischen Parteien	44
3. Die Gründung des „Alten Verbandes“	48
4. Zusammenfassung	50
Kapitel 3: Die Organisation der Bergarbeiterbewegung (1890 — 1904)	53
1. Der „Alte Verband“	53
a) Die Anfänge des Verbandes und die Ursachen seines Niederganges	53
b) Der Kampf um die gewerkschaftliche Neutralität	56
2. Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter	59
a) Die Gründung	59
b) Die Auseinandersetzung um den Grundcharakter des Gewerkvereins	62
3. Das „Nebeneinander“ der Organisationen	66
4. Die Polenbewegung im Ruhrrevier	68

	Seite
Kapitel 4: Der Bergarbeiterausstand im Januar—Februar 1905	77
1. Die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Berg- arbeiter bis zum Jahre 1905	77
2. Der Streik	85
a) Ursachen und Vorgeschichte	85
b) Der Streikverlauf	88
c) Die Organisation des Streiks	96
d) Erfolge des Streiks	99
3. Die Auseinandersetzung zwischen dem Alten Verband und der Sozial- demokratischen Partei um die Durchführung des Streiks.	101
4. Zusammenfassung	106
Kapitel 5: Die Bergarbeiterbewegung bis zum Ausbruch des Krieges (1914) . . .	109
1. Die Bergarbeiterverbände nach dem Streik	109
a) Der innere Ausbau der Organisationen nach 1905	109
b) Die Nachwirkungen des Streiks und die Lohnbewegung im Jahre 1906.	111
c) Die Knappschaftsreformkämpfe 1906/08	113
2. Stärkung und Ausbau der Bergwerksunternehmerorganisation	115
a) Die Gründung von „Gelben Werkvereinen“	115
b) Der Zechenverband und der Zentralarbeitsnachweis	117
3. Der Lohnstreik des „Dreibundes“ 1912	121
4. Der Kampf um die Selbständigkeit des Gewerkvereins christlicher Berg- arbeiter Deutschlands	129
Schluß: Zusammenfassung	135
Tabellarische Übersichten	139
Quellen- und Literaturverzeichnis	151
Personenregister	157